

# **Globalisierung, Global Governance und Demokratie**

Von der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Muwafaq Abu-Hammoud, M.A.

aus

Al-Turrah, Jordanien

Berichter: Universitätsprofessor Dr. rer.pol. Ralph Rotte  
PD Dr. phil. Manfred Schmitz

Tag der mündlichen Prüfung: Dienstag den, 20. November 07

„Diese Dissertation ist auf den Internetseiten der Hochschulbibliothek online verfügbar.“

# INHALTVERZEICHNIS

<b>I</b>	<b>Einleitung</b>	1
<b>2</b>	<b>Was bedeutet Globalisierung? Definitionen, Kontroversen, Dimensionen</b>	6
2.1	Der Begriff "Globalisierung"	6
2.2	Bedeutungskern und Kontroversen	10
2.3	Dimensionen der Globalisierung	21
2.3.1	Ökonomische Globalisierung	21
2.3.1.1	Handelsverflechtung	22
2.3.1.2	Internationalisierung ausländischer Direktinvestitionen	28
2.3.1.3	Globalisierung der Finanzmärkte	31
2.3.1.4	Neue Akteure	35
2.3.2	Kulturelle und gesellschaftliche Globalisierung	44
2.3.3	Kommunikations- und informationstechnische Globalisierung	52
2.3.4	Globalisierung der Politik	58
2.4	Die Dimensionen der Globalisierung und ihre Wechselwirkung	64
<b>3</b>	<b>Globalisierung und Freihandel als "Chance für Entwicklung"</b>	70
3.1	Die Theorie des Freihandels	72
3.1.1	Unsichtbare Hand und komparative Kostenvorteile	72
3.1.2	Veraltete Annahmen und die holländische Krankheit	73
3.2	Globalisierung als politischer Prozess	75
3.3	Das Erfolgsmodell Südostasien	77
3.4	Weltmarkt und Freihandel: Die Spielregeln	79
3.4.1	Die Schiedsrichter: Weltbank, IMF, WTO	79
3.4.2	Die Schuldenfalle	86
3.4.3	Die Magie des Marktes	91

3.4.4	Die Rohstofffalle	92
3.4.5	Wie frei ist der Freihandel?	94
3.5	Die Früchte des Freien Handels: Konsequenzen der Weltmarktintegration	96
3.5.1	“Austerity”	96
3.5.2	Folgen von Weltmarkteingliederung und Verwestlichung	99
3.6	Perspektiven für Entwicklungsländer im globalen Wettbewerb	102
3.6.1	Neue Regeln, Neue Märkte	102
3.6.2	Fazit: Chance zur Verelendung	104
<b>4</b>	<b>Global Governance als Ausweg aus der Globalisierungsfalle</b>	<b>107</b>
4.1	Global Governance: Ein Überblick	107
4.1.1	Begriff	111
4.1.1.1	Was Global Governance nicht ist	111
4.1.1.2	Was ist Global Governance?	113
4.1.1.3	Warum Global Governance?	115
4.1.2	Akteure der Global Governance	117
4.1.2.1	Commission on Global Governance (CGG)	117
4.1.2.2	Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) sowie die Stiftung für Entwicklung und Frieden (SEF)	119
4.1.2.3	Gruppe von Lissabon	120
4.1.2.4	Rosenaus und Czempiels Analyse von Global Governance	121
4.1.2.5	Weiter Diskussionsbeiträge	122
4.1.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Konzeptionen	122
4.2	Blockaden von Global Governance	124
4.2.1	Das Demokratieproblem von Global Governance	124
4.2.1.1	Das Legitimationsproblem von Global Governance	125
4.2.1.2	Der Mangel an Transparenz und Demokratie in den internationalen Organisationen	127
4.2.1.3	Problemlösungsangebote der politischen Theorie	128
4.2.1.4	NGOs als Säule einer Global Governance?	130

4.2.2	Das Problem des Unilateralismus im internationalen System	132
4.2.2.1	Unilateralismus in der US-Außenpolitik	137
4.3	Kritik am Konzept der Global Governance	142
4.3.1	Kritik an der Struktur	143
4.3.2	Kritik an der "NGOisierung"	145
4.3.3	Kritik an Demokratie und Weltethik	146
4.4	Fazit	148
<b>5</b>	<b>Demokratie und Globalisierung</b>	<b>152</b>
5.1	Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung	152
5.2	Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?	158
5.3	Das Demokratie-Dilemma: Formen nachpolitischer Demokratie	165
5.4	Das Souveränitäts-Dilemma: Unfreiwillige Pazifisierung der Weltgesellschaft?	174
5.5	Nachpolitische Weltgesellschaft	181
5.6	Regieren jenseits des Nationalstaates: Die transnationale Unschärferelation des Politischen	186
5.7	Das Ende des Nationalstaates durch die Globalisierung	191
5.8	Resümee	203
<b>6</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>208</b>

# 1 Einleitung

Am Anfang des neuen Jahrhunderts durchläuft die internationale Politik eine neue Phase, deren Auswirkungen als revolutionär bezeichnet werden können. Die das internationale System von 1947 bis 1990 bestimmende Machtfigur des Ost-West-Konflikts- ausgetragen in den Formen des Kalten Kriegs und der Entspannungspolitik- existiert nicht länger. Damit wurde die Ausrichtung fast aller internationaler Politik auf diesen Konflikt aufgehoben, seine zentripetale Kraft ist erloschen. Der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ hat dazu geführt, dass der Kommunismus sowohl als Theorie als auch als Praxis zur Organisation von Großgesellschaften keine Alternative mehr zum liberal-pluralistischen Demokratiemodell darstellt.

Demokratisierungsentwicklungen im südlichen Afrika und in Lateinamerika sowie der Kollaps von bisher so stark gelobten asiatischen Volkswirtschaften (besonders Indonesien und Thailand) u.a.m. lassen erkennen, dass die Welt im ausgegangenen und jetzigen Jahrhundert dramatische Veränderungen und Entwicklungen durchläuft. Der Prozess der Globalisierung hat in kurzer Zeit Veränderungen von Ökonomie, Wissenschaft, Technologie und Politik herbeigeführt, die man so vor einem Jahrzehnt nicht vorgesehen hat. Möglicherweise waren einige Ereignisse- anderes als beispielsweise die Finanzkrise- nicht vorhersehbar, zum Beispiel der Krieg in Jugoslawien Anfang 1999, die Terroranschläge von 11 September 2001, der Krieg in Afghanistan Ende 2001 und der USA-Krieg gegen den Irak 2003.

Der Zweite Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 ist kaum mit dem Ersten Golfkrieg 1991 vergleichbar. Denn damals hatte den Irak einen anderen souveränen Staat (Kuwait) zu annektieren versucht, also eindeutig gegen die UNO-Charta verstoßen, und die Allianz gegen den Irak ist in der UNO formell zustande gekommen. Im Falle des Zweiten Irakkriegs können noch nicht einmal diese formalen Gründe des Krieges der USA rechtfertigen, dies gilt auch für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999. Irak 2003 hat keinen anderen Staat angegriffen und die USA hat nicht mit UNO-Mandat gehandelt, sondern sich das Recht der „Notwehr gegen den Terror“ genommen, und zwar zur Demokratisierung des Irak und zur Verteidigung der Menschenrechte gegen eine Regierung, die sie missachtet.

Mit dem unterstellten universalistischen Prinzip der Menschenrechte ist das Militärische Vorgehen von einem Nationalstaat (USA) in einem Bündnis mit einem anderen (Großbritannien) zu einem angeblich legitimen Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Im vielstimmigen Chor der Interpreten bestand zumindest darin weitgehend Übereinstimmung, dass die Hintergründe und Rechtfertigungen dieses Krieges, zu dessen Vorgeschichte die Terroranschläge vom 11 September 2001 gehören, eine tief greifende Zäsur in der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs bilden. Viele prominente Interpreten des Weltgeschehens schrieben und schreiben von der einzig verbliebenen Supermacht, von einer unipolaren Weltordnung und von einem hegemonialen Unilateralismus, der sich allenfalls eines „instrumentellen Multilateralismus“ bediente.

Nun stellt sich die Frage, welche Rolle noch „Global Governance“ bzw. Weltordnungspolitik als Ausweg aus der Globalisierungsfall oder als Alternative zur Globalisierung spielt. In der heutigen Weltgesellschaft kann die Rede von Global Governance unter der Beteiligung der Akteure einer globalen Zivilgesellschaft, also vom „Regieren ohne Regierung“ in aller Freiheit sowie von der Aggression sehr schwer sein. Globales Regieren ist mit militärischem Zwang bewehrt. Der partikulare Zwang wird mit universalistischen Prinzipien legitimiert. Auf diese Weise werden die bestehenden Organisationen des UNO-Systems unterminiert.

Der Krieg in und gegen den Irak hat im Zeitalter der Globalisierung eine globale Innovation zustande gebracht: den Zusammenschluss der Rechtfertigung eines militärischen Angriffs aus einem universalistischen Prinzip mit geostrategischer Interessenpolitik zur nicht nur ökonomischen, sondern politischen Neuordnung der Welt. Er hat auch gezeigt, dass auch in der globalisierten Welt dem Einsatz militärischer Gewalt eine hohe Bedeutung zukommt. Zugleich hat das Militär als klassisches Zeichen der Macht und Souveränität eines Staates viel von seinem Stellenwert verloren. Neue Aspekte wie technologisch-wissenschaftliche Grundlagen, industrielle und finanzielle Leistungskraft einer Volkswirtschaft, Währung, Humankapital, Garantie der sozialen Sicherheit und staatliche Daseinsvorsorge bestimmen nun immer stärker den Stellenwert, den Rang und die Macht von Staaten. Das zweite Kapitel meiner Dissertation will sich mit dem Phänomen der Globalisierung, in dem massive Ungleichheit in der heutigen Weltgesellschaft zu beobachten ist, befassen. Dies kann nur geschehen, wenn man von der Prämisse ausgeht, dass die Globalisierung sich nicht allein auf die Wirtschaft beschränkt,

sondern dass es hierbei um einen Begriff handelt, der mit Fragen der Gesellschaft, der Kultur, der Technologie, der Kommunikation und der politischen Strukturen, das heißt mit allen Aspekten des menschlichen Geistes verbunden ist. Bei den meisten Veröffentlichungen herrscht Übereinstimmung, dass es die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung dominierend ist. Ich möchte hier - durch einen weiten Diskurs zeigen, dass sich der Begriff der Globalisierung immer zugleich auf sein Gegenteil bezieht, sei es Regionalisierung, Lokalisierung oder anderes mehr.

Kaum ein Begriff ist in den letzten Jahren sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Wissenschaftsbetrieb derart inflationär verwendet worden und dabei so vage und mehrdeutig geblieben, als der Begriff der Globalisierung. Die Klärung dieses Begriffs und seine verschiedenen Deutungen und Dimensionen stellt den Inhalt des zweiten Kapitels meiner Dissertation. Mit der Unterscheidung des Globalisierungsprozesses nach verschiedenen Dimensionen will ich zeigen, dass die Ökonomie vor allem den Bereich Kultur dominiert. Eine anspruchsvolle Interpretation der Kontroversen des Globalisierungsbegriffs kann sich auf Argumente und Veröffentlichungen vieler Autoren berufen- insbesondere auf Martin Albrow, *Abschied vom Nationalstaat*, Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts*, Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung?*, *Politik der Globalisierung*, *Perspektiven der Weltgesellschaft*.

Besondere Berücksichtigung wird hierbei die These finden, dass die Globalisierung eine Chance für weniger entwickelte Länder darstellt, wünschenswerte Veränderungen in Gang zu setzen. Worin genau diese Veränderungen bestehen, bleibt ebenfalls noch zu klären.

Die Verflechtung verschiedener Problembereiche macht eine thematische Eingrenzung schwierig. Mit der primären Aufgabe der Erklärung der Ungleichheit zusammenhängende Themenkomplexe wie patriarchale Strukturen, Umweltzerstörung, Kriminalität, bewaffnete Konflikte, die Situation der Flüchtlinge, Unterernährung oder Menschenrechtsverletzungen verschiedenster Art können allerdings allenfalls am Rande angesprochen oder müssen ganz ausgeklammert werden, so sehr sie eine ausführliche Darstellung auch verdienen.

Kapitel drei befasst sich mit der These, die möglichst vollständige Integration in den Weltmarkt durch Handelsliberalisierung und Zurücknahme des Staates stelle das einzig richtige Konzept für Entwicklungsländer dar. Verwiesen wird hierbei häufig auf die Unausweichlichkeit der Globalisierung und auf das Vorbild der südostasiatischen

Tigerstaaten. Beide Argumente bedürfen einer kritischen Beleuchtung, ebenso wie die der These zugrundeliegende theoretische Fundierung und die tatsächlichen weltwirtschaftlichen Veränderungen. Weiterhin sollen die Funktionsweise und die Rahmenbedingungen, - sozusagen die „Spielregeln“ - des Weltmarktes und der ihn prägenden internationalen Institutionen (Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds und Weltbank) geklärt werden, bevor die Konsequenzen einer Weltmarktintegration an verschiedenen Beispielen aufgezeigt werden. Am Ende des Kapitels wird ein Fazit hinsichtlich der These „Globalisierung als Chance“ gezogen. Hier wird häufig auf das weltweit vorherrschende westlich geprägte Modell hingewiesen.

Wenn Einigkeit darüber besteht, dass Probleme zunehmend als globale Probleme auf die National-/ Territorialstaaten zu kommen, so wächst auch die Erkenntnisse, dass diesen Problemen erfolgreich nur global begegnet werden können. Das vierte Kapitel meiner Dissertation will das Global Governance- Konzept vorstellen und im Hinblick auf die im bisherigen Verlauf der Dissertation gewonnenen Erkenntnisse beurteilen. Das Global Governance- Modell (Weltordnungspolitik)- das hierzulande im wesentlichen im Umfeld von Nuscheler und dem Institut für Entwicklung und Frieden aufgeklärt wird- soll dem Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren von der globalen bis zur lokalen Ebene, Möglichkeiten zur Lösung vieler internationaler Herausforderungen dienen. Der US-Unilateralismus stellt in der jetzigen Zeit ein wesentliches Hindernis für Global Governance und multilaterale und kooperative Politikformen.

Demokratie ist zwar ein geschätzter und zumindest rhetorisch anerkannter Wert, aber in der jetzigen Weltordnung kann jedoch von demokratischen Prinzipien und Praktiken nicht die Rede sein. Aber gibt es denn einen Weg zur globalen Demokratie? Lässt sich die Demokratie als Regierungs- und Lebensform auf der Ebene eines Weltstaates einrichten? Realistische Skepsis scheint auch hier angezeigt zu sein.

Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung ist schließlich der Inhalt des fünften Kapitels dieser Dissertation. Mit der Frage nach den Folgen der Globalisierung für die Demokratie und Staatlichkeit setzt sich unter anderem Ulrich Beck auseinander. Bei ihm geht es um die Frage der Souveränität von Staaten. Mit Michael Zürn ist er einig, dass Nationalstaaten und deren Regierungen an Handlungs- und Gestaltungsmacht verlieren. Beck kommt zu dem Schluss, dass

gerade im Sinne der Staatsziele Demokratie und Wohlfahrt Nationalstaaten ihre Souveränität weitgehend aufgeben müssen, um internationale Konzerne, Kapital, Wissenseiten, globale Informations- und Kulturströmen „Tür und Tor“ zu öffnen und so letztendlich die eigenen einheitlichen Strukturen erhalten zu können.

Eine andere wichtigere Frage, die hier auch aufgegriffen werden soll, ist die Frage des Demokratie- Dilemmas: die territorial gebundene und begründete parlamentarische Demokratie verliert an Substanz, während die Gestaltungsmacht transnationaler Politik ohne demokratische Legitimation wächst.

Es entstehen dadurch neuartige Formen des „Regierens ohne Regierung“. Die transnationale Organisationen und die westliche Welt regieren unter den Fahnen der Menschenrechten und des freien Welthandels in die ehemals inneren Angelegenheiten anderer Staaten hinein. Im Zuge der neuen Sprache ethischer Globalisierung werden die Souveränitätsrechte der nationalstaatlichen Moderne entkernt und dem Zugriff „globaler Verantwortung“ geöffnet. In diesem Fünften Kapitel will ich die brisante Frage diskutieren, ob sich die demokratischen Systeme in Gefahr befinden, wenn sie durch die Globalisierungsprozesse zunehmend nationalstaatlicher Kontrolle entzogen sind. Eine Frage, die hier einschließlich nicht beurteilt werden kann.

Also noch mal möchte ich hier betonen, dass ich in meiner vorliegenden Dissertation eine kritische Darstellung in Angriff nehmen werde. Hier ist es aufzuzeigen, dass im Kontext der jüngsten Wandlungen internationaler Interdependenz der ökonomische Bereich alle anderen in die Thematik integrierbaren Bereiche überlagert. Die meisten Ansichten schließen sich an, der zufolge die Transformationsvorschläge alle gesellschaftspolitischen und sozialökonomischen Bereiche erfassen und einige prognostizieren bezüglich der neoliberalen Tendenz der jüngsten Transformationsvorgänge im Kontext der Globalisierung eine blühende Zukunft für den „Globus“. Doch im Rahmen der Dissertation zeichnet sich im Horizont ein völlig anderes Bild als das Wohl aller Erdbewohner ab.

## 2 Was bedeutet Globalisierung?

### Definitionen, Kontroversen ,Dimensionen

#### 2.1 Der Begriff „Globalisierung“

„Globalisierung ist sicher das am meisten gebrauchte – missbrauchte - und am seltensten definierte, wahrscheinlich missverständlichste, nebulöseste und politisch wirkungsvollste (Schlag- und Streit-) Wort der letzten, aber auch der kommenden Jahre.“<sup>1</sup> „ Globalisierung meint das erfahrbare Grenzenloswerden alltäglichen Handelns in den verschiedenen Dimensionen der Wirtschaft, der Information, der Ökologie, der Technik, der transkulturellen Konflikte und der Zivilgesellschaft, und damit im Grunde genommen etwas zugleich Vertrautes und unbegriffenes, schwer Begreifbares, das aber mit erfahrbarer Gewalt den Alltag elementar verändert und alle zu Anpassungen und Antworten zwingt.“<sup>2</sup>

Es gibt keine allgemeingültige Definition des Begriffs Globalisierung. Weitgehende Übereinstimmung herrscht aber vor allem darin, dass man unter dem Begriff Globalisierung keine Zustände, sondern Prozesse versteht, welche nicht nur wirtschaftlicher Dimension sind, sondern auch eine politische, eine gesellschaftliche, eine kulturelle und eine Kommunikationstechnische Dimension besitzen.<sup>3</sup>

Der Begriff der Globalisierung charakterisiert jene rasanten Veränderungen, denen sich die Welt seit Jahrzehnten ausgesetzt sieht. Kein relevantes Thema aus Wirtschaft, Politik und Kultur scheint heute mehr ohne seine weltweiten Bezüge diskussionsfähig.

Bei den Verbindungen des Globalisierungsbegriffes sind eine quantitative Zunahme, eine qualitative Intensivierung, eine zeitliche Stabilität und eine räumliche Ausdehnung feststellbar. Dabei erodiert zunehmend jene Kongruenz von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsmacht, von Territorialität und Souveränität, die den Nationalstaat kennzeichnet.<sup>4</sup> Handlungsrelevante Räume sind somit vor allem funktional bestimmt und reichen über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Neben Staaten und internationale Organisationen treten mit transnationalen Konzernen und

---

<sup>1</sup> Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, 4. Auflage 1998, Frankfurt am Main 1997, S. 42.

<sup>2</sup> Ebd. S.44.

<sup>3</sup> Vgl. Ebd., S. 34, vgl. auch dazu Von Plate, B.: „Grundelemente der Globalisierung“. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263/1999, S. 3-7.

<sup>4</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Ebd., S. 29-32.

einer transnational vernetzten Zivilgesellschaft neue Akteure auf die Bühne der Weltpolitik. Für Kaufmann bedeutet Globalisierung „*die Überwindung der Grenzen nationalstaatlicher Gesellschaften*“<sup>5</sup>, wobei Globalisierung einen Prozess beschreibt, der die Welt über telekommunikative Strukturen vernetzt und somit die Zeitunterschiede zwischen den Ländern aufhebt. Da sich Globalisierung auf verschiedenen Ebenen vollzieht, unterscheidet Kaufmann zwischen den Prozessen der *Internationalisierung*, der *Globalisierung* und der *Transnationalisierung*.<sup>6</sup>

Globalisierung ist also ein wissenschaftlich strittiger Begriff. Das heißt, das Wort wird häufig gebraucht, aber meist nicht genau verstanden, bedeutet oft Gegensätzliches, die Bedeutungen haben aber eines gemeinsam: Es wird so etwas wie eine geheime Macht bezeichnet, die die Welt bewegt, unser aller Leben bestimmt und uns immer stärker beherrscht. Jedenfalls gibt es heute kaum ein gesellschaftliches Problem, keine Katastrophe und keine Krise, die nicht mit Globalisierung in Zusammenhang gebracht werden. Die Globalisierung muss ebenso dazu herhalten, den Menschen immer größere materielle Opfer abzuverlangen. Gleichzeitig verbindet sich mit der Globalisierung immer eine doppelte und widersprüchliche Bedeutung. Er symbolisiert die Hoffnungen auf Fortschritt, Frieden und sicher und bessere Welt, und zugleich verbindet sich mit ihm Abhängigkeiten, Fremdbestimmung und Bedrohung. Während vom „Globalen Dorf“, von einer „Weltgesellschaft“ oder gar einer „Völkergemeinschaft“ geredet wird, nehmen Kriege und Bürgerkriege aber auch Krise verschiedener Art zu. Deshalb wird der Begriff der Globalisierung oft auf sein Gegenteil verwendet, sei es Fragmentierung, Regionalisierung, Lokalisierung, aber auch die Welle des Rassismus, Nationalismus und Terrorismus, die sie begleitet (mehr dazu siehe den kommenden Abschnitt).

Ein solch vielschichtiges Phänomen wie Globalisierung bedarf einer multikausal orientierten Analyse. Die Debatte leidet aber an der überzogenen Breite der Definitionsversuche, die eine Verständigung erschwert, an dem mangelnden Konsens über Gegenstandsbereich und Ursachen, und den Folgen und geeigneten Begleitstrategien der Globalisierung.

Eine einheitliche Definition von Globalisierung muss schon daran scheitern, dass sie – je nachdem welche Perspektive gewählt wird- unterschiedlich wahrgenommen und gedeutet werden kann und werden muss. Diese Perspektiven beziehen sich nicht nur

---

<sup>5</sup> Kaufmann, Franz-Xaver: Globalisierung und Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 18/98, S. 6.

<sup>6</sup> Vgl. Ebd., S. 6ff.

auf die zeitlich gestreute Verwendung, sondern auch und vor allem auf die unterschiedlichen inhaltlichen Dimensionen von Globalisierung. Allen Definitionsversuchen ist allerdings gemein, dass die Vorstellung in geschlossenen und abgrenzbaren Räumen von Nationalstaaten zu leben und zu handeln, der Vergangenheit angehört.<sup>7</sup> Als eine weite Definition des Globalisierungsprozesses kann die empirisch feststellbare Ausdehnung, Dichte und Stabilität wechselseitiger regionaler und globaler Beziehungsnetzwerke und ihrer massenmedialen Selbstdefinition sowie sozialer Räume auf wirtschaftlicher, kultureller, ökologischer, technologischer und politischer Ebene gelten.<sup>8</sup>

Der Begriff der Globalisierung hat in den 90er Jahren eine erstaunliche Karriere erlebt. Durch die Auflösung des Sowjetblocks und des Zusammenbruchs der Berliner Mauer schien der Planet insgesamt von einheitlichen Prinzipien westlich-moderner Lebensgestaltung durchwirkt zu werden. Wenn man den Zeitgeist der letzten Jahrhundertwende auf den Begriff bringen will, dann kann man sagen, dass wir in die Epoche der Globalisierung eingetreten sind. Es bleibt uns kaum eine andere Alternative. Martin Albrow spricht von einer Epoche eines „Globalen Zeitalters“, Ulrich, Beck und Anthony Giddens sprechen von der Epoche einer „Zweiten Moderne“.<sup>9</sup>

Die gegenwärtige Globalisierung verläuft unter den Bedingungen der Demokratie, Menschenrechten und in einer Welt grundsätzlich gleich souveräner Staaten, und genau daraus erwächst ein Legitimationsbedarf, der sich vor 100 Jahren noch nicht stellen konnte. Die Demokratietheorie liefert keine direkte Antwort auf das Problem, wie sich demokratische Politik unter globalen Bedingungen gestaltet. Hier stellt sich die Frage, was Globalisierung der Demokratie überhaupt heißen soll. Ist damit die weltweite Verwirklichung des Prinzips demokratischer Verfassungsstaaten gemeint, oder zielt sie auf die Herstellung einer globalen Demokratie, die von internationalen Institutionen und transnationalen Akteuren zu tragen wäre? In den Standardtheorien der Politikwissenschaft wird Demokratie über die Rechtsförmigkeit politischer Entscheidungen im Rahmen von Verfassungsstaaten begründet und die an den Staat gebundene politische Demokratie allen anderen Formen von Mitsprache übergeordnet. Macht, Zwang, Freiheit, Recht, Gerechtigkeit, Gleichheit, Inklusion,

---

<sup>7</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 30ff.

<sup>8</sup> Vgl. Müller, Klaus: Globalisierung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn 2002, Band 390, S. 7ff.

<sup>9</sup> Vgl. Osterhammel, Jürgen/ Petersson Niels P. : Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse. Epochen, München 2003, S. 10.

Repräsentation und weitere Schlüsselbegriffe der Demokratietheorie wurden mit Blick auf den Nationalstaat entwickelt, wobei die historisch variable Größe eines demokratischen Gebildes heute für wesentlich größer als ein Nationalstaat und wesentlich kleiner als die ganze Welt (Weltstaat) gehalten wird. (siehe die Dimensionen der Globalisierung.).

Der Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie ist mehrdeutig und spannungsreich. Man kann hierunter zum Ersten die Ausweitung von Demokratie auf zunehmend mehr Länder verstehen, zum Zweiten das Problem, politische Gestaltungsmacht über eine entgrenzte Weltwirtschaft zurück zu gewinnen, und zum Dritten den Versuch, die gesellschaftlichen Beziehungen oberhalb der bestehenden Staaten zu demokratisieren. Die vergleichende Politikwissenschaft konstatiert, dass die Demokratie parallel zur wirtschaftlichen Liberalisierung der beiden letzten Jahrzehnte ihre historisch größte Ausbreitung erfahren hat. Begünstigt wurde dies einerseits durch weltweite Kommunikation und politisches Lernen, andererseits verschlechtern globalisierte Märkte die sozialen Voraussetzungen von Demokratie, indem sie Ungleichheiten verschärfen und die Handlungsfähigkeit von Staaten herabsetzen.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes ist gleichzeitig auch das Ende der Moderne. In der „postmodernen“<sup>10</sup> Welt folgt das Zeitgeschehen zwei Megatrends, die in verschiedenen Variationen immer wieder in der Literatur angesprochen werden, und zwar der Globalisierung und der Fragmentierung. Beide Prozesse wirken auf die bisherige Staatenwelt ein und konfrontieren die Menschheit mit neuen Problemen.

Die materielle Dimension dieser Probleme umfasst ökologische Fragen, die demographische Strukturen und die technologischen Neuerungen, also Fragestellungen, denen sich insbesondere die Staatenwelt stellen muss. Es gibt aber auch noch eine geistig-kulturelle Dimension, die das soziale Verhalten, die Kultur und die Religion einbezieht. Die Globalisierung impliziert auch, dass große Teile der Weltbevölkerung über die kommunikative Vernetzung im selben Diskursraum leben. Jeder Einzelne ist damit in der Lage, via Medien und Internet eine Vielzahl von Informationen zu erlangen und darüber mit anderen ohne Berücksichtigung der Entfernung des Wohnortes zu kommunizieren. Beck bezeichnet diesen Sachverhalt

---

<sup>10</sup> Der Begriff „postmoderne“ bleibt laut Albrow in seiner zeitlichen Abgrenzung schwammig. Vgl. dazu Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter, Frankfurt a. Main 1998, S. 19f.

als die *informativische Globalisierung*.<sup>11</sup> Neben der Staatenwelt bildet sich damit auch eine Gesellschaftswelt aus, deren Möglichkeiten im Zeitalter der Globalisierung nicht unterschätzt werden sollten.

## 2.2 Bedeutungskern und Kontroversen

Die Globalisierungsdebatte weist einen inhaltlichen Richtungsstreit auf. Sie impliziert darüber hinaus einen kontroversen Definitionsstreit, was die Tragweite des Begriffes der Globalisierung angeht. Innerhalb der zahlreichen Rezeptionen liegt eine Deskription vor, die mit Berücksichtigung unterschiedlicher Aspekte einen kontroversen Diskurs der Globalisierung ermöglicht. Alle gesellschaftspolitischen Aspekte werden bei den Deskriptionen auf eine angemessene Weise berücksichtigt. Kontroverse Standpunkte treten bei der Ausweitung von Daten, Indikatoren und Beobachtungen auf, aus denen verschiedene Variationen der Interpretation, Analyse und Theorien- und Begriffsbildung hervorgehen. Kristallisationspunkt der Kontroversen ist die Fragestellung, welche Dimensionen die Globalisierung aufweist, wie Gesellschaftsformationen im Zuge der jüngsten qualitativen Änderungen der globalen Interdependenz transformiert werden. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf unterscheiden in ihrer Studie fünf Grundströmungen, die mit Veränderungen und in unterschiedlicher Kombination in der Debatte immer wieder nachzulesen sind:<sup>12</sup>

- 1- Für die einen ist Globalisierung wie der „Duft der großen weiten Welt“. Sie eröffnet eine Chance, die sich vor allem seit 1989 bieten.<sup>13</sup> Die Möglichkeiten der kulturellen Weitung des Horizonts seien größer als denn je. Zum ersten Mal könne nicht nur von Menschenrechten, sondern von Weltbürgerrechten geredet werden, deren Geltung auch gegen die Politik von Nationalstaaten durchgesetzt werden könne und müsse. *„Changes in the development of international human rights law have placed individuals, governments and non-governmental organizations under new systems of*

---

<sup>11</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung, a. a. O., S. 39.

<sup>12</sup> Vgl. Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 6. Auflage, Münster 2004, S. 25ff.

<sup>13</sup> So Oskar Lafontain und Christa Müller: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, Bonn (Dietz) 1998.

*legal regulation*".<sup>14</sup> Auch die Innen- und Außenpolitik der Staaten ändert sich, wenn sie nicht in erster Linie dem nationalen Interesse verantwortlich ist, sondern Handlungen mit der Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten begründet. Aus dieser Perspektive lässt sich der NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Jahre 1999 rechtfertigen, sofern kontrafaktisch unterstellt wird, die NATO könne als eine Art globaler Polizeitruppe zur Durchsetzung von Menschen- und Weltbürgerrechten gegen „Schurkenstaaten“ fungieren, weil es bereits so etwas wie eine Weltinnenpolitik einer Weltgesellschaft und globalen „Wertegemeinschaft“ gäbe. Ulrich Beck hat zum Beispiel dieses Argumentationsmuster bedient.<sup>15</sup> Es ist außerordentlich gefährlich, da in ihm idealistisch eine Weltbürgergesellschaft vorausgesetzt wird, die in Wirklichkeit nicht existiert und angesichts der sozialen Widersprüche und politischen Gegensätze in der Welt in überschaubarer Zukunft nicht existieren wird. Der Krieg der USA gegen den Irak im Jahr 2003 ist auch ein Beispiel zur Realisierung eines globalen hegemonialen Projektes. Durch die militärische Überlegenheit wird der Präventivkrieg gegen „Schurkenstaaten“ zu einem legitimen Mittel der Sicherheitspolitik- auch ohne Legitimation durch den UN-Sicherheit erleichtert. „Wenn wir handeln müssen“, erklärte der US-Präsident Georg W. Bush, „werden wir handeln, und dazu brauchen wir nun wirklich keine Genehmigung durch die Vereinten Nationen“.<sup>16</sup> Er stellte sich schon mit dieser Ankündigung gegen völkerrechtlich kodifizierte Grundlagen der UN-Ordnung. Lothar Brock spricht von einer „Wiedererfindung des Krieges“, auch in einer neuen „Gestalt demokratischer Erzwingungskriege“.<sup>17</sup>

- 2- Für andere ist der Prozess der Globalisierung schlicht ein „Mythos“ und das Aufheben, das darum gemacht wird, eine akademische Mode. Globalisierung sei ein „Phantom“, eine „intellektuelle Übertreibung“, eine „postmoderne“ Rechtfertigung des Kapitalismus. Globalität sei weit

---

<sup>14</sup> Held, David/ McGrew, Anthony/ Glodblatt, David/ Perraton, Jonathan: Global Transformations. Politics, Economics und Culture, Cambridge( Polity Press), 1999, S. 442.

<sup>15</sup> Vgl. Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 25f., auch dazu siehe Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, August 1999, S. 984-990.

<sup>16</sup> Zitiert nach Hauchler, Ingomar/ Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz( Hrsg.). : Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen und Prognosen. In: Stiftung Entwicklung und Frieden ,Bonn 2003, S.10.

<sup>17</sup> Brock, Lothar: Verlassene Baustellen- Global Governance im Zeichen des Krieges. In: Thomas Fues/ Jochen Hippler( Hrsg.): Globale Politik, Bonn 2003, S. 84.

entfernt, eine globale „Totalität“ zu sein, dazu sei die Welt zu fragmentiert. Es sei von „Triadisierung“ zu sprechen, also von der Konkurrenz zwischen Westeuropa, Nordamerika und Japan.<sup>18</sup>

- 3- Es wird noch hervorgehoben, dass die heute so übertrieben dramatisierte Tendenzen der Globalisierung so neu gar nicht sei. Die weltwirtschaftliche Verflechtung (durch Handel, Kapitaltransfers und Migration) sei schon vor dem Ersten Weltkrieg ähnlich intensiv gewesen wie heute zutage.
- 4- Andere halten Globalisierung für eine willkommene Formel der Rechtfertigung von Sachzwängen, mit denen der neoliberal begründete Abbau von Sozialleistungen, Lohnverzicht und Einschränkungen demokratischer Rechte, weil diese zu kosten- und zeitaufwendig in Zeiten der Globalisierung seien, begründet und forciert werden. Die Globalisierung werde im öffentlichen Diskurs „künstlich dramatisiert“ und sie sei das übertriebene Kernelement der Ideologie von Wettbewerbsfähigkeit am Standort, mit der die Gesellschaften in einen „Wettlauf der Besessenen“ gejagt und ideologisch dem Neoliberalismus oder „Globalismus“ und politisch dem enormen Stress einer alternativlosen, monetaristischen Stabilitätspolitik angesetzt würden.<sup>19</sup>
- 5- Globalisierung wird aber auch als eine widersprüchliche Tendenz der Inklusion und Exklusion wahrgenommen. Wenn man diesen Gegensatz begreifen will, kommt man mit dem Begriff der Fragmentierung nicht weit. Es ist aber auch nicht möglich, auf Imperialismus-Theorien zurückzugreifen. Die Spaltungstendenzen in der Welt sind nicht Folge der expansiven Politik mächtiger Nationalstaaten, sondern der Strukturierung der „Geoökonomie“ durch Autoritarismus des Marktes. Die Spaltungslinien folgen auch nicht mehr den Grenzziehungen zwischen „Erster“, „Zweiter“ und „Dritter“ Welt, sondern komplexen Mustern zwischen arm und reich, formellem, wettbewerbsfähigem und informellem Sektor etc. im globalen System und in jeder Gesellschaft. Globalisierung ist daher Kehrseite eines Prozesses der Fragmentierung, der Fraktionierung und Fraktalisierung. Tradierte Grenzen werden aufgelöst, überwunden, perforiert, und daher

---

<sup>18</sup> Vgl. Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 27ff.

<sup>19</sup> Vgl. Ebd.

wird der globale Raum ganz anderes, als es die politische Landkarte suggeriert, neu strukturiert.<sup>20</sup>

Dies bedeutet freilich keineswegs, dass Globalisierung grenzenlos wäre. Denn es entstehen im Zuge der Globalisierung neue Grenzen und ihnen neue politische Einheiten, nämlich supranationale regionale Wirtschaftsblöcke ebenso wie subnationale „industrial districts“, in denen räumlich gebundene systematische Wettbewerbsfähigkeit organisiert wird. Diese Einheiten überlappen sich teilweise, ihre Grenzen durchkreuzen sich und in dieser neuen Landkarte der Globalisierung hat auch der Nationalstaat einen Ort.

Die ökonomisch-sozialen Umbauprozesse, die sich mit der Globalisierung bezeichnet haben, haben mittlerweile –nach Joachim Hirsch- die Struktur, Position und Funktion der Staatsapparate tiefgreifend verändert. Der „Sicherheitsstaat“ wurde zum historisch neuen Typ des „nationalen Wettbewerbsstaats“ umgeformt, dessen grundlegende politische Priorität in der Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen für ein grenzüberschreitend flexibel gemachtes Kapital besteht.<sup>21</sup> Der „nationale Wettbewerbsstaat“ bleibt bei Hirsch- wenn auch in gewandelten Formen- ein autoritärer und starker Staat. Verändert haben sich nach ihm die politisch-sozialen Ausgrenzungsmuster, die Feindbilder und Legitimationsbeschaffungsmechanismen. Diese Transformation des Staates war nicht das Ergebnis einer sachzwanghaften Gesetzmäßigkeit, sondern einer politisch durchgesetzten kapitalistischen Krisenlösungsstrategie. Sie hat allerdings Bedingungen geschaffen, die nicht nur eine Reformulierung der Kapitalismus- und Staatstheorie, sondern auch ein gründliches Überdenken traditioneller Konzepte emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung notwendig machen.<sup>22</sup>

In den meisten Definitionsangeboten der Globalisierung spielen die Ausweitung, Verdichtung und Beschleunigung weltweiter (internationaler) Beziehungen eine zentrale Rolle. Bei den verschiedenen Definitionen geht es etwa darum, ob Globalisierung den Untergang des Nationalstaates bedeutet, ob sie eine kulturelle Vereinheitlichung der Welt mit sich bringt, oder ob sie den Konzepten von Raum und Zeit einen neuartigen Sinn verleiht. Hinter solchen Auseinandersetzungen über die Bedeutung von Globalisierung verbergen sich nicht selten auch krass formulierte

---

<sup>20</sup> Vgl. Ebd.

<sup>21</sup> Dazu siehe Joachim Hirsch: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Frankfurt a. Main 1998, S. 8ff.

<sup>22</sup> Vgl. Ebd.

Werturteile, seitens Globalisierungsgegner und –befürworter. Während die einen den Begriff einer neuen Ära von Wachstum und Wohlstand begrüßen, so erkennen die anderen eine heraufziehende globale Herrschaft des Großkapitals der westlichen Länder zum Nachteil von Demokratie, Menschenrechten, armen Ländern überhaupt und des globalen Ökosystems.<sup>23</sup>

Die Menschen haben im Laufe des 20. Jahrhunderts, aber auch dieses Jahrhunderts, tatsächlich einen enormen Quantitäts- und Qualitätssprung in der Verflechtung und im Kontakt zwischen den fünf Erdteilen und zwischen den 200 Staaten der Welt miterlebt. Die Entfaltung moderner Techniken des Verkehrs wie Flugzeuge, Containerschiffe und riesenhafte Tanker, moderner Techniken des Handels, moderner Techniken der Kommunikation und moderner Techniken der Finanzierung hat die Welt gewaltig verändert.<sup>24</sup> Die gegenwärtige Globalisierung steht demnach unter dem Vorzeichen eines Politikmusters, das Märkte und wirtschaftliches Wachstum zu universellen Lösungsformeln für gesellschaftliche Entwicklung, für die Überwindung von Armut und Ungleichheit erhebt. Gleichwohl ist sie kein spontanes Resultat anonymer Marktkräfte, sondern Folge einer Kette politischer Entscheidungen. Beinahe die Hälfte der Weltbevölkerung verfügt über weniger als 2 Dollar pro Tag, einem Drittel der Bevölkerung in den postkommunistischen Ländern hat die kapitalistische Revolution zunächst Verarmung und Unsicherheit eingebracht. Global ist Ungleichheit schärfer ausgeprägt als die im notorisch zerrissenen Brasilien: In einer „Weltgesellschaft“ würden 78 Prozent der Bevölkerung zu den Armen, 11 Prozent zur Mittelklasse und 11 Prozent zu den Reichen zählen.<sup>25</sup>

Ein allgemeines Einverständnis unter den Autoren liegt in der Annahme, Globalisierung stelle die Bedeutung des Nationalstaates in Frage und verschiebe das Machtverhältnis zwischen Staaten und Märkten zugunsten letzterer. Die Gewinner dieser Entwicklung sind multinationale Konzerne, die von den nationalen Regierungen durch die Erleichterung des Freihandels gefördert werden und die sich für ihre Aktivitäten ohne Loyalität zu ihrem jeweiligen Ursprungsland weltweit die kostengünstigsten Standorte aussuchen können. Die wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten nationalstaatlicher Regierungen werden dadurch beeinträchtigt

---

<sup>23</sup> Vgl. Osterhammel, Jürgen/ Petersson Niels P.: Geschichte der Globalisierung. a. a. O., S. 10ff.

<sup>24</sup> Vgl. Schmidt, Helmut: Globalisierung: Politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen, Stuttgart 1998, S. 16ff.

<sup>25</sup> Vgl. Müller, Klaus: Globalisierung, a. a. O., S. 10.

wie deren Zugang zu eigenen Ressourcen, vor allem Steuern. Die Untergrabung der äußeren Souveränität des Staates, insbesondere des Nationalstaates, und seines inneren Gewaltmonopols und Steuerungsvermögen ist eines der zentralen Themen der heutigen Sozialwissenschaften.<sup>26</sup>

Die Politik der Globalisierung zielt darauf ab, die nationalstaatlichen Fesseln abzustreifen, sie betreibt eine Entmachtung nationalstaatlicher Politik. Globalisierung ermöglicht, dass die Unternehmen, insbesondere die global agierenden, nicht nur eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt innehaben und dass sie der Gesellschaft dadurch die materiellen Ressourcen (Kapital, Steuern, Arbeitsplätze) entziehen können. Die Globalisierung stellt „nicht nur ein weiteres Stadium einer sich stetig weiterentwickelnden Moderne, sondern deren direkte Herausforderung(dar), da sie auf eine neue Form von Gesellschaft verweist“.<sup>27</sup> In der „nichtintegrierten Vielfalt der grenzlosen Welt“ werden soziale Klassen und nationalstaatliche Institutionen von ortungebundenen Identitäten, transnationalen Akteuren und den Netzwerken einer transnationalen Zivilgesellschaft abgelöst.<sup>28</sup> In einer „globalen kosmopolitischen Gesellschaft“, die nationale Feindschaften begräbt, werden die traditionellen weltpolitischen Formen und Strategien obsolet. Transnationales Regieren, das man in der Europäischen Union verwirklicht sieht, wird als Vorschein einer kosmopolitischen Demokratie interpretiert.<sup>29</sup>

Nicht von ungefähr beklagt Niklas Luhmann, dass angesichts der heterogenen Quellen der Globalisierung ein einheitlicher Gesellschaftsbegriff fehlt. Das von ihm angebotene Konzept der Weltgesellschaft, das sich ausdrücklich den regionalen Disparitäten des Erdballs stellen will, begreift als deren Zentren gleichwohl vor allem natürlich die internationalen Finanzmärkte. Globale Rationalität konzentriert sich demnach in den altbekannten Ländern des Westens. Der Rest der Welt wird definitionsgemäß unter regionalen Besonderheiten verbucht und verschwindet im terminologischen Nebel einer Systemtheorie, die sich an Kausalitäten demonstrativ desinteressiert zeigt.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Osterhammel, Jürgen/ Petersson Niels P. : Geschichte der Globalisierung. a. a. O., S. 10ff.

<sup>27</sup> Albrow, Martin: Auf dem Weg zu einer globalen Gesellschaft ?. In: Beck, Ulrich( Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft , Frankfurt a. Main 1998, S.411.

<sup>28</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 52ff.

<sup>29</sup> Vgl. Giddens, Anthony: Entfesselte Welt, Frankfurt a. Main 2001, S. 30f.

<sup>30</sup> Vgl. Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. Main 1997, S. 171 und 163.

Zusammengefasst kann gesagt werden, wenn Märkte und Gesellschaften grenzenlos werden, minimieren sie die Möglichkeiten nationaler Politik und machen nationale Steuerung in weiten Teilen unmöglich. Nationale Regierungen und Parlamente werden durch die ökonomische Globalisierung in ihrer Souveränität, insbesondere in ihrer Steuersouveränität, zugunsten multinationaler Konzerne beschnitten. Ökonomische Globalisierung führt zwar langsam, aber doch deutlich zu einem ökonomischen Kompetenzverlust der nationalen Regierungen.<sup>31</sup>

Ein zweites Merkmal von Globalisierung, über das Einigkeit herrscht, ist ihr Einfluss auf all das, was man unter Kultur zusammenfasst. Kulturelle Globalisierung, angetrieben durch Kommunikationstechnologie und die weltweite operierende Kulturindustrie des Westens, wurde zunächst als Homogenisierung verstanden, als die planetarische Vorherrschaft der amerikanischen Massenkultur auf Kosten tradierter Vielfalt.<sup>32</sup> Dass die ökonomischen Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten sich als kulturelle Fragmentierung niederschlagen, hat Roland Robertson zu der Fragestellung eines widersprüchlichen Prozesses der „*simultane Universalisierung des Partikularen und Partikularisierung des Universalen*“ veranlasst.<sup>33</sup> Damit sind einerseits die Tendenzen der markvermittelten strukturellen Globalisierung angesprochen, die eine kulturelle Universalisierung gar nicht bewirken können, zum anderen aber ist, wie Robertson anführt, eine *condition humaine* gemeint: Universalisierung und Partikularisierung „have become tied together as part of a *globewide nexus*“.<sup>34</sup> Die Universalisierung des Partikularen reflektiert dabei die postmoderne Vielfalt, die Partikularisierung des Universalen „*resistance to contemporary globalization*“.<sup>35</sup> Damit soll betont werden, dass auch bei Betrachtung der kulturellen Globalisierung Tendenzen der Fragmentierung und Partikularisierung zu berücksichtigen sind.

Robertson führte auch den Begriff der „*Glokalisierung*“ ein, um zu betonen, dass globale Tendenzen stets lokal wirksam werden und jeweils besonderer Aneignung bedürfen.<sup>36</sup> Massenmedien, Fernreisen und global nachgefragte Konsumgüter gelten als die wichtigsten Mechanismen der „*Glokalisierung*“.

---

<sup>31</sup> Vgl. Schmidt, Helmut: Globalisierung, a. a. O., S. 34.

<sup>32</sup> Vgl. Osterhammel, J./Pettersson, N.P.: Geschichte der Globalisierung, a. a. O., S. 12.

<sup>33</sup> Robertson, Roland: Globalization- social Theory and Global Culture, London 1992, S.100.

<sup>34</sup> Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 147.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Vgl. Robertson, Roland: Glokalisierung – Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, a. a. O., S. 197f.

Ein anderer Deutungsentwurf der Globalisierung rekonstruiert eine Strömung der einschlägigen Literatur, die sich als Politische Ökonomie der Globalisierung bezeichnen lässt, die Macht fortschreitender internationaler Verflechtung aus den Konflikten zwischen politischer Machterteilung und wirtschaftlichen Interessen an Machterweiterung. Die Interaktion von Staaten und Märkten erfordert, dass Staaten und politische Akteure die Produktion und Verteilung von Wohlstand und Investitionsstandorten beeinflussen und sich dafür zugleich hinreichende Loyalität in der Bevölkerung sichern. Hier ist zu fragen, wie sich globalisierte Marktprozesse auf die Verteilung von Macht und Wohlstand zwischen den Staaten und gesellschaftlichen Gruppen auswirken. Von entscheidender Bedeutung ist hier der Aspekt, der die politischen Strategien betrifft, mit denen Staaten durch Zusammenarbeit, die Unterstützung internationaler Institutionen oder durch regionale Integration ihren Aktionsradius ausweiten. Davon kann festgestellt werden, dass Globalisierung ein kontingentes Ergebnis von Marktprozessen, geopolitischen Konstellationen und staatlichen Entscheidungen, die international operierenden Banken und Unternehmen erweiterte Betätigungsfelder eröffnen.

Mit dem Konzept der „Globalität“ bezeichnet Martin Albrow einen neuartigen Orientierungsrahmen, der die Gegenwart von aller früheren Geschichte abhebt. Er benennt folgende Dimensionen von Globalität: Umweltfragen stellen sich im Rahmen eines Ökosystems, Massenvernichtungswaffen bringen die Gefahr der Zerstörung der ganzen Erde mit sich, Kommunikationssysteme und Märkte erstrecken sich über die ganze Welt, schließlich ist Globalität reflexiv geworden, d.h. für immer mehr Menschen bildet das Wissen um solche planetarischen Zusammenhänge den Bezugsmaßstab ihres Handelns und Denkens.<sup>37</sup>

Emanuel Richter sieht in der Globalisierung einen Spannungsbogen von Inklusion und Exklusion.<sup>38</sup> Aus ökonomischer Sicht herrsche ein Verdrängungswettbewerb zwischen dem Zentrum und der Peripherie und aus politischer Sicht weise das System weniger Homogenität auf. Es ginge also um eine Balance zwischen der nationalen Exklusion und der globalen Inklusion.<sup>39</sup> Die ökonomische Globalisierung bringt nur zum geringen Teil weltweite Homogenität hervor, in erster Linie geht sie mit den Erfahrungen der Differenz einher, das heißt die Verschärfung der

---

<sup>37</sup> Vgl. Ebd.

<sup>38</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Kosmopolitischer Patriotismus? Die deutsche Nation im Prozess der Globalisierung. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der neue Nationalstaat, Baden- Baden 1998, S. 304.

<sup>39</sup> Vgl. Ebd., S. 327.

Ambivalenzen zwischen Zentrum und Peripherie. Die Globalisierung teilt sich in Dimensionen ihrer „Reichweite“ und ihrer „Intensität“: Die Reichweite bezieht sich auf die Expansion in der Fläche der tangierten Gebiete und Bereiche, die Intensität bezieht sich auf das Ausmaß der gegenseitigen Durchdringung vormals unverbundener Lebensformen.<sup>40</sup>

Globalität nach Beck bezeichnet *„die Tatsache, dass von nun an nichts, was sich auf unserem Planeten abspielt, nur ein örtlich begrenzter Vorgang ist, sondern dass alle Erfindungen, Siege und Katastrophen die ganze Welt betreffen und wir unser Leben und Handeln, unsere Organisationen und Institutionen entlang der Achse >lokal-global< reorientieren und reorganisieren müssen.“*<sup>41</sup> Von diesem Begriff der Globalität lässt sich der Begriff der Globalisierung als Prozess unterscheiden, der transnationale soziale Bindungen und Räume schafft, lokale Kulturen aufwertet und dritte Kulturen hervortreibt. Die Besonderheit des Globalisierungsprozesses heute (und auch in die Zukunft) liegt in der empirisch zu ermittelnden Ausdehnung, Dichte und Stabilität wechselseitiger regional-globaler Beziehungsnetzwerke und ihrer massenmedialen Selbstdefinition sowie sozialer Räume und jener Bilder-Ströme auf kultureller, politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökonomischer Ebene. Weltgesellschaft ist somit keine „Mega-Nationalgesellschaft“, die alle Nationalgesellschaften in sich enthält und auflöst, sondern ein durch Vielheit und Nicht-Integriertheit gekennzeichneter Welthorizont, der sich dann eröffnet, wenn er in Kommunikation und Handeln hergestellt und bewahrt wird.<sup>42</sup>

Ein weiterer Deutungsentwurf für Globalisierung liefert Manuel Castell, der die Idee der „*Netzwerkgesellschaft*“ vertritt.<sup>43</sup> Castell beschreibt in seinem Konzept Globalisierung als die Entstehung der Netzwerkgesellschaft, einer historisch beispiellosen Gesellschaftsform. Computertechnik macht es möglich, flexible soziale Beziehungen unabhängig von Territorien zu organisieren. Nicht mehr die hierarchische, bürokratisierte Großorganisation, sondern das locker gefügte horizontale Netzwerk (in Anlehnung an Castell) sei die Organisationsform von Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Informationen. Damit veränderten sich die Grundlagen der Ausübung von Macht und der Verteilung von Ressourcen. Macht zeigt sich nicht mehr in Befehl und Gehorsam, sondern ist in der Existenz einer auf

---

<sup>40</sup> Vgl. dazu Richter, Emanuel: Prozesse internationaler Politik: Globalisierung. In: Franz, Christiane/ Schubert, Klaus (Hrsg.): Einführung in die Politikwissenschaft, Münster 2004, S. 186ff.

<sup>41</sup> Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 30.

<sup>42</sup> Vgl. Ebd., S. 30f.

<sup>43</sup> Vgl. Osterhammel, J./ Petersson, N. P.: Geschichte der Globalisierung, a. a. O., S. 13ff.

einen jeweils bestimmten Zweck ausgerichteten Netzwerkorganisation verankert. An die Stelle von Unterdrückung und Ausbeutung, von sozialem Oben und Unten und geographischen Zentren und Peripherien tritt nach Castell in der Netzwerkgesellschaft das Prinzip von Zugehörigkeit zum und Ausschluss aus dem Verbund. Die große Kluft in Castells neuer Welt verläuft zwischen den Vernetzten und den Unvernetzten.<sup>44</sup>

Die „Netzwerkgesellschaft“ –bei Messner- ist auch keineswegs hierarchiefrei, sie ist –ähnlich wie die modernen Formen betrieblicher Organisationen (lean management, lean hierarchy, outsourcing, Gruppenarbeit)- durchzogen von komplexeren und dadurch auch intransparenteren Strukturen.<sup>45</sup> Informelle Netzwerke führen aber oft dazu, dass mächtige Interessen sich noch leichter durchsetzen können, weil wirksame Regeln und Kontrollmechanismen fehlen. Netzwerke können nicht per se schon deshalb positiv bewertet werden, weil in ihnen Kooperation stattfindet. Sie können die Formen der „organisierten Unverantwortlichkeit“ annehmen, weil nur partikulare Interessen zur Geltung gelangen.<sup>46</sup>

Bevor auf die Dimensionen der Globalisierung eingegangen wird, soll hier schließlich erwähnt werden, dass alle heutigen Gesellschaften vor radikal neuen Entwicklungen stehen. Die Veränderungen der demographischen Bedingungen, der Werte, Wissenschaften und Technologien stellen Antriebskräfte für eine Zukunft dar, die nicht nur ungewiss, sondern im großen und ganzen noch gar nicht vorstellbar ist. Die Geburt einer ganz anderen Welt kann als Bedrohung oder als Chance gesehen werden. Die Staaten (Nationalstaaten) haben keine andere Wahl, als sich mit völlig neuartigen Problemen, für die noch keine fertigen Lösungen verfügbar sind, auseinander zu setzen. Ein Beispiel ist die wachsende Arbeitslosigkeit vor allem jüngerer Menschen in Westeuropa, die die Grundstruktur der Gesellschaft bedroht. Den Regierungen fehlt es an Orientierungshilfen, um diese Probleme zu überwinden. Deshalb weisen die Regierungen viele Aufgaben anderen gesellschaftlichen Prozessen und Einrichtungen zu, vor allem dem Markt. Märkte sind ökonomisch optimal geeignet und können einige Grundsituationen des Wandels bewältigen. Aber Märkte können nur in bestimmten Bereichen funktionieren. Und wenn in einem sich ändernden Umfeld Marktmechanismen wirksam werden, dann entstehen oft hohe

---

<sup>44</sup> Vgl. Ebd.

<sup>45</sup> Dazu Messner, Dirk: Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, Köln 1995.

<sup>46</sup> Dazu Beck, Ulrich: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt a. Main 1988.

soziale Kosten, wie z.B. eine steigende Arbeitslosigkeit.<sup>47</sup> Aus der Perspektive demokratischer Werte wiegt jedoch am schwersten, dass gewählte Regierungen sich zu sehr auf Märkte verlassen und damit ihre Machtbefugnisse und ihre Verantwortung zugunsten anderer Akteure und Prozesse, die sich nicht demokratisch rechtfertigen können, aufgeben. Allerdings verfügen die Menschen heute weder über das Wissen noch über die Institutionen, um eine gute Mischung zwischen staatlicher, doch demokratischer Verantwortung unterwerfener Führung und freien Marktkräften zu erreichen, die zwar die Vorteile des Marktes nutzen, aber zugleich sozialen Werten verpflichtet sind.<sup>48</sup> Welche Dimensionen der Globalisierung sind in Bezug auf die Demokratie von Bedeutung? Die Suche nach einer Antwort auf diese Frage muss aber berücksichtigen, dass der Prozess der Globalisierung im Gleichschritt mit anderen Entwicklungen stattfindet, die Probleme für die demokratischen Systeme aufwerfen und ihnen Veränderungen erfordern.

Die Vielzahl der unterschiedlichen Positionen deutet darauf hin, dass der Begriff der Globalisierung strittig ist. Der Globalisierungsdiskurs findet in einem Feld statt, auf dem verschiedene wissenschaftliche Ansätze, politische Richtungen, Interessen und fachspezifische Orientierungen aufeinander treffen. Dies ist der Grund für die verschiedenen Positionen, die gerade dargestellt worden sind, und für einen Deutungsstreit, der einerseits für einen enormen Output an Globalisierungsliteratur und andererseits für deren Langweiligkeit verantwortlich ist.

---

<sup>47</sup> Vgl. Dror, Yehezkel: Demokratie unter Globalisierungsdruck – Antworten auf die Herausforderung der Zukunft. In: Weidenfeld, Werner( Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt – Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 370ff.

<sup>48</sup> Vgl. Ebd.

## 2.3 Dimensionen der Globalisierung

Die Erscheinungsformen und Kausalmechanismen der Globalisierung haben sich im Zeitverlauf verändert. Während bis zum 19. Jahrhundert die Ökonomie als zentraler Ausgangspunkt für die Veränderungen in Politik und Kultur gelten kann, haben sie sich im 20. und 21. Jahrhundert zu einem vielschichtigen und multikausalen Geflecht aus ökonomischen, technischen und politischen Faktoren verschoben, das sich zunehmend auf den kulturellen Bereich ausweitet. Aus dem bisher Dargestellten wird deutlich, dass unterschiedliche Einschätzungen der Globalisierung hinsichtlich ihrer Bedeutung und Tragweite bestehen, die im Folgenden aufgezeigt werden sollen.

### 2.3.1 Ökonomische Globalisierung

„Die Gewinner seit Beginn des Kolonialismus waren und sind „die Sieger der Geschichte“, die sich in der Tat „eine Welt nach ihrem Bilde“ geschaffen haben: nämlich die westlichen Staaten als Schiedsrichter, die über das von ihnen selbst erstellte und fortlaufend adoptierte Regelwerk wachen, also die sich nunmehr transnational organisierenden, Wolkenkratzer akkumulierenden Konzerne.“<sup>49</sup>

Die wirtschaftliche Globalisierung steht im Zentrum der öffentlichen Debatte. Der zentrale Befund bei der ökonomischen Globalisierung ist die Ablösung von Staatsräumen durch Wirtschaftsräume. Ökonomische Globalisierung meint, dass durch zunehmende Unternehmensverflechtungen und Finanztransaktionen über nationalstaatliche Grenzen hinweg (ermöglicht durch neuartige Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Liberalisierung des Welthandels und des Kapitalverkehrs), die Volkswirtschaften zu einer großen globalen Wirtschaft zusammenwachsen. Dieses Zusammenwachsen (der Prozess der Globalisierung) geht einher mit einem sich erhöhenden Konkurrenzdruck sowohl für Unternehmen als auch für Unternehmensstandorte, die jetzt beide in einem über alle Grenzen hinausgehenden globalen Wettbewerb stehen und sich diesen neuen Bedingungen anpassen müssen.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup>Scharenberg, Albrecht/ Schmidtke, Oliver (Hrsg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen. Münster 2003, S. 8.

<sup>50</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 42f.

Dieser globale Wettbewerb ist durch das Prinzip der Standortkonkurrenz entfesselt. Es suggeriert, dass Standorte (in erster Linie Nationalstaaten) miteinander im Wettbewerb um die Gunst der transnationalen Unternehmen stehen. Der Standort mit den günstigsten Bedingungen (gute Infrastruktur, billige Arbeitskräfte, wenig Umweltschutzbestimmungen usw.) erhält den Zuschlag für die neue Produktionsstätte, die neben den heißbegehrten Arbeitsplätzen auch Wirtschaftswachstum und Wohlstand verheißt. Dieser Wettlauf führt auf Dauer dazu, dass die Standorte immer höhere Anreize bieten müssen und immer weniger Bedingungen stellen können, so dass langfristig der tatsächliche Nutzen, den die Gesellschaft aus der Wirtschaft ziehen kann, immer geringer wird. Die politische Handlungsfähigkeit von Staaten nimmt ab, da sie ihre Politik zunehmend an den Interessen der Unternehmen ausrichten muss, um im Standortwettbewerb mithalten zu können. Ermöglicht wurde der globale Wettbewerb jedoch erst durch gezielte Liberalisierung und Deregulierung des internationalen Wirtschaftssystems (Vgl. 3.2). Um diese Dimension zu erfassen, muss ökonomische Globalisierung in mehreren Unterdimensionen (wie Handel, Investitionen, Geld- und Finanzmärkte, Akteure) unterteilt werden. Sie zeigt sich zunächst darin, dass sich die nationalen Volkswirtschaften (wie z.B. die deutsche Volkswirtschaft, französische Volkswirtschaft usw.) immer stärker integrieren. Der Welthandel wächst seit Jahren stärker als die Weltproduktion, Investitionen werden weltweit geplant, eine zunehmende Zahl an transnationalen Konzernen, so genannte „Global Players“, gestalten den Wirtschaftsprozess, Produkte und Dienstleistungen werden für einen weltweiten Bedarf hergestellt, Kapital kann frei über den Globus fließen und sucht sich die günstigsten Anlagebedingungen.<sup>51</sup>

### **2.3.1.1 Handelsverflechtung**

Die Reichweite der internationalen Verflechtung ist heute keinesfalls global. Allenfalls 20 Prozent der Güter und Dienstleistungen werden international gehandelt, nicht mehr als 30 Prozent der Weltbevölkerung sind in die Weltwirtschaft integriert. Das

---

<sup>51</sup> Global Players steht als Formel für die Zusammenführung aller ökonomischen Aussagen in Gestalt des transnationalen Unternehmens, hier überschneiden sich die Rahmenbedingungen, die unternehmerischen Strategien und die transnationalen Folgestrukturen, mehr dazu siehe Von Plate, B.: „Grundelemente der Globalisierung“, a. a. O., S. 4. Alle in diesem Zusammenhang angegebenen Zahlen stammen aus Globale Trends 2004/2005. In: Ingomar Hauchler, Dirk Messner und Franz Nuscheler (Hrsg.), a. a. O.

globale Handelsvolumen, das die *Triade* EU, USA und Japan überschreitet, stellt einen minimalen Anteil am gesamten Welthandelsvolumen dar. Alleine die USA, Kanada, Japan und die Mitglieder der Europäischen Union bestimmen 70 Prozent des Welthandels. Nach z.B. Michael Zürn deuten diese Fakten auf ein OECD-zentriertes Weltwirtschaftssystem. Im Bereich der Direktinvestitionen fließen 91 Prozent der Auslands-Direktinvestitionen in die Länder der OECD und in die zehn für die Triade als Handelspartner wichtigsten Schwellenländer. Statistischen Erhebungen zufolge vollzieht sich 84 Prozent des Welthandels zwischen den Ländern, deren Bevölkerung 28 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht.

*Regionalisierung/ Internationalisierung* ist zur Kennzeichnung dieser Unterdimension angemessener als Globalisierung. Internationalisierung meint, die zunehmenden Wirtschaftsverflechtungen konzentrieren sich nach wie vor auf die Triade. Grenzüberschreitender Handel hat also seine klaren Grenzen, und diese fallen mit den Grenzen der OECD-Welt zusammen. Dieser eben gerade nicht globale, sondern blockgebundene, innerkontinentale Intensivierung der Wirtschaftsverflechtung lässt sich in einem einfachen Zentrum-Peripherie-Modell veranschaulichen. Eine Gruppe von internationalen Firmen aus 16 Staaten wickelt mehr als 70 Prozent aller Exporte ab (dazu der Abschnitt 2.3.1.4). Diese Gruppe setzt sich ausschließlich aus westeuropäischen (EU), nordamerikanischen (USA) und asiatischen Ländern (vor allem Japan) zusammen, Schwellen- und Entwicklungsländer haben nur einen relativ geringen Anteil am weltweiten Exportmarkt und kein südamerikanischer oder afrikanischer Staat gehört zur Gruppe der weltweit wichtigsten Exporteure. Gleichwohl verzehnfachte sich in den vergangenen 40 Jahren das weltweite Exportvolumen, währenddessen sich die weltweite Produktion nur verfünffachte.<sup>52</sup>

Unternehmen haben keinen Stammsitz mehr, von dem aus sie international agieren, sondern sind netzwerkartig international organisiert. Zürn spricht in diesem Zusammenhang von „grenzüberschreitender Produktion in Abgrenzung zum grenzüberschreitenden Austausch, wobei Erstes mit Globalisierung bezeichnet werden könnte, Letzteres wäre dann eine andere Bezeichnung für Internationalisierung.“<sup>53</sup> Zürn verwendet selbst nicht den Begriff der Globalisierung, den er als Epochenbegriff bezeichnet, sondern wählt als analytischer Terminus den

---

<sup>52</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Globalisierung. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 8. aktualisierte Auflage, Bonn 2000, S. 141ff.

<sup>53</sup> Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a. Main 1998, S. 72.

Begriff der „gesellschaftlichen Denationalisierung“.<sup>54</sup> Der Austausch bildet zweifelsohne eine wichtige Form der grenzüberschreitenden Interaktion. Güter werden heute jedoch zum Teil nicht mehr national hergestellt und dann international gehandelt, sondern durchlaufen bereits bei der Produktion so genannte transnationale Ketten und werden somit grenzüberschreitend gefertigt. Ganz gleich, in welchem Teil der Welt ein Auto montiert wird, es setzt sich zu ungefähr 50 Prozent aus Teilen zusammen, die in anderen Ländern hergestellt worden sind.

Gesellschaftliche Denationalisierung kann also nach Zürn definiert werden als „die Verschiebung der Grenzen von verdichteten sozialen Handlungszusammenhängen über die Grenzen von nationalen Gesellschaften hinaus, ohne gleich global sein zu müssen.“<sup>55</sup> Als Maßstab der gesellschaftlichen Denationalisierung kann das Ausmaß der grenzüberschreitenden Transaktionen benutzt werden. Je intensiver die grenzüberschreitenden Transaktionen, desto höher ist dann der Grad der gesellschaftlichen Denationalisierung.

Zürn neigt somit dazu, die Rolle der Wirtschaft bei der Globalisierung zu relativieren, und behauptet demzufolge, dass dieser Bereich nicht notwendigerweise allen anderen vorausläuft. Dennoch erhält die Rolle der Wirtschaft bei Zürn eine beachtliche Stellung bei der Messung der gesellschaftlichen Denationalisierung. Er schreibt einerseits, dass Denationalisierung als „Intensivierung der Interdependenz zwischen nationalen Volkswirtschaften verstanden werden.“<sup>56</sup> Und andererseits beschreibt er die Denationalisierung als einen Prozess „der die Bedeutung nationaler Volkswirtschaften auflöst und somit die Trennung zwischen Innen und Außen fragwürdig macht.“<sup>57</sup>

Regionalisierung, die von der wirtschaftlichen Globalisierung mitbedingt ist, bedeutet nicht einfach einen Anstieg der Aktivitäten zwischen benachbarten Ländern, sondern die Intensivierung zwischenstaatlicher Beziehungen mit dem Resultat, dass die ökonomischen Beziehungen immer mehr auf der Ebene des regionalen Blocks organisiert und dem entsprechend territorial beschränkt werden, so dass die wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Raum nur marginal von ökonomischem Handeln in anderen Weltteilen tangiert werden.<sup>58</sup> Regionalisierung bezeichnet zum

---

<sup>54</sup> Zürn: Ebd. S. 69. Mehr dazu siehe hier auch das Unterkapitel 5.2 und das Unterkapitel 2.3.4.

<sup>55</sup> Ebd. S. 73.

<sup>56</sup> Ebd., S. 71

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Vgl. Perraton, Jonathan/ Goldblatt, David/ Held, David/ McGrew, Anthony: Die Globalisierung der Wirtschaft, a. a. O., S. 136f.

einen die Konzentration internationaler Transaktionen zwischen nationaler Einheiten (Nationalstaaten, Volkswirtschaften, nationale Gesellschaften) zum Beispiel Außenhandel, Finanzströme, Tourismus, Migration, Telekommunikation usw., zum anderen den institutionellen Zusammenschluss von Staaten zu supernationalen Einheiten (wie EU, NATO, NAFTA, ASEAN, MERCOSUR, usw.), die der gemeinsamen Regelung in einem oder mehreren Politikfeldern dienen.<sup>59</sup>

Die Bildung regionaler Wirtschaftsblöcke dient zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von territorialen Wirtschaftseinheiten, zur Schaffung stabiler Wechselkurse und zur Akkumulation von Verhandlungsmacht in den Institutionen und Organisationen der globalen Ökonomie (WTO, IWF etc.). Regionale Wirtschaftsblöcke können somit auch als Versuch gewertet werden, angesichts der Globalisierung von Märkten einen Teil der politischen Kontrolle über ökonomische Prozesse „oberhalb“ des Nationalstaats zurückzugewinnen. Sie stellen also den Versuch dar, die „entgrenzte Staatenwelt“ durch neue Grenzen zu strukturieren, um die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Souveränität nicht ganz an die globalen Märkte abzugeben. Denn dies würde nicht nur sozialen Stress erzeugen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit mindern.<sup>60</sup>

Als realitätsnäherer Weg zur Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit gelten die verschiedenen regionale Integrationsabkommen, die Staaten abschließen, um der regionalen Verdichtung ihrer Handelsbeziehungen und ihren gemeinsamen politischen Interessen Rechnung zu tragen. Nicht Globalisierung, sondern ökonomische Regionalisierung und politischer Regionalismus sind die global vorherrschenden Trends. Regionale Handelsabkommen haben in den letzten Jahrzehnten maßgeblichen Anteil an der Ausweitung des Weltmarkts gehabt und werden mittlerweile nicht mehr, wie die Zeiten des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), als Ausnahme, sondern als Komplement zur globalen Liberalisierung aufgefasst. Zur Jahrtausendwende wurden über 140 regionale Handelsabkommen registriert, von denen 90 erst seit Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) entstanden sind.<sup>61</sup>

---

<sup>59</sup> Vgl. Hummel, Hartwig/ Menzel, Ulrich: Regionalisierung/ Regionalismus. In: Woytke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, a. a. O., S. 383ff. Zu den regionalen Integrationsabkommen siehe auch Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 409-502.

<sup>60</sup> Vgl. Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, ebd. S. 46.

<sup>61</sup> Vgl. Müller, Klaus: Globalisierung, a. a. O., S. 150ff.

Angesichts dieses überwältigenden Trends hat sich die Einstellung zu regionaler Integration geändert. Vom Standpunkt eines liberalen Multilateralismus wurde bilaterale und regionale Handelsabkommen wegen ihrer Diskriminierung dritter Parteien kritisiert und als Segmentierungen der Weltwirtschaft abgelehnt, die keinen Handel schaffen, sondern lediglich umleiten.

Die Integrationswelle zu supranationalen, regionalen Wirtschaftsräumen gewinnt erst einige Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg an Aktualität. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg scheint die bipolare Weltordnung, darin die ideologische, politische und wirtschaftliche Teilung der Welt ausreichend. Eine weitere Dimension der Teilung, die zur Zusammenfassung zu supranationalen, makoregionalen ökonomischen Einheiten führen könnte, erübrigte sich.

Die Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg bieten eine „relative“<sup>62</sup> Stabilität für die Nachkriegsordnung. Parallel zur Bildung von neuen Nationalstaaten emanzipieren sich viele Länder von ihrer kolonialen Abhängigkeit von den einst europäischen Weltmächten. Im Strudel der Neustrukturierung der Weltordnung wird der Freihandel als hegemoniales Projekt von den USA, gestützt von den neu gegründeten multilateralen Institutionen für die weitere Gestaltung der Weltwirtschaft, eingeführt. Christoph Scherrer rekapituliert die damalige Außenwirtschaftspolitik der USA, die zweifellos eine hegemoniale Kapitallogik impliziert, und schreibt über die US-Prävention zur Regulierung des Weltmarktes:

Seither forciert die US-Regierung die Öffnung der Märkte anderer Nationen für ausländische Anbieter. Entscheidendes, wenngleich nicht einziges Mittel, um die anderen Nationen zur Öffnung ihrer Märkte zu bewegen, war die Öffnung des eigenen Marktes. Gemäß der zentralen Norm der Reziprozität des Welthandelregimes erleichterten die USA im Gegenzug zu jeder Zollsenkung bzw. zu Beseitigung einer nichttarifären Handelshemmnisse (z.B. technische Standards) den Zugang zum eigenen Markt.<sup>63</sup>

---

<sup>62</sup> Im Sinne einer kritischen Geschichtsauffassung und einem kritischen Geschichtsbewusstsein ist es skandalös von einer Zeit in der die meisten und brutalsten Kriege dieser Welt stattgefunden haben von der Epoche des „Kalten Krieges“, zu reden. Abgesehen von den kriegerischen Auseinandersetzungen auf den afrikanischen und südamerikanischen Kontinenten, werden der Korea- und Vietnam-Krieg aber auch vor allem der Irak-Krieg ein Zeugnis dafür ablegen, dass ein Hegemoniekampf zwischen zweier oder mehrerer Mächte, in welcher Epoche er auch immer stattfinden mag, nie ohne einen Krieg auskommt.

<sup>63</sup> Scherrer, Christoph: Freihandel als hegemoniales Projekt. Zur Geschichte der Außenwirtschaftspolitik in den USA. In: Widerspruch Bd. 38 Globalisierung und Widerstand, 1999/2000, S.5.

Die Außenwirtschaftspolitik der USA, die aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Vormachtstellung zwar nicht als der einzige für die derzeitigen Globalisierungstendenzen angegeben werden kann, stellt die Öffnung des US-Marktes dennoch eine zentrale Voraussetzung für die rasant voranschreitenden Prozesse der Globalisierung dar. Diese liberale Weltwirtschaftspolitik wird von den exportorientierten Volkswirtschaften nicht nur begrüßt sondern, wenn auch mit Unbehagen gegenüber der US-Dominanz, mitgestaltet und mitgetragen. An dieser Stelle könnten selbstverständlich übernommene Einwände gegen diese historische Faktizität erhoben werden, mit der Begründung, dass die Voraussetzungen der US-Wirtschaft gar nicht auf die internationale Arbeitsteilung angewiesen seien. Denn die Größe des Raumes über die die US-Wirtschaft verfügt, sättigte einerseits den industriellen Rohstoffbedarf, und andererseits stellte der US-Markt einen zulänglichen Absatzvolumen dar, so dass eine Störung des Produktionsprozesses aufgrund der effektiven Beteiligung der Lohnabhängigen ausgeschlossen wäre. Damit wäre die Prosperität und die nationale Wirtschaftsstabilität der USA gesichert. Innerhalb der vergangenen 20 Jahre hat sich der Anteil des weltweiten Warenexports an der Weltgüterproduktion von etwa 10 auf 20 Prozent verdoppelt. Zwischen 1948 und 2000 nahm der Warenhandel jährlich real im Durchschnitt um 6,1 Prozent zu, während die Produktion lediglich um 3,9 Prozent zulegte. 23 Länder wickeln rund 75 Prozent des Welthandels ab, der Anteil des Handels der Industrieländer am Welthandel untereinander ist in den vergangenen 20 Jahren weiter gestiegen, von 45 Prozent 1980 auf fast 50 Prozent 2000.<sup>64</sup>

Internationaler Handel führe zu vertiefter Arbeitsteilung, stimulierte daher die Produktion von mehr Gütern, habe höheres Wachstum und eine Zunahme von Wohlstand und Beschäftigung zur Folge. So lauten, in kurzer Zusammenfassung, die Versprechen derjenigen, die dem Prinzip des Freihandels und der Deregulierung das Wort reden. Die politische Beseitigung von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen sei daher geboten und die Geschichte der Zollsenkungen in der Nachkriegszeit sei Beleg für die Sinnhaftigkeit des Freihandelsimperativs. Vom Freihandel profitieren also vor allem jene Handelsnationen, die schon jetzt den allergrößten Teil des Welthandels untereinander abwickeln (mehr dazu siehe das 3. Kapitel).

---

<sup>64</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Globalisierung, a. a. O., S.141.

### 2.3.1.2 Internationalisierung ausländischer (Direkt)Investitionen

Ein weiterer Beleg für die Internationalisierung / Globalisierung der Wirtschaft ist die Entwicklung der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen, die permanent zunehmen. Die globalen Investitionsflüsse konzentrieren sich allerdings auf wenige Länder und fließen vor allem zwischen den OECD-Ländern.<sup>65</sup> Obwohl die Entwicklungsländer ihren Anteil an den internationalen Direktinvestitionen auf über ein Drittel steigern konnten, entfällt der größte Teil dieser Investitionen auf die Industriestaaten. Innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer entfallen zudem rd. 95 Prozent auf 20 Staaten (inkl. China), während auf die übrigen Staaten unter 5 Prozent der Investitionen entfallen. Nur 1,5 Prozent der globalen Direktinvestitionen gehen nach Afrika.<sup>66</sup> So haben sich die ausländischen Direktinvestitionen in den 1990er Jahren mehr als verfünffachte, die täglichen Umsätze an den Devisenmärkten liegen bei rd. 1,2 Billionen US-Dollar und sind damit um vielfaches höher, als dies für die Abwicklung der Handelsströme erforderlich wäre. Die Finanzmärkte (dazu siehe der Abschnitt 2.3.1.3) sind derartig verflochten, dass bei nationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen- wie etwa in Mexiko (1994), Asien (1997/98), Brasilien (1999) oder Argentinien (2002/03)- die gesamte internationale Finanzarchitektur in Mitleidenschaft gezogen werden kann und sich die Frage nach einer Reform der internationalen Finanzarchitektur stellt.<sup>67</sup>

Zusammengefasst kann man sagen, dass die getätigten Direktinvestitionen keineswegs in Billiglohnländer wandern, sondern zu mehr als 70 Prozent des weltweiten Bestands auf die Triade Westeuropa, USA und Japan. Die Herkunft dieser Investitionen ist ebenfalls hauptsächlich auf diese Länder beschränkt, so dass eine gegenseitige Durchdringung der Volkswirtschaften dieser Nationen stattfindet.<sup>68</sup>

Die Intensität dieser Investitionen ist dabei in den letzten 20 Jahren besonders hoch gewesen. *„Seit Mitte der achtziger Jahre wächst die internationale Arbeitsteilung*

---

<sup>65</sup> In der OECD( Organisation for Economic Cooperation and Development – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind die 29 wichtigsten Industrieländer zusammengeschlossen. Das Ziel der Organisation ist es, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder sowie anderer Länder, die nicht der OECD angehören, und den internationalen Handel zu fördern. Mehr zur OECD siehe das Journalisten-Handbuch für Entwicklungspolitik, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung( BMZ), Bonn 1998, S. 339ff.

<sup>66</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Globalisierung, a. a. O., S. 141. Mehr zu den ausländischen Direktinvestitionen, Vgl. Mankiw, N. Gregory: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 1999, S. 695ff.

<sup>67</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Ebd.

<sup>68</sup> Vgl. Lafontaine, O./ Müller, G. : „Keine Angst vor der Globalisierung“, a. a. O., S. 28ff.

*über die Investitionsschiene dreimal so schnell wie über den Handel*.<sup>69</sup> Die Nutznießer dieser Entwicklung sind die Unternehmen der Industrieländer, die sich in den letzten 20 Jahren durch Tausende von Fusionen und Unternehmensbeteiligungen zu transnationalen Unternehmen entwickelt haben. Investitionen ausländischer Firmen und Banken in Entwicklungsländer gelten gemeinhin als sehr positiv. Die Befürworter der Globalisierung gehen davon aus, dass ausländische Direktinvestitionen Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaft in Schwung (durch ihren Bedarf an Vorprodukten, Infrastruktur usw.) bringen, für technologische Entwicklung sorgen, Wachstum erzeugen und die Zahlungsbilanz von Schuldnerländern wieder in Ordnung bringen.

Im Idealfall haben sie diese Effekte tatsächlich. In der Realität sieht es oftmals anders aus: Finanzstarke Unternehmen kaufen lokale Anbieter auf, vernichten zahlreiche Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen, drängen einheimische Konkurrenten vom Markt und erlangen Monopolstellung, die sie weidlich ausnutzen – auch in politischen Belangen. Vorprodukte werden aus einer anderen Niederlassung importiert, Produktionskosten so weit es irgend geht auf den Staat abgewälzt, Arbeitnehmerrechte und Umweltgesetze (falls sie existieren) werden ignoriert, und sämtliche Gewinne wieder ins Ausland transferiert. Deutsche Konzerne im Ausland schaffen beispielsweise kaum zusätzliche Jobs, sondern kaufen zu meist nur dortige Unternehmen, um anschließend die Belegschaft auszudünnen und regionale Märkte zu versorgen.<sup>70</sup>

Auf Proteste reagieren Regierungen und Unternehmen gleichermaßen mit einem Schulterzucken und dem Verweis auf die Globalisierung, die Staaten im Standortwettbewerb zur Schaffung eines günstigen Investitionsklimas und Unternehmen in der weltweiten Konkurrenz zur Profitmaximierung zwingt. Interessanterweise wird der Ausmaß des massiven Gewinntransfers von Süd nach Nord vielerorts mit einem statistischen Kniff zu verschleiern versucht: Seit Mitte der achtziger Jahre wird von der Weltbank und anderen internationalen Institutionen die Wirtschaftsleistung nicht mehr im Bruttosozialprodukt, sondern im Bruttoinlandsprodukt angegeben. Letzteres berücksichtigt zwar, was im betreffenden Land von ausländischen Firmen erwirtschaftet wird, aber nicht, wie viel davon ins Ausland transferiert wird. Es suggeriert also eine höhere Wirtschaftsleistung als die

---

<sup>69</sup> Ebd., S. 29.

<sup>70</sup> Vgl. Martin, Hans-Peter/ Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Hamburg 1996, S. 16.

tatsächlich vorhandene, da die repatriierten Gewinne dem Entwicklungsland zugerechnet werden.<sup>71</sup>

Ein zentrales Erfolgsgeheimnis der asiatischen Aufsteiger war die Anbindung von Investitionen an bestimmte Auflagen, die gewährleisteten, dass diese auch tatsächlich positive Effekte auf die einheimische Wirtschaft hatten: Verpflichtungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Erwerb lokaler Vorprodukte, zum Technologietransfer, Einschränkungen beim Gewinntransfer, usw.

Fehlen die entsprechenden Auflagen, beschränkt sich die Wirkung von Investitionen auf ihren eigentlichen Zweck: Gewinne für den Investor zu erwirtschaften. Dieser eigentliche Zweck ist es auch, der dafür sorgt, dass die Investitionen natürlich nicht dorthin fließen, wo die Wirtschaft sie am nötigsten brauchen würde, sondern dorthin, wo sie am lukrativsten angelegt werden können. Fünf Steueroasen in der Karibik mit zwei Mio. Einwohnern konnten 1996 mehr Auslandsinvestitionen verbuchen als die gesamte Gruppe der 48 am wenigsten entwickelten Länder mit beinahe 600 Mio. Menschen.<sup>72</sup>

Insbesondere die sogenannten Portfolio-Investitionen (Aktien, Devisen u.ä.), die einen beträchtlichen Teil des Zustroms ausmachen, verbleiben allerdings nur so lange in einem Land (besser: einer Volkswirtschaft), wie die Aussicht auf gute Gewinne vorhanden ist (Das gilt zwar auch für alle anderen Investitionen, diese sind jedoch weniger leicht abzustoßen). Wird diese - berechtigt oder unberechtigt - in Zweifel gezogen, suchen sich Investoren schleunigst einen anderen Anlagemarkt. Dies kann weitreichende Konsequenzen haben. Der möglicherweise einsetzende Domino-Effekt (Währungs- oder Aktienverkäufe ziehen einen Kursverfall nach sich, der weitere Verkäufe auslöst) führt zum Rückzug von immer mehr Investoren, und es kommt zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, ermöglicht u.a. durch die verbesserte Kapitalmobilität. Die Währung fällt ins Bodenlose, Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten schnellen massiv in die Höhe. Der IWF (und besonders die USA) stellen astronomische Summen bereit, um die „Lage zu stabilisieren“ - ein Ausbreiten der Krise zu verhindern und die schlimmsten Verluste der Investoren abzufedern. Nebenbei erlangen sie durch bestimmte Kreditauflagen eine

---

<sup>71</sup> Vgl. Halstead, Ted / Cobb, Clifford: The Need for New Measurements of Progress. In: Mander, Jerry / Goldsmith, Edward (Hrsg.): The Case against the Global Economy and for a Turn toward the Local. San Francisco: Sierra Club Books 1996, S. 197-206.

<sup>72</sup> Es handelte sich dabei um die Cayman Inseln, die Jungferninseln, Bermudas, Trinidad und Tobago und die Bahamas. Vgl. UNCTAD: World Investment Report 1997. Transnational Corporations, Market Structure and Competition Policy. Genf / New York 1997.

beträchtliche Kontrolle über die am Boden liegende Wirtschaft. Finanziert werden die Zig-Milliardenkredite durch die Steuerzahler - sowohl beim Schuldner als auch beim Gläubiger. So geschehen in Mexiko, so geschehen in Südostasien, und es wäre schon sehr erstaunlich, wenn diese unter den gegebenen Bedingungen die letzten Krisen ihrer Art gewesen wären.<sup>73</sup>

Doch auch Direktinvestitionen in Produktionsstätten können - wie oben geschildert - sehr negative Auswirkungen auf die Menschen in Entwicklungsländern haben. Besonders deutlich wird dies in den sogenannten Exportproduktionszonen (export processing zones, EPZ), auch bekannt als Freihandelszonen. Diese wurden erstmals in den siebziger Jahren geschaffen, und zwar mit dem erklärten Ziel, Investitionen anzuziehen. Zu diesem Zweck erhielten die Exportproduktionszonen einen rechtlichen Sonderstatus, der meist die folgenden Punkte beinhaltet: Verzicht auf Einfuhr- und Ausfuhrzölle, Steuerfreiheiten, verbilligter oder freier Zugang zu Land und weitere Vergünstigungen. Darüber hinaus wird in diesen Regionen für gewöhnlich die nationale Umwelt- und Arbeitsrechtgesetzgebung faktisch außer Kraft gesetzt, d.h. Verstöße sind die Regel und werden nicht beachtet. Die solchermaßen geschaffene „Attraktivität“ trug zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bei und hatte den erwünschten Zustrom an Investoren zur Folge. Mittlerweile gibt es weltweit rund 400 solcher Freihandelszonen.<sup>74</sup>

Trotz der offensichtlich schädlichen Auswirkungen der Kapitalmobilität und der mangelnden Investitionsregulierung wird in der internationalen Politik jedoch keinesfalls eine stärkere Kontrolle, sondern eine stärkere Liberalisierung des Kapitalverkehrs anvisiert.

### **2.3.1.3 Globalisierung der Finanzmärkte**

Die internationalen Finanzmärkte lassen sich unter den gegebenen technischen und organisatorischen Bedingungen nicht mehr kontrollieren und sind daher zunehmend Krisenanfällig. Wächst der Welthandel schneller als die Weltproduktion, so wächst das Volumen der Finanztransfers nochmals um ein Vielfaches schneller als der

---

<sup>73</sup> Zu den Finanzkrisen in Mexiko und Südostasien vgl. Falk, Rainer: Die Asienkrise nach einem Jahr: Eine große Depression. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 1998, Nr. 7-8/98, S. 1f.

<sup>74</sup> Zu den folgenden Textabschnitten siehe Goldsmith, Alexander: Seeds of Exploitation: Free Trade Zones in the Global Economy. In: Mander / Goldsmith (Hrsg.): 1996, a. a. O., S. 267ff; ders. auch in Mander/ Goldsmith (Hrsg.): 2002, S. 209ff.

Welthandel. Daraus folgt, dass sich die Finanzmärkte zunehmend von der realwirtschaftlichen Entwicklung entkoppeln.<sup>75</sup> So sind von den rd. 2000 Mrd. US-Dollar, die täglich weitgehend computergesteuert an den Devisenmärkten bewegt werden, weniger als 15 Prozent für den Welthandel notwendig. Diese Entwicklung zu einem „Kasino-Kapitalismus“ kann als grundlegendes Kennzeichen der Globalisierung der Finanzmärkte gelten.<sup>76</sup> So werden an den Börsen in San Francisco, New York, London, Frankfurt, Bahrain, Singapur, Hongkong und Tokio täglich und rund um die Uhr Summen bewegt, die mehr als doppelt so hoch sind wie die Währungsreserven aller Zentralbanken der Welt. Den Hauptanteil halten dabei kurzfristige Kapitalanlagen der rein spekulativen Art, so genannte *Derivate*. Bei dem Derivat Handel werden beispielsweise nicht mehr Wertpapiere oder Devisen, sondern die Option auf deren Kauf gehandelt werden. Aus diesem Strukturwandel resultiert ein rasanter Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Steuerungspotentiale.<sup>77</sup> Angesichts der katastrophalen Auswirkungen von Spekulationen und Währungskrisen mag man fragen, wo denn der Nutzen des bestehenden internationalen Finanzsystems liegt. Jeder Ökonom wird Antworten, dass es die Währungen und Volkswirtschaften stabilisieren soll. Diese Aufgabe erfüllt es momentan jedoch in keiner Weise. Im Gegenteil: Schwankungen werden sogar gezielt erzeugt, um aus ihnen Profit zu schlagen. Dies funktioniert nach dem Prinzip der selbsterfüllenden Prophezeiungen: Wenn genügend Aktionäre glauben, dass der Börsenwert von z. B. Siemens demnächst steigen wird und dementsprechend Aktien kaufen, dann wird deren Kurs aufgrund der erhöhten Nachfrage genau das tun, was man erwartet hat: steigen.

Wo sich die Spekulanten einig sind, können selbst die finanzstärksten Zentralbanken eine Kursentwicklung nicht mehr aufhalten- wie der Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems demonstriert hat. Experten schätzen, dass alle Zentralbanken weltweit zusammen nicht mehr als 14 Mrd. US-\$ an einem Tag aufbringen können. Bei einem Marktvolumen von 1200 Mrd. US-\$ täglich eine eher unbedeutende Summe.<sup>78</sup>

Der hier beschriebene Mechanismus hat einen weiteren, besonders beunruhigenden Effekt. Wenn eine Regierung eine Wirtschaftspolitik betreibt, die nicht an den

---

<sup>75</sup> Vgl. Goldblatt, David/ Perraton, Jonathan/ Held, David/ McGrew, Anthony: Die Globalisierung der Wirtschaft, a. a. O., S. 149ff.

<sup>76</sup> Vgl. Ebd.

<sup>77</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Globalisierung, a. a. O., S. 141.

<sup>78</sup> Vgl. Korten, David: When Corporations Rule the World. Connecticut: Kumarian Press 1995, S. 195ff.

neoliberalen Glaubenssätzen orientiert ist, können die Investoren nicht nur ihre Gelder abziehen und in einem anderen Markt investieren, sie sehen sich durch den dadurch ausgelösten Kursverfall oder wirtschaftlichen Zusammenbruch in ihrer Diagnose bestätigt, dass der Staat eine unkluge Wirtschaftspolitik betrieben habe. Es wird deutlich, dass die privaten Akteure, besonders im Finanzbereich, immer weniger einer staatlichen oder internationalen Kontrolle unterliegen. Eine entscheidende Rolle in der verlorenen Möglichkeit der Einflussnahme auf die Konzerne und Investoren spielt allerdings der deregulierte globale Wettbewerb.

Es muss hier daran erinnert werden, dass es Unternehmen sind, die miteinander im globalen Wettbewerb stehen, nicht Nationen. Das Umfunktionieren des Nationalstaates zum Wettbewerbsstaat, der sich über seine Standortqualität definiert und Erfolg im Umsatz seiner Konzerne und nicht mehr im Lebensstandard seiner Bewohner misst, ist in erster Linie der wirtschaftlichen Globalisierung zuzuschreiben.<sup>79</sup>

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich der finanziellen Deregulierung mehrere Veränderungen vollzogen, die zusammengenommen eine grundlegende Transformation, wenn nicht gar eine Revolutionierung der Finanzmärkte bewirkt haben.<sup>80</sup> Zu den wichtigsten Veränderungen zählt erstens die zunehmende Integration von bislang nationalen Finanzmärkten zu einem globalen Finanzsystem. Makroökonomische geld- und fiskalpolitische Instanzen haben es nun schwer, die Finanzströme zu regulieren. Die Souveränität der Wirtschaftspolitik geht also verloren. Zweitens stellt das Wachstum der Finanzmärkte die Expansion von Welthandel oder Weltproduktion bei weitem in den Schatten. Die Umsätze auf Devisenmärkten haben sich von 1986 bis 1995 von täglich 188 Mrd. US\$ auf 1.190 Mrd. US\$ mehr als verfünffacht.<sup>81</sup>

„Das größte Problem der Welt ist zu viel Geld“, so Andy Xie, viel beachteter Ökonom bei Morgan Stanley.<sup>82</sup> Jahrelang versuchten die Notenbanker der Welt die Wirtschaft mit einer beispiellosen Serie von Zinssenkungen anzuheizen. Zusätzlich druckten die Amerikaner mehr Dollar-Noten, um ihr gigantisches Handelsbilanzdefizit zu finanzieren. Doch das viele Geld suchte sich, rund um den Globus, gewinnbringendere Anlageformen. Und so stiegen in den vergangenen Jahren auch

---

<sup>79</sup> Vgl. Hirsch, Joachim: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, a. a. O.

<sup>80</sup> Dazu siehe Altvater/ Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 185ff.

<sup>81</sup> Vgl. Ebd.

<sup>82</sup> Afhüppe, Sven/ Reuter, Wolfgang: Eine Welt voller Blasen. In: Der Spiegel Nr. 13/ 26.03.2005, S. 82.

nicht die Verbraucherpreise, wie es bei einer derartigen Liquiditätsschwemme eigentlich zu erwarten wäre, sondern die Preise für Vermögenswerte. Das Geld floss vor allem in Anleihen, Immobilien und in Rohstoffe. Der Ölpreis hat sich binnen dreier Jahre verdreifacht. Davon kann abgeleitet werden, dass solange Unternehmen lieber auf den Finanzmärkten anlegen, statt in ihr eigentliches Geschäft zu investieren- weil die Bürger es vorziehen zu sparen, statt ihre Produkte zu kaufen-, die Situation noch schlimmer wird.<sup>83</sup>

Für Immanuel Wallerstein, der das Konzept des Weltsystems eingeführt hat, ist der Kapitalismus Motor der Globalisierung. Die nationalstaatlich umhegten territorialen Räume sind im funktionellen Sinne Element der globalisierten Kapitalzirkulation. Darin drückt sich die Einheit des Weltsystems aus. Diese macht sich in jeder Währungskrise geltend. Denn niemals ist die Währung eines Nationalstaates allein in einer Krise, sondern andere Währungen wegen der globalen Interdependenz ebenfalls, also das Währungs- und Finanzsystem ist betroffen. In der Gegenwart geht es also nicht um Regulierung internationaler Finanzmärkte, sondern viel mehr um zusätzliche weltweite Deregulierung der Finanzmärkte.<sup>84</sup>

Bei den internationalen Finanzmärkten kann man- wie gerade erwähnt- eine Wandlung bezüglich ihrer Rolle bei der Abwicklung von Handlungsgeschäften auf dem internationalen Markt beobachten. Joachim Bischof rechnet die Wandlungen auf den internationalen Finanzmärkten sehr zu treffend zum Kernpunkt des Globalisierungsprozesses. Ende der 1970er Jahre wirken in den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten aufgrund der Liberalisierungsmaßnahmen völlig neue ökonomische Kräfte.

Die Devisenumsätze spielten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten keine große Rolle. Bis zum Zusammenbruch des in Bretton-Woods verabredeten Währungssystems 1973 betrug das Volumen der auf den internationalen Börsen ausgehandelter Devisenumsätze 10-20 Mrd. US\$. In diesem Zeitraum existierte ein national administriertes Bankengeld- und Kreditsystem, das sehr eng mit der realen Ökonomie der Produktion und Konsumtion verknüpft war.

„Dieses Finanzregime mit strikten Kapitalverkehrskontrollen ermöglichte eine beispiellose Prosperität des Kapitals. Infolge der in sechziger Jahren aufgebauten Widersprüche (unterschiedliche Produktivitätsentwicklung, Außenhandelfizite, Vietnamkriege) und der Verschiebung in den

---

<sup>83</sup> Vgl. Ebd. S. 82-84.

<sup>84</sup> Vgl. Schmidt, Helmut: Globalisierung, a. a. O., S. 64ff.

Wettbewerbsverhältnissen unter den Kapitalistischen Hauptländern zerbrach dieses internationale Finanzsystem der siebziger Jahre.“<sup>85</sup>

Die Entstehung globaler Finanzmärkte macht es für nationale Regierungen immer schwieriger, eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik zu formulieren und vor allem auch durchzusetzen. In der zunehmend anarchischen Welt des Hochgeschwindigkeitsgeldes stehen die Politiker vor einem Dilemma. Sie formulieren Vorschriften, und dann können sie sich nur zurücklehnen und zusehen, wie schnell sich die Finanzinstitutionen den Vorschriften entziehen, in dem ihr Erscheinungsbild verändern, mit einem anderen Unternehmen fusionieren oder auf andere Weise ihre Geschäfte neu ordnen, so dass sie den Kontrolleuren das Leben schwer machen. Zugleich argumentieren die Verantwortlichen in den Banken, dass die Einhaltung der Vorschriften sie im weltweiten Wettbewerb behindert. Doch die Geschichte der Deregulierung ist gepflastert mit Skandalen und Finanzkrisen, bei denen eine Hand voll Banker, aber Millionen von Sparern und Steuerzahlern einen hohen Preis zahlen mussten.<sup>86</sup>

Zusammengefasst kann davon abgeleitet werden, dass auf der einen Seite die Deregulierung der Weltfinanzsysteme dazu geführt haben, dass Banken und andere Finanzinstitutionen heute praktisch nicht mehr kontrolliert werden. Auf der anderen Seite hat die Revolution in der Kommunikationstechnologie, die parallel dazu stattgefunden hat, die Größenordnung, das Tempo und die Art der finanziellen Aktivitäten radikal verändert.

#### **2.3.1.4 Neue Akteure**

„Die Männer an der Spitze der globalen Unternehmen verfügen erstmals in der Geschichte der Menschheit über genügend Organisation, Technologie, Geld und Ideologie, um den Erfolg versprechenden Versuch zu unternehmen, die Erde als integrierte Einheit in den Griff zu bekommen.“<sup>87</sup>

---

<sup>85</sup> Bischof, Joachim: Herrschaft der Finanzmärkte- Kern der Globalisierung. In: Widerspruch Bd. 38. Globalisierung und Widerstand, Basel/ Zürich 1999/2000, S. 28.

<sup>86</sup> Vgl. Barnett, Richard/ Cavanagh, John: Elektronisches Geld und die Kasinoökonomie. In: Mander, Jerry/ Goldsmith (Hrsg.): Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München 2002, S. 92-108.

<sup>87</sup> Clarke, Tony: Herrschaftsmechanismen von Unternehmen. In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): Ebd. S. 109.

Sind die Finanzmärkte der zentrale Ort, können die transnationalen Konzerne als zentrale Akteure der ökonomischen Globalisierung gelten? Ihre Zahl hat sich seit den 70er Jahren mehr als verfünffacht, wobei etwa die Hälfte der global players aus nur fünf Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und USA) stammt.<sup>88</sup> Die transnationalen Konzerne, die im Zuge von zahlreichen Fusionen und Übernahmen an Zahl, Macht, Kontrolle und Bedeutung zunehmen, wickeln zu Beginn des 21. Jahrhunderts rd. zwei Drittel des Welthandels ab. Nach Angaben der Vereinten Nationen belief sich der Wert aller grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse 1998 auf rd. 550 Mrd. US-Dollar. Die 20 größten transnationalen Konzerne setzen mehr um, als die 80 ärmsten Staaten zusammen an Sozialprodukt erwirtschaften (siehe dazu die Tabelle 1 aus Frankfurter Rundschau von 18.03.05 Nr. 65).

## Die größten Konzerne der Welt

Unternehmen	Branche	Umsatz in Mrd. Dollar	Gewinn in Mio. Dollar	Beschäftigte
Wal-Mart Stores (US)	Einzelhandel	263,0	9054	1500000
BP (GB)	Öl	232,6	10267	103700
Exxon Mobil (GB)	Öl	222,9	21510	88300
Royal Dutch Shell (GB/NL)	Öl	201,7	12496	119000
General Motors (US)	Auto	195,3	3822	326000
Ford Motor (US)	Auto	164,5	495	327531
DaimlerChrysler (D)	Auto	156,6	507	362063
Toyota Motor (J)	Auto	153,1	10288	264410
General Electric (US)	Mischkonzern	134,2	15002	305000
Total (F)	Öl	118,4	7951	110783
Allianz (D)	Versicherung	115,0	1829	173750
Chevron Texaco (US)	Öl	112,9	7230	61533
Axa (F)	Versicherung	111,9	1137	74584
ConocoPhillips (US)	Öl	99,5	4735	39000
Volkswagen (D)	Auto	98,6	1239	336843
NTT (J)	Telekommun.	98,2	5700	205228
ING (NL)	Versicherung	95,9	4576	115200
Citigroup (US)	Bank	94,7	17853	256000
IBM (US)	Büromasch.	89,1	7583	319273
American International (US)	Versicherung	81,3	9274	86000
Siemens (D)	Elektro	80,5	2651	417000
Carrefour (F)	Einzelhandel	79,8	1844	419040
Hitachi (J)	Elektro	76,4	141	326344
Hewlett-Packard (US)	Büromasch.	73,1	2539	142000
Honda Motor (J)	Auto	72,3	4111	131600

FR-Recherche

Stand: 2003

Foto: dpa

FR-InfoGrafik

An der Spitze der größten Konzerne der Welt steht das US-Handelsunternehmen Wal-Mart Stores mit einem Umsatz von 263 Mrd. US-Dollar und 1,5 Mio. Beschäftigten. Der größte Industriekonzern der Welt ist der Ölkonzern British Petroleum (BP) mit einem Umsatz von 232,6 Mrd. US-Dollar und 103700

<sup>88</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Globalisierung, a. a. O., S. 142 ff.

Beschäftigten( siehe die Tabelle 1). Die Tendenzen bis 2003 haben sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die Ölkonzerne vermeldeten für das vorige Jahr erhebliche Umsatz- und deutliche Gewinnsteigerungen. Auch die Autobranche gab ein Plus bei ihren Erträgen bekannt. Die Gewinne bei Toyota, Nissan und Renault lagen auf Rekordniveau. Das Ford-Management sprach von einem Gewinnsprung 2004, während Generalmotors den Profit weitgehend halten konnte. General Electric steigerte den Rekordertrag des Vorjahrs noch mal um knapp 11 Prozent. Gleichzeitig gehen die Übernahmen und Fusionen weiter, die schon früher erheblich zur steigenden Konzernmacht beitrugen (siehe die Tabelle 2 Frankfurter Rundschau vom 18.März 2005, S.24).

## Die größten Industriekonzerne

Unternehmen	Branche	Umsatz in Mrd. Dollar	Gewinn in Mio. Dollar	Beschäftigte
BP (GB)	Öl	232,6	10267	103700
EXXon Mobil (US)	Öl	222,9	21510	88300
Royal Dutch Shell (GB/NL)	Öl	201,7	12496	119000
General Motors (US)	Auto	195,3	3833	326000
Ford Motor (US)	Auto	164,5	495	327530
DaimlerChrysler (D)	Auto	156,6	507	362063
Toyota Motor (J)	Auto	153,1	10288	264410
General Electric (US)	Mischkonzern	134,2	15002	305000
Total (F)	Öl	118,4	7951	110780
Chevron Texaco (US)	Öl	112,9	7230	61530
ConocoPhillips (US)	Öl	99,5	4735	39000
Volkswagen (D)	Auto	98,6	1239	336840
IBM (US)	Büromaschin.	89,1	7583	319270
Siemens (D)	Elektronik	80,5	2651	417000
Hitachi (J)	Elektronik	76,4	141	326340
Hewlett-Packard (US)	Computer	73,1	2539	142000
Honda Motor (J)	Auto	72,3	4111	131600
Sony (J)	Elektronik	66,4	783	162000
Matsushita Electric (J)	Elektronik	66,2	373	290490
Nissan Motor (J)	Auto	65,8	4459	123650
Nestlé (CH)	Lebensmittel	65,4	4620	253000
Peugeot PSA (F)	Auto	61,4	1694	199900
Altria (US)	Tabak	60,7	9204	165000
ENI (I)	Öl	59,3	6321	76500
Sinopec (China)	Öl	55,1	1048	854700

FR-Recherche

Stand: 2003

Foto: dpa

FR-InfoGrafik

Der Gewinner der Dekade war und ist noch die USA: Die Zahl der amerikanischen Unternehmen auf der Liste der 500 größten Unternehmen ist in den Letzen 10 Jahren von 151 auf 189 gestiegen. Dies machen 39 Prozent des gesamten Umsatzes dieser 500 Unternehmen. Die US-Ökonomie ist als unbestreitbarer Sieger. Beim Aufstieg der US-Konzerne spielte eine Rolle, dass die Regierungen unter Bill Clinton und George W. Bush die Finanzkraft der Firmen stärken- mit erheblichen Steuersenkungen und der NAFTA-Gründung. Das wurde begleitet von einem massiven Anstieg der Rüstungsausgaben des militärisch-industriellen Komplexes.

Vor dem Hintergrund des ersten Irak-Kriegs 1991 und des verstärkten militärischen Engagements der USA warnte renommierte US-Historiker Paul Kennedy: „Amerika ist in Gefahr, einer nationalen Blindheit zu erliegen, mit der auch früher schon viele Großmächte geschlagen waren, wenn sie ihre Streitmacht um den halben Globus entsandten.“<sup>89</sup> Wie die damals führende Wirtschafts- und Militärmacht Großbritanniens Anfang des 20. Jahrhunderts ihre wirtschaftlichen und militärischen Kräfte überdehnte, so könnten nun die USA scheitern.

Als weitere Gewinner gelten die Konzerne in Japan und Europa. Die Frage stellt sich nun nach den Gründen der wirtschaftlichen Explosion der Triade. Erstens gab es große Produktivitätsfortschritte durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch durch interne Reorganisationen, verbunden mit Entlassung vieler Arbeitskräfte. Zweitens gibt es eine so genannte „Ökonomie der Enteignung“: Von den Arbeitskräften wird weit mehr verlangt- durch Arbeitszeitverlängerungen und Lohnsenkungen. Aber auch Enteignungen im Sinne von Ausbeutung in den Lieferketten, also der Vorlieferanten wie auch der Abnehmer.

Wenn man die Gewinne der Konzerne mit der in ihnen Beschäftigten vergleicht, dann kann man feststellen, dass es zwischen Gewinnen und Arbeitsplätzen keinen direkten Zusammenhang gibt. Selbst wenn Gewinne nicht konsumiert, sondern investiert werden, so können sie in Finanzmärkten investiert werden. Der Arbeitsplatzeffekt liegt meist bei Null. Wenn es doch zu Realinvestitionen kommt, dann kann es sich um Rationalisierungsinvestitionen handeln, die Arbeitsplätze vernichten. Nur Erweiterungsinvestitionen würden zu Arbeitsplätzen führen- aber nur dann, wenn es eine entsprechende Nachfrage gibt. Wenn doch- wie derzeit allerorten- eine Politik der Senkung von Staatsausgaben und von Löhnen und Gehältern betrieben wird, dann fehlt auch diese Nachfrage. Es kommt dann wieder nicht zu einem Plus bei den Arbeitsplätzen.<sup>90</sup>

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschiebt sich damit von nationalstaatlichen zu transnationalen Akteuren, die allerdings zunehmend die Nationen in einen Wettbewerb um die beste Standortqualität drängen. Da zudem fast die Hälfte der Welthandelsströme innerhalb der transnationalen Konzerne abläuft, werden Gewinne zunehmend dort veranlagt, wo die niedrigsten Steuersätze geboten werden, falls es sie gäbe. Hinzu kommt, dass ein Strukturwandel hin zum tertiären Sektor erfolgt ist.

---

<sup>89</sup> Altvater, Elmar: Gefahr für die Demokratie. Ein Interview von Winfried Wolf mit Elmar Altvater. In: Frankfurter Rundschau vom 18. März 2005, S. 25.

<sup>90</sup> Vgl. Ebd.

Fluggesellschaften, Versicherungen oder Banken können arbeitsintensive Bereiche mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel in andere Weltregionen verlagern, ohne ihren heimischen Standort völlig aufzugeben.<sup>91</sup> Solche Maßnahmen weltweit operierende Unternehmen können Schwierigkeiten bei Tarifaueinandersetzungen und Verhandlungen über Sozialstandards in den Branchen, die zunehmend leichter in ein anderes Land ausweichen oder zumindest damit drohen können.

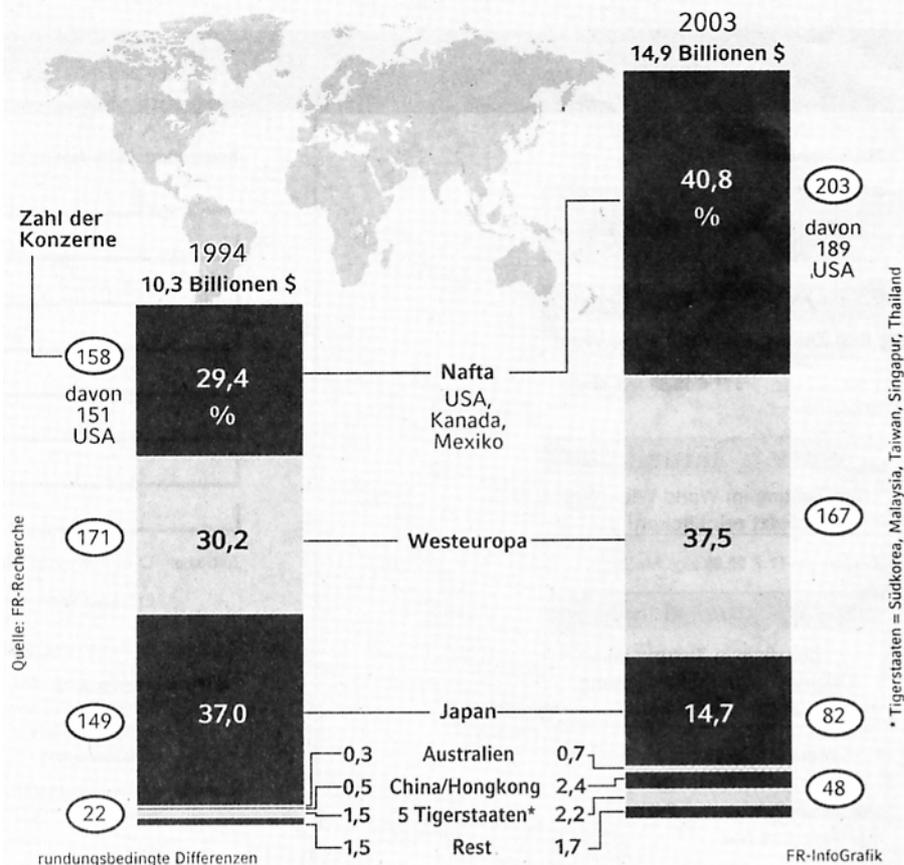
Transnationale Unternehmen handeln grenzüberschreitend, eben transnational, und heben insofern das Territorialprinzip des Nationalstaates auf. Sie agieren häufig effektvoller als nationalstaatliche Instanzen, und zwar gemessen an den zentralen Erfolgskriterien staatlichen Handels (zum Beispiel Arbeitslosigkeit zu beseitigen, aber auch Grundrechte einzuklagen). Die nichtstaatlichen, transnationalen Akteure schaffen sich ihre eigene Souveränität, in dem sie die Territorialstaaten gegeneinander ausspielen. Je mehr sie diese Komponenten wechselseitig verschärfen und verstärken, desto nachhaltiger werden die Autorität, legitimiert und politische Gestaltungsmacht der Nationalstaaten nach innen und außen in Frage gestellt. Die Theorie, derzufolge der Markt jedem eine Chance biete, erwies sich zumindest in der Vergangenheit als eine Mär. Im Machtkampf unter den Konzernen herrscht das Gesetz des „Dschungels“. Jedenfalls wurden im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts in aller Regel die starken Unternehmen stärker, während die Schwachen schwach blieben. Newcomer wurden von den Konzernen oft in die Knie gezwungen (siehe dazu die Graphik 1 vom Frankfurter Rundschau vom 18. März 2005).

---

<sup>91</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 17ff.

## Konzernmacht nach Regionen und Ländern

Verteilung des weltweiten Umsatzes der 500 größten Konzerne



Die Struktur der größten Konzerne zeigt, dass die Öl- und Autobranche die Wirtschaft weltweit prägen. Elmar Altvater spricht vom „fossilen Zeitalter“.<sup>92</sup> Die fossilen Energieträger sind der Treibstoff des Industriesystems, das gegenüber diesem Treibstoff kaum Elastizität aufweist. Daraus resultiert die Macht der Konzerne in diesem Sektor. In den nächsten Jahrzehnten wird das Öl verbraucht sein. Vor diesem Hintergrund kann man nur raten, sich auf ein Post-Petroleum-Zeitalter vorzubereiten. BP macht schon Reklame mit dem Slogan Beyond Petroleum- jenseits von Öl. Wenn es zu Auseinandersetzungen um die letzten Tropfen des Öls kommen sollte, werden Situationen wie derzeit im Irak kein Einzelfall bleiben.

Die Macht der Konzerne wird nicht zugunsten der jeweiligen Länder. Für die Unternehmen zählt allein das Ziel, Profit zu machen, was gegebenenfalls auf Kosten der Menschen der Dritten Welt.

Die Dritte Welt ist in das System der transnationalen Konzerne vor allem als Anlagefeld einbezogen. Das stark entwickelte Drittweltland Brasilien hat keine

<sup>92</sup> Altvater/Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 105.

eigenen transnationalen Konzerne in der Autoindustrie. Aber Brasilien ist heute einer der größten Automobilproduzenten in der Welt, weil dort fast alle großen Autohersteller aus den USA, Japan und Europa tätig sind.

Solange internationale Transaktionen stofflicher Art waren, waren sie bei Grenzübertritt staatlicher Kontrolle unterworfen. Wenn aber nicht in erster Linie Warenströme, sondern Datenströme die Weltwirtschaft abbilden, verliert der Staat – selbst bei hinreichendem politischen Willen – die Möglichkeit zur Regulierung. Denn die Macht der Konzerne übersteigt heute alles, was in der Geschichte des Kapitalismus bislang da gewesen ist. Die stoffliche Zusammensetzung der Konzernmacht fördert offensichtlich den Heißhunger auf Öl- und eine Politik, die militärische Absicherung der Energievorräte und der Öltransportwege auf der Agenda hat.

Schließlich lässt sich in diesem Zusammenhang ergänzen, dass die Konzentration des Kapitals und die Macht der Konzerne ohne demokratische Kontrolle eine Gefährdung der Demokratie darstellen. Diejenigen, die in den Kapitalgruppen herrschen, sind nicht demokratisch gewählt. Sie tragen keine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sondern allein gegenüber der kleinen Gruppe der Kapitaleigner. Insofern lässt sich sagen, dass die Macht des großen Kapitals, wenn sie nicht demokratisch kontrolliert wird, eine Enteignung von Rechten der Bürgerinnen und Bürgern darstellt.

Wie bereits oben erwähnt wurde, spielt der in der Gegenwart auf dem Weltmarkt herrschende Kapitalismus (und die weltweiten Finanzmärkte) eine herausragende Rolle zur Gewinnung der transnationalen Konzerne auf Kosten der Nationalstaaten und ihrer Demokratien, die fast auf dem Wirtschaftsbereich aber auch in anderen Bereichen viele ihrer Funktionen und Strukturen tiefgreifend in Frage gestellt worden sind. Das Vorhandensein einer Reihe staatlicher Strukturen, die das freie Funktionieren des kapitalistischen Marktes behindern, dient der Verbesserung der Gewinnaussichten der global agierenden Unternehmen. Die multinationalen Konzerne können sich für ihre Aktivitäten ohne Loyalität zu ihrem Ursprungsland weltweit die kostengünstigsten Standorte aussuchen. Sie sind z.B. in der Lage Arbeitsplätze dahin zu exportieren, wo die Kosten und Auflagen für den Einsatz der Arbeitskräfte möglichst niedrig sind. Die äußere Souveränität des Staates und sein inneres Gewaltmonopol und Steuerungsvermögen werden dadurch untergraben. Die ökonomische Globalisierung ist nicht die alleinige Ursache der weltweiten

Arbeitslosigkeit, vor allem in Westeuropa, sondern daneben spielen vielerlei Versäumnisse in Politik und Wirtschaft eine wichtige Rolle. Wichtig ist hier allerdings festzuhalten, dass das Kapital zwar weitgehend grenzlos geworden ist, nicht aber seine Arbeitskräfte, die Menschen. Sie bleiben in nationalstaatliche Grenzen eingebunden, sofern sie nicht zur Wanderung und zur Flucht gezwungen werden. Es lässt sich aber heute zum ersten Mal in der Geschichte sagen, dass der Kapitalismus weltweit beherrschend und universell geworden ist.

Der industrielle Fortschritt der kapitalistischen Wachstumslogik wird trotz seiner ökologisch, gesellschaftlich wie individuell bedrohlichen Resultate für die natürliche und gesellschaftliche Selbsterhaltung der Spezies, im Gegensatz zur gesellschaftlichen Entwicklung, bis zum Überdruß vorangetrieben. Die Förderung nach absoluter Freiheit des Freihandels, die Anarchisierung des Kapitals, die willkürlich, zweckrationale Verdinglichung aller menschlicher Fähigkeiten und Werte und natürlicher Ressourcen und Lebensräume sind bewusst oder unbewusst die tendenziösen Folgeerscheinungen der voranschreitenden ökonomischen Globalisierung.<sup>93</sup> Hinter dieser starken, vorrangig wirtschaftlichen Tendenz, verbirgt sich nicht nur ein neuartiges Untersuchungsgegenstand der „Postmoderne“, vielmehr handelt es sich um ein geschichtsphilosophisches Konstrukt der Aufklärung des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, einer Welteinheit, die bis heute perpetuiert und *„sich auf eine bürgerliche Eigentumsgesellschaft gründet“*.<sup>94</sup> Die internationale Konnotation sowie der Drang nach Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise und Arbeitsteilung dieser geschichtsphilosophischen Konstruktion wird analytisch in folgender Weise skizziert:

„Statt auf die Entfaltung einer Vernunft zu hoffen, sie sich begründungslogisch gegen die unvernünftige Eigendynamik der bürgerlichen Existenzformen nicht durchzusetzen weiß, setzt die Freihandelstheorie gerade umgekehrt auf die Ausformung bürgerlicher Wirtschaftsstrukturen im Weltmaßstab, um aus deren eigener Entwicklungsdynamik des Kondensat der universalen Gemeinschaftlichkeit herauszufiltern.“<sup>95</sup>

Wenn die Volkswirtschaften miteinander verwachsen, der Weltmarkt die Politik der Nationalstaaten diktiert und Gesellschaften nur noch als „Wirtschaftsstandorte“

---

<sup>93</sup> Mehr dazu siehe hier das 3. Kapitel

<sup>94</sup> Richter, Emanuel: Der Zerfall der Welteinheit. Vernunft und Globalisierung in der Moderne, Frankfurt a. Main 1992, S. 56.

<sup>95</sup> Ebd.

fungieren, deren Konkurrenzfähigkeit über das Wohlstandsniveau aller entscheidet, kann das Soziale keine große Rolle mehr spielen. Dies bedeutet, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Gesellschaft kaum eine Rolle in der gesellschaftspolitischen Diskussion spielen können und dürfen.

„was wir brauchen, ist ein Vertrag für eine andere Globalisierung. [...] Die eigentliche Fragestellung für die Weltwirtschaft besteht nicht in der Integration der lokalen Wirtschaften in die Weltwirtschaft. Sie besteht darin, in Erfahrung zu bringen, welche Prinzipien, Regeln und Institutionen innerhalb der nächsten 25 Jahre definiert und geschaffen werden müssen, damit es 8 Milliarden Menschen möglich sein wird, ihre Grundbedürfnisse – Trinkwasser, Unterkunft, Ernährung, Energie, Gesundheit, Bildung, Information, Transport, Kommunikation, Beteiligung an der Gestaltung der Allgemeinheit – zu befriedigen. [...]

Die Grundprinzipien und die Prioritäten der herrschenden Wirtschaftsweisen müssen in Frage gestellt werden. Man muss sich z.B. sachlich, aber bestimmt gegen das Prinzip der Privatisierung von Allgemeingütern und – Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wasser, der grundlegenden Infrastruktur aussprechen. [...] Denn eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist, hat kein Gemeingut mehr, sie braucht nicht mehr zu wissen, „wie man gemeinschaftlich lebt“. Der Einfluss des Kapitalmarktes muss begrenzt werden. Ihm muss die Macht entzogen werden, und diese muss an die Politik zurückgegeben werden, dass es die Parlamente, nicht die Finanzmärkte sein müssen, die Prioritäten und Fristen setzen. [...]<sup>96</sup>

Die globale wirtschaftliche Verflechtung ist keineswegs ein Naturereignis, sondern wurde durch zielstrebige Politik bewusst herbeigeführt. Vertrag für Vertrag, Gesetz für Gesetz waren es immer Regierungen und Parlamente, deren Beschlüsse die Barrieren für den grenzüberschreitenden Verkehr von Kapital und Waren beseitigt haben. Von der Freigabe des Devisenhandels über den europäischen Binnenmarkt bis zur fortwährenden Ausdehnung des Welthandelsabkommens GATT haben Regierungspolitiker der westlichen Industrieländer systematisch jenen Zustand selbst heraufbeschworen, mit dem sie nun nicht mehr fertig werden.<sup>97</sup>

---

<sup>96</sup> Riccardo Petrella, „Wieder eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist“. In: Frankfurter Rundschau vom 26. November 1998, zit. nach Brozus, Lars und Zürn, Michael: Globalisierung- Herausforderung des Regierens. In: Informationen zur politischen Bildung- Globalisierung, 263/1998, S. 60.

<sup>97</sup> Vgl. Martin, Hans-Peter/ Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle, a. a. O., S. 18.

### 2.3.2 Kulturelle und gesellschaftliche Globalisierung

Wie die Globalisierung insgesamt ist auch die kulturelle Globalisierung ein komplexer Prozess mit sehr widersprüchlichen Formen, Reichweiten und Ausdrucksweisen, der sich einer eindeutigen Kennzeichnung entzieht. Weder „Globalisierung“ noch „kulturelle Globalisierung“ sind wissenschaftliche oder auch nur politische Begriffe, mit denen konkretere Aussagen verbunden sind - ausgenommen jene, dass Ökonomie, Technik, Politik und Kultur heute weltweit in so engen Austausch- und Kommunikationsbeziehungen stehen wie noch nie in der Geschichte. Über den Charakter und die Reichweiten dieser Verflechtung von Menschen, Gütern, Orten, Dienstleistungen und Kapital, die dadurch hervorgerufenen Veränderungen und die Entwicklungsperspektiven sowie die damit verbundenen Chancen und Gefahren ist mit diesen Bezeichnungen noch nichts gesagt. „Globalisierung“ und „kulturelle Globalisierung“ sind Arbeitsbezeichnungen für sehr unterschiedliche Entwicklungen und keine eindeutig definierten Begriffe.

Der steigende Verflechtungsgrad der Ökonomien und die darauf bezogenen Ausweitung des Welthandels und die Internationalisierung der Produktion sowie der Bedeutungsverlust von Raum und Zeit haben erhebliche Folgen für Kulturen, Identitäten und Lebensstile. Die Globalisierung ökonomischen Handelns wird begleitet von Wellen kultureller Transformation, einem Prozess, den man „*kulturelle Globalisierung*“ nennt. Dabei geht es sicherlich auch und zentral um die Fabrikation kultureller Symbole- einem Vorgang, der sich allerdings seit langem beobachten lässt. Das auffälligste Merkmal - und das wird von vielen Kritikern als alleiniges Kennzeichen wahrgenommen - ist die Angleichung eines Teilbereiches des kulturellen Lebens über universelle Bilderwelten, uniforme Muster von Popularkulturen und gleichen Konsumgütern, die von der transnationalen Kulturindustrie und den internationalen Konzernen in alle Weltgegenden transportiert werden.

Für die These von der Konvergenz globaler Kultur steht das Schlagwort einer „McDonaldisierung der Welt“.<sup>98</sup> Danach setzt sich mehr und mehr eine Universalisierung im Sinne einer Vereinheitlichung von Lebensstilen, kulturellen Symbolen und transnationalen Verhaltensweisen durch. In meinem kleinen Dorf „*Al-Turrah*“ im Norden Jordaniens werden ebenso wie in Berlin und New York Blue-

---

<sup>98</sup> Zu diesem Schlagwort siehe Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 80ff., Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 53ff.

Jeans getragen, Marlboro geraucht und Coca-Cola getrunken. Diese universellen Bilder-, Kultur- und Konsumwelten verbinden unterschiedliche kulturelle Lebenswelten. Kulturelle Globalisierung tritt hier vor allem als globale Kulturindustrie auf und bringt eine Angleichung kultureller Symbole und Lebensformen hervor. Eine globale Kulturindustrie bedeutet zunehmend eine Konvergenz kultureller Symbole und Lebensstile.

Die kulturelle Globalisierung verläuft also nicht als Einbahnstraße zur Einheitskultur, sondern als durchaus ambivalenter Prozess, in dem ein wesentliches Instrument die individuelle Verwurzelung des globalen Produkts in der jeweiligen lokalen Kultur ist. Das primäre Interesse der transnationalen Konzerne liegt nicht unbedingt die Vereinheitlichung der Kulturen, aber auf jeden Fall die Vereinheitlichung der Konsumgewohnheiten. Die Welt scheint als „Eine-Waren-Welt“.<sup>99</sup> Diese kulturelle Nivellierung betrifft vor allem die Bereiche der Unterhaltungsindustrie, die über Film, Fernsehen, Rundfunk, Kassetten, CDs und Videos zu den Menschen kommen, sowie zahlreiche Konsumgüter.

Beck ist durchaus beizupflichten, dass die Vision von der Monokultur der Vielschichtigkeit des Prozesses und der Verschiedenartigkeit der menschlichen Gemeinschaften nicht gerecht wird. Dennoch übersieht er, dass Jeans und Marlboro zwar bedeutsame, aber vergleichsweise eher oberflächliche Anzeichen einer kulturellen Globalisierung sind. Viel grundlegendere Bereiche sind meines Erachtens das Verhältnis der Menschen zur Natur, zum sozialen Umfeld und ihrer Arbeit, und in diesen Bereichen sind gewisse Wertvorstellungen der abendländischen Kultur heutzutage beinahe universell anerkannt. Dass die private Aneignung und Ausbeutung der Natur legitim ist, dass technischer Fortschritt ausnahmslos positiv zu bewerten ist, dass die Welt in Nationalstaaten aufgeteilt ist, die in einem bestimmten Gebiet Gewaltmonopol und Grundbesitzrecht haben, dass ein „gutes Leben“ mit einem Maximum an Vermögen und an Konsum verbunden ist, dass jeder Mensch ökonomisch rational handelt, all dies sind Annahmen, die vor wenigen hundert Jahren keineswegs überall auf der Welt als selbstverständlich galten.

Durch die Verbreitung und Verbilligung moderner Massenkommunikationsmittel, gestiegene Mobilität, die weltweite Standardisierung von Produktpaletten und die ebenfalls weltweite Anziehungskraft des westlichen Wohlstandmodells entstünde ein

---

<sup>99</sup> Vgl. Wagner, Bernd: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: Ausdruck aus dem Internet-Angebot der Zeitschrift „Das Parlament“ mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 1.08.2003, [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de) Zugriff am 10.06.2004.

neu begründetes globales Bewusstsein wie auch ein Zusammenwachsen der Welt. Kulturelle und gesellschaftliche Globalisierung allerdings als Universalisierung zu verstehen, geht fehl. Allenfalls kann von einer Relativierung statt einer Zentralisierung von Kulturen gesprochen werden.<sup>100</sup>

Ein „*Linearitäts-Mythos*“ der kulturellen Konvergenz als unmittelbare Folge ökonomischer und kommunikationstechnischer Vereinheitlichung zu verstehen, ist analytisch nicht tragfähig.<sup>101</sup> Den weltweiten Modernisierungsprozessen folgen zwar wachsende Gemeinsamkeiten im Sinne anerkannter, universaler Wertvorstellungen (Menschenrechten), doch lösen sie auch Prozesse der kulturellen und ideologischen Fragmentierung aus, die bis zum Zerfall von politischen Strukturen reichen. Die Bedrohung historisch gewachsener Identitäten begünstigt damit zweifellos partikuläre Tendenzen, die ihre Ausprägung in fundamentalistischen und ethno-nationalistischen Bewegungen finden. Viele setzen kulturelle Globalisierung mit McDonaldisierung gleich, d.h. mit wachsender Konvergenz der Kulturinhalte und Informationen im Zuge der Konzentrationstendenzen auf den Weltmedienmärkten. Kulturelle Globalisierung bedeutet nicht, dass die Welt kulturell homogener wird. Globalisierung meint viel mehr „Glokalisierung“, also einen hochgradig widersprüchlichen Prozess, sowohl was seine Inhalte als auch die Vielfältigkeit seiner Konsequenzen angeht.<sup>102</sup>

Roland Robertson betont, dass es bei Globalisierung immer auch um Lokalisierung geht. Er spricht daher von „Glokalisierung“.<sup>103</sup> Globales und Lokales schließen sich nicht aus, viel mehr müssen diese „*widersprüchliche(n) Elemente in ihrer Einheit begriffen und entschlüsselt werden.*“<sup>104</sup> Glokalisierung beschreibt mehr als die Betonung des Lokalen und Einheimischen gegenüber dem Anderen, Fremden und zielt auf die Verankerung des Globalen im Lokalen wie des Lokalen im Globalen.

Die immer stärkere Ausbreitung westlicher Konsumgüter und Kulturmuster geht oft mit einer verstärkten Rückbesinnung auf lokale kulturelle Traditionen und ihre Wiederentdeckung einher. In Anbetracht vieler weltweit gleicher Kulturangebote werden die Besonderheiten der eigenen Kultur gegenüber anderen Kulturen hervorgehoben. Kulturelle Identitätssuche in lokalen, regionalen und nationalen Bezügen zur Selbstvergewisserung bildet nicht nur bei Migranten, nationalen

---

<sup>100</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 59ff.

<sup>101</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 205ff.

<sup>102</sup> Vgl. Ebd., S. 63f.

<sup>103</sup> Vgl. dazu Robertson, Roland: Glokalisierung – Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit, a. a. O., S. 192ff.

<sup>104</sup> Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Ebd., S. 91.

Minderheiten und in Ländern des Südens die andere Seite der kulturellen Globalisierung. Lokal-, Regional- und Nationalkulturen als Ausdruck kultureller Traditionen sollen dabei ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln und dadurch den Menschen einen Orientierungspunkt bieten.

Die verstärkte Beziehung auf lokale, regionale und nationale Kulturen geht dabei öfter, wie gegenwärtige Kriege und gewaltsame Konflikte in vielen Teilen der Welt zeigen, weit über eine Identitätsstabilisierung in Zeiten kultureller Globalisierung hinaus und dient zur ideologischen Begleitung und Legitimation von Unterdrückung, Unterwerfung und Kriegen.

Coca-Cola und der Sony-Konzern beschreiben ihre Strategie als „globale Lokalisierung“. Ihre Chefs und Manager betonen, dass es bei Globalisierung nicht darum geht, Fabriken überall in der Welt aufzubauen, sondern darum, Teil der jeweiligen Kultur zu werden. „Lokalismus“ lautet das Bekenntnis, die Unternehmensstrategie, die mit praktizierter Globalisierung an Bedeutung gewinnt.<sup>105</sup>

Robertson schlägt vor, den Grundbegriff kultureller Globalisierung durch „Glokalisierung“- eine Wortverbindung von Globalisierung und Lokalisierung- zu ersetzen.

„Globalisierung und Lokalisierung sind Ausdrucksformen einer neuartigen Polarisierung der Weltbevölkerung in globalisierte Reiche und lokalisierte Arme.“<sup>106</sup>

Früher brauchten die Reichen die Armen, um reich zu werden und reich zu bleiben. Jetzt brauchen die Reichen die Armen nicht mehr. Der Konflikt zwischen Reich und Arm scheint Lebenslang in gegenseitiger Abhängigkeit gefangen zu sein, d.h. die sozialen Ungleichheiten werden durch Globalisierung, aber auch vor allem durch Glokalisierung immer größer. Man kann sich nicht recht vorstellen, worüber die neuen globalisierten Reichen und die neuen lokalisierten Armen sprechen würden, warum sie die Notwendigkeit empfinden sollten, Kompromisse einzugehen.

Im Zuge kultureller Globalisierung wird die Welt sich zum einen immer ähnlicher, zum anderen immer unterschiedlicher.

„Wir werden nicht alle gleich, aber wir präsentieren und kommunizieren unserer Unterschiede zunehmend auf eine Art und Weise, die einander

---

<sup>105</sup> Vgl. Ebd., S. 86.

<sup>106</sup> Beck, Ulrich( Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 60.

ähneln, die daher in ihren Bedeutungen über Grenzen hinweg prinzipiell verständlich ist.“<sup>107</sup>

Richard Wilk dreht somit die Konvergenztheorie um und spricht von einem „*Universalismus der Differenz*“ in der Weltgesellschaft.<sup>108</sup>

Jede Kultur ist immer vermischt mit anderen Kulturen, aus dem Austausch mit ihnen entstanden, ein Bastard und multikulturell. Dieser Prozess ist nie abgeschlossen. Es war bislang aber in der Regel eine eher allmähliche Herausbildung und kontinuierliche Weiterentwicklung. Die gegenwärtige kulturelle Situation ist im Gegensatz dazu nicht nur durch ständig wechselnde kulturelle Moden, sondern auch in immer kürzeren Abständen neu entstehende Kulturformen und Kulturstile geprägt. Diese entwickeln sich aus der Kombination und Durchmischung unterschiedlicher Kulturtraditionen. Dafür wird der Begriff „Hybridisierung“ gebraucht. Hybridisierung meint die Vermischung verschiedener kultureller Stile, Formen und Traditionen, aus der etwas Neues, eine „globale Melange“ entsteht.<sup>109</sup>

Heute gibt es in allen Kulturen viele aktuelle Beispiele solcher neuer hybrider Kulturen und Kulturmuster, und die Entgrenzung bisher voneinander getrennter Sparten, Stile und Traditionen, aus der etwas Neues entsteht, ist ein Kennzeichen unserer Zeit. Zentren der kulturellen Hybridisierung bilden gegenwärtig die multikulturellen Gesellschaften in den Einwanderungsländern, die Kulturen in den Ländern des Südens und diejenigen populären Kulturformen, die weltweit Anklang und Absatz finden wollen.

Auch viele Kulturen in den Ländern des Südens, in denen der starke ökonomische Druck und die attraktive Vielfalt der globalen Kulturindustrie auf eine nicht so umfassende, weniger „bunte“ und ökonomisch nicht konkurrenzfähige traditionelle Kultur trifft, zeichnen sich weniger durch die Betonung der eigenen Traditionen als durch die Aufnahme vielfältiger kultureller Impulse von außen aus. Die wichtigsten Einflüsse gehen dabei von der globalen Kulturwirtschaft über Filme, Radio, Fernsehen und zunehmend auch über das Internet aus. Diese Kulturen sind dabei nicht in erster Linie ohnmächtige Opfer einer US-eurozentrischen Kulturindustrie, sondern haben oft die Kraft, Fremdes aufzunehmen, zu verarbeiten und zu integrieren. Dadurch entstehen neue Kulturen, in welche die eigenen Traditionen

---

<sup>107</sup> Ebd., S. 59.

<sup>108</sup> Vgl. Ebd., S. 59ff.

<sup>109</sup> Vgl.: Wagner, Bernd: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies, a. a. O.

ebenso einfließen wie die Produkte, Stile und Bilder der globalen Kultur euro-amerikanischer Provenienz.<sup>110</sup>

Arjun Appadurai spricht von der „*wachsenden Bedeutung der Imagination möglicher Leben*.“<sup>111</sup> Für die Bestimmung der Rolle der Imagination ist wahrscheinlich von noch größerer Bedeutung, dass die Phantasie in der Gegenwart eine einzigartige Macht innerhalb der Gesellschaft erlangt hat. In allen Gesellschaften gehörte die Imagination in bestimmter kulturell organisierter Form- als Träume, Lieder, Phantasien, Mythen und Geschichten- zum festen Bestandteil der jeweiligen Gesellschaft. Im heutigen sozialen Leben hat aber die Imagination eine eigentümliche, zusätzliche Wirkung erhalten. Zu den wesentlichen Quellen, die die Rolle der Imagination verändern, gehören die Existenz und Rolle der Massenmedien, die Rolle der Nachrichten und die Rolle des Fernsehens, des Kinos usw.<sup>112</sup>

Der plötzliche Tod der britischen Prinzessin Diana im Sommer 1997 symbolisiert ein Ereignis, von dem man die Unterschiede in unserer globalen Kultur sehr deutlich ableiten kann. Menschen in der ganzen Welt sahen sich beim Tod dieser Frau in ihrem Innersten erschüttert und in einem weltweiten Strom der Tränen verbunden. Lokale Kulturen sind für Appadurai nur noch im Rückgriff auf globale Kulturlandschaften und globale Kulturindustrien zu verstehen und zu analysieren.

Kulturelle Globalisierung verursacht – nicht selten – Spannungen zwischen der Offenheit eines Staates auf der einen und dem tiefsitzenden Bedürfnis ihrer Bürgerinnen und Bürger nach kultureller Eigenständigkeit auf der anderen Seite. Insofern ist die Globalisierung an die Mobilisierung kultureller und religiöser Gegenbewegungen wie ethnischer Fragmentierungen durchaus beteiligt. So haben lokale und auch regionale Traditionen wie z.B. Dialekt nicht zuletzt auch in Reaktion auf den Prozess der Globalisierung neues Leben gewonnen. Sie vermitteln ein Gefühl der Vertrautheit, das die virtuelle Welt nicht bieten kann. Auch das Kopftuch einer Muslimin kann in diesem Zusammenhang durchaus auf zweierlei hinweisen, auf Religiosität und/ oder kulturelle Zugehörigkeit.<sup>113</sup>

Die Globalisierung hat sich also weder eindimensional vollzogen, noch ist sie ein Prozess, der sämtliche Tendenzen in Kultur und Gesellschaft verändert hat. Wenn

---

<sup>110</sup> Vgl. Ebd.

<sup>111</sup> Appadurai, Arjun: Globale ethnische Räume – Bemerkungen und Fragen zur Entwicklung einer transnationalen Anthropologie. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, a. a. O., S. 21

<sup>112</sup> Vgl. Ebd., S. 21ff.

<sup>113</sup> Vgl. Von Plate, Bernard: „Grundelemente der Globalisierung“, a. a. O., S. 7f.

von Ideen, Werten, Bildern, imaginierten Welten, Stilen, Ideologien etc. gesprochen wird, dann wird zunächst nicht die Elemente eines Systems namens „Kultur“, sondern verschiedene Eigenschaften, Ursachen und Wirkungen einer Welt gemeint, die unendliche Entdeckungen bereithält. Der Computertechnologie etwa stellt einen komplex von Ideen, Praktiken, Logiken und Bildern zur Verfügung, der es ihren Benutzern ermöglicht, eine potentiell unendliche Anzahl virtueller Welten miteinander zuteilen, die die anderen Welten auf eine bislang kaum untersuchte Weise durchdringen.<sup>114</sup>

Die mit dem Begriff „kulturelle Globalisierung“ bezeichneten Entwicklungen sollten deutlich machen, dass es sich um vieldimensionale, hochkomplexe Prozesse mit Überschneidungen, Ungleichzeitigkeiten und Brüchen handelt, die sich kaum in eine vereinheitlichende Perspektive pressen lassen und statt weltweiter Vereinheitlichung neue Ausdifferenzierungen und Pluralitäten hervorbringen.

Bei der gegenwärtigen Diskussion über kulturelle Globalisierung kommt es darauf an, konkreter zu untersuchen, unter welchen Bedingungen diese Entwicklungen stattfinden. Welche Qualitäten sie haben, wie bei der Vermischung das Verhältnis der verschiedenen Kulturen zueinander ist und ob Vorherrschaft abgebaut oder Ungleichheit verstärkt wird. Wenn es also darum gehen soll, konkreter zu begreifen, wie sich kulturelle Globalisierungsprozesse im Einzelnen abspielen, um die Verluste und positiven Perspektiven zu beurteilen und vor allem um kulturpolitisch da eingreifen zu können, wo es notwendig erscheint, ist es erforderlich, genau hinzusehen und die Prozesse, die Akteure und Handlungsfelder zu differenzieren.

In einer Zeit zunehmender Mobilitäten, von Enttraditionalisierungsprozessen und des Verschwindens räumlicher Distanzen durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wird die Anschlussfähigkeit von kulturellen Angeboten zum zentralen Kriterium und nicht die Bindung an generationenübergreifende Tradition, nationale Sprache und lokale Geschichte.

Am Bericht von Helena Norberg-Hodge über die Veränderung, die der Kontakt mit der westlichen Zivilisation in einem Bergdorf im Himalaya ausgelöst hat, lassen sich die kulturellen Folgen der Globalisierung anschaulich illustrieren:<sup>115</sup> Als zentrale Konsequenz stellt sie die Entwicklung eines „kulturellen Minderwertigkeitskomplexes“ bei den einheimischen Ladakhis fest. Der Stolz auf ihre Identität und ihre

---

<sup>114</sup> Vgl. Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 218f.

<sup>115</sup> Vgl. Norberg-Hodge, Helena: The Pressure to Modernize and Globalize. In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): 1996, S. 33-46; ders. Auch in: Mander/ Goldsmith: 2002, S. 234-252.

traditionellen Sitten und Gebräuche ist ersetzt worden durch eine Sichtweise, die ihre Kultur als arm, unterentwickelt und primitiv wahrnimmt. Diese Sichtweise ist ihnen keineswegs gewaltsam aufgezwungen worden, sie hatte sich lediglich durch den Kontakt mit reichen Touristen und den westlichen Medien herausgebildet, die beide suggerierten, dass die Menschen der westlichen Kultur alle ein Leben im Luxus führen. Vor allem junge Leute erlagen dem Reiz des vermittelten Bildes, der durch die in den Schulen vermittelte eurozentrische Sichtweise noch verstärkt wurde, verehrten Symbole des modernen Lebens und kehrten dem rückständigen Bergdorf bald den Rücken. Diese Entwicklung führte zur Abhängigkeit von Nahrungsmitteln und Energieversorgung, zur Eingliederung in wirtschaftliche und politische Systeme, die viel zu groß waren, als dass die Dorfgemeinschaft einen Einfluss auf sie ausüben könnte. Dies trug- gemeinsam mit den Radios, einem neuen Individualismus, einem konsumorientierten Konkurrenzdenken und der Geringschätzung der lokalen Gemeinde zum weitreichenden Verfall der sozialen Bindungen innerhalb der Dorfgemeinschaft und innerhalb der Familien bei. Letztendlich kam es sogar zu vorher nie dagewesenen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Moslems. Sicherlich lässt dieser Bericht einige Fragen offen, beispielsweise was medizinische Versorgung oder Möglichkeiten der Selbstverwirklichung (was auch immer man darunter verstehen mag) in der „guten alten Zeit“ angeht. Dennoch bleibt er ein eindruckvolles Zeugnis, dass „Fortschritt“ nach westlichem Verständnis eine wesentliche Verschlechterung der Lebensumstände von Menschen in Bezug auf Selbstgefühl, Zufriedenheit und ein harmonisches und solidarisches Zusammenleben nach sich ziehen kann- selbst wenn dies von einer Verbesserung der materiellen Verhältnisse begleitet sein sollte.<sup>116</sup> Ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden sollte der Verlust einer durch Jahrtausende gewachsenen Kultur.

Die kulturelle Dominanz wird- wie in diesem Abschnitt gesehen- nur durch die wirtschaftliche Dominanz des Westens ermöglicht. Ein wichtiger Faktor dabei ist die von Unternehmen aus den Industrienationen über Investitionen ausgeübte Kontrolle über die lokale Volkswirtschaft.

---

<sup>116</sup> Dies ist jedoch keineswegs überall der Fall. Es wird geschätzt, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung in der Dritten Welt eine weniger gesicherte Existenz als in vorkolonialer Zeit hat. Vgl. Korten, David: *When Corporations Rule the World*. Connecticut: Kumarian Press 1995, S. 249.

### 2.3.3 Kommunikations- und informationstechnische Globalisierung

Die Manager multinationaler Konzerne, internationaler Finanzströme und weltumspannender Nachrichtensender sind heute diejenigen, für die die Zeit nicht mehr still steht. Ihr Geschäft läuft rund um die Uhr und rund um den Globus. Zeit ist nichts Natürliches, sondern der Ökonomie und ihrer Rationalität angepasst: Wirtschaft der Zeit. Lebenszeit, Freizeit, Arbeitszeit, Zeit für sich und Zeit für andere haben dem kapitalistischen Imperativ der Neuzeit „*time is money*“ Folge zu leisten.<sup>117</sup> Es entsteht eine Weltzeit und in ihr vollzieht sich die Geschichte der Menschheit, zum ersten Mal in einer einzigen Zeit. Damit verschwinden auch die konkreten Räume, die Grenzen zwischen ihnen werden bedeutungslos. Unterschiedliche Raumerfahrungen gehen verloren, weil sie irrelevant geworden sind. Die computergesteuerte „Echtzeit“ überwölbt die Zeiten der Erfahrung und der Verarbeitung von Erfahrungen der Menschen in ganz unterschiedlichen Kulturen und Traditionen.<sup>118</sup>

Die Umwälzungen nach dem Zweiten Weltkrieg förderten die Neugründung von immer mehr Nationalstaaten, die vor allem darauf bedacht waren, ihre Selbstständigkeit zu sichern und sich gegen drohende Bevormundungen jeglicher Art abzugrenzen. Gleichzeitig vertieften sich ideologische Auseinandersetzungen und der internationale Wettbewerb um Macht und Einfluss. So entstanden ständig neue Grenzen.<sup>119</sup>

Doch die neu geschaffenen Grenzen erwiesen sich bald als zunehmend durchlässig. Der Verkehr von Menschen und Gütern ließ sich noch einschränken. Aber Informationen aller Art konnten an den Grenzen immer weniger effektiv aufgehalten werden. Eine Vielzahl verschiedener Prozesse griff hier ineinander. Auf der einen Seite trugen und tragen technische Entwicklungen dazu bei, Kommunikationsmittel rapide zu verbessern, verbilligen und verkleinern.<sup>120</sup> Beispielsweise konnten schon früher mit einem Transistorgerät internationale Rundfunksendungen problemlos empfangen, mit einem Kassettenrekorder bzw. einem Kopiergerät Aufzeichnungen dann beliebig vervielfältigt und schließlich mit einem Faxgerät oder einer elektronischen Post (Email) Informationen schnell und unauffällig verschickt werden.

---

<sup>117</sup> Vgl. Altwater/ Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 93.

<sup>118</sup> Vgl. Ebd.

<sup>119</sup> Vgl. Schweigler, Gebhard: Informationsrevolution und ihre Folgen. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 280/2003, S. 7ff.

<sup>120</sup> Vgl. Ebd.

Moderne Kommunikationsmittel werden heute von Volkswirtschaften, die den Anschluss nicht verpassen und nicht ins Hintertreffen geraten wollten, bedient. Dies trug und trägt immer noch dazu bei, dass Grenzen aufgehoben werden.

Telefon, Fax, Computer, Geldautomat- alle sind Teile eines weltweiten interaktiven Kommunikationssystems. Zusammen mit der weltweiten Ausstrahlung von Radio- und Fernsehprogrammen und den interkontinentalen Verkehrsverbindungen bilden sie die Medien der Globalisierung. Gleichzeitig werden die praktische Erfahrung und die Kompetenz des Umgangs mit ihnen notwendige Bestandteile der allgemeinen Fähigkeit des einzelnen, am sozialen Leben teilzunehmen. Insofern stellen diese Medien auch eine Infrastruktur für individuelle kollektive innovative Reaktionen auf das Globale Zeitalter zur Verfügung.<sup>121</sup>

Diese Medien haben die Gesellschaft so verändert, dass wir uns kaum noch daran erinnern, wie die Welt ausgesehen hat, bevor es all dies gab. Die Gesellschaft nimmt den Vormarsch dieser Technologien mit Besorgnis erregender Passivität auf und ohne systematischen Veränderungen. Jede Technologie hat –nach Langdon Winner- absehbare gesellschaftliche politische und ökologische Folgen. Er sagt: *„Das merkwürdigste Rätsel unserer Zeit ist, dass wir so bereitwillig durch den Prozess der Globalisierung schlafwandeln, in dem die Bedingungen der menschlichen Existenz neu hergestellt werden ...Im technischen Bereich schließen wir immer wieder neue Gesellschaftsverträge ab zu Bedingungen, die erst nach der Unterzeichnung offenbar werden.“*<sup>122</sup> Die wichtigsten Aspekte der Medien liegen nicht in ihrem offensichtlichen Inhalt (zum Beispiel die neuen Programme, die das Fernsehen ins Haus bringt), sondern in den Systemveränderungen, die sie auslösen (vgl. 5.2).

John Gage, Topmanager bei der US-Computerfirma Sun Microsystems, stößt die Debattenrunde über „Technologie und Arbeit in der globalen Wirtschaft“ an. Sein Unternehmen gilt als ein neuer Star der Branche, es entwickelte die Programmiersprache „Java“, der Aktienkurs von Sun Systems bricht an der Wall Street die Rekorde. *„Jeder kann bei uns so lange arbeiten, wie er will, wir brauchen auch keine Visa für unsere Leute aus dem Ausland“*<sup>123</sup>, erklärt Gage knapp. Regierungen und deren Vorschriften für die Arbeitswelt seien bedeutungslos geworden. Er beschäftigte, wen er gerade brauche, derzeit bevorzugt „gute Gehirne

---

<sup>121</sup> Vgl. Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 218f.

<sup>122</sup> Zit. nach Mander/ Jerry: Technologien der Globalisierung. In Mander/ Goldsmith (Hrsg.): 2002 a. a. O., S. 74.

<sup>123</sup> Martin/ Schumann: Die Globalisierungsfalle, a. a. O., S. 11.

in Indien“, die so lange arbeiten, wie sie können. Aus allen Erdteilen erhalte die Firma per Computer Bewerbungen, die für sich sprächen. „Wir stellen unsere Leute per Computer ein, sie arbeiten am Computer, und sie werden auch per Computer wieder gefeuert.“<sup>124</sup>

Die Verquickung von technologischen Entwicklungen, wirtschaftlichen Interessen und politischen Zielsetzungen bewirkte eine nicht mehr aufhaltbare Eigendynamik – eine Informationsrevolution.

Die Menschen in der Gesellschaft sind durch die verschiedenen modernen Kommunikationsmittel in der Lage, Informationen zu gewinnen, zu verbreiten und weiterzuverbreiten, wie dies nie zuvor möglich war. Durch die Kommunikationsmöglichkeiten (wie Internet, Handy, Satellitenschüssel auf dem Dach) entsteht ein enormer Druck zur Dezentralisierung von Politik. Fax und Internet werden mehr und mehr zu alltäglichen Selbstverständlichkeiten. Man denke an das Beispiel des Internet Auktionshauses „ebay“ welches weltweit operiert, und mittlerweile eine höhere Marktkapitalisierung hat als das größte Unternehmen im DAX.

In der Tat verändern bestimmte technologische Innovationen die Gesellschaft sehr viel dramatischer, als es die Politiker tun, über die wir abstimmen. Beispielsweise wird die Allgegenwart des Computers unser Leben sehr viel mehr verändern als der Wechsel von einem republikanischen zu einem demokratischen Präsidenten oder umgekehrt. Doch über den Vormarsch des Computers stimmt weder der Kongress ab noch das Volk. Selbst in unserer durch demokratischen Gesellschaft haben wir kein Verfahren, wie über Technik entschieden wird, und wenig Erfahrung darin, technische Errungenschaften kritisch zu bewerten. Wir haben nur den Markt, der die Entscheidung für uns trifft, und die Vorgänge auf dem Markt laufen stark verzerrt ab.<sup>125</sup>

Es ist leider eine Tatsache, dass in unserer Gesellschaft die ersten Informationen über neue Technologien unweigerlich von Unternehmen und Wissenschaftlern kommen, die diese Technologien erfinden und vermarkten und die viel daran verdienen, wenn wir eine positive Haltung dazu einnehmen. Ihre Schilderungen sind natürlich optimistisch, sogar utopisch, und sie geben Hunderte von Millionen Dollar für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit aus. Die „Grüne Revolution“ wird den Sieg über den Hunger auf der Welt bringen. Die Atomenergie wird die Energieprobleme

---

<sup>124</sup> Ebd.

<sup>125</sup> Vgl. Mander, Jerry: Technologien der Globalisierung, a. a. O., S. 75f.

weltweit lösen und mit sauberer, sicherer, billiger, unerschöpflicher Energie versorgen. Das Fernsehen wird das Bewusstsein weltweit vereinen und uns Frieden und Harmonie bescheren. Die Computerrevolution macht alle Informationen der Welt für jeden Menschen mit einem Klick verfügbar. Diejenigen, die so etwas sagen, haben keinen Vorteil davon, wenn wir die möglichen negativen Konsequenzen der neuen Produkte kennen lernen, deshalb werden vor unseren Augen immer nur die positiven Szenarien ausgearbeitet und wir hören praktisch keine Gegenstimmen.<sup>126</sup>

„In den Medien wird so viel Wirbel darum gemacht, wie die neuen Technologien die Demokratie stärken werden. Doch tatsächlich werden nicht die Individuen gestärkt, sondern viel mehr multinationale Unternehmen und Banken gegenüber Arbeitnehmern, Konsumenten und politische Systeme.“<sup>127</sup>

Als Folge des weltweiten Expots von westlichen Filmen, westlicher Mode und Musik und westlichen Fernsehprogrammen werden- wie bereits erwähnt- Aspekte der Globalisierung und der Homogenisierung von Werten, von Kultur und von Wahrnehmungsweisen beschrieben. Sie bewirken einen enormen Kulturwandel. Das Gefälle zwischen industrialisierten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern ist allerdings bei der Verfügung über die traditionellen audiovisuellen Kommunikations- und Informationsmedien beträchtlich. Diese Asymmetrie erhöht sich noch bei den neuen Medien. Lediglich 5,2 Prozent der Bevölkerung in den Drittweltländern verfügten Mitte der neunziger Jahre über einen Telefonanschluss (gegenüber 52,3 Prozent in den Industrieländern) und 0,7 Prozent über einen PC (gegenüber 8,7 Prozent in den Industrieländern). In Ballungsgebieten wie New York und Tokio gibt es beispielsweise mehr Telefonanschlüsse als in ganz Afrika. Auf die zehn reichsten Länder mit 20 Prozent der Weltbevölkerung kommen drei Viertel aller Telefonanschlüsse. Telefonanschlüsse bilden aber (noch) die Zugangsvoraussetzung, um an den neuen Kommunikationsmedien partizipieren zu können. Zwar sind inzwischen alle 54 Länder Afrikas an das Internet angeschlossen, aber von den 800 Millionen Bewohnern dieses Kontinents können lediglich 2,5 Millionen das Netz nutzen, davon 80 Prozent in Südafrika. Nach einer OECD-Analyse entfielen 1999 65 Prozent der Internetzugänge auf die USA und Kanada, gefolgt von Europa mit 22 Prozent und Australien, Neuseeland und Japan mit 6

---

<sup>126</sup> Zu den Auswirkungen der audiovisuellen Medien siehe ebd. S. 79ff.

<sup>127</sup> Ebd. S. 86.

Prozent sowie dem sonstigen asiatisch-pazifischen Raum mit knapp 4 Prozent und Lateinamerika mit 2 Prozent. Das Schlusslicht bildet Afrika mit 0,3 Prozent.<sup>128</sup>

James Rosenau führt den Übergang der nationalstaatlich dominierten zur polyzentrischen Politik (in der weder das Kapital noch nationalstaatliche Regierungen, noch die Vereinten Nationen, noch die Weltbank, noch die Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace usw. das alleinige Sagen haben, sondern alle mit allerdings unterschiedlichen Machtchancen miteinander um die Durchsetzung ihrer Ziele ringen) auf die technologische Dimension der Globalisierung zurück.<sup>129</sup>

„Es ist Technologie, argumentiert Rosenau, die geographische und soziale Entfernungen aufgehoben hat durch Überschallflugzeuge, durch Computer, durch Erdsatelliten und die vielen anderen Innovationen, die es heute ermöglichen, dass mehr und mehr Menschen, Ideen und Güter schneller und sicherer Raum und Zeit durchqueren als jemals zuvor. Es ist Technologie, welche die Interdependenzen zwischen lokalen, nationalen und internationalen Gemeinschaften verstärkt hat, und zwar in einem Ausmaß, das keine geschichtliche Epoche zuvor erfahren hat.“<sup>130</sup>

Für Rosenau hat die Menschheit also das Zeitalter internationaler Politik hinter sich gelassen.

Die nationalstaatliche Informations- Souveränität als Teil der politischen Souveränität ist außer Kraft gesetzt. Nationalstaaten können sich nicht länger gegeneinander abschotten, ihre mit Waffen geschützten Grenzen sind durchlöchert, jedenfalls was ihre Einbindung in den Raum globaler Kommunikation betrifft.<sup>131</sup>

Die Frage die sich nun stellt, ob diese technische Öffnung in bisher geschlossenen Gesellschaften, wie China dazu beitragen kann, den weltweiten Schub für Demokratisierung und Marktwirtschaft weiter zu beschleunigen?

Im Sinne westlicher Wertvorstellungen kann kein Zweifel daran bestehen, dass Demokratie und Marktwirtschaft durch offenes Kommunikationsverhalten gefördert werden. Allerdings könnten in Gesellschaften, die auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Öffnungen dieser Art nicht hinreichend vorbereitet sind, erhebliche soziale und politische Spannungen ausgelöst werden, die nationale und internationale Krisen zu verschärfen drohen, wenn etwa bestimmte Machtteile nicht

---

<sup>128</sup> Vgl. Wagner, Bernd: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies, a. a. O.

<sup>129</sup> Mehr dazu vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 69ff.

<sup>130</sup> Rosenau, James: Turbulence in World Politics, Brighton 1990, S. 17, zit. nach Beck, Ulrich: Ebd., S. 69-70.

<sup>131</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Ebd., S. 39.

bereit sind, eine stärkere demokratische Mitbestimmung anderer von der Macht ausgeschlossener Gruppen zuzulassen.<sup>132</sup> Dies gilt umso mehr, als die Informationsdominanz der westlichen (vor allem aber der amerikanischen) Medien, die weltweit mehr als 60 Prozent des Informations- und Unterhaltungsmarktes abdecken, in diesen Gesellschaften Wunschvorstellungen wecken könnte, die vorerst nicht zu verwirklichen sind. Die Einführung amerikanischer Lebensstandards in China etwa dürfte nicht nur den ohnehin schon zerbrechlichen inneren Frieden beeinträchtigen, sondern würde auch zu einer ökologischen Katastrophe beitragen.<sup>133</sup>

Die Globalisierung von Informationen und Kommunikationen und dadurch verbreiteten Wertvorstellungen lässt auf der einen Seite die Hoffnung keimen, die Welt könnte insgesamt offener, demokratischer, wirtschaftlich erfolgreicher und schließlich dadurch auch friedlicher werden. Sie birgt aber auf der anderen Seite die Gefahr in sich, dass zumindest in einer Übergangsphase Absonderungstendenzen zunehmen und Konfliktpotenziale weiter anwachsen könnten. Denn die Länder, die sich einer Öffnung verweigern bzw. aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sind, moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zum Einsatz zu bringen, werden zwangsläufig wirtschaftlich weiter zurückfallen, wie z.B. die Entwicklungsländer in Afrika. Hier kommt den Industrienationen eine besondere Verantwortung zu, damit die Kluft zwischen den Ländern mit unterschiedlichen Kommunikationsniveaus nicht noch größer wird bzw. die kulturellen Gegensätze nicht überreizt werden.

Entwicklungshilfe muss sich heute deshalb verstärkt um die Verbreitung moderner Kommunikationsmedien kümmern, die es den betroffenen Ländern erlauben, einerseits international Anschluss zu finden, andererseits aber die überlebensnotwendige interne Kommunikation zu fördern.

Im Abschluss dieser Dimension soll nicht vergessen werden, dass die verschiedenen erwähnten Massenmedien instrumentalisiert sind. Komplexe historische, kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge lassen sich nur schwer in kurzen Zeitungsartikeln darstellen, um ein Vielfaches schwerer ist es in Radioreportagen, Fernsehberichten oder auf Werbeplakaten. Eindrucksvolle Katastrophenbilder oder simple Erklärungsmodelle sind für diese Medien sehr viel besser geeignet. Die Bilderflut des Fernsehens bringt ein weiteres Problem mit sich.

---

<sup>132</sup> Vgl. Scheigler, Gebhard: Informationsrevolution und ihre Folgen, a. a. O., S. 10ff.

<sup>133</sup> Vgl. Ebd., 10ff.

Zum einen hat sie einen gewissen Abstumpfungseffekt bewirkt, der oftmals verhindert, dass Elend und Ungerechtigkeit als Auslöser für konkrete Handlungen funktionieren. Zum anderen liefert sie täglich neue Bilder über Not und Krieg, die suggerieren, dass die Welt außerhalb der Industrienationen größtenteils im Chaos versinkt, ohne Hintergründe aufzudecken und Erklärungsmodelle anzubieten, die der tatsächlichen Situation gerecht werden. Insbesondere die Berichterstattung aus Krisengebieten beschränkt sich oft auf das neueste historische Entwicklungen oder politische Interessen, die hinter den aktuellen Ereignissen stehen. Der Eindruck entsteht, als ob an dem bestehenden unüberschaubaren Chaos ohnehin nichts zu ändern sei. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen, um den Sachverhalt besser zu verdeutlichen.

Angesichts der Gründung der Welthandelsorganisation WTO versuchte ein Bündnis von Umweltverbänden (und anderen Gruppen wie Public Citizen) vor einigen Jahren in den USA, durch eine Anzeigenkampagne auf die schädlichen Auswirkungen des Freihandels und insbesondere der Handelsregeln des GATT aufmerksam zu machen. Eine Woche, nachdem die erste Anzeige erschien, brachte Newsweek einen Bericht darüber, dass diese Kampagne angeblich nicht von Umweltschutzverbänden, sondern von Gewerkschaftsverbänden gesponsert werde, die ihre protektionistischen Sonderinteressen durchsetzen wollten. Zwar musste das Magazin später eine Richtigstellung abdrucken, der Schaden war jedoch angerichtet, die Glaubwürdigkeit der Kampagne in Frage gestellt.<sup>134</sup>

All das soll nicht heißen, dass die Massenmedien als Mittel zur Aufklärung vollständig ungeeignet und unter allen Umständen zu vermeiden seien. Der Hindernisse und Gefahren dieser Medien muss man sich jedoch bewusst werden.

### **2.3.4 Globalisierung der Politik**

Die Ausprägung der genannten Globalisierungsdimensionen kann internationale Politik nicht unberührt lassen. Zentraler Befund bei der Globalisierung der Politik ist die feststellbare Erosion nationalstaatlicher Souveränität. Die Einheit von Entscheidungsmacht und Entscheidungswirkung, die der umfassenden

---

<sup>134</sup> Vgl. Mander, Jerry: Facing the Rising Tide. In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): 1996, a. a. O., S. 3-19; ders. In: Mander/ Goldsmith: 2002, S. 9-30. Dort finden sich auch weitere Beispiele für das Versagen der Massenmedien, die Zusammenhänge zwischen bestimmten sozialen Problemen und dem Prozess der Globalisierung herzustellen.

Dispositionsgewalt des Staates über gesellschaftliche Verhältnisse zugrunde lag, gehört in vielen Bereichen der Vergangenheit an. Handlungsrelevante Räume sind heute somit in erster Linie funktional und nicht mehr territorial bestimmbar.

Die Unterscheidung zwischen Politik nach innen, die sich auf das eigene Territorium und die eigene Bevölkerung bezieht, und Politik nach außen, bei der andere Staaten mitspielen, wird mehr und mehr hinfällig, dies wird immer durch die Zunahme der Zahl transnationaler Verhandlungssysteme und internationaler Organisationen begünstigt.<sup>135</sup>

Bestandteil des Prozesses der Globalisierung der Politik ist sowohl die steigende Bedeutung internationalisierter politischer Kooperationsformen, die im Einzelfall supranationale Entscheidungsmechanismen entwickeln können (internationale Organisationen), als auch die zunehmende Sektoralisierung der internationalen Politik in grenzüberschreitende Problemfelder wie Sicherheitspolitik, Umweltpolitik, Finanzpolitik, Bekämpfung der Kriminalität u.a.m., bei denen deutlich wird, dass der Nationalstaat als alleiniger Handlungsrahmen ausgedient hat.<sup>136</sup> Das internationale System besteht zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus mehr als 200 Staaten (von denen etwa 60 Prozent als Demokratie zu bezeichnen sind), je nach Zählweise aus mehr als 300 Völkerrechtsfähigen IGOs (International Governmental Organization= Internationale Regierungsorganisation) 5000 INGOs (International Non-Governmental Organization= Internationale Nicht-Regierungsorganisation) mit weltweiter oder regionaler Mitgliedschaft und etwa 40000 transnationalen Konzernen.<sup>137</sup>

Die Verdichtung globaler Verflechtungen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Ökologie aber auch Technologie, Kommunikation, Verkehr, Migration u.a.m. haben gleichwohl zu abnehmender Steuerungsfähigkeit des einzelnen Staates geführt. Eine breite Palette von Problemen ist nur noch auf dem Weg internationaler Zusammenarbeit zu regeln. Dabei zwingt Globalisierung nationalstaatliche Politik nicht zu letzt in einen Wettbewerb um globalisierungstaugliche Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftssysteme. Gerade dieser Wettbewerb – bei dem es Gewinner und Verlierer geben wird – macht einen Großteil der Befürchtungen aus, die mit dem Begriff Globalisierung verbunden werden. Unter globalisierten Rahmenbedingungen

---

<sup>135</sup> Vgl. König, Helmut: Orientierung Politikwissenschaft – Was sie kann, Was sie will, Hamburg 1999, S. 148ff.

<sup>136</sup> Vgl. Ebd.

<sup>137</sup> Vgl. Varwick, Johannes: Globalisierung, a. a. O., S. 144f.

ist eine abnehmende Fähigkeit und Bereitschaft von Staaten zu konstatieren, durch Umverteilung von Ressourcen Wohlfahrt zu stiften. So verstanden, deckt Globalisierung auch Konstruktionsmängel von nationalen politischen und sozialen Systemen auf, die bei weniger offenen Märkten nicht derart zutage getreten wären.<sup>138</sup> Wenn im gesellschaftlichen Bereich die Staatsgrenzen durchlässig werden, zugleich aber die Reichweite der politischen Maßnahmen nach wie vor auf das jeweilige Staatsgebiet begrenzt ist, dann agiert die Politik von vornherein auf verlorenem Posten. Zürn spricht hier von „Denationalisierung“, das heißt der dramatische politische Bedeutungsverlust der Nationalstaaten.

„Das zentrale Problem der Gegenwart besteht darin, Formen der politischen Regelung zu finden, die den globalen Zusammenhängen gerecht werden. Daraus folgt die Notwendigkeit für ein Projekt komplexes Weltregieren, das mit Hilfe von internationalen und transnationalen Institutionen politische Regelungen ermöglicht, die die politische Handlungsfähigkeit zurückbringen und gleichzeitig demokratisch legitimiert sind.“<sup>139</sup>

Michael Zürn regt an, den Begriff „*Denationalisierung*“ dem der Globalisierung vorzuziehen.

„Nation ist danach eine durch verdichtete Zusammenhänge getragene politische Gemeinschaft, die in einem gegenseitig konstitutiven Verhältnis zum Nationalstaat steht.“<sup>140</sup>

Beim analytischen Begriff der Denationalisierung, im Gegensatz zum Begriff der Globalisierung, handelt es sich um einen Terminus, so Zürn, „*der systematisch auf die Unterscheidung von gesellschaftlichen und politischen Prozessen zielt.*“<sup>141</sup>

In diesem Sinne bezeichnet Denationalisierung allgemein den Prozess der Ausdehnung der verdichteten Handlungszusammenhänge über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Zürn erklärt, warum er den Begriff der Denationalisierung gegenüber dem der Globalisierung präferiert, folgendermaßen:

„Viele soziale Handlungszusammenhänge überschreiten zwar nationale Grenzen, sind aber weder global, noch lässt sich überall eine Entwicklung

---

<sup>138</sup> Vgl. Ebd.

<sup>139</sup> Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a. Main 1998, S. 28.

<sup>140</sup> Ebd., S. 68, dazu siehe hier auch das Unterkapitel 2.3.1.1.

<sup>141</sup> Ebd. S. 69.

hin zur Globalität beobachten. Vielmehr zeichnen sich neue Grenzen der sozialen Räume am Rande der OECD-Welt ab.“<sup>142</sup>

Die Begründung dieser Vorrangstellung stützt sich in erster Linie auf die Daten und Fakten, die aus dem Sachbereich der Ökonomie stammen. Das globale Handelsvolumen, das die Triade EU/EFTA, NAFTA, und ASEAN überschreitet, stellt einen minimalen Anteil am gesamten Welthandelsvolumen dar. Alleine die USA, Kanada, Japan und die Mitglieder der EU/EFTA bestimmen- wie erwähnt- 70 Prozent des Welthandels (dazu siehe die Unterdimension Handelsverflechtung 2.3.1.1).

Der Nationalstaat wurde und wird immer als wichtiger Akteur auf der internationalen Bühne gesehen. Die Aushandlungsprozesse im internationalen, von Anarchie (fehlender Zentralgewalt) und Machtpolitik, geprägten System wurden entweder hegemonial oder interdependent gedacht. Die wachsende wirtschaftliche und politische Integration wurde zwar seit langem konzediert und dementsprechend theoretisch als Zunahme von Verwundbarkeiten nationaler Staaten in den internationalen Beziehungen beschrieben, doch blieb der Nationalstaat wichtiger Akteur, um mögliche kooperative Lösungen für das Dilemma der Verwundbarkeit in Form von mehr oder weniger rechtlich fixierten Kooperationsformen zu suchen. Die Nationalstaaten sind zwar mit der Globalisierung nicht von der Bildfläche der internationalen Beziehungen verschwunden, aber sie haben einen Teil ihrer Souveränität über ökonomische Prozesse eingebüßt und fungieren eher als Moderatoren der nationalen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb, als „nationale Wettbewerbsstaaten“, als Moderatoren zwischen globalen Märkten und lokalen Produktionsbedingungen am „Standort“.<sup>143</sup>

Nationalstaaten müssen heutzutage ihre Politik immer stärker an den weltmarktlichen determinierten ökonomischen Imperativen ausrichten (siehe dazu den Abschnitt neue Akteure). Dies bedeutet daher, dass die transnationalen Konzerne nunmehr einen direkten Zugriff auf die Determinanten nationalstaatlicher Innenpolitik besitzen. Mit dem von Hirsch erwähnten „nationalen Wettbewerbsstaat“ ist gemeint, dass der Staat dem Weltmarkt funktional untergeordnet wird. Die funktionale Unterordnung der

---

<sup>142</sup> Ebd., S. 65f, unter gesellschaftlichen Räumen sind alle Handlungszusammenhänge zu verstehen, die Regelungen erfordern und gleichzeitig Regelungsinstanzen darstellen, also gesellschaftliche Akteure, die staatliches Handeln kontrollieren und der Staat umgekehrt die sozialen Handlungszusammenhänge reglementiert.

<sup>143</sup> Dazu siehe Altvater/ Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 44ff.

Politik unter die ökonomischen Imperative des Weltmarktes bedeutet- in nationale, regionale und lokale Politik übersetzt- Rationalisierung, Privatisierung, Deregulierung und soziale Ungleichheit.<sup>144</sup> Die Vermögensunterschiede sind größer als jemals, und ganze Weltregionen scheinen von jeder wirtschaftlichen Entwicklung abhängt und der absoluten Verelendung preisgegeben zu werden. Dies gilt besonders für große Teile Afrikas und möglicherweise auch für viele Länder aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind. Dadurch kommt es- wie es in der heutigen Politik der Fall ist- zu einer Verstärkung der internationalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen.

Wenn die These stimmt, dass ein wesentliches Merkmal der Globalisierung darin besteht, die Bedeutung von Grenzen zu verringern, dann muss dies auch Konsequenzen haben für das bisherige Verständnis vom Regieren. Es basiert auf der Vorstellung eines Staates der – vertreten durch die Regierung – für ein bestimmtes Territorium und eine bestimmte Bevölkerung Regeln erlässt und dafür sorgt, dass diese befolgt bzw. Regelverletzungen bestraft werden.<sup>145</sup>

Da die Globalisierung dadurch charakterisiert ist, dass die Folgen von Handlungen nationalstaatliche Grenzen immer öfter überschreiten, herkömmliches Regieren aber genau an diesen Grenzen haltmacht, stellt sich hier ein Problem für politisches Handeln generell.

Eines soll aber gesagt werden: Der Nationalstaat wird wie alle anderen Herrschaftsapparate, den ihm würdigen Platz in der Geschichte einnehmen. Karl Marx definierte ihn als eine „Zwangseinrichtung“, der die antagonistischen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck bringt. In Anlehnung an die marxsche Staatslehre betrachten wir den Nationalstaat in einem dialektischen Verhältnis zu der Gesellschaftsform, die ihn legitimiert: Die bürgerliche Gesellschaft.<sup>146</sup> Sie ist nicht nur der Garant für die Existenz des Nationalstaates, sondern die ihr immanenten Antagonismen sind geradezu Voraussetzung für seine Existenz. Der Staat kann dann im Auflösen begriffen werden, wenn die Gesellschaftsformation, die ihn legitimiert, fundamentale Umbrüche in seinem Unterbau, in seinem organisatorischen Gefüge aufweist.

---

<sup>144</sup> Mehr dazu Vgl. Hirsch, Joachim: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, a. a. O., S.9ff.

<sup>145</sup> Vgl. Brozus, Lars/ Zürn, Michael: Regieren im Weltmaßstab. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 280/ 2003, S. 56ff.

<sup>146</sup> Vgl. dazu hier die Unterkapitel 5.3 und 5.7.

Da aber die liberalen und neoliberalen Tendenzen, die die Antagonismen bürgerlicher Gesellschaft bestimmen, bei den Transformationsprozessen im Zeitalter der Globalisierung alle anderen alternativen Tendenzen dominieren, das heißt in ihrer Grundauslegung nicht verändert werden, wird der Nationalstaat- wenn auch nicht als Wohlfahrtsstaat oder Sozial- und Rechtsstaat- zur Geltung kommen. Leo Kofler verwendet in seiner Kritik der technologischen Rationalität einen Kritikbegriff, der sich nicht an Technik und Industrie richtet, sondern vermittelt auf brillante Weise warum Technik als mächtiges Faktum die Menschen selbst bedrohende Gefahr fungiert. Und zwar weil sie zur Aufrechterhaltung der Herrschaftsstrukturen eingesetzt wird. Die an der ideologisch wie politisch instrumentalisierten Technik und Industrie ist eine Kritik an den sozialen Beziehungen und dadurch erlangtem Bewusstsein der Menschen im industriellen Kapitalismus. Mit der folgenden Analyse zeigt Leo Kofler das dialektische Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und begründet warum beide identisch sind.

„Der Staat als bloßer „Apparat“ ist ebenso wenig der eigentliche Staat, wie die Buchhaltung das Geschäft. Galt es seit Hegel und Marx, die blinde Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft zu überwinden, so gilt heute, mit einem radikalen Rückgriff die verborgene dialektische Bezüglichkeit beider neu zu entdecken und die dem flach-empirischen Augenschein unterliegende Ansicht zu überwinden, dass die institutionellen Einrichtungen der Gesellschaft, sondern sie als staatlich in Erscheinung treten, zureichend das ausmachen was Staat heißt.“<sup>147</sup>

Durch den starken Aufschub der Globalisierung können wir diverse Herausforderungen für den Nationalstaat beobachten, deren Überwindung von neoliberalen Institutionen und Interessengruppen in Angriff genommen wird, welchen eine Legitimation nach demokratischen Methoden fehlt. Diese und ähnliche Änderungen zeigen lediglich, dass sich übliche Kontrollmechanismen und –techniken zur Abgrenzung des Staates von Außen und Innen in der spätkapitalistischen Gesellschaft in Wandlung begriffen werden. Durch diese Wandlungen werden Grenzen und Schranken durchlässiger aber implizieren auch gleichzeitig Flexibilität und Beweglichkeit. Die Technik der Begrenzung ist den Kommunikationstechnologien gefolgt, die das Überschreiten traditioneller Grenzen

---

<sup>147</sup> Kofler, Leo: Beherrscht uns die Technik? Hamburg 1983, S. 18.

ermöglichen. Geographische Lage und Größe haben ihre überragende Bedeutung, die sie zu Beginn des Nationalstaates hatten, zunehmend verloren. Objektive Grenzen sind verstärkt in das Bewusstsein der Individuen eingeflossen, für Macht und Ohnmacht eines Staates ist nicht mehr das Territorium ein Maß sein Macht, sondern das was in den Köpfen der Menschen wiedergespiegelt wird und zwar Nationalität und nationale Staatsangehörigkeiten.<sup>148</sup>

Gefragt sind daher Alternativen, die diese Herausforderungen konstruktiv aufnehmen. „Global Governance“ ist so eine Alternative (auf das Konzept des Global Governance wird noch ausführlicher eingegangen). Damit ist ein Modell des „Regierens im Weltmaßstab“ gemeint, das die Probleme politischen Handelns im Zeitalter der Globalisierung sicher nicht auf einen Schlag lösen kann, aber einen ersten Schritt auf dem langen Weg zum Regieren jenseits des Nationalstaates darstellt.

## **2.4 Die Dimensionen der Globalisierung und ihre Wechselwirkung**

Der Globalisierungsprozess wird- wie oben dargestellt- nach verschiedenen Dimensionen unterschieden. Die Unterscheidung der Dimensionen zeigt, dass die Ökonomie vor allem den Bereich Kultur dominiert.

Die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung steht also im Vordergrund. Dabei werden eine Vielzahl unterschiedlicher Phänomene diskutiert, wie eine zunehmende Verflechtung der Weltgesellschaft, die Zunahme internationaler Kapitaltransfers, eine Internationalisierung der Konsumgewohnheiten und gesellschaftlicher Verhältnisse und anderes mehr. Bei der Untersuchung der ökonomischen Dimension werden- wie erwähnt- zur Bezeichnung der Auswirkungen einer internationalen Wirtschaft unterschiedliche Begriffe wie Internationalisierung, Transnationalisierung, Multinationalisierung, Regionalisierung, Denationalisierung, usw., verwendet.

Durch die wirtschaftliche Globalisierung wird die politische Regulierbarkeit einer internationalen Wirtschaft in Frage gestellt. Die ökonomische Globalisierung wird auch durch mehrere Konsequenzen gekennzeichnet, wie durch die Transformation

---

<sup>148</sup> Vor allem spielt dies in der europäischen Integrationslogik eine große Rolle. Die Konstruktion einer europäischen Identität, die regionale Identität dominiert, wird vor allem für die Erhaltung der Machtverhältnisse im EU-Bereich und für die Machtposition der EU im internationalen Vergleich eine beträchtliche Rolle spielen. Mehr zum Nationalstaat siehe hier das Unterkapitel 5.7.

von multinationalen Unternehmen in transnationalen Unternehmen, als den Hauptakteuren einer internationalen Wirtschaft, durch den Rückgang des Einflusses und der wirtschaftlichen Stärke der Gewerkschaften und durch die zunehmende Multipolarität des internationalen politischen Systems.<sup>149</sup>

Missverständlich ist der Globalisierungsprozess. Er signalisiert eine internationale wirtschaftliche Verflechtung, die sich gleichmäßig über den Globus erstreckt. Faktisch findet jedoch der internationale Handel zu einem ganz überwiegenden Teil innerhalb und zwischen den Triade-Regionen, das heißt Europa, Nordamerika und dem Pazifikraum, statt. Die Beteiligung der Entwicklungsländer an internationalen Aktivitäten ist seit Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückgegangen. Seit Mitte der 80er Jahre ist die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Privilegierung und Marginalität nicht kleiner, sondern größer geworden. Während einige wenige Länder (OECD-Länder) sich im Wohlstand und Wachstum befinden, werden andere mehrere Länder (Länder der Dritten Welt) peripherisiert oder marginalisiert.

Hier muss der Begriff der Globalisierung durch den Begriff der Fragmentierung ersetzt werden. Die Notwendigkeit, dieser Fragmentierungstendenz entgegenzuwirken, liefert eine Begründung für ein Global Governance (Vgl. Kapitel 4).

Die Frage stellt sich nun, welche Rolle haben dann die verschiedenen unterzeichneten internationalen Abkommen zwischen den fast ganzen Ländern der Welt, wie zum Beispiel Abkommen zur Armutsbekämpfung, zum Umweltschutz usw.? Warum bis jetzt noch internationale Abkommen abgeschlossen werden, die fast keine Fortschritte zur Lösung der herrschenden Probleme anbieten und wenn ja dann werden diese nicht umgesetzt? Hier kann gesagt werden, dass die der Globalisierung zugrunde liegende Tendenz zur Liberalisierung und zum Freihandel (Darauf wird noch im dritten Kapitel eingegangen) durch einen gleichzeitig wachsenden regionalen Protektionismus und die Existenz zumindest latenter Wirtschaftskriege – Beispiele Kriege in Kosovo, in Afghanistan und im Irak gebrochen wird. Allerdings kann der Konflikt zwischen der „Triade“ angesichts der waffentechnischen Überlegenheiten der USA praktisch nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgefochten werden.

---

<sup>149</sup> Vgl. Hirst, Paul/ Thompson, Grahame: Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 85ff.

Die Triade-Mächte konkurrieren daher untereinander vorrangig wirtschaftlich und politisch finden sich aber zugleich gelegentlich unter Führung der USA zu militärischen Operationen gegen die Peripherie zusammen, wie etwa im Falle des Zweiten Golfkriegs 1991, des Kosovo-Kriegs 1999, des Irak-Kriegs 2003. Hier nehmen die USA tendenziell die Funktion eines gemeinsamen bezahlten Mietpolizisten („rent-a-cop“) der Metropolen wahr. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass dieses Ungleichgewicht von militärischer und ökonomischer Macht dazu führt, dass der Imperialismus eine neuartige und sehr komplexe Gestalt annimmt.

Von einer weltweiten „Homogenisierung“ kann jedoch nicht die Rede sein. Viel mehr handelt es sich – wie Entwicklungsforscher seit Jahrzehnten beobachten – um „strukturelle Heterogenität“.<sup>150</sup> Damit ist eine Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet, die sich durch verschiedene Entwicklungen, wie Entwicklungen in der Produktion, in den Massenmedien usw., unterscheidet.

Nun zeigen sich, vom ökonomischen Bereich her gesehen, bemerkenswerte Struktur analogien im Hinblick auf kulturelle Globalisierung. Bei der gegenwärtigen kulturellen Globalisierung kommt der Medienentwicklung eine entscheidende Bedeutung zu. Sie bildet die Voraussetzung für die heutige globale Vernetzung von Kulturen und Künsten. Nach einer UNESCO-Studie vom Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts haben 93 Prozent der Kinder Zugang zu einem Fernsehgerät, und selbst in Afrika können vier von fünf Kindern hin und wieder TV sehen. Anfang der neunziger Jahre erlaubten knapp 700 Millionen Fernsehapparate und zwei Milliarden Radiogeräte, davon allein 800 Millionen in Ländern des Südens, einen weltweiten Empfang von Informationen und Kultur. 1996 kamen auf 1 000 Einwohner in den Industriestaaten 1 005 Radio- und 524 Fernsehgeräte und in den „Entwicklungsländern“ 185 Radio- und 145 Fernsehgeräte.<sup>151</sup>

Der Soziologe Stuart Hall spricht von der „globalen Massenkultur“, die durch das Fernsehen, Film und das Bild, das die Sprachgrenzen schneller und einfacher überschreitet und über sie hinweg in einer sehr viel unmittelbaren Weise spricht, bestimmt. Diese „globale Massenkultur“ wird auch durch die Metaphorik und die Stile der Massenwerbung bestimmt. Sie hat ihr Zentrum nach Hall im Westen.<sup>152</sup>

---

<sup>150</sup> Mehr dazu siehe Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 63ff.

<sup>151</sup> Vgl.: Wagner, Bernd: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies, a. a. O.

<sup>152</sup> Vgl. Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg 1994, S. 52ff.

Die Entwicklung und Verbreitung der audiovisuellen Massenmedien Radio und Fernsehen haben eine neue Stufe grenzüberschreitender Vermittlung von Kulturen hervorgebracht, da sie zum Teil leichter zugänglich und oft attraktiver sind als andere Medien. Und sie haben zur Herausbildung transnationaler Medienunternehmen geführt, die immer mehr kulturelle Angebote für immer mehr Menschen in der Welt bereithalten, von denen jeder Einzelne dann wiederum über eine wachsende Zahl kultureller Produkte verfügen kann. Diese audiovisuellen Massenmedien sind in der heutigen Weltgesellschaft die bestimmende Informationsquelle der Menschen. Überspitzt, aber durchaus zutreffend bringt dies der Satz „Ereignisse haben nicht stattgefunden, wenn nicht über sie berichtet wird“<sup>153</sup>, auf den Punkt.

Die Massenmedien zielen meist darauf, das Idealbild der westlichen kulturellen Werte (Pluralität, Individualismus, Gleichheit der Geschlechter, Selbstbestimmung, Konsumorientierung usw.) auf andere Länder zu übertragen.<sup>154</sup> Dies lässt sich an zahllosen Orten dieser Welt feststellen, in denen Konsum zunehmend die Gedankenwelt der Menschen nicht-westlicher Kulturen prägt. Der Trend in Richtung auf eine größere globale Interdependenz führt nach der Meinung mancher Soziologen, wie Stuart Hall, zu einem Zusammenbruch aller starken Identitäten und schafft die Fragmentierung der kulturellen „Codes“, die Vervielfältigung der Stile und die Betonung der Differenz und des kulturellen Pluralismus, was Hall als die „globale Postmoderne“ bezeichnet.<sup>155</sup>

Gegenwärtig befinden wir uns an einer erneuten medialen Epochenschwelle, die kulturellen Globalisierungsprozesse werden weiter umgewälzt werden. Mediale Leitform wird zunehmend der Computer werden, der die heutigen Kommunikationsprozesse und Informationsmedien prägt und weiter verändern wird. Datenautobahnen und Internet sind der sichtbarste Ausdruck dieser Veränderungen. Allerdings ist das Gefälle- wie oben erwähnt wurde- zwischen industrialisierten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern zu groß. Der Globalisierungsprozess hat neben einen sozioökonomischen auch einen kulturellen Differenzierungsprozess verursacht und beschleunigt. Dadurch hat die Fragmentierung der Welt zugenommen. Eine Fragmentierung wird deshalb nicht nur im Bereich der Wirtschaft für möglich gehalten, sondern auch im Bereich kultureller Spannungen und neuer

---

<sup>153</sup> Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander: Weltökonomie, a. a. O., S. 219.

<sup>154</sup> Vgl. Herman, Edward/ McChesney, Robert.: The Global Media. The New Missionaries of Corporate Capitalism, London/ Washington 1997, S. 152ff.

<sup>155</sup> Vgl. Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität, ebd.

Formen von Konflikten', wie z.B. im Bereich von ethnischen Spannungen. Das neoliberale Versprechen einer zunehmenden Wohlfahrt und einer fortschreitenden Demokratisierung hat sich längst als Lüge erwiesen. Zutreffend ist aber heute das Gegenteil: die wachsenden sozialen Ungleichheiten und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, auch in den Staaten des Westens. Tatsächlich bedeutet Globalisierung also auch eine wachsende ökonomische, soziale und politische Fragmentierung.

Mit Globalisierung in all ihren Dimensionen entsteht nicht nur eine neue Vielfalt von Verbindungen und Querverbindungen zwischen Staaten und Gesellschaften. Viel weiter gehender bricht das Gefüge der Grundannahmen zusammen, in denen bisher Gesellschaften und Staaten als territoriale, gegeneinander abgegrenzte Einheiten vorgestellt, organisiert und gelebt wurden. Es ist deutlich geworden, dass die Politik zunehmend den Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft verliert. Die Konzentration des Kapitals und Wirtschaft beherrscht mehr denn je die Entwicklung auf diesem Erdball.

Was mich an der Globalisierung am meisten zum Staunen bringt, ist das unglückliche Paradoxon, dass die Globalisierung rein wirtschaftlich ist, dass wir uns also weder politisch noch zivil wie die freien Märkte und Systeme des Kapitalismus globalisiert haben, ja noch nicht einmal versucht haben, unsere demokratischen, bürgerlichen und rechtlichen Institutionen zu globalisieren.

Dadurch hat uns die Globalisierung eine gefährliche Asymmetrie erschaffen. Märkte werden globalisiert, Demokratie bleibt lokal. Souveränität wird ökonomisch statt politisch, also undemokratisch definiert. Deswegen leben wir heute in einer Welt der grenzlosen freien Märkte, die vollkommen unreguliert geblieben sind. Weder Recht noch Gerechtigkeit oder Demokratie spielen eine Rolle.

Der Kapitalismus wird immer wilder, roher und unmenschlicher, wie man es heutzutage in manchen Ländern sehen kann, Anarchien, Monopol, Mafiakratie aber keine Demokratie. Heißt das, dass die (demokratischen) Nationalenstaaten- wie viele diese Auffassung heute vertreten- nicht überlebensfähig seien? Heißt das auch, dass Wachstum und Wohlfahrt nicht überlebensfähig sind? Und wenn nicht der (demokratische) Nationalstaat, wer will sich um Wohlfahrt kümmern? Citibank, Deutsche Bank, Wal Mart, Siemens, General Motors, Ford u.v.m.?

Ich glaube, dass die Nationalstaaten heutzutage als immer noch wichtige Akteure in der internationalen Politik weniger zu sagen haben als die transnationalen Konzerne, die viel mehr zu sagen haben.

### 3 Globalisierung und Freihandel als „Chance für Entwicklung“

Nach dem es im 2. Kapitel einen kurzen Überblick über den Begriff der Globalisierung und seine Dimensionen gegeben hat und daraus klar wurde, dass die wirtschaftliche Dimension die Dominierende ist, soll in diesem Abschnitt auf den Freihandel und dessen Bedeutung für die Entwicklungsländer eingegangen werden. „Die Globalisierung ist eine große Chance für Entwicklungsländer... Freihandel ist die beste Entwicklungshilfe, die sich denken lässt.“<sup>156</sup> Dieses Kapitel soll die gängige These untersuchen, die Globalisierung biete vor allem den ärmeren Staaten eine einzigartige „Chance für Entwicklung“, und zwar durch den liberalisierten Handel auf dem Weltmarkt. Die Argumentation- wie im 2. Kapitel geklärt wurde -soll noch an dieser Stelle kurz dargelegt werden, bevor im folgenden Abschnitt die Veränderungen in der Weltwirtschaft skizziert werden. Anschließend sollen die theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus (die klassische Handelstheorie und die Modelle von Smith und Ricardo) Beachtung finden und bezüglich ihrer Anwendbarkeit auf die Weltwirtschaft des ausgehenden 20. und jetzigen 21. Jahrhunderts bewertet werden. Auf dieser Grundlage wird hier dann versucht, das Phänomen der Globalisierung als politischen Prozess zu charakterisieren. Untersucht werden soll weiterhin das „asiatische Wunder“ der rasanten Industrialisierung einiger sogenannter Schwellenländer, besonders im Hinblick auf deren exportorientierte Entwicklungsstrategien. Diese werden nämlich oft als Beweis für die Richtigkeit der neoliberalen Theorie angeführt, derzufolge Entwicklung nur durch möglichst weitgehende Integration der einheimischen Wirtschaften in den Weltmarkt, Abbau staatlicher Regulierungen und das Vertrauen in die magischen Kräfte des Marktes zustandekommen kann. Diese „Magie“ des Weltmarktes wird in den darauffolgenden beiden Abschnitten einer eingehenderen Betrachtung unterzogen werden. Zum einen, was die Mechanismen des freien Handels und die ihn überwachenden Institutionen angeht, zum anderen in Bezug auf die konkreten Resultate der Weltmarktintegration in verschiedenen Ländern. Abschließend soll ein Fazit im Hinblick auf die eingangs dieses Kapitels formulierte These gezogen werden.

---

<sup>156</sup> Wolfgang Schäuble am 15.1.1998 im Bundestag, zitiert nach Wardenbach, Klaus: Ökologie, Sozialstandards, Entwicklung - Die EU als Akteur in der WTO. In: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 1/1998, S. 13f.

Wie auch im 2. Kapitel meiner Dissertation festgestellt wurde, handelt es sich beim Begriff der Globalisierung um einen, der in der Wissenschaft ohne eine übereinstimmende Definition bekannt ist. In der überwiegenden Zahl der Literatur über Globalisierung bezog sich die Verwendung auf den Bereich der Wirtschaft, der in meiner Dissertation auch in erster Linie untersucht wird (siehe dazu das 2. Kapitel).

Die neoliberale These von der Chance, die die Globalisierung vor allem Entwicklungsländern bietet, kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Die Öffnung des eigenen Marktes und die Zurücknahme staatlicher Interventionen (Deregulierung) bewirkt erstens eine effizientere Leistung der Akteure (die erhöhte Konkurrenz bewirkt bessere Qualität, niedrigere Preise und mehr Innovation) und zieht zweitens ausländische Firmen an, die über Investitionen für Wirtschaftswachstum, Technologietransfer und Arbeitsplätze sorgen. Die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, also die Öffnung eines bislang monopolistischen Bereiches für die nationale und internationale Konkurrenz, verbindet beide positiven Effekte. Der Freihandel auf dem Weltmarkt bietet weiterhin große Exportmöglichkeiten, falls man sich auf die Produkte spezialisiert, die im betreffenden Land besonders günstig hergestellt werden können. Die Mechanismen des Freihandels sorgen nämlich für einen Wohlstandszuwachs bei allen Beteiligten. Schlüssel zum Erfolg sind allerdings Deregulierung, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarktintegration.

Bei der Betrachtung der ökonomischen Globalisierung ist für die letzten 20 Jahre ein Anstieg in den Handels- und Finanzströmen der globalen Wirtschaft festzustellen, allerdings z. T. eher als Intensivierung eines kontinuierlichen Prozesses denn als plötzlicher Globalisierungsschub. Als Indikatoren für das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft sind die Bereiche des Außenhandels, der Auslands-Direktinvestitionen, der weiteren grenzüberschreitenden Finanztransaktionen sowie die Akteure der Weltwirtschaft, die transnationale Konzerne, betrachtet (dazu siehe die Unterdimensionen der ökonomischen Globalisierung).

### 3.1 Die Theorie des Freihandels

Die These von den positiven Auswirkungen des freien Handels und der Weltmarktintegration stützt sich auf die klassische Handelstheorie des 18. Jahrhunderts, insbesondere auf die von Adam Smith aufgestellte Regel von der unsichtbaren Hand des Marktes und David Ricardos Theorem von den komparativen Kostenvorteilen. Beide haben bis auf den heutigen Tag die ökonomische Theorie nachhaltig geprägt.<sup>157</sup>

#### 3.1.1 Unsichtbare Hand und komparative Kostenvorteile

Nach der Theorie von Adam Smith wirkt der Mechanismus eines freien Marktes so, dass wenn alle Beteiligten ihr eigenes ökonomisches Interesse verfolgen, die Produktion auf die effizienteste Weise organisiert wird. Der freie Wettbewerb sorgt dafür, dass niemand Waren zu überhöhten Preisen anbieten kann, die unsichtbare Hand des Marktes verschafft sowohl Produzenten als auch Abnehmern das bestmögliche Ergebnis, indem die Preise ausschließlich durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Darüber hinaus hat eine Ausweitung des Handels eine erhöhte Arbeitsteilung und somit eine erhöhte Produktivität zur Folge. Arbeitsteilung und internationaler Gütertausch führen demnach zum „Wohlstand der Nationen“. Der Begriff der „invisible hand“ benutzt Adam Smith, um deutlich zu machen, dass nicht gute Absicht zum guten Ergebnis des „Wohlstands der Nationen“ führt, sondern die Verfolgung des Eigeninteresses:

„Every individual ... intends only his own gain, and he is in this, as in many other cases, led by an invisible hand to promote an end which was no part of this intentions“.<sup>158</sup>

---

<sup>157</sup> Vgl. Smith, Adam (1776): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung über seine Natur und seine Ursachen. München 1978: dtv; Ricardo, David (1817): Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. In: Neumark, Fritz (Hrsg.), Frankfurt a. Main 1972: Fischer-Verlag, bes. S. 107ff. Die weiteren Bestandteile der klassischen Handelstheorie (Saysches Theorem, usw.) können an dieser Stelle vernachlässigt werden. Zu der theoretischen Fortführung im Neoliberalismus siehe Zinn, Karl Georg: Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Hamburg 1980, S. 166ff.

<sup>158</sup> Zit. nach Altvater/ Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 222.

Nach Adam Smith sollte also- um es noch mal zu betonen- die trans- und internationale Ausdehnung der Märkte einen Beitrag zur Vertiefung der Arbeitsteilung und daher zur Steigerung des Wohlstands aller Nationen leisten. Die Teilnahme am freien Welthandel bedeutet einen sicheren Gewinn, da nur „Positivsummen-Spiele“ auf dem Programm des freien, nicht regulierten und daher unverfälscht wirkenden Weltmarkts stehen. Für Smith ist der Weltmarkt also ein Vehikel der Produktivkraftsteigerung und daher Medium der Stimulierung und Realisierung von Überschüssen. Hier fallen zwei Argumente zusammen, die auch heute noch Gültigkeit beanspruchen. Erstens der Hinweis auf positive Skaleneffekte („economies of scale“), weil der Markt größer wird und daher optimale Losgrößen der Massenproduktion realisiert werden können. Zweitens die Betonung der Kostenvorteile als Folge einer Steigerung der Produktivkräfte, die sich der vertieften Arbeitsteilung verdankt.<sup>159</sup>

Ricardo bewies mittels eines Rechenexempels, dass Handel zwischen zwei Nationen für beide von Vorteil ist, wenn sich jede auf die Produktion der Güter spezialisiert, die sie am günstigsten produzieren kann, und gegen andere Güter eintauscht. Dies gilt auch dann, wenn der eine Handelspartner alle (oder keine) Arten von Gütern günstiger als der andere herstellt, aber sich auf diejenigen konzentriert, bei denen er die besten Produktionsbedingungen, also einen komparativen Kostenvorteil gegenüber anderen Gütern besitzt. Der klassischen Handelstheorien zufolge wirken sich also internationale Arbeitsteilung und Weltmarktintegration, Spezialisierung auf leicht herzustellende Produkte sowie der freie Wettbewerb für ein Land in jedem Fall vorteilhaft aus.

### **3.1.2 Veraltete Annahmen und die holländische Krankheit**

Beide Modelle der klassischen Handelstheorie beruhen zwar auf starken Vereinfachungen, besitzen aber dennoch einen hohen Erklärungswert. Ihre Anwendung auf die Weltwirtschaft des 20. und 21. Jahrhunderts ist jedoch aufgrund ihrer Annahmen nicht zu vertreten.

1. Adam Smith ging von einem „perfekten Wettbewerb“ aus - einer Vielzahl von Anbietern steht eine Vielzahl von Abnehmern gegenüber, alle sind vollständig über die Preise informiert und niemand ist in der Lage, sie zu beeinflussen. Ob es einen

---

<sup>159</sup> Vgl. Altvater/ Mahnkopf: Ebd., S. 222ff.

solchen Wettbewerb jemals gegeben hat (oder geben wird) ist fraglich, unstrittig aber ist, dass die einzelnen Sektoren der Weltwirtschaft heutzutage überwiegend in der Hand von einigen wenigen Großkonzernen sind, die den Markt unter Kontrolle haben. (In der Ökonomie gilt ein Markt als tendenziell monopolistisch, wenn die fünf größten Akteure zusammen einen Marktanteil von 40% oder mehr aufweisen. Diese Bedingung trifft heutzutage auf folgende Bereiche des Weltmarkts zu: Gebrauchsgüter, Kraftfahrzeuge, Fluglinien, Luft- und Raumfahrt, Elektrotechnik, Stahlindustrie, Öl, Computer und Medien.) Weiterhin sei daran erinnert, dass mindestens ein Drittel des Welthandels innerhalb der jeweiligen Unternehmen stattfindet, und dass bei diesem Teil keineswegs der Marktmechanismus, sondern die Interessen des Konzerns die Preise bestimmen. Völlig überhöhte oder zu niedrige Preise im konzerninternen Handel sind gängige Mittel, um Gewinne dorthin zu verschieben, wo die Steuern am niedrigsten sind bzw. um gesetzliche Einschränkungen des Gewinntransfers zu umgehen. Mindestens ein weiteres Drittel des Welthandels läuft über die 500 größten Konzerne statt, die für gewöhnlich in der Lage sind, schwächeren Handelspartnern die Preise zu diktieren (dazu siehe den Abschnitt 2.3.1.4).

2. Das Ricardo-Theorem beruht auf der Immobilität der Faktoren Arbeit und Kapital. Ricardo ging davon aus, dass investitionsbereite Unternehmer „sich eher mit einer niedrigeren Profitrate im eigenen Land ... begnügen, als dass sie eine vorteilhaftere Anlage für ihren Reichtum bei fremden Nationen suchen.“<sup>160</sup> Diese Annahme darf als widerlegt gelten. Des weiteren setzt Ricardo weltweit einheitliche Löhne und noch einiges mehr voraus, was in der heutigen Weltwirtschaft nicht als gegeben angesehen werden kann.

Ein weiterer in der klassischen Handelstheorie außer acht gelassener Aspekt hängt mit der sogenannten „holländischen Krankheit“ (dutch disease) zusammen. Damit ist gemeint, dass die Ausstattung mit Rohstoffvorkommen ein Land, das der Spezialisierungsregel folgt, in seiner Industrialisierung behindert. (So geschehen in den Niederlanden, als dort Ende der sechziger Jahre Erdgasvorkommen entdeckt wurden.) Altvater / Mahnkopf weisen zu Recht darauf hin, dass England bei Befolgung der Ricardo'schen Spezialisierungsregel ein Land von Schafhirten und Whiskybrennern geblieben wäre, da dort im frühen 18. Jahrhundert seine komparativen Kostenvorteile lagen und nicht in der gerade aufkeimenden

---

<sup>160</sup> Ricardo, David (1817): Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, a. a. O., S. 113.

Textilindustrie. Letztere war der indischen Konkurrenz hoffnungslos unterlegen - zumindest solange, bis diese systematisch von den Engländern zerstört wurde. Zahlreiche andere Industrieländer konnten ebenfalls nur das werden, was sie heute sind, weil sie in der Vergangenheit ihre Volkswirtschaft entgegen der Spezialisierungsregel gezielt auf eine Industrialisierung ausgerichtet haben.<sup>161</sup>

### 3.2 Globalisierung als politischer Prozess

Ein wesentliches Element in der Diskussion ist die ein ums andere Mal beteuerte historische Unausweichlichkeit der Globalisierung, der der Status einer ökonomischen Naturgewalt eingeräumt wird. Dabei offenbart bereits ein flüchtiger Blick, dass der wirtschaftliche Globalisierungsprozess entscheidende politische Voraussetzungen hatte, die sich mindestens bis auf das Ende des zweiten Weltkriegs zurückverfolgen lassen.

Im Juli 1944 nämlich fand in Bretton Woods (einer Kleinstadt in New Hampshire, USA) eine Finanz- und Währungskonferenz der Vereinten Nationen statt, die zur Aufgabe hatte, die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit festzulegen. Die Ansprüche, die die Vereinigten Staaten an diese hatten, brachte Vizeaußenminister (und späterer Außenminister) Dean Acheson auf den Punkt:

„Keine Gruppe, die sich mit dem Problem auseinandergesetzt hat ... hat jemals geglaubt, dass unser Binnenmarkt unsere gesamte Produktion unter den jetzigen Bedingungen aufnehmen könnte ... wir brauchen diese (Auslands-) Märkte für die Überschussproduktion der USA ... ohne die Auslandsmärkte ist Vollbeschäftigung und Wohlstand in den USA nicht machbar.“<sup>162</sup>

Die Nachkriegsordnung sollte also folgendes gewährleisten: einen freien Handel mit möglichst geringen Beschränkungen, günstige Bedingungen für US-amerikanische Auslandsinvestitionen und ungehinderten Zugang zu Rohstoffen. Die politischen Kräfteverhältnisse lagen zu der Zeit so, dass diese Ansprüche sich ungetrübt in den Beschlüssen der Konferenz niederschlugen. Konkret umgesetzt werden sollten diese

---

<sup>161</sup> Vgl. Altwater/ Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 225f.

<sup>162</sup> Zit. nach Georg, Susan/ Sabelli, Fabrizio: Faith and Credit. The World Bank's Secular Empire. Harmondsworth: Penguin 1994, S. 23. (deutsch: Kredit und Dogma. Ideologie und Macht der Weltbank. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1995.).

von drei Organisationen, die die tragenden Säulen der Nachkriegsordnung werden sollten: eine Internationale Handelsorganisation ITO (um den freien Fluss des Handels zu fördern), ein Internationaler Währungsfonds IMF (um einen stabilen Rahmen für den Freihandel und weltweite Währungskonvertibilität zu garantieren<sup>163</sup>) und eine Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung IBRD (um wirtschaftliche Strukturprobleme von Handelspartnern zu beseitigen). Während IMF und Weltbank später als Bretton-Woods-Zwillinge bekannt wurden, scheiterte die Entstehung der ITO ironischerweise an der Ratifizierung im US-Kongress. Schwacher Ersatz wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), bis 1995 (mit 50-jähriger Verspätung) die Welthandelsorganisation WTO aus der Taufe gehoben wurde. Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in der Satzung von IBRD und IMF die Förderung des freien Handels als eines der Hauptziele festgeschrieben ist.<sup>164</sup>

In erster Linie wurde die Liberalisierung des Handels in den kommenden Jahrzehnten allerdings vom GATT verfolgt. In acht mehrjährigen Verhandlungsrunden einigten sich die Vertragspartner, deren Zahl von anfänglich 23 auf 131 anwuchs, auf weitreichende Zollsenkungen, später auch auf Handelsliberalisierungen in anderen Bereichen (Dienstleistungen, nicht-tarifäre Handelshemmnisse, usw.).<sup>165</sup>

Die Bretton-Woods-Zwillinge hatten auch nicht unbeträchtlichen Einfluss auf den politischen Trend zur Liberalisierung, vor allem seitdem ihre Ratschläge mit der Schuldenkrise nicht nur gutgemeinte Empfehlungen, sondern verbindliche Auflagen für eine Vielzahl von Ländern wurden. Der Regierungswechsel in einigen führenden Industrienationen sorgte schließlich dafür, dass in der neoliberalen Renaissance der achtziger Jahre die Theorie des Freihandels- als das weltweit anwendbare Allheilmittel der Entwicklung- zur nicht mehr hinterfragbaren Grundlage aller

---

<sup>163</sup> Umtauschbeschränkungen für bestimmte Währungen können den freien Handel entscheidend beeinträchtigen.

<sup>164</sup> Vgl. Georg/ Sabelli: Faith and Credit, a. a. O., S. 21ff

<sup>165</sup> Im Rahmen des GATT sind die Zölle seit 1947 im Verlauf von insgesamt acht Zollsenkungenrunden so weit gesenkt worden, dass sie (zumindest in den Industrieländern) kaum noch eine kommerzielle Bedeutung haben. Die durchschnittliche Zollsenkungen betrug im Verlauf der „Kennedy- Runde“ (1964-67) 35 Prozent, während der Tokio- Runde (1973-79) 34 Prozent, in der Uruguay- Runde (1986-93) 40 Prozent. Allerdings sind in der gleichen Zeit die nicht-tarifären Handelshemmnisse kompensatorisch größer geworden (Vgl. Hauser, Heinz/ Schanz, Kai-Uwe: Das neue GATT. Die Welthandelsorganisation nach Abschluss der Uruguay-Runde, München/ Wien 1995). Die durchschnittliche Zollsenkungen, die in der Uruguay-Runde vereinbart wurde, beträgt für die Industrieländer (mit dem Handelsvolumen gewichtet) 38 Prozent, in den Entwicklungsländern 20 Prozent, in den Transformationsländern Ost- und Mitteleuropas 30 Prozent (vgl. Ebd.).

Wirtschaftspolitik wurde. Die ebenso wie das Vertrauen auf das freie Spiel der Marktkräfte von den Neoliberalen favorisierte einseitige Wachstumsstrategie, die u.a. davon ausgeht, dass Wohlstand automatisch zu den unteren sozialen Schichten durchsickern wird (der sog. „trickle-down“-Effekt), ist bei der Mehrzahl der Entwicklungswissenschaftler schon seit Mitte der siebziger Jahre diskreditiert. In den Neunzigern setzte sich der Trend fort: laut UNCTAD dienten 95 Prozent aller neuen Investitionsregelungen zwischen 1991 und 96 der Liberalisierung.<sup>166</sup>

Die Globalisierung der Weltwirtschaft ist also nicht primär als ökonomisches Naturphänomen, sondern eher als Resultat von politischen Entscheidungen anzusehen, als politisches Projekt, das auf der Theorie des freien Handels basiert und ursprünglich an den Interessen der US-amerikanischen Industrie ausgerichtet war. Diese Feststellung ist im Hinblick auf die Unausweichlichkeit der Globalisierung für diese Dissertation von erheblicher Bedeutung.

### **3.3 Das Erfolgsmodell Südostasien**

Die vier ostasiatischen „Tigerstaaten“ (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) werden oft als Beleg für die große „Chance auf Entwicklung“ angeführt, die der Weltmarkt den ärmeren Ländern bietet. Auf den ersten Blick scheint die Strategie der Exportorientierung dort wahre Entwicklungswunder vollbracht zu haben: über zwei Jahrzehnte hinweg konnten diese Länder durchschnittliche Wachstumsraten von sechs bis über zwölf Prozent verbuchen, wurden von Fertigwarenimporteuren zu Herstellern von hochtechnisierten Industriegütern, und verbanden dies mit einer Reihe von sozialen Fortschritten sowie einer verhältnismäßig sehr ausgeglichenen Einkommensverteilung.<sup>167</sup>

Dennoch ist offensichtlich, dass dieser Erfolg nicht primär auf das Wirken der freien Marktkräfte zurückgeführt werden kann: die entsprechenden Regierungen haben über längere Zeit hinweg bestimmte Sektoren gezielt gefördert, strenge Importkontrollen angewandt, Investitionen an bestimmte Auflagen geknüpft, die Politik der Banken an staatlichen Prioritäten ausgerichtet, und an zahlreichen anderen Stellen systematisch in den freien Wettbewerb eingegriffen. Generell kann

---

<sup>166</sup> UNCTAD 1997: World Investment Report . Transnational Corporations, Market Structure and Competition Policy. Genf / New York 1997, S. 18f.

<sup>167</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1995, S. 82ff. Demokratisierung gehörte allerdings nicht immer zu diesen Fortschritten.

das asiatische Erfolgsmodell als „staatlich gelenkter Kapitalismus mit hierarchischer Steuerung“ (Messner) bezeichnet werden. Es existieren noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren, ohne deren Berücksichtigung der wirtschaftliche Aufstieg der vier „Tiger“ (sowie der „Tiger der zweiten Generation“ Indonesien, Malaysia, Thailand) nur unzureichend erklärt werden kann: das autoritäre Regierungssystem, die weitgehende Abwesenheit von Korruption und Kapitalflucht, die auf dem Konfuzianismus beruhende Arbeitsethik, weitreichende Agrarreformen, die die Sozialstruktur entscheidend veränderten, sowie zahlreiche regionale Eigenheiten und günstige Rahmenbedingungen, die an dieser Stelle nicht erläutert werden können. Der in diesem Zusammenhang maßgebliche Punkt ist jedoch die rigide Steuerung durch eine aktive Wirtschaftspolitik. Die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt fand erst statt, nachdem durch gezielte Staatsintervention eine wettbewerbsfähige Exportwirtschaft unter dem Schutz protektionistischer Maßnahmen aufgebaut worden war.<sup>168</sup> (Die japanische „Erfolgsstory“ verlief übrigens hinreichend ähnlich, und auch die Industrieländer Europas und Nordamerikas verdanken ihre Entwicklung nicht gerade einer Freihandelspolitik, sondern bedienten sich vergleichbarer interventionistischer und protektionistischer Methoden.).

Diese Ansicht über die Ursachen des „asiatischen Wunders“ (die in der Entwicklungsforschung beinahe etwas wie einen Konsens darstellt) wird von den Vertretern des Neoliberalismus jedoch nicht geteilt. Die Weltbank kommt in einer 400 Seiten starken Studie zu dem Schluss, dass die Industrialisierung nicht wegen, sondern trotz der aktiven Wirtschaftspolitik geglückt sei. Die Verfechter des freien Marktes „bemühen sich, bis an die Grenze der Seriosität, die Wachstumserfolge in Asien durch eine neoliberale Brille zu interpretieren.“<sup>169</sup> Dass solch harsche Kritik nicht nur aus der linksradikalen Ecke, sondern auch von einem langjährigen Mitarbeiter des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik kommt, verdeutlicht, wie weit die Neoklassiker ins ideologische Abseits gerutscht sind.

Zum Abschluss des Abschnitts sei noch erwähnt, dass seit der Asienkrise 1997 die Vertreter der Freihandelsdoktrin die interventionistischen Maßnahmen der betreffenden Regierungen als Ursache für den wirtschaftlichen Zusammenbruch

---

<sup>168</sup> Vgl. Messner, Dirk: Von den asiatischen Schwellenländern lernen - aber was? Die entwicklungsstrategische Kontroverse zwischen Weltbank und CEPAL 1996. In: Messner, Dirk / Nuscheler, Franz (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Institut für Entwicklung und Frieden, Bonn: Dietz 1996, S. 61-81.

<sup>169</sup> Messner, Dirk: Ebd. S. 67.

identifiziert haben und über gezielte Kreditaufgaben auch endlich in den asiatischen Ländern die neoliberale Politik durchsetzen konnten.<sup>170</sup>

### **3.4 Weltmarkt und Freihandel: Die Spiegelregeln**

In diesem Abschnitt soll versucht werden, die Bedingungen einer exportorientierten Weltmarktintegration für Entwicklungsländer, sozusagen die Spielregeln herauszuarbeiten. Zu diesem Zweck sollen zunächst die Organisationen, die den weltwirtschaftlichen Rahmen abstecken, ins Auge gefasst werden, bevor (nach einem notwendigen Rückblick auf die Schuldenkrise) die Mechanismen des Weltmarktes und die Regeln des liberalisierten Welthandels genauere Betrachtung erfahren. Eine Auseinandersetzung mit den konkreten Folgen, die diese Spielregeln für viele Entwicklungsländer hatten, erfolgt erst im nächsten Abschnitt.

#### **3.4.1 Die Schiedsrichter : Weltbank, IWF, WTO**

Eine angemessene Darstellung dieser drei Organisationen und ihrer Politik würde sicherlich ein ganzes Buch füllen, daher werde ich mich hier auf eine kurze Skizze ihrer Funktionsweise und Grundsätze beschränken.

Weltbank<sup>171</sup> und IWF können gemeinsam behandelt werden, da die Bretton-Woods-Zwillinge sich in Bezug auf ihre Entscheidungsstruktur und ihre politische Ausrichtung kaum unterscheiden, seit den achtziger Jahren eng zusammenarbeiten und die Mitgliedschaft in den Organisationen der Weltbank die im Währungsfonds voraussetzt. Offizielle Aufgabe des IWF ist die Aufrechterhaltung internationalen Währungssystems durch Gewährung von kurzfristigen Krediten für Länder mit

---

<sup>170</sup> Vgl. Gore, Charles: Jenseits der Debatte „Märkte gegen Staaten“ - Eine Neu-Interpretation des ostasiatischen Modells. In: E+Z, Entwicklung und Zusammenarbeit, Jg. 39, 1998, Nr. 4, S. 105ff. Zu der Finanzkrise und den Kredit-Auflagen siehe auch die Unterdimensionen der wirtschaftlichen Globalisierung.

<sup>171</sup> Unter Weltbank sind IBRD und IDA (International Development Association) zu verstehen. Die IDA (oft als das „weiche Fenster“ der Weltbank bezeichnet) ist eine 1960 gegründete Tochterorganisation, die primär ärmeren Ländern Kredite zu extrem günstigen Bedingungen (10 Freijahre, bis zu 40 Jahre Laufzeit, beinahe zinslos) zur Verfügung stellt. Die Bedingungen für IBRD-Kredite unterscheiden sich nicht wesentlich von den marktüblichen. Zur Weltbankgruppe gehören weiterhin die IFC (International Finance Corporation), die private Investitionen in Entwicklungsländer fördern soll, das ICSID (International Centre for the Settlement of Investment Disputes), das Investitionsstreitigkeiten schlichten soll, sowie die MIGA (Multilateral Investment Guarantee Agency), die private Investitionen gegen politische Risiken versichert. Der Weltbankgruppe angegliedert ist die GEF (Global Environment Facility), die Umweltschutzmaßnahmen im globalen Interesse finanziell unterstützen soll.

Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die Weltbank hingegen ist für längerfristige Kredite im Entwicklungsbereich zuständig.

Seit der Schuldenkrise (darauf wird noch eingegangen) ist jedoch keine klare Trennung der Tätigkeitsfelder mehr möglich. Beide sehen sich einer „politischen Neutralität“ verpflichtet. „Das heißt jedoch nicht,“ stellte 1983 der damalige Finanzminister der Vereinigten Staaten klar, „dass der IWF nicht den sicherheits- und allgemeinpolitischen Interessen der USA dient.“<sup>172</sup>

Dass die politische „Neutralität“ von Weltbank und IWF in enger Nähe zur US-amerikanischen Außenpolitik angesiedelt ist, belegen zahlreiche Beispiele: antikommunistische Militärdiktaturen erhielten ungezählte Milliardenkredite (die zum großen Teil in nordamerikanischen Banken oder Rüstungskonzernen flossen), bei der USA in Ungnade gefallene Regierungen (beispielsweise die von Allende oder den nicaraguanischen Sandinisten) warteten vergeblich auf Kredit.

Der in linken Kreisen oft gehörte Vorwurf an die Bank, dass sie im Interesse privater Konzerne handle, geht - wie sowohl Nuscheler als auch George bemerken - ins Leere: laut ihren Grundsatzartikeln ist genau das eine ihrer Aufgaben.<sup>173</sup>

Schließlich bringen Unternehmen Investitionen, und diese sorgen (der Theorie zufolge) für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und somit allgemeinen Wohlstand. Auch auf die wirtschaftlichen Vorteile für die Geldgeber weist die Bank gerne hin: für jeden in die Projekte der Bank investierten Dollar fließen laut einer Studie zwei Dollar in die Exportwirtschaften der Industrienationen zurück.<sup>174</sup>

Da in der Weltbank das auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Entwicklungsmodell seit jeher dominant ist (und die Meinung der Zielbevölkerung in der Regel als irrelevant gilt), hat sie eine lange unrühmliche Geschichte von Entwicklungsprojekten mit wenig positiven wirtschaftlichen, aber um so drastischeren negativen sozialen und ökologischen Folgen aufzuweisen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.<sup>175</sup>

---

<sup>172</sup> Diese Aussage stammt von Donald Regan, zit. nach George, Susan: A Fate worse than Debt. Harmondsworth: Penguin 1988, S. 55.

<sup>173</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 469; George / Sabelli: Ebd., S. 19.

<sup>174</sup> Dazu Korten, David: When Corporations Rule the World, a. a. O., S. 167.

<sup>175</sup> Es sei (exemplarisch) verwiesen auf Danaher, Kevin (Hrsg.): 50 Years is enough. The case against the World Bank and the International Monetary Fund, Boston 1994: South End Press.; Cavanagh, John/ arruda, Marcos/Wyshn, Daphne (Hrsg.): Kein Grund zum Feiern. 50 Jahre Weltbank und IWF. Kritik und Alternativen, Hamburg 1994; und George/ Sabelli: Faith and Credit, a. a. O.. Eine interne Studie der Weltbank wies darauf hin, dass allein zwischen 1986 und 1993 etwa 2,5 Mio. Menschen unfreiwillig als Folge von Staudamm- und Erschließungsprojekten zu Flüchtlingen wurden (Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, ebd., S. 468). Auf Anfrage waren die Experten der

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten kommt erschwerend hinzu, dass beide Institutionen zu Hochburgen des Neoliberalismus geworden sind, was ihrer Neutralität eine weitere Nuance verleiht: So wurden beispielsweise in den achtziger Jahren dem wirtschaftlich aufstrebenden Simbabwe die Freundschaft und die neuen Kredite aufgekündigt, weil der Erfolg des Landes mit der falschen Entwicklungsstrategie, nämlich einer staatlich gesteuerten Marktwirtschaft nach ostasiatischem Modell, erreicht wurde.<sup>176</sup>

Fatal ist in diesem Zusammenhang, dass die Weltbank nicht nur die größte multilaterale Kreditquelle für Entwicklungsländer darstellt, sondern auch die Funktion eines Meinungsführers sowohl für andere Banken, als auch für die gesamte westliche Entwicklungspolitik erfüllt. Zu Zeiten des Kalten Kriegs war die Kreditvergabe von Weltbank und IWF weniger technokratisch als vielmehr an den strategischen Interessen des Westens orientiert. In Osteuropa wurden Länder, die auf Distanz zu Moskau gingen, mit Krediten bedient, in der Dritten Welt konnten prowestliche Diktaturen mit Geldern rechnen, ohne sich auf Demokratie und Marktwirtschaft zuzubewegen. Andererseits beklagten sich viele Länder des Südens über eine diskriminierende Handhabung wirtschaftspolitischer Auflagen. Während Lateinamerika früh die Härte von Konditionalitäten zu spüren bekam, wurden den europäischen Ländern gesonderte Arrangements zur graduellen Herstellung konvertibler Währungen zugestanden.<sup>177</sup>

Auch nach dem Ende des Kalten Kriegs wurden Währungsfonds und Weltbank nicht selten für die geostrategischen Interessen der USA eingesetzt. Ägypten wurde für seine Kooperation während des Golfkriegs mit einem Schuldennachlass entlohnt. Mexiko konnte 1994 den bis dahin größten Kredit einfahren, um die Tragfähigkeit der Freihandelszone mit den USA zu unterstreichen. Die Wiederwahl Boris Jelzins wurde 1996 durch prinzipienwürdige Kredite zur Finanzierung des russischen

---

Weltbank nicht in der Lage, ein einziges von ihr finanziertes Projekt anzuführen, in dem eine erfolgreiche Umsiedlung ohne drastische Verschlechterung der Lebensumstände der Menschen stattgefunden habe (Korten, David: *When Corporations Rule the World*, a. a. O., S. 49). Kritik wie diese hat in den letzten drei Jahrzehnten zwar gelegentlich zwar zu Beteuerungen, in Zukunft mache man alles besser, geführt, aber an die Wachstumsstrategie hat sich kaum etwas geändert. Ein bezeichnendes Beispiel für die sorglose Vergabe von Entwicklungskrediten für unnütze Mega-Projekte ist das Atomkraftwerk von Morong (Bataan) auf den Philippinen. Es hat über zwei Milliarden Dollar gekostet, ist allerdings nie in Betrieb genommen worden, da es laut internationaler Atomenergiebehörde einen „einzigartigen Standort“ aufweist: Inmitten einer Erdbebenzone und am Fuße eines nicht vollständig erloschenen Vulkans. Die demokratischen Nachfolgeregierungen werden noch lange an den Zinsen zu zahlen haben (George, Susan: *A Fate worse than Debt*, a. a. O., S. 18.).<sup>176</sup> George/ Sabelli: *Faith and Credit*, a. a. O., S. 61ff. 1990 fügte sich die Regierung und stellte die Wirtschaftspolitik auf das neoliberale Konzept um. Die Konsequenzen waren die üblichen (siehe unten).<sup>177</sup> Vgl. Eichengreen, Bary: *Globalizing Capital*, Princeton 1996, S. 106ff.

Staatshaushalts gefördert, obwohl diese den Reformprozess auf Jahre hinaus blockierten. Nach dem 11. September 2001 empfing der IWF sogleich eine pakistanische Delegation, während die Weltbank Usbekistans Autokratie als Zielgebiet künftiger Projekte ausmachte und die Regie bei der Geberkonferenz für den Aufbau in Afghanistan übernahm.

Ein kurzer Blick auf die Struktur der beiden Organisationen ist ebenfalls hilfreich: Der Präsident der Weltbank ist traditionell US-Amerikaner und wird auf Vorschlag des Präsidenten der USA gewählt, dem IWF steht als Ausgleich traditionell ein Europäer vor. In beiden Institutionen sind die Stimmrechte der Mitgliedsstaaten nach Kapitalanteilen gewichtet: wer viel zahlt, hat viel zu sagen. So kommt es, dass die 29 OECD-Staaten über 61 Prozent der Stimmanteile auf sich vereinen (bei knapp 180 Mitgliedsländern), dass der deutsche Exekutivdirektor mehr Stimmen hat als die Vertreter ganz Subsahara-Afrikas, und die USA mit 17,8 Prozent ein faktisches Vetorecht besitzt, da wichtige Entscheidungen nur mit 85 Prozent Mehrheit beschlossen werden können.<sup>178</sup> Parallel zu dem in einigen europäischen Staaten zur Jahrhundertwende praktizieren Zensurstimmrecht sind nicht von der Hand zu weisen. Hier kann also von Internationalität keine Rede sein, viel mehr greift hier ein Mechanismus der Lokalität, der dem „Washingtoner Konsens“<sup>179</sup> eine herrschaftssoziologische Nebenbedeutung verleiht: Die Präsenz von mehr als 60 Prozent der Mitarbeiter der Weltbank in den USA hängt von Aufenthaltsvisa ab, die wenige Monate nach Beschäftigungsende ablaufen. Der so erzeugte Konformitätsdruck durchzieht die Organisationen als Ganze und sanktionierte Konzeptionen, die sich etwa jenseits des ökonomischen Mainstreams auf sozialwissenschaftliche Überlegungen einlassen.<sup>180</sup>

Umso empfänglicher sind Weltbank und Währungsfonds für die Initiativen der Gruppe der Sieben (G7) geworden. Nach Scheitern des Systems fixierter Wechselkurse sind die Regierungen der größten Industrienationen seit 1975 dazu übergegangen, auf informellen jährlichen Treffen ihre gemeinsamen Interessen abzustecken. Die dort verabschiedeten Kommuniqués besitzen Aufforderungscharakter für die internationalen Institutionen, sich der von den

---

<sup>178</sup> Daher ist es nicht nachvollziehbar, warum Nuscheler in seiner bis auf wenige Ausnahmen ausgezeichneten Gesamtdarstellung die Entscheidungsgewalt der USA zu relativieren bemüht ist, Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 464.

<sup>179</sup> Dazu siehe Müller, Klaus: Globalisierung, a. a. O., S. 90ff.

<sup>180</sup> Vgl. Naim, Moises: The World bank- Role, Governance and Organizational Culture, Washington D.C. 1994.

Regierungschefs und Zentralbankpräsidenten der G7 vorformulierten Probleme anzunehmen. Die Hegemonie westlicher Interessen manifestiert sich in der Aufwertung der G7-Treffen zu Weltwirtschaftsgipfeln (unter symbolischer Hinzuziehung Russlands zur G8 erweitert) und in der Tatsache, dass die Vertreter der G7 zusammen mit dem geschäftsführenden Direktor des IWF vor den wichtigen Sitzungen des IWF-Interimsausschusses tagen.<sup>181</sup> Ein 1974 eingerichteter Entwicklungsausschuss des IWF hat dagegen rein rituellen Charakter. Weitaus unverhohlener noch ist der Weg, über den die USA den Währungsfonds satsungswidrig für ihre geopolitischen Interessen einsetzen: Ein konformes Abstimmungsverhalten in den UN-Gremien ist ein statistisch signifikanter Indikator für die Chance, dass ein Land trotz unzureichender Erfüllung von Bedingungen dennoch in den Genuss von IWF-Geldern kommt.<sup>182</sup>

Es wird deutlich, dass die Weltbank und IWF die Interessen der Industrienationen (allen voran die der USA) vertreten, ist ein nahe liegender und hinreichend belegbarer Schluss.

Die Welthandelsorganisation WTO nimmt für sich in Anspruch, um ein Vielfaches demokratischer strukturiert zu sein als die Bretton-Woods-Zwillinge. Entscheidungen werden gewöhnlich über das Konsens-Prinzip getroffen, falls auf diese Weise keine Einigung erzielt wird, gilt: ein Land, eine Stimme.<sup>183</sup> Doch bereits auf der ersten Ministerkonferenz der WTO in Singapur 1996 wurde klar, wie das Konsens-Prinzip in der Praxis funktioniert: die Länder USA, Japan, EU und Kanada trafen Entscheidungen informellen Runden, die von der Generalversammlung nur noch abgenickt wurden. Belange der Entwicklungsländer, speziell der ärmsten, fielen weitgehend unter den Tisch oder wurden vertagt. Nun in weniger wichtigen Punkten gelang es ihnen, den Industrienationen Zugeständnisse abzutrotzen.<sup>184</sup> Auf das Regelwerk der WTO soll unter dem Abschnitt über die Rohstoff-Falle näher eingegangen werden. Es ist jedoch erwartungsgemäß ausschließlich dem Prinzip des Freihandels verpflichtet.

---

<sup>181</sup> Zu der G7 siehe Rotte, Ralph: G7/G8 und Global Governance in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Perspektiven aus Sicht der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Reinhard C. Meier-Walser/ Peter Stein (Hrsg.): Globalisierung und Perspektiven internationaler Verantwortung. Problemstellungen, Analysen, Lösungsstrategien: Eine systematische Bestandsaufnahme, München 2004, S. 499-533.

<sup>182</sup> Vgl. Thacker, Strom C.: The High Politics of IMF Lending. In: World Politics, Bd. 51, S. 53-55.

<sup>183</sup> WTO (World Trade Organisation): Trading into the Future. Introduction to the WTO, 2. A., Genf: WTO Publications 1998, S. 60ff.

<sup>184</sup> Vgl. Kreissl-Dörfler (Hrsg.): Die WTO- Gefahr für Umwelt, Entwicklung und Demokratie? Brüssel 1997.

Laut WTO ist der vorrangige Zweck des Vertragswerkes, den Handel „so frei wie möglich“ zu gestalten.<sup>185</sup> Auf die Annahme gestützt, dass dies zum Wohle aller sei, ist dies ein durch aus edles Unterfangen. Umweltschutz, Menschenrechte, soziale Standards, Verbraucherschutz usw. kommen in den Abkommen jedoch nicht vor, es sei denn als unerwünschte Handelshemmnisse.<sup>186</sup>

Oberster Grundsatz der WTO-Regeln ist die Nichtdiskriminierung, festgelegt in den Prinzipien der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung. Das heißt: importierte Waren, Dienstleistungen und Patentrechte dürfen gegenüber einheimischen nicht benachteiligt werden, und für alle Handelspartner gelten die gleichen Einfuhrbedingungen (-ausnahme: regionale Zusammenschüsse wie die EU).<sup>187</sup>

Das Bemerkenswerteste ist jedoch sicherlich, dass die WTO, obwohl in der Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt, mit Abstand als die mit den weitreichendsten Kompetenzen ausgestattete supranationale Instanz gelten kann. Ihr Streitschlichtungsverfahren ist (in zweiter Instanz) verbindlich und bedarf nicht (wie früher beim GATT) der Zustimmung des Unterlegenen. Nichtbefolgung der Urteile des WTO-Schiedsgerichts kann mit der sogenannten „Quervergeltung“ (cross-retaliation) gehandelt werden. Hier ist ein Beispiel, Um den Sachverhalt zu verdeutlichen: Laut Schiedsspruch war die EU 1997 verpflichtet, ihre Einfuhrverbote gegenüber mit bestimmten Wachstumshormonen behandeltem nordamerikanischem Rindfleisch innerhalb des Jahres 1998 aufzuheben. Kam sie dieser Verpflichtung nicht nach, musste sie eine immense Entschädigung zahlen- oder sie konnte (wegen der cross-retaliation) von der USA auf beliebigen anderen Gebieten mit Handelssanktionen belegt wurden.<sup>188</sup>

Die USA fügte sich den Schiedssprüchen der WTO nur solange, wie diese ihre erklärten nationalen Interessen nicht beeinträchtigen. So betrachtet ist der Welthandel also trotz aller Globalisierung nicht global, sondern in bilaterale oder

---

<sup>185</sup> WTO: Trading into the Future, a. a. O., S. 4.

<sup>186</sup> So gelten z. B. eine Kennzeichnungspflicht für genetische manipulierte Lebensmittel oder für mit Kinderarbeit hergestellte Waren als „technical barriers to trade“ (technische Handelshemmnisse), gegen die nach WTO-Regeln geklagt werden darf. Im Regelwerk besagt nämlich der Grundsatz über Produktions- und Verfahrensmethoden (PPM), dass Waren nicht aufgrund ihrer Herstellungsweise diskriminiert werden dürfen. Diese Regel findet sich nicht in der 70-seitigen Informations-Broschüre der WTO, sondern nur im eigentlichen Vertragswerk.

<sup>187</sup> Vgl. WTO: Ebd., S. 5f. Meistbegünstigung (most favoured nation) klingt etwas irreführend. Es soll bedeuten, dass alle Nationen so behandelt werden sollen wie die meistbegünstigte (also alle gleich). Die Inländerbehandlung (national treatment) tritt erst nach der Einfuhr in Kraft. (die Abschaffung aller Zölle ist der WTO noch nicht gelungen- sie bleibt aber ihr erklärtes Ziel.)

<sup>188</sup> Die entsprechenden Hormone sind auch in der EU verboten. Das Schiedsgericht stellte fest, dass deren Gesundheitsschädlichkeit „nicht unzweideutig nachgewiesen“ sei. Vgl. Kreissl-Döfler: Die WTO-Gefahr für Umwelt, Entwicklung und Demokratie?, a. a. O., S. 126ff.

asymmetrische Strukturen eingebettet, vielfach segmentiert, regionalisiert und jederzeit von neoprotektionistischen Maßnahmen bedroht. Nicht von ungefähr waren zahlreiche Liberalisierungserfolge der letzten Jahre unilateralen Schritten der Entwicklungs- und Transformationsländer geschuldet. Auch Liberalisten können allerdings nicht übergehen, dass die Legitimität der WTO, aber auch die Weltbank und Währungsfond, letztlich an den von ihnen verkündeten Zielen hängt, nämlich Wachstum, hohes Einkommen und die produktiven Ressourcen aller Länder zu fördern. Wenn man dieses Kriterium anlegt, dann wird für alle Ländergruppen fraglich, ob Währungsfonds, Weltbank oder WTO mit ihrer gegenwärtigen Ausstattung in der Lage sind, die je spezifisch wirksamen Risiken der Globalisierung einzugehen.

Derart oben genannten wirksamen Sanktionen werden von verschiedenen UN-Organen seit Jahrzehnten gefordert. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO beispielsweise prangert jedes Jahr eine Vielzahl von Ländern an, die Verträge verletzen, in denen ein Minimum an Arbeitnehmerrechten festgeschrieben ist, und erntet ob ihrer hilflosen Appelle nicht einmal mehr ein müdes Lächeln. Was bei der Einhaltung der Arbeitnehmer-, selbst der Menschenrechte als nicht machbar gilt, ist im Namen des Freihandels kein Problem: Wer sich nicht an die Regeln hält, wird konsequent bestraft.<sup>189</sup>

Hinzu kommt, dass das Vertragswerk der WTO von einigen Regierungsdelegationen ausgehandelt worden ist, kein Parlament hatte einen Einfluss auf den Inhalt. Die WTO verfügt streng genommen über keine vertretbare demokratische Legitimation, fungiert aber als eine Art Weltgericht, das durch einen Schiedsspruch die Gesetzgebung von Bund, Ländern und Kommunen hinfällig werden lässt. Von Befürwortern wird oft ins Feld geführt, dass vor diesem Weltgericht zumindest alle Länder gleich wären, dass auch die Handelsmächte sich an die Abmachungen zu halten haben. Abgesehen davon, dass die Abmachungen im wesentlichen den Interessen der Handelsmächte (bzw. denen ihrer Großkonzerne) entsprechen, gilt auch hier die traurige Feststellung, dass einige gleicher sind als andere.

Die Helms-Burton- und d'Amato-Gesetze der USA sind eigentlich ein ziemlich klarer Verstoß gegen WTO-Regeln. Sie beinhalten, dass die USA massive Sanktionen gegenüber ausländischen Firmen (und deren Angehörigen) anwenden darf, falls

---

<sup>189</sup> Zu der ILO siehe Brand, Ulrich/ Brunnengräber, Achim/ Schrader, Lutz/ Stock, Christian/ Walh, Peter: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? 1. Auflage, Münster 2000, S. 122f.

diese mit Kuba, Libyen, Syrien oder dem Iran Geschäfte machen. Die EU hat die USA wegen Verletzung der Regeln daraufhin bei der WTO verklagt. Als sich abzeichnete, dass das Schiedsgericht der Klägerin Recht geben würde, drohte die USA für diesen Fall mit dem Austritt aus der WTO- die EU gab nach und zog die Klage zurück. Mittlerweile haben sich die beiden größten Handelsmächte der Welt gültig geeinigt: Das US-Gesetz bleibt bestehen, findet aber keine Anwendung auf in der EU beheimateten Firmen.<sup>190</sup> Dass ein anderes Land versuchen wird, die USA deswegen zu verklagen, ist unwahrscheinlich.

Die drei mächtigen Institutionen der Weltwirtschaft sind- als Schiedsrichter auf dem Weltmarkt- nicht unbedingt das, was man unparteiisch nennen könnte. Ihre Struktur, ihre Regeln und ihre Vorgehensweise orientieren sich in hohem Maß an den Interessen der Regierungen und Konzerne aus den Industrienationen und sind maßgeblich von der Freihandelsideologie geprägt. Sie erscheinen gerade angesichts der ungleich verteilten Früchte der Globalisierung nicht als Problemlösung, sondern als neoliberales Instrument zur Sicherung der westlichen Vormachtstellung zu Lasten fremder Kulturen und alternativer Entwürfe, auf Kosten der Natur und um den Preis dramatisch verschärfter Ungleichheiten. Bestätigt wird dies durch einen kurzen Rückblick auf die Schuldenkrise.

### **3.4.2 Die Schuldenfalle**

Diese Überschrift scheint aus zwei Gründen angebracht. Zum einen weil die „Schuldenkrise“ bei näherem Hinsehen eher eine „Bankenkrise“ war. Der Schuldenberg der Dritten Welt ist jedenfalls seit dem Ausbruch der „Schuldenkrise“ 1982 auf fast das Dreifache angewachsen, ohne dass von einer Krise die Rede ist- „die Sorgen um das Wohlergehen des internationalen Bankensystems sind verflogen“,<sup>191</sup> wie Nuscheler zutreffend feststellt. Zum anderen befinden sich die betroffenen Länder seit dieser Zeit in einer Situation der finanziellen und auch politischen Abhängigkeit, aus der sie selber kaum eine Möglichkeit haben zu entkommen: in der Schuldenkrise.

---

<sup>190</sup> Vgl. Wardenbach, Klaus: Das Streitschlichtungsverfahren der WTO. In: Kreissl-Dörfler (Hrsg.): WTO- Gefahr für Umwelt, Entwicklung und Demokratie?, a. a. O., S. 111ff

<sup>191</sup> Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 305.

Ausgangspunkt der Überlegungen kann ruhig die Annahme sein, dass wer Schulden macht, auch für ihre Rückzahlung verantwortlich ist. Schließlich wird niemand zu einem Kredit gezwungen, und dass ein Schuldner seine Schulden bezahlt, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Dass Verantwortliche und Geschädigte nicht immer identisch waren, wird erst bei näherem Hinsehen deutlich.<sup>192</sup>

Ein Rückblick muss spätestens Anfang der 1970 ansetzen. Schulden galten damals wie heute nicht per se als wirtschaftlicher Fehltritt, sondern im Rahmen des vorherrschenden Wachstumsparadigmas als notwendige Voraussetzung zur Industrialisierung- solange mit ihnen Investitionen finanziert wurden, deren Profitrate und Wachstumseffekte die Zinsen übersteigen würde. Schließlich gründete die Existenz der Weltbank auf der Prämisse, dass Kredite notwendig und sinnvoll waren. Der erste Ölpreisschock 1973 hatte mehrere Folgen. Während die Industrieländer als Hauptexporteure in die Ölstaaten und als Hauptanlagemärkte für den riesigen Zustrom an „Petrodollars“ auch profitieren konnten, wurden die ölimportierenden Entwicklungsländer schwer getroffen.<sup>193</sup> Die nordamerikanischen und westeuropäischen Banken bemühten sich naturgemäß nach Kräften, die Gelder als Kredite unter die Leute zu bringen, zu zeitweise sogar negativen Realzinsen.<sup>194</sup>

Die Entwicklungsländer waren dankbare Abnehmer. 1979 kam der zweite Ölpreissprung, und zwischen 1980 und 83 gerieten die Industrieländer in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit, was einen schweren Nachfragerückgang nach Dritte-Welt-Exporten zur Folge hatte. Der Zerfall der Rohstoffpreise und die Verschlechterung der Austauschbeziehungen (Terms of Trade) bildeten eine der wichtigsten Krisenursachen in den Entwicklungsländern. Die Versechsfachung der realen Zinssätze in den achtziger Jahren<sup>195</sup> (ausgelöst durch das riesige

---

<sup>192</sup> Zu den folgenden Textabschnitten vgl. Sangmeister, Hartmut: Das Verschuldungsproblem. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handwörterbuch der Dritten Welt. Band 1: Grundprobleme – Theorien- Strategien. Band 2.: Südamerika. Band 3.: Mittelamerika und Karibik. Band 4.: Ostafrika und Südafrika. 3.Auflage, Stuttgart 1993, S. 328-358; vgl. auch Nuscheler, Franz: Ebd., S. 305-336; Vgl. auch Altvater/Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 205ff.

<sup>193</sup> Die berechtigte Frage taucht auf, warum Ölproduzenten wie Mexiko, Nigeria, Venezuela und andere ebenfalls in die Schuldenkrise gerieten. Dies hängt im wesentlichen mit zwei Faktoren zusammen. Zum einen mit dem Verfall des Ölpreises während der der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Zum anderen hängt damit, dass die Ölländer bevorzugtes Ziel von Banken wurden, die ihre Petrodollars „recyclen“, d.h. als Kredite an den Mann bringen wollten.

<sup>194</sup> Was natürlich nicht bedeutet, dass man weniger Geld zurückzahlen musste, als man geliehen hatte, sondern dass die Inflationsrate teilweise über der momentanen Zinsrate lag. Unglücklicherweise handelte es sich bei den Krediten meist um variable Zinsraten. Erläuternd sollte angemerkt werden, dass es der Alptraum jeder Bank ist, auf ihrem Geld sitzenzubleiben, da sie auf diese Weise nichts verdient und auf Dauer Verluste machen wird.

<sup>195</sup> Zwischen 1974 und 79 lag der durchschnittliche reale Zinssatz bei 0,79 Prozent, zwischen 1980 und 89 bei 5,85 Prozent (Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S.

Haushaltsdefizit der USA, mit dem die Reagan-Regierung die massive Aufrüstung finanzierte) trug ebenfalls entscheidend zur Verschärfung der Situation der Schuldnerländer bei. Die Krise wurde ausgerufen, als Mexiko als erster Staat 1982 seine Zahlungsunfähigkeit erklärte- und das internationale Bankensystem den drohenden Zusammenbruch vor Augen hatte.

Hier sollten wir kurz innehalten und uns mit der Frage befassen, was genau mit den Milliardenkrediten in die Dritte Welt geschehen ist. Bei einer produktiven Verwendung hätten sie doch eigentlich einen ausreichenden Gewinn abwerfen sollen. Tatsächlich floss die überwältigende Mehrheit der Gelder in drei Bereiche: 1. In gigantische Industrialisierungsprojekte (vornehmlich im Infrastrukturbereich), die in keiner Weise den Bedürfnissen der Bevölkerung oder dem Technologiestand der dortigen Produktion entsprachen, dafür aber das Prestige der Herrschenden erhöhten und die Auftragsbücher der Firmen aus dem Norden füllten. Hierbei haben „Entwicklungsexperten“ der Weltbank und anderer Institutionen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. 2. In Importe von (unproduktiven) Konsumgütern, besonders in Waffen oder Luxusartikel aus den Industrieländern oder verteuerte Ölprodukte aus den OPEC-Staaten. 3. In die Taschen der korrupten Eliten, die sich entweder zahlreiche Paläste bauen ließen oder die Gelder flink in die Schweizer Banken und andere Finanzanlagemärkte der OECD transferierten. Selbst zurückhaltende Schätzungen gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der gesamten Kreditsumme der Dritten Welt durch Kapitalflucht außer Landes geschafft wurde.<sup>196</sup> Es sei daran erinnert, dass in den 1970er Jahren die Mehrzahl der Entwicklungsländer nicht von demokratischen Regierungen beherrscht wurde. Umsichtige, auf langfristigen Aufschwung gerichtete Wirtschaftspolitik war die Ausnahme.

Dies alles darf durchaus als den Banken im Norden bekannt vorausgesetzt werden, aber als Banken war ihr primäres Interesse die Vergabe von Krediten (das gilt auch für die Weltbank), und der Überschuss an Petrodollars förderte den leichtfertigen

---

313). Verschuldete Entwicklungsländer zahlten in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts oftmals einen „Risikoaufschlag“ von zusätzlich bis zu 10 Prozent auf ihre Zinssätze. Nominelle Zinssätze zwischen 13 und 16 Prozent waren durchaus üblich (dazu siehe Hoogvelt, Ankie: *Globalization and the Postcolonial World. The New Political Economy of Development*. Baltimore: Johns Hopkins, 1997, S. 166.

<sup>196</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*, a. a. O., S. 315. Andere Schätzungen liegen weitaus höher. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat 1989 geschätzt, dass das Auslandsvermögen von Lateinamerikanern die gesamte Auslandsschuld der lateinamerikanischen Staaten übersteigt, dazu siehe Hoogvelt, Ankie: *Globalization and the Postcolonial World*, ebd., S. 164.

Umgang mit den Geldern, wie sich an zahlreichen Beispielen belegen lässt. Einem Militärdespoten wie Mobutu (Präsident von Südafrika) auch die sechzehnte Villa in Europa zu finanzieren, mag individuell ökonomisch sinnvoll gewesen sein, zeugt aber gleichzeitig von beeindruckender Verantwortungslosigkeit.

Jedenfalls führten die oben angeführten inneren und äußeren Faktoren dazu, dass in den achtziger Jahren viele Länder ihre Schulden nicht mehr bezahlen konnten und keine neuen Kredite bekamen. In dieser Situation sprang der IWF ein (unterstützt von der Weltbank): Er gewährte neue Kredite („fresh money“) und vermittelte weitere Gelder von privaten und staatlichen Banken - unter der Bedingung, dass die Empfänger strenge wirtschaftspolitische Auflagen verfolgen würden: Die sogenannten Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP).<sup>197</sup> Mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung gaben die Kreditnehmer ihre innenpolitische Souveränität auf.<sup>198</sup>

Das Programm des IWF wurde zwar theoretisch für jedes Land maßgeschneidert, sah in der Praxis jedoch - getreu der Übernahme der in den Industrieländern seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts praktizierten neoliberalen Politik - für alle fast gleich aus: Stabilisierung der Haushaltsbilanz durch Kürzung der Staatsausgaben, Exportorientierung zur Devisenbeschaffung, Abwertung der Währung zur Ankurbelung von Exporten und Reduzierung von Importen, Streichung marktverzerrender Preissubventionen, Inflationsbekämpfung durch Senkung der Reallöhne, Handelsliberalisierung und Schaffung eines günstigen Investitionsklimas. Da steigende Unternehmergewinne die Wirtschaft in Schwung bringen sollten, blieben die Wohlhabenden vom enger geschnallten Gürtel in der Regel verschont. Ebenso von Kürzungen verschont wurden die Militärausgaben, deren Unantastbarkeit mit dem Verweis auf die politische Neutralität der Kreditinstitutionen gerechtfertigt wurde.

Um die Entwicklungsländer auf wirtschaftlichen Erfolgskurs zu bringen, war (und ist) die DRC-Analyse eines der beliebtesten Instrumente der Entwicklungsexperten der

---

<sup>197</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Ebd., S. 319ff; Tetzlaff, Rainer: Strukturanpassung- das kontroverse entwicklungspolitische Paradigma in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handwörterbuch der Dritten Welt, a. a. O., S. 420-445; Klaus, Müller: Globalisierung, a. a. O., S. 95ff; Brand, Ulrich u. a.: Global Governance, a. a. O., S. 103f, Bello, Walden: Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): 2002, a. a. O., S. 190-201.

<sup>198</sup> kennzeichnend für das erweiterte Tätigkeitsfeld des IWF seit 1980 ist, dass er nicht allein mit der Herstellung einer liberalen Weltwirtschaft beschäftigt war, sondern sich zunehmend mit den Folgeproblemen von Liberalisierung und Globalisierung konfrontiert war. Eines der wichtigsten Resultate war die seit 1980 ungelöste Weltschuldenkrise.

Weltbank. DRC steht für domestic resource cost und zeigt auf, bei welchen Produkten das betreffende Land komparative Kostenvorteile hat und einen Erfolg auf dem Weltmarkt erwarten kann. Wenig verwunderlich ist demnach, dass der Analyse zufolge die Rohstoffexporteure auch Rohstoffexporteure bleiben sollten.<sup>199</sup> Nach Dutzenden von Strukturanpassungsprogrammen, einer Fülle von Umschuldungen, sogar einigen zaghaften Schuldenerlassen, und trotz der ostasiatischen Industrialisierung zeigen die letzten Zahlen von der Weltbank, dass die Gesamtschuld der Entwicklungsländer seit 1982 von 739 auf 2171 Milliarden US-\$ angewachsen ist und dass die ärmsten Schuldnerländer sich immer tiefer im Schuldennetz verstricken. Ihr Schuldenberg beträgt in einigen Fällen ein Mehrfaches ihres gesamten Bruttosozialproduktes, zumindest aber ihrer Exporterlöse, und ihr jährlicher Schuldendienst (Tilgung+ Zinsen) verschlingt durchschnittlich 22 % ihrer Deviseneinnahmen. Deutliche Verbesserungen sind bei ihnen nicht festzustellen.<sup>200</sup> Diese Entwicklungen sollten nicht unbedingt auf die Inkompetenz der Schuldenmanager vom IWF schließen lassen.

Bei den Strukturanpassungsmaßnahmen (wie auch bei den Umschuldungs- und Schuldenerlass-Initiativen) ging es nicht in erster Linie um eine wirtschaftliche Sanierung der Schuldnerstaaten, sondern um die Herstellung ihrer maximalen Zahlungsfähigkeit. In dieser Hinsicht ist die Bewältigung der „Schuldenkrise“ als voller Erfolg anzusehen - die Schuldnerländer haben zwischen 1983 und 1995 2.080 Mrd. US-Dollar an die Gläubiger im Norden überwiesen. Auch haben die Privatbanken einen großen Teil ihrer Kredite in die Dritte Welt auf staatliche oder multilaterale Banken abwälzen können. Die Entschuldungen haben keinem von ihnen nennenswerte Opfer abverlangt, da die hochverschuldeten armen Länder ihren Schuldendienst trotz IWF-Auflagen ohnehin nur zu weniger als der Hälfte leisten konnten.<sup>201</sup>

---

<sup>199</sup> Vgl. Georg, Susan/ Sabelli, Fabrizio: Faith and Credit, a. a. O., S. 62f.

<sup>200</sup> UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development): Trade and Development Report 1997. Globalization, Distribution and Growth. Genf/ New York 1997, S. 64. Mit den ärmsten Schuldnerländern sind hierbei die Highly Indebted Low Income Countries (HIPC) der UN-Definition gemeint, nicht die Severely Indebted Low Income Countries (SILIC) der Weltbank-Definition. Die Ergebnisse der Schuldnererlasse im Rahmen der HIPC-Initiative können noch nicht vollständig beurteilt werden, es sieht jedoch danach aus, als sei eine spürbare Verringerung des Schuldendienstes der betreffenden Länder eingetreten. Warum auch dieser Schuldenerlass nicht unbedingt als begrüßenswert angesehen werden kann, wird noch hier dargelegt.

<sup>201</sup> 1995 konnten die hochverschuldeten ärmsten Länder trotz aller Wirtschaftsaufgaben gerade mal 34,7 Prozent des fälligen Schuldendienstes leisten. (UNCTAD: TDR 1997, a. a. O., S. 46) Bemerkenswert ist weiterhin, dass die ob ihrer günstigen Konditionen hochgelobten IDA-Kredite der Weltbank von den Empfängern zu durchschnittlich zwei Dritteln für die Rückzahlung von Weltbank- oder IWF-Schulden aufgewendet werden müssen (und oft von vornherein verrechnet werden). Für

Die Konsequenzen der Strukturanpassungsmaßnahmen sollen erst im nächsten Abschnitt zur Sprache kommen. Hier sei festgehalten, dass sie das Instrument waren, mit denen die neoliberale Politik des freien Marktes in weiten Teilen der Dritten Welt durchgesetzt werden konnte.

### 3.4.3 Die Magie des Marktes

Ohne direkt auf konkrete Beispiele einzugehen, sollen hier einige Überlegungen bezüglich der Funktionsweise des Weltmarktes angestellt werden. Mittlerweile setzt sich auch in der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft die Erkenntnis durch, dass dem Markt unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs eine Tendenz innewohnt, bestehende Ungleichheiten zu vergrößern. Eine Firma (oder eine Region, oder ein Staat) mit größeren Kapitalreserven ist in der Lage, die Produktion in höherem Maße zu konzentrieren und aufgrund der Skaleneffekte (economies of scale) effizienter zu produzieren und höhere Gewinne einzufahren. Werden diese in weitere Effizienzsteigerungen investiert, vergrößert sich der Vorsprung gegenüber Firmen, die mit weniger Kapital ausgestattet sind, bis diese vom Markt gedrängt werden. Paul Krugman kommt daher zu dem Schluss, dass aufgrund dieser Tendenzen der freie Handel mit Industrienationen die Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung von Dritte-Welt-Staaten sehr leicht verhindern kann.<sup>202</sup>

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass ein funktionierender freier Markt bestimmte Voraussetzungen hat:<sup>203</sup> 1. Kein Akteur kann Einfluss auf die Marktmechanismen nehmen. 2. Die Akteure agieren unabhängig voneinander. 3. Die Akteure haben ein vollkommenes Wissen über die Angebots- und Nachfragesituation. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, werden die Preise nicht mehr ausschließlich über das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage festgelegt, sondern sind von Machtfragen und Informationsvorteilen beeinflusst - genau dies ist in den allermeisten Wirtschaftszweigen heutzutage der Fall.

---

denselben Zweck muss in Subsahara-Afrika mittlerweile rund ein Viertel der gesamten Entwicklungshilfe aufgebracht werden.

<sup>202</sup> Vgl. Krugman, Paul R.: Rethinking International Trade. Cambridge/ London: MIT Press 1999, Kap. 5 und 6. Auch in den anderen Kapiteln werden die Thesen der klassischen Ökonomie von der neueren Handelstheorie in Bezug auf ihren Geltungsanspruch für die heutige Weltwirtschaft gründlich widerlegt. Bemerkenswerterweise wurde die Ansicht, dass Handel zwischen Entwicklungs- und Industrieländern ersteren keineswegs zu Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung verhelfen würde.

<sup>203</sup> Vgl. Etzioni, Amitai: Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Stuttgart 1994, S. 361ff, 383ff.

Angesichts der gravierenden Ungleichheit der wirtschaftlichen Macht der Akteure ist es nicht verwunderlich, dass der unvollkommene Markt sich zum Nachteil der schwächeren seiner Teilnehmer auswirkt.

Es liegt demnach in der Natur des Marktmechanismus, bestehende Ungleichheiten immer weiter zu vergrößern. Unter den Bedingungen eines Weltmarkts, der weitgehend von monopolistischen Tendenzen und übermächtigen Konzernen geprägt wird, gilt dies in ganz besonderem Maße.

#### **3.4.4 Die Rohstofffalle**

Eine weitere Tendenz des Weltmarktes, die gravierende Folgen für Entwicklungsländer hat, ist der langfristige Verfall der Rohstoffpreise (und dessen Folge der Verfall der Austauschrelationen- terms of trade- von rohstoffproduzierenden Ländern).<sup>204</sup> Die meisten Entwicklungsländer sind immer noch stark von Rohstoffexporten, oft sogar von einem einzigen Produkt abhängig, was fatale Konsequenzen hat.<sup>205</sup>

1. Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sind starken Schwankungen unterworfen, ausgelöst durch Klimabedingungen, Konsumveränderungen, Rezession in den Industrieländern, Börsenspekulationen und andere Faktoren. Mittelfristige Entwicklungsplanung von Seiten des Staates wird dadurch unmöglich gemacht. Bei einem Preisverfall macht sich allerdings die „geringe Nachfrageelastizität“ von Rohstoffen bemerkbar: trotz niedriger Preise ist kaum mit einer erhöhten Nachfrage zu rechnen (wenige Leute trinken eine Tasse Kaffee zusätzlich zum Frühstück, weil er besonders billig ist). Die Leidtragenden sind in der Regel Kleinbauern und Minenarbeiter, da (staatliche oder private) Aufkäufer, Großgrundbesitzer und ähnliche die Verluste auf die schwächsten Glieder in der Kette abwälzen können. Genau diese Gruppen von Konzernen oder Zwischenhändlern sind es jedoch auch, die bei hohen Preisen die Gewinne einstreichen können.

---

<sup>204</sup> Vgl. UNDP (United Nations Development Programme): Bericht über die menschliche Entwicklung 1997. Handbuch für internationale Zusammenarbeit, 364, Oktober 1997, III A 25 15, S. 84. die Rohstoffpreis lagen laut UNDP 1990 um 45 Prozent niedriger als 1980 (vgl. ebd.). auf eine differenzierte Diskussion der terms-of-trade-Entwicklung muss an dieser Stelle verzichtet werden, da zahlreiche methodische und statistische Einwände gegen die Argumentation des „säkularen Verfalls“ berücksichtigt und bewertet werden müssten (vgl.: Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 271ff.).

<sup>205</sup> Siehe hierzu Coote, Belinda: The Trade Trap. Poverty and the Global Commodity Markets. Oxford 1992, S. 6f.

2. Der Bedarf an Rohstoffen in der industrialisierten Welt fällt langfristig. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen die „Tertiarisierung“ der modernen Gesellschaften: Der Industriesektor nimmt an Bedeutung ab, der Dienstleistungssektor nimmt zu - der Bedarf an mineralischen Rohstoffen verringert sich. Zum anderen die zunehmende Tendenz zur Substitution: Auf zahlreichen Gebieten werden Rohstoffe durch künstlich hergestellte Produkte ersetzt. Zucker durch synthetische Fructose, Zinn durch Polyethylen, usw. Darüber hinaus hat der Fortschritt z.B. in der Mikroelektronik v. a. in der verarbeitenden Industrie zu beträchtlichen Materialeinsparungen und dementsprechend geringerem Bedarf an Rohstoffen geführt. Die Folge: Sinkende Nachfrage drückt den Preis.

3. Ökonomisch sinnvoll ist es, einer sinkenden Nachfrage mit einem sinkenden Angebot zu begegnen, um den Preisverfall abzubremsen. Unter dem Diktat der Strukturanpassungsmaßnahmen haben jedoch die Entwicklungsländer ihre Exportproduktion (gezwungenermaßen) massiv erhöht. Mit entsprechenden Folgen für den Weltmarktpreis. Nicht nur haben in den 1980er Jahre fallende Rohstoffpreise die Schulden ansteigen lassen, die Konsequenzen der Schuldenlast haben auch weiter zum Fall der Rohstoffpreise beigetragen. Die Schuldenfalle hat demnach über die entsprechenden Auflagen dafür gesorgt, dass die armen Länder sich auch immer tiefer in der Rohstoff-Falle verstrickten. Weltbank und Währungsfonds haben in den achtziger Jahren allen ihren Patienten die gleiche Medizin verschrieben: Exportsteigerung. Dass es bei einer stagnierenden und langfristig sogar fallenden Nachfrage nicht gut gehen konnte, die Produzenten desselben Rohstoffes zur Angebotssteigerung anzutreiben, blieb ihnen seltsamerweise verborgen. Erneut muss festgestellt werden, dass der Sachverstand der Experten von IWF und IBRD nicht für Maßnahmen jenseits der neoliberalen Universallösung empfänglich zu sein scheint.

Nachdem das in der Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO, New International Economic Order) vorgesehene integrierte Rohstoffprogramm gescheitert war, schlossen sich einige Rohstoffproduzenten nach dem Vorbild der OPEC zu Assoziationen (beispielsweise der kaffeeproduzierenden Länder) zusammen. Ziel war die Stabilisierung der jeweiligen Rohstoffpreise, um deren massive Schwankungen und langfristigen Verfall zu verhindern, v.a. mit Hilfe von Ausgleichslagern (buffer-stocks), die bei Angebotsüberschuss oder Marktsättigung aufgefüllt und entsprechend bei steigender Nachfrage wieder geräumt werden

konnten. Wo sich alle Produzenten zusammenschlossen und an die vereinbarten Produktionsquoten hielten, zeigten die Abkommen eine sehr positive Wirkung. Dies war jedoch nicht die Regel. Der Druck durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und den ausstehenden Schuldendienst führte dazu, dass immer wieder einzelne Länder sich nicht an die Abkommen hielten oder gar nicht erst beitraten, so dass alle letztlich scheiterten oder zumindest bedeutungslos blieben.<sup>206</sup>

Es existiert also unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs auf dem Weltmarkt eine systematische Benachteiligung zum einen für Länder mit vergleichsweise geringen Kapitalreserven, zum anderen für Rohstoffexporteure. Die große Mehrheit der Staaten des Südens ist demnach in doppelter Hinsicht negativ betroffen.

### **3.4.5 Wie frei ist der Freihandel?**

Eine nähere Betrachtung der Regeln des GATT und der Welthandelsorganisation ergibt allerdings, dass in einigen Handelsbereichen von einem freien Wettbewerb keine Rede sein kann. Vor allem im Agrar- und Textilbereich (sowie einigen anderen arbeitsintensiven Branchen) praktizieren die Industrienationen trotz aller Freihandelsrhetorik einen ausgeprägten Protektionismus. Die massiven Proteste von Seiten der Entwicklungsländer haben zwar mittlerweile zu einer teilweisen Senkung der Zollschränken für die sogenannten „sensiblen Produkte“ auf den OECD-Märkten, aber gleichzeitig zum Aufbau eines verdeckten Protektionismus geführt. Dieser kann verschiedene Formen annehmen: Von massiven Subventionen für die einheimischen Produzenten über hinderliche Einfuhrbestimmungen und Anti-Dumping-Maßnahmen bis zu den „freiwilligen Exportbeschränkungen“, die viele Entwicklungsländer unter dem Druck ihrer übermächtigen Handelspartner eingehen mussten. Gelegentlich finden sich neben den „freiwilligen Exportbeschränkungen“ auch „freiwillige Importversprechungen“. So drohte beispielsweise die USA 1986 Brasilien mit einem Boykott seiner Exportgüter, falls Brasilien weiterhin auf der Produktion eigener Computer bestünde und so IBM dort weiter Marktanteile verlöre.<sup>207</sup>

Interessanterweise sind viele der von den Industriestaaten angewandten wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen im Rahmen der WTO durchaus zulässig, wie beispielsweise die Agrarsubventionen, für die USA und EU alljährlich Unsummen

---

<sup>206</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 278ff.

<sup>207</sup> Vgl. George, Susan: A Fate worse than Debt, a. a. O., S. 72.

aufbringen. Eine Studie hat ergeben, dass den Entwicklungsländern alleine durch Agrarprotektionismus und das immer noch bestehende Multi-Faser-Abkommen (zur Regelung von Importen im Textilbereich) den Ländern der Dritten Welt Exporteinnahmen von jährlich über 80 Milliarden US-\$ verlorengehen - weit mehr als die Gesamtsumme der geleisteten Entwicklungshilfe.<sup>208</sup>

Ein weiteres bezeichnendes Beispiel für die Regeln des freien Handels ist die sogenannte Zolleskalation. Diese beinhaltet, dass an den Grenzen der Industrienationen die Zölle für Rohstoffe mit dem Verarbeitungsgrad rapide in die Höhe schnellen. Während die EU z.B. auf rohe Kakaobohnen einen Einfuhrzoll von 3 Prozent erhebt, verlangt sie bei verarbeitetem Kakaopulver mehr als das Fünffache. Kaffee, Reis, Tabak, pflanzliche Öle, Jute, nahezu alle tropischen Agrarprodukte weisen dasselbe Problem auf: in verarbeitetem Zustand verlangen die reichen Länder einen erheblichen Zollaufschlag, der bis zu 70 Prozent des Warenpreises erreicht. Eine Umstellung auf verarbeitende Produktion, die ihnen eine deutlich bessere Wertschöpfung erlauben würde, wird den Entwicklungsländern von den Industriestaaten so schwer wie möglich gemacht.<sup>209</sup>

Wie weit die reale Situation von dem Modell des Freihandels entfernt ist, wird ebenfalls deutlich, wenn man berücksichtigt, dass ein freier Weltmarkt der Theorie zufolge bei unbegrenzter Kapitalmobilität auch die freie Wanderung von Arbeitskräften (auch von ungelerten) beinhaltet. In dieser Hinsicht geht der Trend jedoch eher in die entgegengesetzte Richtung.

Wenn man weiterhin berücksichtigt, dass über die Hälfte der Exporte aus der Dritten Welt von rund 500 transnationalen Konzernen kontrolliert wird, und dass über ein Drittel des gesamten Welthandels in der Form von firmeninternen Transaktionen vor sich geht, bleibt vom freien Handel nicht mehr allzuviel übrig (dazu siehe Abschnitt 2.3.1.4).

Die Regeln des Weltmarktes sind keineswegs neutral. Erstens besitzt der Marktmechanismus eine strukturelle Tendenz zur Vergrößerung von Ungleichheit, zweitens erleiden Rohstoffexporteure und Schuldnerländer systematische

---

<sup>208</sup> Vgl. UNDP 1997, S. 85ff. Neben der Erschwerung des Zugangs haben die Agrarsubventionen noch weitere negative Effekte für die Entwicklungsländer: sie halten die Weltmarktpreise niedrig und unterminieren durch billige Importe die Nahrungsmittelproduktion und somit die Ernährungssicherung vieler Länder und treiben sie in eine oftmals fatale Abhängigkeit vom Weltmarkt. Das Multi-Faser-Abkommen (MFA) wird zwar durch die Bestimmungen der Uruguay-Runde abgelöst, die Zölle auf Textilien und Bekleidung werden allerdings schrittweise über einen Zeitraum von 10 Jahren gesenkt und betragen am Ende immer noch das Dreifache des durchschnittlichen Einfuhrzolls (Vgl. Ebd.)

<sup>209</sup> Vgl. Coote, Belinda: The Trade Trap, a. a. O., S. 91ff.

Benachteiligungen. Verschuldete Rohstoffexporteure (wie die meisten Entwicklungsländer) haben unter den herrschenden Bedingungen schlechte Chancen.

### **3.5 Die Früchte des Freien Handels: Konsequenzen der Weltmarktintegration**

Dieser Abschnitt soll anhand von Beispielen aus der Praxis die Folgen der neoliberalen Politik und der einseitigen Wachstumsstrategie auf Menschen und Umwelt in den Entwicklungsländern betrachten. Ein nahe liegender erster Blick kann auf die Auswirkungen der Strukturanpassungsmaßnahmen erfolgen.

#### **3.5.1 „Austerity“**

Dies ist die Bezeichnung, unter der die Politik der Strukturanpassung in den Ländern bekannt geworden ist. Übersetzt werden kann sie mit „Mäßigung“, aber auch mit „Strenge“, „Härte“ und „Entbehrung“. Höchstens der letzte Begriff erscheint annähernd in der Lage, die primäre Folge der entsprechenden Anpassungsmaßnahmen anzudeuten: Die massive Vergrößerung menschlichen Leids. Die Ausbreitung und Verschärfung der Armut war in jedem einzelnen Land die alles in den Schatten stellende Auswirkungen der vom IWF verordneten Auflagen. Die makroökonomischen Aspekte für den Moment außer Acht lassend, sind folgende Umstände in fast allen betroffenen Ländern eingetreten:<sup>210</sup>

- rapide Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch Kürzungen im öffentlichen Sektor
- Vervielfachung der Lebenshaltungskosten, da Nahrungsmittelsubventionen gestrichen und Nahrungsmittelimporte verteuert wurden
- Senkung der Reallöhne zur Inflationsbekämpfung
- Verringerung der Lebenserwartungen , Ausbreitung von Krankheiten und Zunahme (oder stark verminderter Rückgang) der Kindersterblichkeit, da sich immer weniger Menschen medizinische Behandlung leisten konnten.
- Zunahme und Verschlimmerung von Unterernährung (wegen mangelnder Kaufkraft)

---

<sup>210</sup> Vgl. Hellinger, Steve: Keine Spur der Besserung. Mit dem IFW kommt der Niedergang. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Nr. 7/8 1998, S.4f. Übrigens viele dieser Aspekte sind auch heute zutage auch in den Industrieländern vorhanden.

- Abnahme der Einschulungen und Zunahme von Schulabbrechern, Eltern konnten es sich nicht leisten, ihre Kinder zur Schule zu schicken
- Zunahme von Elendskriminalität (Überfälle auf Supermärkte, usw.) vielerorts kam es zu den „IMF-riots“, den „Brotaufständen“, meist ausgelöst durch erneute Erhöhung der Nahrungsmittelpreise. Die Niederschlagung dieser Proteste kostete zahlreiche Menschenleben.

Ein weiterer Effekt war, dass die bedingungslose Devisenbeschaffung zur ökologischen Rücksichtslosigkeit führte, was sich in der Ausbeutung des Regenwaldes oder der Hinnahme Giftmüllimporten oder umweltschädlichen Industrien aus den entwickelten Ländern äußerte. Auch wenn jetzt in immer mehr Staaten demokratische (oft sogar sozialdemokratische) Regierungen an der Macht waren, die die Schuldenlast ihrer diktatorischen Vorgänger zu tragen hatten: Die Auflagen ließen ihnen fast keine Handlungsmöglichkeit, die wirtschaftliche Stabilisierung wurde mit horrenden sozialen und ökologischen Kosten sowie politischer Destabilisierung erkaufte. Ein, wie manche Ökonomen meinten, hoher, aber leider notwendiger Preis. Bei näherem Hinsehen ist es mit der wirtschaftlichen Stabilisierung jedoch auch nicht weit her. Selbst nach rein ökonomischen Kriterien brachten die neoliberalen Maßnahmen in den wenigen Fällen einschneidende Fortschritte und in vielen Fällen Rückschritte. Die Verschuldung der Staaten ist in der Regel massiv angewachsen, das Wirtschaftswachstum blieb oftmals aus.<sup>211</sup> Selbst eine Studie des IWF musste feststellen, dass im Vergleich mit ähnlichen Ländern die Strukturanpassungsmaßnahmen durchführend Staaten wirtschaftlich schlechter abschnitten.<sup>212</sup>

Da Weltbank und Währungsfonds diese Misserfolge oft auf mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der Regierungen zurückführen, liegt es nahe, ein Beispiel zu untersuchen, wo dies gewiss nicht der Fall war. Jamaika bietet sich dazu an.<sup>213</sup> Nach dem Antritt einer rechtskonservativen Regierung (und der Niederlage der ungeliebten Sozialdemokraten) 1980 wurde das Land zum Lieblingsobjekt der US-amerikanischen Entwicklungshilfe - nur Israel erhielt größere Summen. Die Reagan-Regierung hoffte am Beispiel von Jamaika zu zeigen, was erreicht werden kann,

---

<sup>211</sup> Wirtschaftswachstum, gemessen in steigendem Bruttosozialprodukt und Pro-Kopf-Einkommen, bedeutet erhöhte Produktion, erhöhter Konsum, verbesserter Lebensstandards und letztlich auch Industrialisierung und Aufholen gegenüber dem reichen Westen.

<sup>212</sup> Vgl. Bello, Walden: Structural Adjustment Programs: „Success“ for Whom? In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): The Case against the Global Economy and for a Turn toward the Local, a. a. O., S. 287.

<sup>213</sup> Zu Jamaika siehe Sturm, Roland/ Hillebrands, Bernd: Jamaika. In: Nohlen/ Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, a. a. O., Bd. 3, S. 449-470.

wenn eine Regierung unterstützt wird, die den Glauben der USA teilt, dass das Wachstum des privaten Sektors zur wirtschaftlichen Entwicklung führen kann. Die Regierung von Jamaika wurde den neoliberalen Lehren und sämtlichen Auflagen (bzw. Empfehlungen) von Weltbank und Währungsfonds in den kommenden Jahren buchstabengetreu gerecht. Mitte der 80er Jahre des ausgehenden Jahrhunderts waren die Kosten, eine fünfköpfige Familie gerade ausreichend zu ernähren, dreimal so hoch wie der Mindestlohn. (Sämtliche weiteren Lebenshaltungskosten sind hierbei ausgeklammert, ebenso die Tatsache der verbreiteten Arbeitslosigkeit.) Logische Konsequenz: Die massive Zunahme von Unterernährung.<sup>214</sup>

Bleiben wir aber bei der wirtschaftlichen Stabilisierung, für diese Opfer erbracht werden mussten. In den ersten sechs Jahren der Stabilisierung der Zahlungsbilanz hat sich die Auslandsschuld Jamaikas verdoppelt. Die Wachstumsraten in den 80ern Jahren hingegen unterscheiden sich kaum von denen des vorhergehenden Jahrzehnts. In Mexiko ergibt sich ein ähnliches Bild. Nach 1982 musste das Land als reuiger Sünder die Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF implementieren, wandte konsequent die neoliberalen Lehren an und trat vier Jahre darauf auch dem GATT bei. 1994 (nach Gründung der NAFTA) wurde der Musterschüler Mexiko sogar in den exklusiven OECD-Club aufgenommen. Ungeachtet der katastrophalen sozialen Folgen der Austerität wurde auf die wirtschaftlichen Erfolge verwiesen. Diese sahen in den zwölf Jahren wie folgt aus: Zunahme der Auslandsschuld von 86 auf über 140 Mrd. US Dollar und eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1,1 Prozent. Das war vor dem finanziellen Kollaps der mexikanischen Währung.<sup>215</sup> Der eigentliche Erfolg bestand jedoch nach Ansicht vieler Kritiker schlicht darin, dass die finanziellen Verpflichtungen Mexikos seinen Gläubigern gegenüber regelmäßig erfüllt wurden. Kaum jemand kann die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen in den allermeisten Entwicklungsländern abstreiten. Doch die Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Währungsfonds haben keine ökonomisch sinnvollen Reformen durchgeführt, sie haben das neoliberale Dogma durchgesetzt und die Innenpolitik dem alleinigen Imperativ der maximalen Schuldzahlungen unterworfen, ohne Rücksicht auf Verluste. Willy Brandts Vergleich

---

<sup>214</sup> Vgl. George, Susan: A Fate worse than Debt, a. a. O., S. 186.

<sup>215</sup> Auf weitere Beispiele soll an dieser Stelle verzichtet werden. Vgl. Bello, Walden: Structural Adjustment Programs: "Success" for Whom? a. a. O. 1996, George, Susan: Ebd., Nuescheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 319ff.

mit der Bluttransformation vom Kranken zum Gesunden erinnert daran, dass Zinsen und Tilgung vielfach mit Hunger und Elend bezahlt wurden.

Optimisten und Regierungsvertreter haben vielfach darauf verwiesen, dass der oftmals angeprangerte Netto-Kapitaltransfer vom Süden in den Norden seit Anfang der neunziger Jahre in die entgegengesetzte Richtung verläuft. Hauptgrund dafür ist die rapide Zunahme von Investitionen (zu den Investitionen siehe 2.3.1.2).

### **3.5.2 Folgen von Weltmarkteingliederung und Verwestlichung**

Was im Kolonialismus begann, wird in der Globalisierung fortgeführt: die Eingliederung der „unterentwickelten“ Länder in den Weltmarkt, verbunden mit einer massiven Heterogenisierung der sozialen und ökonomischen Strukturen.<sup>216</sup>

Die wenigsten Länder waren in der Lage, eine Weltmarktintegration anders, als im Abschnitt 2.3.1.2 geschildert, zu bewerkstelligen und ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht auf Kosten von Arbeitsrechten und Umweltschutz zu erhöhen. Von den asiatischen Tigern war bereits die Rede. Dort, wo es gelungen ist, Investitionen zum Aufbau einheimischer Industrien und zur Qualifikation einheimischer Arbeitskräfte zu nutzen, war dies jedoch in der Regel mit einem massiven Differenzierungsprozess verbunden, der zwar (wie beispielsweise in Indien) zur Errichtung von „Wohlstandsinseln“ und modernen Technologiekomplexen führte, die Armut der breiten Masse aber weitgehend unangetastet ließ. Überall dort, wo Subsistenzwirtschaft durch Exportproduktion ersetzt und die traditionellen sozialen Strukturen zugunsten von modernen westlichen aufgelöst wurden, traten jedoch „Nebenwirkungen“ auf, von denen Martin Kohr einige folgendermaßen skizziert hat:<sup>217</sup>

- Arbeitsintensive und umweltschonende Produktionsweisen wurden zunehmend durch kapitalintensive und umweltzerstörende Produktionsweisen ersetzt, die eine sehr viel höhere Produktivität aufweisen. Die Folge: Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Die „Grüne Revolution“ erhöhte zwar die Erträge, machte sie aber von teuren Düngemitteln, Pestiziden und

---

<sup>216</sup> Vgl. Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt/ Main 1994, S. 57ff.

<sup>217</sup> Zu den folgenden Textabschnitten siehe Kohr, Martin: Global Economy and the Third World. In: Mander/ Goldsmith: Case against the Global Economy and for a Turn toward the Local, a. a. O., S. 47-59; ders. Auch in: Mander/ Goldsmith: 2002, S.218ff., Kohr ist ehemaliger Professor für Politische Ökonomie und Präsident des Third World Network, einer der anerkanntesten Nichtregierungsorganisationen im Entwicklungsbereich.

Bewässerungssystemen abhängig, die sich zwar die reichen Bauern leisten konnten, die armen jedoch nicht. Hauptprofiteur war die US-Chemieindustrie, die Zahl der Unterernährten in den betreffenden Regionen blieb trotz stark gestiegener Nahrungsmittelproduktion unverändert. Ein Nebeneffekt war, dass die Pestizide vielerorts auch die Fische töteten und so die Lebensgrundlage zahlreicher Fischer zerstörten. Andere Fischer sahen ihre Existenz durch die Einführung moderner Fischfangtechniken und die rücksichtslose Überfischung der Fanggründe gefährdet. Die Abholzung der tropischen Wälder mit all ihren verheerenden Folgen kann hier nicht ausführlich besprochen, sondern nur am Rande erwähnt werden.

- Die Dritte Welt wurde zur Produktionsstätte für Industrien und zum Absatzmarkt für Produkte, die in der Ersten Welt aufgrund ihrer umweltzerstörenden oder gesundheitsgefährdenden Auswirkungen verboten wären. Bei einem Betriebsunfall eines Union Carbide Werks in Bhopal (Indien) kamen durch giftige Gase 6.000 Menschen ums Leben, 200.000 erlitten bleibende Schäden. (Entschädigungen wurden hier ebensowenig gezahlt wie von Nestlé, deren Babynahrung eine unschätzbar hohe Anzahl von Säuglingen in der Dritten Welt das Leben kostete.) Die Auslagerung umweltschädlicher Produktionszweige ist ebenfalls ein häufig zu beobachtendes Phänomen, seit die Ökologiebewegung in der Ersten Welt entsprechende Naturschutzgesetze erreicht hat.<sup>218</sup>
- Die Mega-Entwicklungsprojekte im Infrastrukturbereich haben in fast allen Fällen zwar Unsummen an Geldern verschlungen und somit einiges zur Verschuldung der Regierung und zum Gewinn der Konzerne, aber aufgrund unangepasster Technologie oder schierer Nutzlosigkeit nicht viel zum Wohle der Bevölkerung beigetragen. Besonders nicht zum Wohle des Teils, der den Umsiedelungen zum Opfer fiel.
- Die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen geschieht zwar zugunsten der Industrienationen (deren Verbrauch vier Fünftel der Gesamtsumme ausmacht), die ökologischen Schäden - Bodenerosion, Wüstenbildung,

---

<sup>218</sup> Ein typisches Beispiel betrifft die Auslagerung der japanischen Kupfer- und Aluminiumverhüttung in die Philippinen. Japan finanziert und konstruiert die Produktionsstätten über Entwicklungshilfegelder, die philippinische Regierung enteignet die benötigten Grundstücke, und die Menschen vor Ort tragen die Kosten: arsen- und schwermetallverseuchte Abwässer und Luftverschmutzung, die zu schlechten Ernten, vergifteter Nahrung und Lungenkrankheiten führen. Dazu siehe Korten, David: When Corporations Rule the World, a. a. O., S. 31f.

Wasserverseuchung, usw. - verbleiben allerdings in der Dritten Welt. Ergänzend könnte man hinzufügen, dass die Umweltsünden der reichen Länder sich in erster Linie im Süden bemerkbar machen, wo die Menschen die Auswirkungen von Ozonloch und Treibhauseffekt sehr viel eher zu spüren bekommen.

- Ein von Khor nur angedeuteter Aspekt der Eingliederung in den Welthandel ist, dass die Ersetzung von Subsistenzwirtschaft durch Exportproduktion fatale Folgen für die Ernährungssituation in vielen Ländern der Dritten Welt gehabt hat. Die Landwirtschaft wurde auf die sogenannten „cash crops“ umgestellt, z.B. Kakao oder Zuckerrohr. Für Reis oder Hirse blieben meist nur wenige und weniger ertragreiche Böden. Hungersnöte und Unterernährung hängen dadurch jetzt nicht nur von klimatischen Bedingungen ab, sondern können auch durch Schwankungen des Weltmarktpreises (Dazu siehe 3.4.4), Protektionismus (3.4.5.) oder Strukturanpassungsmaßnahmen (3.5.1.) verursacht oder verschlimmert werden. In Bangladesch fand eine der schlimmsten Hungersnöte aller Zeiten in einem Jahr statt, in dem eine Rekordernte eingefahren wurde. Auch das Problem der Unterernährung ist in erster Linie ein Verteilungsproblem.

Gegen Kritik dieser Art wird oft eingewandt, dass die Übernahme des westlichen Entwicklungsmodells durchaus zu einem Anwachsen des (materiellen) Wohlstands geführt habe. Das ist weitgehend zutreffend. Die Ansicht, dass dieser Vorteil die hier skizzierten Nachteile aufwiegt, kann vom Autor jedoch nicht geteilt werden, besonders deshalb nicht, weil der Wohlstandszuwachs meist höchst ungleich verteilt war. Empirische Studien haben ergeben, dass das Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern in der Regel dem reichsten Teil der Bevölkerung am meisten und dem ärmsten gar nicht zugute kam.<sup>219</sup> Beleg für diese These sind auch die Wohlstandsinseln, die selbst in den ärmsten Ländern zu finden sind. Die Gründe hierfür sind nicht nur (wenn auch gewiss zu einem beträchtlichen Teil) in der Habgier herrschender Machthaber zu finden, sondern auch in der strukturellen Benachteiligung finanzschwacher Akteure durch die Mechanismen der Marktwirtschaft (vgl. 3.4.3). Wenn Wohlstand aber Überfluss für wenige und Elend für viele bedeutet, wiegt die mit ihm verbundene Zerstörung noch schwerer.

---

<sup>219</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 51f.

Die fundamentalste Konsequenz der Weltmarktintegration - bei Khor ebenfalls zu kurz kommend - war jedoch sicherlich das, was Nuscheler die „Kolonisierung der Gehirne“ nennt, die mit der politischen Unabhängigkeit keineswegs beendet war, sondern sich erst richtig entfaltet hat: Die Übernahme des westlichen Weltbildes, des Wachstumsmythos mit all seinen Implikationen und Konsequenzen. Die traditionellen sozio-ökonomischen Strukturen der Dritten Welt wurden nicht nur durch den Kolonialismus, sondern auch durch die Aneignung des westeuropäisch-nordamerikanischen Entwicklungsmodells zerstört. Der „American Way of Life“ wird immer wieder zum Leitbild für nahezu die gesamte Menschheit (mehr dazu siehe die kulturelle Globalisierung).

### **3.6 Perspektiven für Entwicklungsländer im globalen Wettbewerb**

Bevor ein abschließendes Fazit dieses Kapitels formuliert werden kann, müssen noch zwei Aspekte berücksichtigt werden, deren Konsequenzen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ihre ganze Tragweite entfaltet haben, aber bereits heute absehbar sind. Die Rede ist von der Deregulierung in den Bereichen der Dienstleistungen und der geistigen Eigentumsrechte. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation 1995 haben sich die Mitgliedsländer auch zur Liberalisierung in diesen Bereichen verpflichtet.<sup>220</sup>

#### **3.6.1 Neue Regeln, neue Märkte**

Es ist absehbar, dass durch die Öffnung der Dienstleistungssektoren nordamerikanische, westeuropäische und japanische Unternehmen und Banken in der Zukunft die Märkte der Entwicklungsländer auch in diesen Bereichen unter ihre Kontrolle bringen werden. Es ist extrem unwahrscheinlich, dass Firmen aus den Entwicklungsländern mit den Branchenriesen in den Bereichen Banken- und Versicherungswesen, Telekommunikation oder Luftverkehr konkurrieren können. Das WTO-Abkommen über geistige Eigentumsrechte (trade-related intellectual property rights, TRIPS) wird sogar noch weitreichendere Auswirkungen haben. Firmen aus dem Norden haben vorgerechnet, dass ihnen Unsummen an Gewinnen

---

<sup>220</sup> Vgl. WTO (World Trade Organisation): Trading into the Future, a. a. O., S. 21ff.

alljährlich durch die Missachtung von Patentrechten in Entwicklungsländern entgehen. Diesem Missstand soll das TRIPS-Abkommen abhelfen, indem alle Staaten zur Errichtung einer Patentgesetzgebung und langfristig zur Akzeptanz einer weltweiten Norm nach westlichem Vorbild gebracht werden. Selten kommt in der WTO jedoch zur Sprache, dass in den Entwicklungsländern, in denen auf dem Pharma-Sektor Patentrechte eingehalten werden, die entsprechenden Medikamente aufgrund der Monopolstellung der Patentinhaber oft um ein Vielfaches teurer und demzufolge dem ärmeren Teil der Bevölkerung nicht zugänglich sind.<sup>221</sup> Ebenfalls unerwähnt bleibt, dass sich - aus einer anderen Sichtweise betrachtet - die Pharma-Konzerne sich auf unzulässige Weise an der Dritten Welt bereichert haben, indem sie die Wirkstoffe von Heilpflanzen, die bei eingeborenen Völkern seit Jahrtausenden im Gebrauch waren, patentiert, in Medikamenten verarbeitet und verkauft haben. Im Agrarbereich sind auf ähnliche Weise große Profite gemacht worden. Lokale Samen, die über Jahrhunderte gezüchtet worden waren, wurden von Konzernen geringfügig verändert, patentiert, und in den Regionen, aus denen sie stammten, wieder verkauft - allerdings mit der Auflage, dass bei Verwendung der patentierten Samen alljährlich Lizenzgebühren an den Konzern zu zahlen waren. Mit den Fortschritten in Biologie und Gentechnologie haben Praktiken wie diese ungeahnte neue Möglichkeiten und einen wahren Boom erfahren. Beispiele gibt es viele, das bekannteste ist wahrscheinlich das des Neem-Baums in Indien.<sup>222</sup> Dieser Baum wird von den Menschen in der Region seit Jahrtausenden auf vielfältigste Weise genutzt. Extrakte und Bestandteile des Baums werden als Heilmittel für eine Anzahl von Krankheiten, als Verhütungsmittel, Baumaterial, Düngemittel, Insektenvernichtungsmittel und zur Desinfektion verwendet, um nur die wichtigsten Anwendungen aufzuzählen. Einige dieser Wirkstoffe sind bereits von US-amerikanischen und japanischen Firmen als Patent angemeldet worden - mit der fadenscheinigen Legitimation neuartiger Extraktionsmethoden. In Indien waren diese Methoden so weitläufig bekannt, dass in den sechziger Jahren des ausgehenden Jahrhunderts im Rahmen einer landesweiten Registrierung von Pflanzenextrakten der Neem Baum bewusst ausgeklammert wurde. Das wird jedoch voraussichtlich die entsprechenden Konzerne nicht daran hindern, mit ihren Patentrechten beträchtliche

---

<sup>221</sup> Zahlreiche Beispiele für diese und ähnliche Praktiken finden sich in den BUKO Pharma-Rundbriefen.

<sup>222</sup> Siehe hierzu Shiva, Vandana/ Holla-Bahr, Radha: Piracy by Patent: The Case of the Neem Tree. In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): Case against the Global Economy and for a Turn toward the Local, a. a. O., S. 146-159.

Gewinne zu erwirtschaften. Eine andere Variante der „Ressourcenausbeutung“ besteht darin, Eingeborenen in abgelegenen Gegenden der Dritten Welt Blut abzunehmen, das im Labor auf kommerziell verwertbare Eigenschaften untersucht wird, z.B. auf Genstrukturen, die eine besondere Krankheitsresistenz aufweisen. Diese werden dann auf den Namen des „Entdeckers“ (des Wissenschaftlers oder des Konzerns) patentiert - er besitzt die alleinigen kommerziellen Nutzungsrechte. Finanziert werden solche Projekte auch oftmals von der Regierung der USA.<sup>223</sup>

Das Abkommen über geistige Eigentumsrechte hat als primäre Folge, dass insbesondere die Konzerne aus den Bereichen Pharmazie und Gentechnologie Monopolrechte über die Biodiversität der südlichen Länder erlangen und den maximalen Profit aus der Ausbeutung von Pflanzen, Tieren und Menschen erhalten können. Selbst der wirtschaftsfeindlicher Tendenzen unverdächtige Economist hat die neuen Patentregelungen als „willkürlich“ und „auf die Interessen der Mächtigen zugeschnitten“ charakterisiert.<sup>224</sup> Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

### **3.6.2 Fazit: Chance zur Verelendung**

Am Ende des Abschnitts bleibt die Feststellung, dass Globalisierung und Freihandel eine große Chance für Entwicklungsländer darstellen, ihre Märkte den transnationalen Konzernen auszuliefern, ihre Stellung als abhängige Schuldner und verarmende Rohstoffexporteure zu festigen, ihre Wirtschaft dem Diktat der vom Norden dominierten Finanzinstitutionen zu unterwerfen und Arbeitsrechte und Umweltschutz im Standortwettbewerb zu opfern.

Wirtschaftlich profitieren könnten die Menschen in der Dritten Welt vom Weltmarkt höchstens dann, wenn - einmal angenommen, es existierten ideale innenpolitische Bedingungen und die herrschende Klasse bestünde aus aufopferungsvollen Volksfreunden - es ihnen (wie den asiatischen Tigern) gelänge, unter protektionistischem Schutz eine international wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen. Dies wird jedoch von den Mächtigen der Weltwirtschaft verhindert: Durch Strukturanpassungsaufgaben des IWF, Spezialisierungsratschläge der Weltbank, Deregulierungsabkommen in der WTO, Protektionismus und

---

<sup>223</sup>Vgl. Kimbrell, Andrew: Biocolonization- The Patenting of Live and the Global Market in Body Parts. In: Mander/ Goldsmith (Hrsg.): Ebd., S. 131-145.

<sup>224</sup> Herman, Edward/ McChesney, Robert: The Global Media. The New Missionaries of Corporate Capitalism. London/ Washington 1997, S. 51.

Zolleskalation in den OECD-Staaten, und zahlreiche weitere Instrumente. Selbst unter den Bedingungen eines freien Wettbewerbs, in dem alle Staaten und alle Unternehmen gleich behandelt werden würden, stünden die Gewinner von vornherein fest: Die Stärkeren würden sich durchsetzen, und das sind eindeutig die den Welthandel kontrollierenden transnationalen Konzerne aus der Triade USA, EU, Japan. Wenn dann noch berücksichtigt wird, dass die Regeln des Freihandels zum einseitigen Vorteil der Mächtigen gestaltet worden sind, und dass im globalen Wettbewerb in der Regel die Zinsen der Banken und die Gewinne der Konzerne mit dem Elend der Menschen und der Zerstörung der Natur erkaufte werden, verliert das Versprechen von der „Chance auf Entwicklung“ jede Spur von Glaubwürdigkeit. Die hier aufgeführten Ergebnisse lassen keinen anderen Schluss zu, als dass dieses Versprechen in erster Linie als ideologisches Werkzeug zur Aufrechterhaltung einer indirekt gewalttätigen Weltordnung dient, wie sie Galtung schon vor einem Vierteljahrhundert in seiner strukturellen Theorie des Imperialismus treffend charakterisiert hat.<sup>225</sup>

Globalisierung kann in diesem Zusammenhang als materielle Ungleichheit vergrößernder Prozess charakterisiert werden, der der Machtausweitung der finanzstarken internationalen Akteure dient, in der Dritten Welt mittels ökonomischer Zwänge die neoliberale Politik durchsetzt und zusätzlich durch Verbreitung des westlichen Entwicklungsmodells die Möglichkeit einer eigenständigen Politik zu verhindern versucht. Ein Haupthindernis für Verbesserung besteht in der Interessenpolitik der Mächtigen, begünstigt durch den immer noch vorherrschenden Entwicklungsmythos. Dieser ist konsequent weitergeführt und intensiviert worden durch das, was als Marktreligion bezeichnet werden kann: Die Doktrin, dass die Mechanismen des „freien“ Marktes unter allen Umständen für faire Bedingungen und eine wünschenswerte Entwicklung der menschlichen Gesellschaft sorgen.

Nüchtern betrachtet können an dieser Stelle folgende Bedingungen für Verbesserung, Fortschritt oder Entwicklung formuliert werden:

- eine Restrukturierung der Weltwirtschaftsordnung,
- eine grundlegende Demokratisierung von Weltbank, Währungsfonds und WTO, inklusive konsequenter Ausrichtung von Regeln und Handlungsmaximen an den Bedürfnissen der Menschen,

---

<sup>225</sup> Galtung, Johan: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt a. Main 1972, S. 29-104.

- ein ebensolcher Prozess in allen am politischen Prozess beteiligten Organisationen auf nationaler Ebene sowie
- eine rigide Kontrolle der transnationalen Konzerne.

Eine wirkliche Veränderung würde darüber hinaus nicht nur diese Rahmenbedingungen, sondern auch eine Loslösung aus der kulturellen Dominanz des Westens, eine grundlegende Aufklärung und eine Selbstermächtigung der Menschen in den unteren Schichten der Länder der Dritten Welt erfordern. Insgesamt ist nicht weniger als eine soziale Revolution von historischem Format gefragt. Dieser Wunschzettel mutet derart utopisch an, dass seine Verwirklichung in den nächsten Jahrzehnten praktisch ausgeschlossen ist. Das gewaltige Ausmaß der hier formulierten Veränderungen sollte jedoch unabhängig von ihrer Notwendigkeit gesehen werden. Pragmatismus darf nicht dazu führen, diese Notwendigkeit nicht mehr ernst zu nehmen.

„Sinn für das Machbare“ ist im Hinblick auf konkrete Veränderungen sicherlich wichtig, engagierte Zusammenarbeit bzw. internationale Politik, die in der Diagnose der Missstände mit dem oben Geschriebenen übereinstimmt, darf sich jedoch nicht auf das Ziel beschränken, beispielsweise eine Aufstockung der Mittel zur Armutsbekämpfung zu erreichen und so die Auswirkungen einer ungerechten Weltmarktstruktur geringfügig abzuschwächen.

## 4 Global Governance als Ausweg aus der Globalisierungsfalle

### 4.1 Global Governance :Ein Überblick

Das Konzept von Global Governance hat viele politische und wissenschaftliche Geburtshelfer, aber bei allen Unterschieden in Begrifflichkeiten, Begründungen und Vorschlägen zu Problemlösungen eine gemeinsame Zielsetzung: Institutionelle Mittel und Wege zur kooperativen Bearbeitung von Weltproblemen und politischen Gestaltung der Globalisierung aufzuzeigen. Zweck und Ziel von Global Governance können deshalb vorläufig definiert werden als *„Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben.“*<sup>226</sup>

Für den Begriff Global Governance gibt es keine allgemein geteilte Definition. Im weitesten Sinne könnte Global Governance mit globalen Koordinations- und Regulierungsprozessen beschrieben werden, die zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren in einer komplexen Institutionsstruktur auf internationaler Ebene stattfinden.

Der Begriff Governance kann hier mit Regieren oder Staatsführung übersetzt werden, da die Regierung als der zentrale Akteur zur Verteilung von Ressourcen und zur Schaffung von Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln angesehen und ihre die Fähigkeit zur Steuerung und Kontrolle gesellschaftlicher Belange zugesprochen wird. Somit findet Governance in einem hierarchisch strukturierten politischen System statt. Bei der Verwendung des Begriffs Governance auf internationaler Ebene als Global Governance hat sich in Anlehnung an die Commission for Global Governance (CGG) eine andere Definition durchgesetzt:

„Global Governance ist ein Ansatz für die Bearbeitung globaler Probleme von zunehmender Komplexität und Interdependenz. Im Spannungsverhältnis zwischen Staaten und multinationalen Institutionen, globalisierter Wirtschaft und Finanzwelt, Medien und Zivilgesellschaft befürwortet Global Governance eine neue, kooperative Form der Problembearbeitung: Für Global Governance sind dialogische und kooperative Prozesse zentral, die über die verschiedenen Handlungsebenen subsidiär entlang der Achse lokal-global

---

<sup>226</sup> Messner, Dirk: Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik. Einige Beobachtungen zur Transformation der Politik in der Ära des Globalismus. In: PROKLA, Nr. 118, Berlin 2000, S. 284.

hinweg reichen sowie Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführen und vernetzen. Global Governance setzt damit also auf das konstruktive Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in dynamischen Prozessen interaktiver Entscheidungsfindung von der lokalen bis zur globalen Ebene.“<sup>227</sup>

Nach diesem Verständnis beschreibt Governance keine Staatstätigkeit und ist somit begrifflich nicht mehr in ein hierarchisches System eingebettet. Mit Governance werden horizontale (verschiedene Akteure) sowie vertikale (verschiedene Ebenen) Formen der Koordination bezeichnet. Es gibt keinen zentralen Akteur mehr, dem allein ein Steuerungs- und Kontrollfähigkeit zugesprochen wird, sondern Entscheidungsprozesse finden interaktiv zwischen staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren statt.

Diese Definition von Governance beruht zum einen auf der Annahme, dass die Staaten aufgrund komplexer Interdependenz im internationalen System an Handlungsfähigkeit verloren haben, zum anderen auf dem Befund, dass es im internationalen System keine rechtliche und politische Autorität und somit keine Hierarchie im Sinne von Herrschaft gibt, sondern dass von einer Vielzahl von Akteuren auf verschiedenen Ebenen internationaler Politik betrieben wird.<sup>228</sup>

Global Governance knüpft an Interdependenzansätze an. Interdependenz kann als ein Resultat internationaler Verflechtung durch grenzüberschreitende Austauschprozesse bezeichnet werden. Die Interdependenz beeinflusst einerseits das Außenverhalten der Staaten, andererseits verstärken Staaten durch internationale Verträge die Interdependenzbeziehungen. Infolge transnationaler und internationaler Aktivitäten ist ein komplexes Netz von Interdependenz zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren entstanden, die als „komplexe Interdependenz“ bezeichnet wird.<sup>229</sup>

Die „neue Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) und die nun auftauchende Debatte über die Regierbarkeit der Welt unter den Bedingungen der Globalisierung,

---

<sup>227</sup> Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft. Herausforderungen und Antworten. Zwischenbericht vom 13. September 2001. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/6910, S. 105-106. Zit. nach Behrens, Maria: Global Governance- eine Einführung. In: Behrens, Maria (Hrsg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität, Wiesbaden 2005, S. 18.

<sup>228</sup> Mehr dazu Vgl. Behrens, Maria: Ebd., S. 18ff. ; auch dazu siehe Messner, Dirk: Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Behrens, Maria (Hrsg.): Ebd., S. 27-55.

<sup>229</sup> Dazu siehe Behrens, Maria: Ebd., S. 12., auch dazu Messner, Dirk: Ebd., S. 31f., auf den Begriff der Interdependenz wird noch im Unterkapitel 5.4 verwiesen.

die sich der Gestaltungsfähigkeit der Nationalstaaten zu entziehen drohte, verstärkte die Suche nach Antworten auf die Frage: Ist die Erde noch regierbar? Die Antwort lautete: Mit den herkömmlichen Methoden und Instrumenten des aus den letzten Jahrhunderten ererbten Westfälischen Staatensystems nicht mehr.<sup>230</sup>

In Zeiten politischer Unübersichtlichkeit, sich häufender Gewaltkonflikte in der weltpolitischen Peripherie, wachsender sozialer Ungleichheiten und ökologischer Krisen wuchs das Bedürfnis nach einer „neuen Weltordnung“, die Lösungsmöglichkeiten für Krisen versprach, die das herkömmliche diplomatische ad hoc Krisenmanagement nicht mehr zur Verfügung stellte, sondern eine Verstetigung und Institutionalisierung internationaler Kooperation verlangte, die in der UN-Charta an vielen Stellen eingefordert wird.

Seit Jahren wird auf unzähligen Konferenzen über die tiefgreifenden Strukturveränderungen in der Welt-Gesellschaft gesprochen. Es gelten Veränderungen der policies (Politikfelder, Problemstellungen, Inhalte), der politics (Institutionen, Akteure, Strukturen), und der politics (Handlungsformen, Prozesse, Konflikte) zu beschreiben. Die Diskussion um Global Governance erreichte eine neue Dimension Anfang der 1990er Jahre.<sup>231</sup>

Einen erheblichen Teil des gegenwärtigen Weltordnungsdiskurses macht die Frage aus, ob über zwischenstaatliche Politik hinaus verbindliche Regelungen geschaffen werden können und müssen die die nationale Souveränität im globalen Interesse relativieren und gleichzeitig die Fähigkeit zur Steuerung grenzüberschreitender Probleme zurückgewinnen. Wie dies zu erreichen ist, wird in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert.<sup>232</sup>

Wie aber soll Politik auf globaler Ebene organisiert werden, wenn eine Weltregierung weder wahrscheinlich noch wünschenswert ist? Das Global Governance- Konzept geht davon aus, dass modernes Regieren möglichst umfassend legitimiert sein muss, um erfolgreich sein zu können. Umgekehrt gilt aber auch, dass auf Dauer nur erfolgreiches Regieren als legitim anerkannt wird jedoch erfolgreiches Regieren angesichts von Globalisierungsprozessen immer schwieriger.<sup>233</sup>

---

<sup>230</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive. In: Institut für Entwicklung und Frieden( Hrsg.), Heft 67/2003, S. 3.

<sup>231</sup> Vgl. Brand, Ulrich u. a.: Global Governance, a. a. O., S.23ff.

<sup>232</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Global Governance. In: Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität , Baden-Baden 2000, S. 301-317.

<sup>233</sup> Brozus, Lars/ Zürn, Michael: Regieren im Weltmaßstab, a. a. O., S. 60f.

Die Nationalstaaten sind –wie an verschiedenen Stellen dieser Dissertation gesagt wurde- auf die Herausforderungen der Globalisierung bisher nicht oder nur ansatzweise vorbereitet. Die Instrumente der traditionellen Außenpolitik erweisen sich als unzureichend zur Lösung globaler Probleme. Die Politik tut immer noch so, als könnten die Probleme von morgen mit den nationalstaatlichen Politikmodellen von gestern gelöst werden. Die Frage der Regierbarkeit ist im Zeitalter der Globalisierung so zum zentralen Problem der Welt geworden. Dabei geht es nicht nur um eine zunehmende Erosion nationalstaatlicher Steuerungsfähigkeit, sondern auch um eine „Misere der Politik“, die demokratischen Staaten die Legitimation zu entziehen droht. Wenn der Nationalstaat viele drängende Probleme nicht mehr im Alleingang lösen kann, müsste er selbst aus aufgeklärtem Eigeninteresse nach einem Ordnungsmodell<sup>234</sup> suchen, das ihm Handlungskompetenz zurückgewinnen verspricht. Dieser Versuch zur Bewältigung globaler Herausforderungen heißt Global Governance. Deshalb soll dieser Versuch als Teil eines gesellschaftlichen Prozesses betrachtet werden.

Der Prozess bzw. das Konzept von Global Governance wird im folgenden Kapitel meiner Dissertationsarbeit erläutert. Zuerst erfolgt eine Definition des Begriffes, anschließend werden die Gründe für eine Auseinandersetzung mit dem Thema aufgezeigt. Danach erfolgt eine Beschreibung der Akteure, welche sich mit Global Governance auseinandersetzen. Auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Konzeptionen sind aufzuzeigen.

In den darauf folgenden Abschnitten wird dann auf die Blockaden von Global Governance eingegangen. Danach wird Kritik am Konzept Global Governance gezogen. Schließlich erfolgt ein Fazit.

Dieses Kapitel bietet einen Überblick über das Global Governance- Konzept, um dann eine kritische Würdigung vorzunehmen.

Für die Bearbeitung dieses Konzeptes wurde hauptsächlich die von dem Institut für Entwicklung und Frieden (Universität Duisburg) und der Stiftung für Entwicklung und Frieden für Messner/ Nuscheler veröffentlichte Literatur benutzt. Hier sind auch

---

<sup>234</sup> Dieses Ordnungsmodell muss sich auf die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und auf Mehr an Multilateralismus und globalem Denken, bei dem staatliche und nichtstaatliche Akteure auf verschiedenen Ebenen neuartig zusammenarbeiten, beziehen. „Nicht nur hierarchisches Regieren durch Staaten, sondern auch horizontales Regieren mit Staaten als gleichberechtigten Partnern oder gar Regieren ohne Staaten möglichst ist.“ Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates, a. a. O., S. 25.

kritische Schriften zum Beispiel von Brand, Brunnengräber, Schrader, Stock und Wahl benutzt worden.

#### **4.1.1 Begriff**

##### **4.1.1.1 Was Global Governance nicht ist**

Oft wird der Begriff Global Governance in der Diskussion über die aktuelle und zukünftige Weltpolitik als Phase gebraucht, ohne dass erörtert wird, was unter dem Begriff zu verstehen ist. Während Global Governance von den einzelnen Gruppen<sup>235</sup> sehr unterschiedlich definiert wird, besteht weitgehend Einigkeit darüber, was damit nicht gemeint ist.

Zunächst einmal bedeutet Global Governance nicht Global Government<sup>236</sup>, denn eine zentrale Weltregierung wird weder angestrebt, noch zählt man sie für realistisch.<sup>237</sup>

Das Hauptproblem wäre, dass es diese hierarchische Weltregierung (Weltstaat) an demokratische Legitimierung einer bürokratischen Superbehörde, die diesen Staat regieren müsste, fehlen. Eine Weltregierung, zum Beispiel im Rahmen der Vereinten Nationen in New York, stellt aber sowohl aus normativen als auch aus praktischen Erwägungen keine befriedigend Lösung dar. Alle Probleme, die bereits im nationalstaatlichen Rahmen aus der Entfernung aus Regierung und Regierten entstehen, würden sich auf globaler Ebene noch vervielfältigen. Denn für modernes Regieren notwendigen Legitimationsnachweis kann eine Weltregierung daher nur unzureichend erbringen. Aber auch unter Effektivitätsgesichtspunkten müssen Zweifel an einer solchen Lösung angemeldet werden: In dem Maße, in dem die demokratische Legitimation durch zunehmende Distanz zwischen den Regierenden und Regierten abstrakter wird, nimmt tendenziell die Folgebereitschaft letzter ab. Im gleichen Maße steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Politik einer Weltregierung ihre Ziele verfehlt, weil sie von den Regierten nicht akzeptiert wird. New York mag ein

---

<sup>235</sup> Mit den einzelnen Gruppen sind hier die Institutionen und Personen gemeint, die sich mit dem Problem Global Governance beschäftigen. Sie werden unter dem Unterkapitel „Akteure der Global Governance“ näher erläutert.

<sup>236</sup> Mehr dazu siehe das von James N. Rosenau und Ernst-Otto Czempiel im Jahre 1992 veröffentlichte Buch mit dem Titel „Governance without Government“. Darauf wird noch bei der Bearbeitung der Akteure der Global Governance eingegangen.

<sup>237</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn 1996. In: Stiftung für Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Policy Paper 2, S.4.

wichtiger Ort internationaler Politik sein, aber es wird nicht das Zentrum der Weltpolitik werden.<sup>238</sup>

Viel mehr wird hier deshalb ein föderatives System mit ein Minimum an Zentralstaatlichkeit gefordert, in dem den Nationalstaaten weiterhin eine wichtige Rolle zukommt. Diese Weltförderung baut auf der internationalen Zusammenarbeit, Koordination und kollektiven Entscheidungsbildung der verschiedenen Politikebenen (lokal, national, international) auf.

Des Weiteren wird Global Governance oft als Weltinnenpolitik bezeichnet. Auch dieser Begriff ist problematisch, denn er setzt einen Weltstaat und die damit unterstellte politische Einheit voraus.<sup>239</sup> Einige Institutionen, wie zum Beispiel in Deutschland die Stiftung für Entwicklung und Frieden (SEF), distanzieren sich auch vom Begriff Weltordnungspolitik. Dieser zielt zwar in die richtige Richtung, so die Stiftung, ist aber auch problematisch, da der ehemalige US-Präsident der USA Bush nach dem Zweiten Golfkrieg (1991) das Konzept einer „neuen Weltordnung“ auf der weltweiten Herrschaft des Rechts und universellen Geltung der Menschenrechte aufbaute, propagierte. Es handelt sich bei dieser „neuen Weltordnung“ zwar nur um ein „Vision thing“<sup>240</sup>, der Grundgedanke stellvertretend für viele andere Szenarien ist jedoch derselbe: Der Versuch, eine neue Ordnung für das Zusammenleben der Staaten zu etablieren und ein Vakuum oder gar Chaos zu umgehen. Der Sohn des ehemaligen US-Präsidenten und jetzige Präsident der USA Bush setzte sich im Krieg gegen Saddam Hussein und im Krieg gegen den Terror nicht nur über das in der Charta verankerte Gewaltverbot, sondern auch über Rechtsprinzipien hinweg, die tief in der us-amerikanischen Rechts- und Verfassungstradition verwurzelt sind. Das Trauma des 11. September 2001 und die Erfahrung der Verwundbarkeit erleichterten das Durchbrechen von bisher respektierten Schranken. Zu diesem eher hegemonialen Prinzip der US-Regierung<sup>241</sup> bildet Global Governance jedoch einen

---

<sup>238</sup> Vgl. Brozus, Lars/ Zürn, Michael: Globalisierung- Herausforderungen des Regierens, a. a. O., S. 63f.

<sup>239</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Global Governance. In: Policy Paper 2, a. a. O., S. 4.

<sup>240</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang Hippler, Jochen: Die neue Weltordnung. Hamburg 1991, S. 139. Dass es sich hier eigentlich um einen Denkanstoß oder eine Art Slogan handelte, der auch anderen Präsidenten in ihrer Amtsperiode eingegeben wurde- Jimmy Carter und der Kreuzzug für die Menschenrechte sowie Ronald Reagan und sein antikommunistischer Kreuzzug- nimmt den Zielen der Regierung Bush nichts von ihrer Bedeutung. Die Eckpfeiler der „Neuen Weltordnung“ sollten Frieden, Freiheit, Demokratie und Geltung des Völkerrechts lauten.

<sup>241</sup> Darauf wird noch in diesem Kapitel eingegangen.

starken Kontrast, denn die Gleichschaltung von Wirtschafts- und Politikmodellen ist nicht gewollt.<sup>242</sup>

Des Weiteren bedeutet Global Governance nicht Strukturanpassungspolitik, welche man am Beispiel von Weltbank, IWF und WTO als Interventionspolitik betrachtet. Außerdem soll Global Governance mehr als nur die Setzung von Regeln und Rahmenbedingungen darstellen. Kooperative Formen der Entscheidungsfindung sowie die Prozesshaftigkeit der Politik unterscheiden es von bloßer Ordnungspolitik.<sup>243</sup>

Global Governance meint demnach weder die hierarchische Steuerung der Welt-Gesellschaft durch eine Weltregierung noch einfach die Summe der Aktivitäten von Nationalstaaten. Sie erfordert zwar die Stärkung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, erschöpft sich aber nicht in einem Mehr an Multilateralismus und einer globalen orientierten Außenpolitik, sie meint vielmehr das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen Ebene.

#### **4.1.1.2 Was ist Global Governance?**

Die Commission on Global Governance definiert den Begriff wie folgt:

„Ordnungspolitik bzw. Global Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden. ... Auf globaler Ebene hat man unter Ordnungspolitik bisher vorwiegend das System der zwischenstaatlichen Beziehungen verstanden, doch heute müssen auch Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen, Multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt miteinbezogen werden. Mit diesen Gruppen und Institutionen interagieren globale Massenmedien, deren Einfluss dramatisch gewachsen ist. ... Es gibt weder ein einziges Modell oder eine

---

<sup>242</sup> Auf den Begriff der „Neuen Weltordnung“ wird noch im Unterkapitel 5.2 eingegangen.

<sup>243</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Global Governance. In Policy Paper 2, a. a. O., S. 4.

einzigste Form der Weltordnungspolitik, noch existiert eine einzige Ordnungsstruktur oder eine Gruppe solcher Strukturen. Es handelt sich um einen breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozess interaktiver Entscheidungsfindung, der sich ständig weiterentwickelt und sich ändernden Bedingungen anpasst. ... Angesichts des systematischen Charakters der Probleme (des menschlichen Überlebens) ist die Ordnungspolitik zu deren Behandlung ebenfalls von systematischen Ansätzen abhängig. Eine wirksame globale Entscheidungsfindung muss daher auf lokal, national und regional getroffenen Entscheidungen aufbauen und diese ihrerseits beeinflussen und muss auf die Fähigkeit und Ressourcen unterschiedlicher Menschen und Institutionen auf vielen Ebenen zurückgreifen.“<sup>244</sup>

Die Stiftung Entwicklung und Frieden begrenzt die Definition auf drei Punkte. Global Governance bedeutet erstens die Neudefinition von Souveränität, denn diese wird durch die Prozesse der Globalisierung untergraben. Deshalb wird verlangt, dass Handlungskompetenzen auf lokale, regionale und globale Organisationen zur Lösung von Problemen übertragen werden. Solche Probleme kann der Nationalstaat nicht mehr allein lösen, was trotzdem nicht heißen soll, dass er abgeschafft wird. Zweitens bedeutet Global Governance die Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit. Dafür sollen verbindliche Kooperationsregeln geschaffen werden, was langfristig zu einer Verrechtlichung führt. Dabei müssen internationale Regime und Organisationen wichtige Beiträge leisten, damit gemeinsame Lösungsstrategien erarbeitet werden können. Außerdem soll eine Antwort auf das Problem der zur wirksamen Umsetzung von Politik notwendigen Kontroll- und Implementierungsverfahren gefunden werden. Drittens steht Global Governance für eine sich am Weltgemeinwohl orientierende Außenpolitik. Dies bedeutet, dass sich die Menschen einem gemeinsamen Überlebensinteresse bewusst werden sollen, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Wechselwirkung zwischen Demokratie und der Problemlösungsfähigkeit besteht. Das gilt auch im internationalen Rahmen, denn Demokratisierung, der Abbau von Ungleichheiten, sowie wirtschaftliche Verflechtung verbessern die zwischenstaatlichen Beziehungen.<sup>245</sup> Für Messner und Nuscheler schließlich geht Global Governance nicht nur Staaten und Regierungen, sondern auch private Akteursgruppen wie Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Individuen an.

---

<sup>244</sup> Commission on Global Governance: Our Global Neighbourhood. (Deutsche Übersetzung: Stiftung für Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik (CGG), Bonn 1995, S. 4f), zit. nach Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Ebd., S.3.

<sup>245</sup> Vgl. Messner/ Dirk/ Nuscheler, Franz: Ebd., S. 4f.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass Global Governance nicht eine angepasste Außenpolitik, sondern ein neues Verständnis von Souveränität bedeuten soll. Die Nationalstaaten sind nicht mehr die einzigen Akteure der internationalen Politik, bilden aber eine unverzichtbare Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Handlungsebenen. Dabei wird ihnen zur gemeinsamen Bearbeitung globaler Probleme ein Souveränitätsverzicht abverlangt.

#### **4.1.1.3 Warum Global Governance?**

Die Gründe, welche eine Global Governance nötig machen, sind vielfältig, können aber in einem Wort zusammengefasst werden: Globalisierung. Die Stiftung Entwicklung und Frieden begründet die Erforderlichkeit einer Global Governance mit gewissen Trends und Dimensionen der Globalisierung. Diese benennt sie in sechs Punkten: Erstens werden wir im 21. Jahrhundert mit den „größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen seit der industriellen Revolution“<sup>246</sup> konfrontiert. Die Globalisierung engt den Handlungsspielraum des Nationalstaates ein. Durch Fortschritt bei Wirtschaft und Technik ändern sich Handel, Arbeits- und Umweltbedingungen, Sozialsysteme, Lebenswelten, und somit ganze Gesellschaftsformationen. „Die Vermehrung und Verdichtung grenzüberschreitender Interaktionen haben alle Staaten und Gesellschaften in ein System wechselseitiger Abhängigkeiten verwickelt.“<sup>247</sup> Zweitens nimmt die Bedeutung des Welthandels immer mehr zu. Multinationale Unternehmen orientieren sich an globalen Strategien, ihre Finanzkraft wird immer größer und übersteigt zum Teil die kleinerer Staaten. Eine Finanzwelt, in der täglich mehrere Milliarden Dollar gehandelt werden, existiert bereits.<sup>248</sup> Drittens wird die Globalisierung von Fragmentierungsprozessen begleitet, d.h. ganze Regionen werden wirtschaftlich und gesellschaftlich marginalisiert. Dies gilt zum Beispiel für Afrika, wo ganze Länder durch Hilfeleistungen zwar passiv an der Weltgesellschaft teilhaben, jedoch immer mehr verarmen. Doch auch in den reichen Industrieländern zeichnen sich soziale Marginalisierungsprozesse ab. Durch Konkurrenzdruck aus Billiglohnländern werden Sozialleistungen und Arbeitsschutzregelungen abgebaut, wodurch die Zahl der armen Arbeitenden sowie der Arbeitslosen steigt.

---

<sup>246</sup> Ebd., S. 2.

<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> Mehr dazu siehe hier die ökonomische Globalisierung.

Viertens bedroht die Dynamik der Weltwirtschaft zunehmend die nationale Wirtschaftspolitik. Sie kann auf Volatilitäten der internationalen Finanzmärkte nicht angemessen reagieren und droht hilflos zu werden. Ein anderes Beispiel wäre die zunehmende Abhängigkeit der Wirtschaft vom Öl. Die Krise der siebziger Jahre und auch die aktuellen Ereignisse zeigen, dass im Kampf um das „schwarze Gold“ neue Konflikte entstehen. Fünftens gehen mit der Globalisierung und Internationalisierung von Wirtschafts-, Kommunikations- und Transportsystemen auch Fehlentwicklungen wie Armut, Kriminalität und Umweltzerstörung einher. Auf diese Probleme kann der Nationalstaat nicht allein reagieren, da sie oftmals grenzüberschreitend sind. Des Weiteren verursachen Armut, Krieg und Unterdrückung Emigrationsbewegungen, die in den Zielstaaten als Bedrohung wahrgenommen werden. Aus diesen Risiken ergeben sich allerdings auch gemeinsame Interessen an Sicherheit, meist aber nur bei den gleichermaßen betroffenen Gesellschaften. Sechstens schließlich ändert sich die bisherige „Weltkultur der Nationalstaaten“<sup>249</sup>. Es sind wichtige Akteursgruppen entstanden, die weitreichende Auswirkungen auf die internationale Staatenwelt haben. Zum einen existiert eine mächtige Wirtschaftswelt aus global handelnden transnationalen Unternehmen. Zum anderen hat sich gerade in den letzten Jahren zunehmend eine vernetzte Medienwelt gebildet. Dazu gehört auch die sog. „Internet-Welt“, in der zwar Zensurmaßnahmen autoritärer Regime unterlaufen werden können, welche aber auch neue Risiken entstehen lässt. Die Ausbreitung von Kriminalität im Internet erfordert neue Gestaltungs- und Regulierungsaufgaben. Des Weiteren entstanden und entstehen zunehmend vernetzte Nichtregierungsorganisationen, welche zum Teil Beobachterstatus bei den Vereinten Staaten (UN) haben und sogar an Weltkonferenzen teilnehmen. Sie bilden den Organisationskern der internationalen Zivilgesellschaft, woraus sich in Zukunft eine Weltgesellschaft entwickeln soll. Aus diesen Trends und Dimensionen der Globalisierung ergeben sich gewisse Handlungsdefizite der Staatenwelt. Zum einen sind die Nationalstaaten auf die Herausforderungen und Probleme der Globalisierung nicht genügend vorbereitet. Die traditionelle Außenpolitik ist zur Lösung globaler Aufgaben unzureichend, trotzdem wird sie von den Staaten fortgeführt. Auch die bisher praktizierten Ordnungsmodelle erweisen sich als überfordert. Sie können den Herausforderungen der Globalisierung nicht mehr gerecht werden. Diesen Tatsachen sind sich die meisten Staaten bewusst, trotzdem

---

<sup>249</sup> Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Global Governance, Ebd.

erfolgt keine Diskussion über die Ausgestaltung neuer Steuerungsmodelle. Somit ist die Frage der Regierbarkeit zum zentralen Problem der Welt geworden. Die Enquete-Kommission benennt in ihrem Schlussbericht weitere Herausforderungen, die sich durch Globalisierung verschärfen können. Dies sind zum Beispiel der Schutz des Klimas und der Ozonschicht sowie die Bewahrung der biologischen Vielfalt. Hinzu kommen globale Interdependenzen und die schon erwähnten Zusammenhänge zwischen Weltwirtschaft, Armut und Migration. Die Kommission benennt international zu schützende globale öffentliche Güter, sog. „Global public goods“<sup>250</sup>, zu denen nicht nur Klima und biologische Artenvielfalt, sondern u.a. auch Frieden und Stabilität gehören. Dem gegenüber stehen die „public bads“, wie zum Beispiel die aus der ungleichen Entwicklung resultierende Armut, oder die Einschränkung staatlicher Souveränität.<sup>251</sup> Des Weiteren wird eine „globale Verantwortungsethik“ gefordert, da die Mehrzahl der Länder nicht über die finanziellen Mittel verfügt, um die Probleme der Globalisierung abzuwehren. „Insgesamt lässt sich festhalten, dass es sowohl gemeinsame - wie auch divergierende - Interessen an einer erfolgreichen Lösung bestimmter Probleme (...) gibt. [Dies] motiviert heute – wie auch schon vor dem Globalisierungsschub der 90er Jahre – die Überlegung zur Schaffung und Gestaltung einer Global Governance.“<sup>252</sup>

## **4.1.2 Akteure der Global Governance**

### **4.1.2.1 Commission on Global Governance**

Die Commission on Global Governance (CGG) wurde 1992 auf Initiative von Willy Brandt als Arbeitsforum unter dem Dach der Vereinten Nationen (UN) gegründet. Sie erhielt den Auftrag, Visionen für eine zukünftige internationale Politik zu erarbeiten. Sie folgt der „Stockholm-Initiative“ (Aufforderung, Global Governance in politischen Mittelpunkt zu rücken) des Jahres 1991<sup>253</sup> und setzte sich aus 28 Experten der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, sowie der Südkommission, zusammen.

---

<sup>250</sup> Diese Güter erkennt man zum Beispiel daran, dass die Nichtrivalität im Konsum überwiegt, und dass der Nutzen allen zu gute kommt, bzw. der Mangel allen schadet. Die Globalität wird durch die Reichweite der Güter bestimmt.

<sup>251</sup> Vgl. Enquete-Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft- Herausforderungen und Antworten. Zwischenbericht 2002, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9200, 2002, S. 416ff.

<sup>252</sup> Ebd., S.417.

<sup>253</sup> Stiftung für Entwicklung und Frieden( Hrsg.): Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik( CGG), a. a. O., S. 395.

1995 gab die CGG „Our Global Neighbourhood“ heraus. Der Bericht gilt als Versuch der Formulierung einer Agenda zukünftiger Weltpolitik. Er wurde noch im selben Jahr von der Stiftung Entwicklung und Frieden und deren Mitgliedern beispielsweise Dieter Senghaas oder Franz Nuscheler unter dem Titel „Nachbarn in einer Welt“ übersetzt und herausgegeben. Er ist nicht als analytischer Diskurs zu verstehen, dennoch beinhaltet er viele Argumentationsmuster, die auch im wissenschaftlichen Diskurs eine tragende Rolle spielen.

Im ersten Abschnitt „Eine neue Welt“ wird zunächst der Begriff Weltordnungspolitik bzw. Global Governance (Siehe oben den Unterkapitel 4.1.1.2) definiert. Der Bericht kann als eine Art sozialdemokratisch zivilgesellschaftlich orientierter Gegenentwurf zur hegemonialen Vorstellung einer neuen Weltordnungspolitik der USA verstanden werden<sup>254</sup>, denn „wir brauchen dringend eine Führung, die alle Länder und Menschen der Erde und nicht nur die mächtigsten vertritt“.<sup>255</sup>

Hauptaussage ist, dass die derzeitigen internationalen Organisationen und die Nationalstaaten den Globalisierungsherausforderungen nicht gewachsen sind. Daher sind weitreichende Kooperationsstrukturen auf allen Ebenen und eine umfassende Reform des internationalen Systems notwendige Bedingungen einer neuen Weltordnung. „Die Länder müssen zunehmend akzeptieren, dass auf einigen Gebieten die Souveränität kollektiv ausgeübt werden muss“.<sup>256</sup> Das Hauptaugenmerk richtet sich vor allem auf die Umstrukturierung der internationalen Organisationen, im Mittelpunkt steht das UN-System. So setzt sich das gesamte Kapitel 5 mit der Reform der Vereinten Nationen auseinander, in erster Linie mit den Governance-Strukturen.<sup>257</sup> Auch das Kapitel 3 mit Vorschlägen zur Förderung der Sicherheit, z.B. drei allgemeinen Lehren des Krisenmanagements, baut vorrangig auf Umbau des UN-Systems auf.

Es werden zwar auch Reformen der WTO zum Beispiel die Einrichtung einer Aufsichtsbehörde zur Stärkung des globalen Wettbewerbs oder des IWF und der Weltbank angesprochen, die aber hinter den Vereinten Nationen nur einen nachgeordneten Rang einnehmen.<sup>258</sup> Weiterhin beschäftigt sich die Kommission mit der Schaffung weltweiter Rechtsstaatlichkeit, wobei es hauptsächlich um die

---

<sup>254</sup> Vgl. Rode, Reinhard: Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen. Halle 2001, S. 8f.

<sup>255</sup> Stiftung für Entwicklung und Frieden( Hrsg.): Ebd., S. 45.

<sup>256</sup> Ebd., S. 75.

<sup>257</sup> Vgl. Ebd., S. 332ff.

<sup>258</sup> Vgl. Ebd. Zum Beispiel Kapitel 4, S. 246f.

Neugestaltung des Internationalen Gerichtshofs geht.<sup>259</sup> Das Hauptproblem dieser Publikation besteht darin, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen wenig konkret ist, keine Globalisierungsprobleme oder deren Verursacher explizit genannt werden. Da der Bericht im Rahmen der UN entstanden ist, kann er als „Kompromisspapier“ betrachtet werden.<sup>260</sup>

Schließlich soll hier das bereits 1995 von der CGG. Veröffentlichte Modell der „Nachbarschaftsdemokratie“ erwähnt.<sup>261</sup> Das Modell basiert auf einer Reform der UNO und konstatiert gleichzeitig den zunehmenden Einfluss regionaler Formen wie der EU oder der GATT. An die UN-Vollversammlung soll eine Völkerversammlung und ein Forum der globalen Zivilgesellschaft angebunden werden. Gruppen und Individuen erhielten ein Petitionsrecht an den Petitionsrat, der die Anträge an die Vollversammlung weiterleitet. Die UNO soll damit bürgernäher werden und einen Ausgleich zwischen der Staatssouveränität schaffen. Ein globaler wirtschaftlicher Sicherheitsrat müsse zusätzlich zur Weltbank, WTO und IWF die Märkte kontrollieren.

#### **4.1.2.2 Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) sowie Stiftung für Entwicklung und Frieden (SEF)**

Das Institut für Entwicklung und Frieden wurde 1990 als Kooperationsvertrag zwischen der Stiftung Entwicklung und Frieden und der Universität Duisburg gegründet. Der wissenschaftliche Geschäftsführer Dr. Dirk Messner ist zunehmend staatsfixiert und als oberste Prämisse sieht er die Schaffung eines neuen Bretton-Wood-Systems. Der Direktor des Instituts Prof. Dr. Franz Nuscheler konzentriert sich auf die Akteursebene. Sein Politikmodell der Zukunft basiert auf dem netzartigen Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure.<sup>262</sup>

Der zentrale Text der Einrichtung ist das Policy Paper 2 „Global Governance Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.“ Für die beiden Organisationen besteht die Ausgangsproblematik im Verlust an staatlicher Steuerungsfähigkeit und dem Bedeutungsverlust der Entwicklungspolitik. Während von der Commission on Global Governance die Notwendigkeit der

---

<sup>259</sup> Vgl. Ebd., Kapitel 6, S. 367.

<sup>260</sup> Vgl. Brand, Ulrich, u.a.: Global Governance, a. a. O., S. 32.

<sup>261</sup> Vgl. Commission on Global Governance: Our Global Neighbourhood, a. a. O., S. 43.

<sup>262</sup> Vgl. Ebd., S. 37.

aufgeklärten politischen Führung besonders betont wird, stehen die INEF/SEF die Neugestaltung von Staatlichkeit, sowie die Neudefinition von Souveränität im Vordergrund. Staaten, die Zivilgesellschaft, regionale Zusammenschlüsse, aber auch internationale Organisationen sind dabei die zentralen Akteure. Die beiden Organisationen stellen die wissenschaftliche und strategische Variante von Global Governance dar.<sup>263</sup>

#### **4.1.2.3 Gruppe von Lissabon**

Die Gruppe von Lissabon geht auf ein Treffen von 19 Persönlichkeiten aus Westeuropa, Japan und Nordamerika zurück, welche sich 1992 in der portugiesischen Hauptstadt trafen. Der Titel des 1995 ausgearbeiteten zentralen Dokuments lautet „Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die Zukunft der Menschheit.“ Einleitend geht es um den Beginn einer neuen Ära des Wettbewerbs und Probleme die durch Globalisierungstendenzen entstehen. In den zwei nachfolgenden Kapiteln werden die Entstehung der globalen Welt und die neue globale Wettbewerbswelt thematisiert.<sup>264</sup> Die Kapitel 3 und 4 interessieren in erster Linie bei der Auseinandersetzung mit Global Governance, denn hier werden dazu die Hauptaussagen getroffen. Im dritten Kapitel werden zehn grundlegende Annahmen getroffen, um Entwicklungen in den nächsten zwanzig Jahren zu beschreiben, um darauf aufbauend mögliche Szenarien zu entwerfen und die Achsen zukünftiger Weltkonfiguration zu bestimmen.<sup>265</sup>

Das letzte Kapitel des Buches „Wege zur globalen Steuerung“ definiert Ziele.<sup>266</sup> Eine effiziente Weltwirtschaft, universelle soziale Gerechtigkeit, echte kulturelle Vielfalt und Freiheit, avancierte Formen der Demokratie, werden als grundlegend erachtet, um dann einen möglichen Weg zu skizzieren, diese Ziele in Zukunft zu verwirklichen. Im ersten Schritt werden mit Effizienz, Verantwortung, Relevanz und Toleranz, vier Prinzipien zur Realisierung des gemeinsamen Projekts, aufgestellt. Um im zweiten Schritt, in Anlehnung an Vertragstheoretiker wie Rousseau oder Locke, einen „globalen Vertrag“ zu formulieren. Die vier globalen Teilverträge sind ein Grundbedürfnisvertrag, der soziale Ungleichheiten beseitigen soll, ein

---

<sup>263</sup> Vgl. dazu die Webseite des Institutes: [www.inef.uni-duisburg.de](http://www.inef.uni-duisburg.de)

<sup>264</sup> Vgl. Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1997, S. 27ff.

<sup>265</sup> Vgl. Ebd. S., 117.126.

<sup>266</sup> Vgl. Ebd. S. 154.

Kulturabkommen zur Gewährleistung von Toleranz und einem interkulturellen Dialog, ein Demokratievertrag, der politisch globale Handlungsfähigkeit sichert. Der vierte Vertrag ist ein Umweltpakt, der Erdvertrag zur Durchsetzung der nachhaltigen Entwicklung, dessen Vorbild trotz seiner zahllosen Schwächen durchaus die Agenda 21 sein könnte.<sup>267</sup>

Nordamerika, Japan und Westeuropa werden durch den Pakt der kooperativen globalen Steuerung verpflichtet, die vier Abkommen auszuarbeiten und die Mittel und Wege zu finden, diese dann in die Praxis umzusetzen. Nach Ansicht der Gruppe von Lissabon kann nur dieser Triade d.h. den mächtigsten Ländern eine Lösung gegenwärtiger und zukünftiger Weltprobleme gelingen, da sie über entsprechende finanzielle und materielle Ressourcen verfügen.<sup>268</sup> Doch Fragen, wer die Verträge konkret entwirft, sie unterzeichnen soll, ob zum Beispiel einer der Hauptakteure (globale Zivilgesellschaft, aufgeklärte Eliten, Städte) der zukünftigen globalen Steuerung, bleiben offen. Wie bei der Commission on Global Governance bleiben die Ausführungen, insbesondere was die konkreten Umsetzungsmechanismen betrifft, vage und gehen über normative Formulierungen nicht hinaus. Die Gruppe von Lissabon stellt die emphatische Variante von Global Governance dar.

#### **4.1.2.4 Rosenau und Czempiel's Analyse von Global Governance**

James Rosenau und Ernst Otto Czempiel leisteten mit ihrem Buch „Governance without Government: Order and Change in World Politics“ einen wichtigen Beitrag in der Global Governance Debatte. Sie definieren Global Governance folgendermaßen: *„Global Governance bezieht sich auf mehr als auf die formalen Institutionen und Organisationen, durch die das Management der internationalen Beziehungen aufrechterhalten wird oder auch nicht...Global Governance bedeutet Ordnungssysteme auf allen Ebenen menschlichen Handelns einzubeziehen - von der Familie bis zur internationalen Organisation - bei den die Verfolgung von Zielen durch die Ausübung von Kontrolle transnationale Auswirkungen hat.“*<sup>269</sup> Bei Rosenau und Czempiel kann nur Global Governance Ordnung in eine „turbulent world“ bringen. Ihnen geht es jedoch in erster Linie um eine analytische Unterscheidung der Begriffe Government, aus einer formellen mit polizeilicher Gewalt ausgestatteter Autorität

---

<sup>267</sup> Vgl. Ebd. S. 187f.

<sup>268</sup> Vgl. Brand, Ulrich, u. a.: Global Governance, a. a. O., S. 38f.

<sup>269</sup> Ebd. S. 30.

hervorgehend und Governance, das „system of rule“ ohne eine zentrale Durchsetzungsgewalt.<sup>270</sup> Es werden im Unterschied zur Commission on Global Governance oder dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) keine konkreten Handlungsanleitungen für eine zukünftige Weltordnungspolitik gegeben. Vielmehr werden reale Veränderungsprozesse des internationalen Systems abgebildet oder für die Zukunft wesentliche Prozesse und Akteure aufgezählt. Michael Zürn und sein Werk „Regieren jenseits des Nationalstaats“ ist die deutsche Antwort auf das „governance without government“ Konzept.

#### **4.1.2.5 Weitere Diskussionsbeiträge**

Viele weitere Organisationen und Institutionen diskutieren die Probleme der Globalisierung und den damit verbundenen Lösungsansatz der Global Governance. Dazu gehören zum Beispiel auch Einrichtungen wie die Weltbank oder der IWF, denen von vielen Seiten vorgeworfen wird, die globalen Probleme verschärft zu haben. Für sie stellen die Probleme in den Empfängerländern die Ausgangsproblematik dar, zum Beispiel Korruption, unzuverlässige Rechtssysteme und schlechtes Politikmanagement. Sozial- und völkerrechtlich orientierte Gruppen hingegen sehen eine Bedeutungszunahme internationaler Kooperationen und fordern legitime globale Steuerungsmechanismen.<sup>271</sup>

Schließlich ist noch die Enquete- Kommission zu erwähnen, welche dem Bundestag in ihrem Schlussbericht „Globalisierung der Weltwirtschaft“ verschiedene Empfehlungen gibt. Inhaltlich orientiert sich die Kommission weitgehend an der Commission on Global Governance.

#### **4.1.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Konzeptionen**

Alle hier erklärten Entwürfe betonen ein Auseinanderfallen zwischen ökonomischen, sozialen, ökologischen Globalisierungsprozessen und Formen (welt-) politischer Regulierung. Als Ursache konstatieren sie, dass der Neoliberalismus v.a. in den 1970er Jahren zu stark auf die Ökonomie und die Selbstregulierung der Märkte

---

<sup>270</sup> Czempiel, Ernst-Otto/ Rosenau, James: Governance without Government: Order and Change in world politics. Cambridge 1995, S. 4ff.

<sup>271</sup> Einen vergleichenden Überblick haben Beisheim, Marianna und Brunnengräber, Achim zusammengestellt. Beide sind Mitarbeiter der Enquete- Kommission( Deutscher Bundestag( Hrsg.): Schlussbericht der Enquete- Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft, S. 453ff.).

gesetzt hätte und dabei den politischen Veränderungsprozessen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Eine weitere Überschneidung lässt sich in den Ausführungen zum Punkt Weltethik feststellen, diese wird übereinstimmend als grundlegende Voraussetzung der Legitimierung zur Verwirklichung einer globalen Steuerung verstanden, diese Aussage steht klar im Gegensatz zu Samuel P. Huntingtons These von einem „clash of civilization“. Diese Weltethik würde sich zunächst auf einen gewissen Minimalkonsens grundsätzlicher Werte beschränken. Erste Ansätze dazu sind schon vorhanden, zum Beispiel das Engagement Kofi Annans, der eine Arbeitsgruppe wichtiger Persönlichkeiten gebildet hat, um die Grundlage eines zukünftigen Dialogs der Kulturen zu schaffen. Hier zeigt sich erneut, dass Global Governance nicht die Umsetzung bereits feststehender Ziele ist, sondern ein langer Prozess mit immer neu auszuhandelnden Aufgaben. In ihrem Schlussbericht zur Globalisierung stellt die Enquete- Kommission noch einmal fest, dass sie keine Empfehlungen für ein statisches Institutionsgefüge geben kann, sondern nur prinzipielle Überlegungen und Kriterien zu Inhalt und Form des „guten Regierens“ geben wird.<sup>272</sup>

Der Hauptunterschied der Konzeptionen besteht in der unterschiedlichen Gewichtung der Akteure und Prozesse in der zukünftigen Governance-Struktur. Während beispielsweise die Commission on Global Governance sich stark auf Möglichkeiten der Reformierung der UNO konzentriert, bildet beim Institut für Entwicklung und Frieden das UN-System nur einen Schauplatz in der grundlegenden Umgestaltung von Politik und Staatenwelt. Wogegen für die Gruppe von Lissabon die aufgeklärten Eliten die herausragenden Akteure darstellen. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass bestehende Institutionen umgestaltet und verbessert, sowie Ordnungsstrukturen in Form neuer Organisationen und Regime geschaffen werden müssen. Dabei wird vorausgesetzt, dass neben der Politikverlagerung nach unten gleichzeitig eine nach oben erfolgt, z.B. dadurch, dass Nationalstaaten Aufgaben und damit verbundene Verantwortung und Entscheidungen auf den lokalen Raum zurückübertragen, die Rolle bisheriger Akteure der Weltpolitik aufgewertet oder die Position neuer Akteure wie den Nichtregierungsorganisationen oder transnationalen Unternehmen gestärkt wird.

Bei Global Governance handelt es sich- wie erwähnt- um ein komplexes Konzept, das alle Dimensionen des Politischen (Polity, Policy, Politics) umfasst. Die empirisch-

---

<sup>272</sup> Vgl. Enquete- Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 419f.

analytische Variante von Global Governance, bei der es um ein präziseres Verständnis spezifischer Globalisierungsprozesse geht, hat bislang wenig Resonanz erfahren. Es überwiegen stattdessen die emphatische und politisch-strategischen Global Governance- Varianten, die als Bestandteil einer diskursiven Strategie angesehen werden müssen.<sup>273</sup>

Die Akteure von Global Governance sind sich selbst darüber im Klaren, dass ihre Konzeptionen oder Entwürfe angesichts von divergierenden Interessenkonstellationen und objektiven Problemlagen in weiten Teilen utopischen Charakter haben. Denn das Global Governance- Konzept erhebt den Anspruch auf eine tiefgreifende Umgestaltung der Welt.

Die pragmatisch orientierten Handlungsanleitungen der Global Governance- Konzeptionen wie zum Beispiel die Einrichtung einer Weltumweltbehörde oder eines neuen Bretton- Woods- Systems hingegen haben mittelfristig durchaus Chancen auf Realisierung. Diese steigern sich dadurch, dass in den vorgestellten Global Governance- Konzepten die dominante Stellung bisheriger weltpolitischer Akteure nicht in Frage gestellt wird. Statt dessen stehen vor allem Reformen zwecks erhöhter Effizienz und Legitimation im Vordergrund. Aber auch wenn sich einzelne Bestandteile der Governance- Konzepte realisieren lassen, ist noch nicht entschieden, ob es zu einem Paradigmenwechsel kommt.<sup>274</sup>

Schließlich soll hier gesagt werden, dass auf internationaler Ebene die unter dem Begriff Global Governance zusammengefassten Reformvorschläge seitens internationalen Institutionen wie OECD, WTO, IWF und andere auf verschiedenen Art und Weisen dieser Institutionen aufgenommen werden.

## **4.2 Blockaden von Global Governance**

### **4.2.1 Das Demokratieproblem von Global Governance**

Die Demokratie wurde innerhalb von Nationalstaaten erkämpft. Je mehr Entscheidungen im Globalisierungsprozess und bei der Herausbildung von multilateralen Entscheidungsprozessen auf internationale Ebenen verlagert werden, desto größer wird das Legitimations- und Demokratieproblem, weil gewählten

---

<sup>273</sup> Vgl. Brand, Ulrich, u. a. : Global Governance, a. a. O., S. 42. Auch dazu siehe hier die Gruppe von Lissabon.

<sup>274</sup> Vgl. Brand, Ulrich u. a.: Ebd. S. 43f.

Parlamenten autonome Entscheidungsbefugnisse entzogen werden.<sup>275</sup> Hier deutet sich eine zentrale Herausforderung beim Auf- und Ausbau von Global Governance an.

Je mehr die Lebensumstände eines jeden jedoch durch internationale Verflechtung (und inter- oder supranationale Institutionen) bestimmt werden, desto mehr entfernt sich die Politik von den Menschen und desto kleiner erscheint der Spielraum für demokratische Mit- und Selbstbestimmung. Auch wenn mittlerweile eine Vielzahl von NGOs international an Einfluss gewonnen hat und in der Lage ist, für ein Minimum an Transparenz zu sorgen, so genügen doch die Formen der internationalen Zusammenarbeit nicht den demokratischen Standards, die auf nationalstaatlicher Ebene selbstverständlich sind. Inter- und supranationale Organisationen werden zur Lösung immer wichtiger, stärken jedoch die Regierungen gegenüber der Gesellschaft, wenn nicht durch eine gezielte Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und stärkere parlamentarische Kontrolle gegengesteuert wird. Ob WTO, EU oder IWF: Entscheidungsfindungsprozesse in übernationalen Organisationen sind für gesellschaftliche Akteure oft intransparent und werden von Regierungen nicht selten instrumentalisiert, um unpopuläre Entscheidungen mit Verweis auf angebliche Sachzwänge auf übergeordneten Politikebenen durchzusetzen.

Die kritischen Stimmen, die in der Globalisierung eine systematische Gefährdung von Demokratie und Menschenrechten erkennen, sind nicht nur zahlreicher, sondern auch lautstärker, wie die Massendemonstrationen von Globalisierungsgegnern an verschiedenen Orten der Welt zeigten.

#### **4.2.1.1 Das Legitimationsproblem von Global Governance**

Legitimationstheorien fragen nach der Rechtfertigung von Herrschaft und nach der Berechtigung von Entscheidungsträgern auf verschiedenen politischen Handlungsebenen, verbindliche Entscheidungen zu treffen. Nach den universalgeschichtlichen Legitimationstheorien von Max Weber oder Dolf Sternberger kann sich politische Legitimität aus sehr unterschiedlichen Quellen speisen. Aber demokratische Legitimität hat spezifische und sich ergänzende Voraussetzungen. Erstens konstitutionell geregelte Verfahren zur Wahl und Abwahl von Regierenden, zweitens ihre Anerkennung durch die Bürgerinnen und Bürger (also den

---

<sup>275</sup> Mehr darauf wird noch im 5. Kapitel über „das Demokratie- Dilemma im Zeitalter der Globalisierung“ eingegangen.

sogenannten „Legitimationsglauben“), drittens die Fundierung des politisch-administrativen Systems in gesellschaftlich geteilten Grundnormen (also die „Anerkennungswürdigkeit“), viertens seine Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit (also die sogenannte Output-Legitimität).<sup>276</sup>

Den unterschiedlichen Varianten der Demokratietheorien – sei es die elitentheoretische oder plebiszitäre Variante – ist erstens gemein, dass sie ein Höchstmaß an Partizipationschancen im Willensbildungsprozess fordern, und sich zweitens bisher ausschließlich auf in Nationalstaaten organisierte politische Gemeinschaften bezogen. Durch den Aufbau von Global Governance-Strukturen soll die Gestaltungsfähigkeit der Politik gegenüber der unbändigen Eigendynamik von ökonomischen Globalisierungsprozessen gestärkt oder zurückgewonnen werden, und gleichzeitig die Reichweite politischer Regelwerke der sich tendenziell entgrenzenden Reichweite ökonomischer und sozialer Handlungszusammenhänge angepasst werden.

Jedoch entziehen sich die bereits bestehenden Ansätze zum „Regieren jenseits des Nationalstaates“ mittels internationaler Institutionen und Regelwerke bisher weitgehend demokratischer Partizipation und sogar dem Kontrollanspruch von gewählten Parlamenten. Auch der rechtfertigende Hinweis auf eine höhere Output-Legitimität bei der Bearbeitung grenzüberschreitender Probleme ist nicht hinreichend, um sich über demokratie-theoretische Postulate hinwegzusetzen.

Hier entsteht offensichtlich ein normativer Zielkonflikt, weil einerseits modernes Regieren im 21. Jahrhundert, das schon als „Zeitalter der Globalisierung“ gilt, nicht mehr so organisiert und legitimiert werden kann wie in der „Weltkultur der Nationalstaaten“ des 20. Jahrhunderts, andererseits auf internationaler Ebene die Anforderungen für ein demokratisch legitimes Regieren bisher weit weniger erfüllt sind und schwieriger erfüllt werden können als in demokratisch verfassten Nationalstaaten (allerdings auch hier nur in sehr unterschiedlichen Graden).<sup>277</sup>

Die Transnationalisierung von politischen Entscheidungsprozessen gerät mit zentralen Prämissen des traditionellen Politikverständnisses, in dem allein der Nationalstaat als territorial konstituierte Organisationseinheit für seine Staatsangehörigen verbindliche Entscheidungen treffen konnte, in Konflikt. Sie stellt

---

<sup>276</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive, a. a. O., S. 35ff.

<sup>277</sup> Vgl. Ebd.

sowohl die Theorien der internationalen Beziehungen als auch die Demokratie- und Legitimationstheorien vor neue Herausforderungen.<sup>278</sup>

Theoretiker von Global Governance sehen in der Herrschaft des Völkerrechts und in der Herausbildung von globaler Rechtstaatlichkeit Voraussetzungen für das Funktionieren einer multilateralen Kooperationskultur. Ihnen wurde aber von Kritikern vorgeworfen, bei der Fixierung auf die Problemlösungsfähigkeit des Multilateralismus die Macht- und Demokratiefrage zu unterschätzen oder gar zu ignorieren.<sup>279</sup> Dieses Problem gewinnt auch angesichts der durch den US-amerikanischen Unilateralismus verursachten Krise des Multilateralismus an Brisanz.<sup>280</sup>

Einerseits erzeugt die von unterschiedlichen Machtpotenzialen abhängige Fähigkeit von Nationalstaaten, durch autonomes Handeln die durch die Globalisierung verschärften Interdependenzprobleme zu lösen, ein Demokratieproblem aufgrund mangelnder Output-Legitimität. Auch Demokratien können sich nicht allein durch geregelte Wahlverfahren, sondern müssen sich auch durch ihre Problemlösungsfähigkeit, also durch effektives Regieren, legitimieren. Wenn sie internationale Institutionen errichten und Regelwerke aushandeln, um sich mit ihrer Hilfe bei der Bearbeitung grenzüberschreitender Probleme mehr Output-Legitimität zu verschaffen, taucht andererseits das von Jürgen Habermas und Karl Kaiser thematisierte Problem der demokratischen Input-Legitimität auf.<sup>281</sup>

#### **4.2.1.2 Der Mangel an Transparenz und Demokratie in den internationalen Organisationen**

Das strukturelle Demokratieproblem von Global Governance entsteht, je mehr internationale Institutionen Herrschaftsfunktionen wahrnehmen und je weniger sie demokratischer Kontrolle unterliegen und die von ihren Entscheidungen Betroffenen über Partizipationschancen verfügen. Wenn Repräsentanten mehr oder weniger demokratisch legitimer Regierungen internationale Regelwerke aushandeln und diese im fast track- Verfahren ratifiziert werden, das Parlamenten keinen Einfluss auf die Vertragsinhalte belässt, dann steht es nicht gut um die Transparenz als

---

<sup>278</sup> Vgl. Zimmer, A.: NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Ch./ Zimmer, A. (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen 2002, S. 10.

<sup>279</sup> Vgl. Brandt, Ulrich u. a.: Global Governance, a. a. O.

<sup>280</sup> Dazu siehe hier 4.2.2.

<sup>281</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive, a. a. O., S. 37.

Voraussetzung demokratischer Kontrolle und nimmt „die Diskrepanz zwischen den formalen Beteiligungsrechten der Bürger und ihren effektiven Einflusschancen“<sup>282</sup> immer weiter zu.

Ein weiteres Demokratieproblem entsteht durch das Machtgefälle innerhalb internationaler Organisationen. Schon im Jahre 1991 hatte der frühere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali in seiner „*Agenda for Democratization*“ eine Demokratisierung der oligarchisch organisierten internationalen Beziehungen sowie die weltweite Verankerung einer demokratischen Kultur innerhalb der Staaten angemahnt. Die Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates, die den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges eine Veto-Macht verschaffte und große Weltregionen in das zweite Glied abdrängte, und die Stimmenverteilung in den internationalen Finanzorganisationen belegen dieses Machtgefälle. Der *Human Development Report 2002* konstatierte erhebliche Demokratiedefizite im Gefüge der internationalen Organisationen und leitete aus ihnen die Beobachtung ab, dass in den weltpolitisch und weltwirtschaftlich marginalisierten Entwicklungsländern Frustrationen und politische Ohnmachtgefühle wachsen, die zum Nährboden des internationalen Terrorismus gehören.<sup>283</sup>

Je handlungsmächtiger die internationalen Organisationen (wie der IWF oder die WTO) in einzelnen Politikfelder sind, desto gravierender ist dieses Demokratie- und Legitimationsproblem – und desto problematischer ist auch ein Konzept von Global Governance, das möglichst viel Multilateralismus befürwortet, ohne seine Demokratisierung oder zumindest eine stärkere Transparenz und Kontrolle durch demokratisch legitimierte Institutionen (Parlamente) einzufordern. Die bislang existierenden Legitimationsketten sind zu lang, um internationale Bürokratien wirksam unter demokratische Kontrolle zu bringen.

#### **4.2.1.3 Problemlösungsangebote der politischen Theorie**

Politische Theoretiker gaben unterschiedliche Antworten auf die demokratiethoretischen Herausforderungen von Global Governance- Konzepten. Der politische Philosoph Otfried Höffe sieht die Rettung der „*Demokratie im Zeitalter*

---

<sup>282</sup> Grande, E.: Demokratische Legitimation und europäische Integration. In: Leviathan, vol. 24 (3), S. 339, zitiert nach Messner; Dirk/ Nuscheler, Franz: Ebd.

<sup>283</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar/ Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2004/ 2005, a. a. O., S. 38.

der Globalisierung“, anlehnend an Kants Vision einer „Föderation freier Republiken“, im Aufbau einer „*subsidiären und föderalen Weltrepublik*“. Er lehnt den „globalen Leviathan“ eines Weltstaats ab und fordert statt dessen einen föderal gegliederten Weltbundesstaat, der unteren Einheiten überlässt, was diese selbst zu leisten vermögen, und höheren regionalen und globalen Institutionen nur Kompetenzen überträgt, die sie zur Lösung grenzüberschreitender Probleme und zur Sicherung globaler öffentlicher Güter unbedingt brauchen. Aber auch der Philosoph hat keinen praktikablen Vorschlag, wie sich die föderalen Handlungsebenen jenseits der Nationalstaaten neben der Output-Legitimität von Problemlösungen auch eine Input-Legitimität durch demokratische Partizipation beschaffen können.<sup>284</sup>

Der britische Politologe David Held versuchte, der Erosion national-staatlicher demokratischer Strukturen durch die Wucht der Globalisierung mit dem Konzept einer „*kosmopolitischen Demokratie*“ zu begegnen, innerhalb derer transnationale Netzwerke von politischen und gesellschaftlichen Akteuren eine neuartige Macht- und Legitimationsbasis schaffen sollen.<sup>285</sup> Ähnlich forderte Michael Zürn zur Stärkung der Input-Legitimität des „Regierens jenseits des Nationalstaates“ die Bildung transparenter Entscheidungsnetzwerke und die Transformation des „*exekutiven Multilateralismus*“ zum „*sozial gestützten Multilateralismus*“, unter anderem durch die Einführung direkt-demokratischer Elemente und den Zugang von nicht-staatlichen Akteuren zu den multilateralen Entscheidungsnetzwerken.<sup>286</sup>

Unter dem exekutiven Multilateralismus soll ein Entscheidungsmodell verstanden werden, in dem Regierungsvertreter parlaments- und öffentlichkeitsfern ihre Politiken international koordinieren.<sup>287</sup>

Es gibt aber auch erhebliche Einwände gegen solche Konzepte einer „globalen Demokratie“, die sich auf demokratie-theoretische Argumente stützen. Zwar geht auch Fritz Scharpf davon aus, dass aufgrund der Globalisierung grenzüberschreitend koordinierte Problemlösungen zunehmend jenseits des Nationalstaats gesucht werden müssten, aber die demokratische Selbstbestimmung bleibe die einzig tragfähige Legitimationsbasis von Politik und könne auf absehbare Zeit nicht

---

<sup>284</sup> Dazu siehe Höffe, Otfried: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München 1999.

<sup>285</sup> Vgl. Held, David: *Democracy and the Global Order*, Cambridge 1995, auf die kosmopolitische Demokratie wird noch im 5. Kapitel eingegangen.

<sup>286</sup> Vgl. Zürn, Michael: *Global Governance in der Legitimationskrise?* In: Offe, Claus (Hrsg.): *Demokratisierung der Demokratie, Diagnosen und Reformvorschläge*, Campus- Verlag, Frankfurt/ New York 2003, S. 235f., auch dazu siehe Zürn, Michael: *Regieren jenseits des Nationalstaates*, a. a. O.

<sup>287</sup> Vgl. Zürn, Michael: *Global Governance in der Legitimationskrise?*, ebd., S. 235f.

oberhalb der Ebene des Nationalstaates hergestellt werden. Deshalb bleibe nur der Rückgriff auf zwischenstaatliche Verhandlungen. Weil aber auch sie kaum demokratischen Kontrollen unterliegen, müsse die transnationale Politikverflechtung auf das „absolut unerlässliche Maß“ beschränkt werden, wenn die Demokratie nicht in einem „immer dichteren Gestrüpp von interorganisatorischen, föderalen und transnationalen Verflechtungen“<sup>288</sup> ersticken soll. Es fragt sich nur, ob ein solches „absolut unerlässliche Maß“, wie es für den US-amerikanischen Unilateralismus typisch ist, zur effektiven Bearbeitung von Weltproblemen ausreicht. Die Staaten geben Autonomie nicht freiwillig ab, sondern nur unter einem Problemdruck, den sie nicht mehr allein bewältigen können.

Gleicht also die Suche nach einer Demokratisierung von Global Governance oder gar noch einer „globalen Demokratie“ einer Donquichotterie? Müssen wir uns wohl oder übel mit einem „exekutiven Multilateralismus“ abfinden, der zwar Problemlösungen zustande bringt, aber hehren demokratie-theoretischen Postulaten nicht genügen kann? Oder liegt die Lösung dort, wo sie Jürgen Habermas oder Ulrich Beck zu finden glaubten: Sie erwarten nicht von den Staaten, wie demokratisch sie auch immer organisiert sein mögen, sondern von weltweiten Bürgerbewegungen eine demokratische Neugestaltung der Welt.<sup>289</sup>

#### **4.2.1.4 NGOs als Säule einer Global Governance?**

NGOs besitzen zwar keine demokratische Legitimation und sind auch intern nicht immer demokratisch organisiert, aber sie erfüllen - dies ist eine noch zu vertiefende Hypothese - mit ihrem Engagement eine wichtige demokratische Funktion. Gerade im Hinblick auf internationale Verhandlungen, die in aller Regel von Diplomaten und Ministerialbürokraten hinter verschlossenen Türen geführt werden (auch auf den spektakulären Weltkonferenzen), besteht eine gravierende Transparenz- und Partizipationslücke. In diesem Vakuum können NGOs, die sich zunehmend professionalisiert und vom Habitus von „Gutmenschen“ verabschiedet haben, dazu beitragen, komplizierte und schwer durchschaubare Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse öffentlich und transparent zu machen.

---

<sup>288</sup> Scharpf, Fritz W.: Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen. In: Böhret, Carl/ Wewer, Götrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert. Opladen 1993, S. 181.

<sup>289</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar u. a. : Global Trends 2004 /2005, a. a. O., S. 39.

Im komplexen Mehrebenen- Institutionengefüge von Global Governance finden die NGOs, die ihnen - auch im eigenen Selbstverständnis- angemessene Rolle als *watch-dogs* und gelegentlich auch als *biting dogs* bei Monitoring, Information, Konsultation und kritischem Dialog. Sie tun dies wirksamer als parlamentarische Oppositionen, die häufig auf Informationen und Aktionen von NGOs reagieren. Sie wollen Entscheidungen beeinflussen, aber sollen, wollen und können keine demokratisch legitimierte Entscheidungen treffen.<sup>290</sup> In einzelnen Politikbereichen, besonders in der Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik, ist ihr Einfluss auf das Agenda-Setting, auch dank ihrer zunehmend transnationalen Vernetzung, so angewachsen, dass UN-Generalsekretär Kofi Annan in der Zeitschrift „*Global Governance*“ schon von einer „stillen Revolution“ hinter den Kulissen der Staatenwelt, die Präsidentin der einflussreichen *Carnegie Endowment for International Peace*, Jessica Mathews, in *Foreign Affairs* sogar von einem „*power shift*“ im Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft sprach.<sup>291</sup> Der Philosoph Jürgen Habermas erwartet nicht von den Staaten, wie demokratisch sie auch immer organisiert sein mögen, sondern von weltweiten Bürgerbewegungen eine demokratische Neugestaltung der Welt. Er aktualisierte also die ebenfalls von Kant angedachte Vision eines Weltbürgertums. Wesentlich skeptischer ist die Schlussfolgerung der Dissertation von Marianne Beisheim, die auch belegt, dass die Global Governance- Forschung inzwischen unter verschiedenen Fragestellungen vorangetrieben und empirisch vertieft wird:

„Interessengruppen sind weder per se ‚gut‘, noch garantiert ihr Einbezug in das Weltregieren automatisch die Demokratisierung von Global Governance. Dies gilt auch – und gerade – für die NGOs ... Sie haben nicht die globale Demokratie im Blick, sondern ihr ‚Eigen‘-Interesse an der Regelung bzw. Nichtregelung bestimmter Zusammenhänge. Dennoch birgt ihr Engagement erhebliches Demokratisierungspotential, gewissermaßen als Nebeneffekt. Dies gilt im nationalen wie im internationalen Raum. Anders als auf nationaler Ebene fehlen jedoch auf internationaler Ebene noch weitgehend die institutionellen Voraussetzungen dafür, dass dieses Potential auch entwickelt wird.“<sup>292</sup>

---

<sup>290</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive, a. a. O., S. 39, auch dazu Schlussbericht der Enquete- Kommission, a. a. O., S. 439ff.

<sup>291</sup> Vgl. Mathews, Jessica: The Power Shift. In: *Foreign Affairs*, Nr. 1, 1997, auch hier siehe Messner und Nuscheler: Ebd., S. 40.

<sup>292</sup> Beisheim, Marianne: Fit für Global Governance? Transnationale Interessengruppenaktivitäten als Demokratisierungspotential- am Beispiel Klimapolitik. Dissertation an der Universität Bremen 2002, S.

Die politische Gestaltung der Globalisierung durch Global Governance steht noch am Anfang. Dies gilt auch für das Nachdenken, wie eine Demokratisierung von Global Governance zur Gewährleistung demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten ausgestattet werden könnte und sollte. Die Demokratietheorie steht vor völlig neuen Herausforderungen, denen sie sich noch nicht hinreichend gestellt hat, weil sie auf den Nationalstaat fixiert war. Otfried Höffes Buch über die „Demokratie im Zeitalter der Globalisierung“ liefert interessante, aber noch keine hinreichenden Antworten. Die Aufwertung von Regionalorganisationen in einer „subsidiären und föderalen Weltrepublik“ ist eine Teillösung, entlastet globale Institutionen und stärkt antihegemoniale Gegengewichte, kann aber das Demokratieproblem in der Global Governance- Architektur noch nicht lösen.<sup>293</sup>

Der Bericht der Enquete-Kommission zur „Globalisierung der Weltwirtschaft“ empfahl als Schritte zur Demokratisierung von Global Governance erstens organisatorische Vorkehrungen für eine größere Transparenz von Verhandlungsprozessen und Entscheidungsverfahren in internationalen Organisationen durch die Einbindung von Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Akteuren, zweitens eine Umverteilung der Stimmengewichte in den internationalen Finanzorganisationen mit dem Ziel einer Nord-Süd-Parität, die in der *Global Environment Facility* (GEF) und Implementation des Ozon-Regimes bereits erfolgreich praktiziert wird. Der Tatbestand, dass es gegen diese Empfehlung und gegen Vorschläge zur Reform der internationalen Institutionenlandschaft bedenkenswerte Sondervoten aus dem Kreis der Parlamentarier und Sachverständigen gab, spricht dafür, dass es zur Frage, wie Global Governance demokratischen Imperativen genügen könnte, noch großen Forschungs- und Diskussionsbedarf gibt.

#### **4.2.2 Das Problem des Unilateralismus im internationalen System**

Das Politikkonzept von Global Governance wurde als Bearbeitungs- und Lösungsmechanismus für weltweite Probleme und deren regionale Ausprägungen und Auswirkungen entwickelt. Fragen wie die globale Erwärmung und der Klimawandel insgesamt, das Völkerrecht als Mittel und Ziel, die Überwindung der

---

370., zitiert nach Messner und Nuscheler: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive, a. a. O., S. 40.

<sup>293</sup> Vgl. Höffe, Otfried: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, a. a. O.

Probleme von Entwicklung und Verschuldung der Dritten Welt oder die Schaffung einer dauerhaften und funktionierenden Friedensordnung sind im rein nationalen Rahmen nicht zu bewältigen. Sie erfordern das formelle, halb- und informelle Zusammenwirken zahlreicher Regierungen und nicht-staatlicher Akteure. Die Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte und die dadurch verstärkten Fragen der Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten in wichtigen Kernbereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik samt den davon abhängigen Politikfeldern (etwa in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik) haben diese Notwendigkeit noch zugespitzt.<sup>294</sup>

Dies bedeutet jedoch nicht, dass Global Governance überall nachdrücklich vertreten oder auch nur akzeptiert würde. Es bedeutet auch nicht, dass, was nötig wäre, auch immer möglich ist.

Global Governance betrachtet die Weltprobleme sinnvollerweise aus einer globalen Perspektive – schon dadurch, dass sie diese als solche akzeptiert und nicht allein aus lokaler und regionaler Perspektive wahrnimmt. Dies eröffnet allerdings unvermeidbar das Problem sehr unterschiedlicher nationaler, regionaler oder lokaler Interessen, die nicht immer und automatisch mit den globalen Erfordernissen übereinstimmen müssen. Das Problem fossiler Brennstoffe beispielsweise wird sich in primär Erdöl exportierenden Ländern anders darstellen als dort, wo eine Volkswirtschaft stark von der Autoproduktion abhängt oder in Ländern, beides importieren müssen. Globale Probleme sind also heute oft nur noch global lösbar – aber die wichtigsten Akteure sind weiterhin nicht selbst global, sondern meist national oder regional verankert. Sie müssen deshalb ihre wahrgenommenen Eigeninteressen mit den globalen Erfordernissen zur Deckung bringen oder verknüpfen, um konstruktiv an Global Governance mitwirken zu können. Dabei gibt es immer wieder Fälle und Situationen, bei denen dies nicht gelingt und oft nicht gelingen kann, weil langfristige globale Interessen und die kurz- und mittelfristigen des eigenen Landes oder Unternehmens sich diametral gegenüberstehen. Ein Appell, dass die Berücksichtigung globaler Notwendigkeiten „langfristig“ auch den nationalen Interessen diene, mag dann zutreffen oder auch nicht – ist aber nicht notwendigerweise hilfreich: Wenige Akteure richten ihre Politiken an Jahrzehnte oder Jahrhunderte umfassenden Zukunftsnotwendigkeiten aus, wenn sie in der

---

<sup>294</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive, a. a. O., S. 40ff. Vgl. Nuscheler, Franz: Globalisierung und Global Governance: Zwischen der Scylla der Nationalstaatlichkeit und Carybdis der Weltstaatlichkeit. In: Lutz, Dieter (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität, Baden- Baden 2000, S. 301-318.

Zwischenzeit einen hohen wirtschaftlichen Preis dafür zahlen müssten. Globale Langfristigkeit ist oft zu abstrakt und weit entfernt, um handlungsleitend zu sein. Dieses Problem einer breiten Differenzierung von Interessen, gerade bei globalen Fragen, erschwert die Konstituierung einer Architektur von Global Governance, ohne sie prinzipiell zu verhindern.<sup>295</sup>

Damit verbunden, aber doch zu unterscheiden, ist das Problem internationaler Asymmetrien der Macht. Internationale Politik hat durchaus etwas mit Problemlösung zu tun, zumindest in Teilbereichen. Aber zentral für ihre Strukturierung sind die Machtbeziehungen zwischen den Akteuren, seien diese staatlich oder nichtstaatlich verfasst. Nach Ende des Kalten Krieges ist das internationale System von ausgeprägt unipolarem Charakter – zwar nicht auf Dauer, aber zumindest für eine oder zwei Generationen. Die USA als einzig verbliebene Supermacht verfügen heute mit Abstand über die größten Machtpotenziale, vor allem auf militärischem und militärtechnologischem Gebiet, aber auch politisch, ökonomisch und kulturell. Gegengewichte sind nur in Ansätzen zu erkennen, und es wird mindestens zwei Jahrzehnte dauern, bis sich dieses grundlegend ändert. Bis dahin verfügen die USA allein durch ihr Gewicht über eine dominierende Machtposition im internationalen System, was durch eine zielgerichtete und selbstbewusste Machtpolitik noch forciert wird. Auch die zu beobachtende Militarisierung internationaler Konfliktbearbeitung muss der mit weitem Abstand stärksten Militärmacht weitere Positionsvorteile verschaffen.<sup>296</sup>

Für eine Politik des Multilateralismus und der Entwicklung von Global Governance entstehen so zahlreiche Probleme: etwa die Frage, ob diese Machtkonstellation mit der resultierenden Versuchung des Unilateralismus Global Governance nicht zum Scheitern bringen kann oder wird, und – falls dies vermeidbar wäre – ob die einseitige Machtstruktur eine entstehende Architektur von Global Governance nicht so prägen muss, dass sie zum zusätzlichen Instrument des Hegemons oder auf eine Weise deformiert wird, dass sie ihren Sinn verliert.<sup>297</sup>

In diesem Zusammenhang müssen die verknüpften Begriffe und Konzepte klar abgegrenzt und aufeinander bezogen werden: Eine *unipolare* Grundstruktur des

---

<sup>295</sup> Vgl. Nuscheler, Franz/ Messner, Dirk: Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik. In: Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Bonn 1996, S. 12-36.

<sup>296</sup> Vgl. Hippler, Jochen/ Schade, Jeanette: US- Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance. In: Institut für Entwicklung und Frieden (Hrsg.), Heft 70/ 2003, S. 6f.

<sup>297</sup> Zu den Begriffen Multilateralismus und Unilateralismus Vgl. Ebd., S. 10ff.

internationalen Systems resultiert vor allem aus den eindeutigen Machtverhältnissen mit ihren jeweiligen Dimensionen militärischer, ökonomischer, politischer und kultureller Art. Ein unipolares System bedeutet dabei nicht automatisch auch eine *unilaterale* Politik des Hegemons, da eine bestehende Dominanzposition noch nicht determiniert, auf welche Art und mit welchen Instrumenten und Mechanismen die Machtposition zur Geltung gebracht wird. Eine beherrschende Machtposition kann ja eher offensiv, rücksichtslos und mit „harten“ Mitteln (etwa militärisch, durch Zwang, Einschüchterung, und auf unilaterale Weise) umgesetzt werden, oder eher integrativ, vor allem durch „weiche“ Instrumente (durch kulturelle oder politische Hegemonie, die aufgrund des eigenen Gewichts zur Durchsetzung der eigenen Interessen bereits ausreicht; durch eher diplomatische, kooperative und multilaterale Mittel, also „*soft power*“).<sup>298</sup>

Es ist durchaus möglich, beherrschende Macht auch in multilateraler Form zur Geltung zu bringen – entweder in bewusster „Selbsteinhegung“ oder in taktischer Absicht. Allerdings besteht trotzdem ein Zusammenhang von Unipolarität und Unilateralismus: Eine unipolare Machtstruktur lädt den Hegemon zu unilateraler Politik ein, da sie einerseits die Möglichkeit zu ihr stärkt und sie zu einer realistischen Option werden lässt, und zugleich die Anreize oder Notwendigkeit multilateraler Integration vermindert. Unipolarität macht Unilateralismus daher wahrscheinlicher, aber nicht unvermeidbar. Zweifellos wird aber multilaterale Politik durch eine unipolare Systemstruktur geprägt oder zumindest stark beeinflusst. Die Politikvarianten im Spektrum des Multilateralismus werden in unipolaren Systemen *tendenziell* von seinen kooperativen zu imperialen Ausprägungen verschoben.

Unilaterale Politik und Unipolarität können sich sehr verschieden auswirken – je nachdem, wie der jeweils andere Faktor ausgeprägt ist; und je nach Anzahl der Machtzentren beeinflussen Unilateralismus oder Multilateralismus das internationale System auf sehr unterschiedliche Weise. Multilateralismus seinerseits stellt für Global Governance eine Voraussetzung dar, eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, was impliziert, dass beide nicht identisch sein können. Ohne Multilateralismus kann es Global Governance nicht geben, aber nicht jede Form des Multilateralismus dient automatisch Global Governance, wenn dies mehr als eine Addition technischer Mechanismen sein soll.

---

<sup>298</sup> Vgl. Ebd., S. 7.

Das Global Governance –Konzept setzt sich auf eine multilaterale Kooperationskultur und unterschätze die im Gefolge der Globalisierung verschärften Konkurrenzsituationen, Deregulierungswettläufe und Handelskonflikte, die sich auch durch eine Multiplikation von Regelwerken nicht bändigen ließen, es blendet vor allem den Machtfaktor und Hegemonialinteressen aus und liefert deshalb angesichts der realen Machtverhältnisse in der Weltpolitik und globalen Ökonomie nicht einmal eine konkrete Utopie für die Welt von Morgen.<sup>299</sup>

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist Global Governance in der Tat noch ein brüchiges Projekt. Die schon von der Clinton- Administration eingeleitete und von der Bush- Administration verstärkte Hinwendung zu einer unilateralistischen Hegemonialpolitik und die tendenzielle Demontage des UN- Systems, das den tragenden Stützpfiler der Global Governance- Architektur bildet, unterminiert das Konzept der multilateralen „kooperativen Sicherheit“. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Weichen der Weltpolitik in Richtung einer Renationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik zurückgestellt und dem politischen Realismus, der auf militärische gestützte Macht setzt, wieder gute Argumente geliefert. In vielen Teilen der Dritten Welt wird alles „Globale“, sei es eine Weltethik, eine globale Umweltorganisation oder eben Global Governance, als Hintertür des westlichen Imperialismus verdächtigt.

Die US-Regierung dominiert nicht nur die globale Sicherheitspolitik, sondern behindert mit ihrem sich seit dem Antritt der Bush-Administration und den Anschlägen vom 11. September verstärkenden Rückzug aus der multilateralen Zusammenarbeit die kooperative Behandlung globaler Probleme und die Weiterentwicklung von Global Governance. Der Krieg gegen den Irak sowie der gewaltsame Sturz der Taliban- Herrschaft in Afghanistan führen nach Auffassung der großen Mehrzahl der Völkerrechtlicher zur Militarisierung der Weltpolitik und somit stellt das internationale Gewaltverbot in Frage und schwächt das Völkerrecht insgesamt. Es waren die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Institutionalisierung der internationalen Politik vorangetrieben und sich zum Motor multilateraler Zusammenarbeit gemacht hatten. Ihnen gelang es, durch Kooperation und Interessenausgleich die Mehrzahl der Staaten in ein System einzubinden, das zwar über weite Strecken US-Interessen stützte, aber zugleich die zwischenstaatlichen Beziehungen stabilisierte und zur breiten Anerkennung einer

---

<sup>299</sup> Vgl. Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive, a. a. O., S. 41.

internationalen Ordnung mit den Vereinten Nationen als Mittelpunkt beitrug. Von dieser Ausrichtung hat sich die US-Regierung inzwischen verabschiedet. Das bedeutendste Feld der multilateralen Zusammenarbeit, von dem sich die USA seit der Präsidentschaft von George W. Bush zunehmend zurückziehen, ist die Rüstungskontrollpolitik.

#### **4.2.2.1 Unilateralismus in der US- Außenpolitik**

Die USA ließen sich aufgrund ihrer Machtfülle immer nur widerstrebend und selektiv in multilaterale Regelwerke einbinden. Nun aber setzen sie ihre Supermacht in einen hegemonialen Unilateralismus um, der allenfalls einen instrumentellen Multilateralismus zum eigenen Vorteil zulässt und den Aufbau einer kooperativen Global Governance- Architektur behindert.

Die US-amerikanische Außenpolitik bewegt sich zumindest seit dem Ersten Weltkrieg immer in einem Spannungsfeld von Multi- und Unilateralismus. Insofern ist die unilaterale Politik der Bush-Administration kein Bruch der Tradition, sondern nur die besondere Betonung eines der beiden grundlegenden Politikansätze der US-Außenpolitik. Wichtig ist allerdings, dass in der praktischen Politik Washingtons kaum jemals der Uni- oder Multilateralismus in reiner Form vorherrschte, sondern es immer nur Akzentverschiebungen zwischen beiden gab. Nicht erst derzeitige Präsident, sondern bereits Präsident Clinton hatte in seiner *Presidential Decision Directive 25* von 1994 die Maxime formuliert: Soviel Unilateralismus wie möglich, nur soviel Multilateralismus, wie zur Wahrnehmung der eigenen Interessen unbedingt notwendig.<sup>300</sup>

US-Außenpolitik war fast immer zu pragmatisch und zielorientiert, um vom Streben nach ideologischer Reinheit in dieser Frage beherrscht zu werden. Das Mischungsverhältnis zwischen einseitiger und multilateraler Politik mochte wechseln, aber beide Politikstränge existierten und existieren bis heute nebeneinander, oft in harmonischer Ergänzung zur Verfolgung der eigenen Interessen, gelegentlich im Konflikt zueinander. Auf diese Weise waren die USA häufig die Vorreiter multilateraler Arrangements (etwa bei der Gründung von Völkerbund, UNO und NATO), andererseits neigten sie ebenso häufig zur Blockade, Schwächung oder Ignorierung multilateraler Mechanismen (etwa bei der Weigerung, dem selbst

---

<sup>300</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar u. a.: Globale Trend 2004/ 2005, S. 16.

vorgeschlagenen Völkerbund auch beizutreten, den zahlreichen militärischen Interventionen in Lateinamerika, Irak und anderswo, oder bei militärtechnologischen Schlüsselentscheidungen, etwa dem Nationalen Raketenabwehrsystem, das bi- und multilateralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollversuchen schweren Schaden zufügte). Der gemeinsame Nenner von uni- und multilateraler Politik bestand häufig darin, multilaterale Mechanismen für unilaterale Ziele zu nutzen, also multilaterale Politik für die nationalen Interessen zu instrumentalisieren. Solange dies gelang, war auch von konsequenten Unilateralisten in Washington wenig gegen multilaterale Mechanismen einzuwenden.

Die USA sind bereits seit dem Ersten Weltkrieg eine Weltmacht, seit dem Zweiten eine „Supermacht“. In der Zeit der Bi-Polarität waren sie allerdings auf Verbündete stärker angewiesen als in der heutigen Phase der Uni-Polarität. Die Sowjetunion war durch unilaterale Macht allein nicht zu bezwingen, ihr „Zurückrollen“ oder ihre „Eindämmung“ basierte außer auf der eigenen wirtschaftlichen und militärischen Macht auf dem Aufbau eines umfassenden Systems von Partnern und Verbündeten, die dieses Interesse teilten und sich von der Kooperation mit den USA Vorteile versprachen. In bi- oder multilateralen Systemen können Völkerrecht und andere Regelmechanismen, können multilaterale Politikansätze notwendig sein, Konflikte einzuhegen und zu regulieren. Auf diese Weise vermögen sie unter bestimmten Bedingungen den nationalen Eigeninteressen zu dienen, indem sie etwa Risiken vermindern oder zumindest berechenbarer machen. Multilaterale und kooperative Politikformen sind in komplexen bi- und multilateralen Kontexten sinnvoll, weil sie die Organisierung des eigenen „Lagers“ gegen den Gegner erlauben und ihn so schwächen sollen, zugleich aber den Antagonismus zu dem oder den Gegnern teilweise unter Kontrolle halten. Da keine Seite der anderen ihre Eigeninteressen als allgemeine Regel aufzuoktroieren vermag, bleibt kaum etwas anderes, als solche Regeln multilateral auszuhandeln und völker-rechtlich zu kodifizieren.<sup>301</sup>

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die globalen Machtverhältnisse vorläufig geklärt. Die USA haben eine beherrschende Machtstellung im internationalen System erreicht, die von keinem anderen Akteur infrage gestellt werden kann. Damit werden der Anreiz und die Notwendigkeit für Kooperation und Multilateralismus vermindert. Multilateralismus, Völkerrecht und andere Formen der Selbsteinbindung erscheinen so weniger als Chance kooperativer Problemeinhegung und Problemlösung, sondern

---

<sup>301</sup> Vgl. Hippler, Jochen/ Schade, Jeanette: US- Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, a. a. O., S. 9.

als Hindernis eigener Interessendurchsetzung und Machtentfaltung. In der US-Außenpolitik wird so die alte, unilaterale Politikströmung gestärkt, da ihre Plausibilität und ihr Realitätsbezug gestiegen sind. Unilateralismus – nicht in Reinform, sondern als Grundtendenz – ist heute zu einer realistischen Option US-amerikanischer Politik geworden, während dies früher nur in Ansätzen und Teilbereichen (etwa bezogen auf Mittelamerika und die Karibik) der Fall war.<sup>302</sup>

Dieser Tatbestand bedeutet zweierlei nicht: Einmal lässt sich nicht bestreiten, dass es weithin Anreize zu multilateralen Verhaltensweisen und Politikinitiativen gibt, und dass die US-Regierung auch zukünftig multilaterale Aktivitäten entfalten wird. Zweitens bedeutet die Argumentation auch nicht, dass die USA als solche das Problem wären, dass es etwa an deren spezifischem Charakter oder den Besonderheiten ihrer Außenpolitik läge. Steven Holloway bringt den Tatbestand rückblickend auf den Punkt:

„Great powers relied on their own power advantage; minor powers relied on law and international organization. Put simply, great powers tended to be unilateralist, small and medium powers multilateralist.“<sup>303</sup>

Und die USA sind heute nicht nur eine große Macht, sondern die einzige Weltmacht. Tatsächlich handelt es sich bei unserem Problem nicht um die US-Politik also solche, sondern um die Struktur der internationalen Beziehungen: Einseitige, überwältigende Dominanz lädt zu unilateralen Maßnahmen, imperialem Verhalten und Arroganz ein – unabhängig davon, wer eine solche Machtposition innehat. Würde ein anderes Land im gleichen Maße dominieren, wären kaum andere Verhaltensweisen zu erwarten, wie viele historische Erfahrungen nahe legen. Dies ändert allerdings nichts daran, dass gerade diese einseitige Machtverteilung heute eines der Schlüsselprobleme im internationalen System darstellt – und dass die USA zurzeit der Staat sind, der sich der Dominanz erfreut, ihre Chancen nutzt und ihren Versuchungen erliegt.

Es ist verführerisch, aber irreführend, solche Handlungsanleitungen zum Unilateralismus zu personalisieren, weil sie strukturelle Voraussetzungen haben. Je mehr mit der Vergrößerung der eigenen Machtfülle die Chancen für unilaterales Handeln wuchsen, desto geringer wurden die Notwendigkeit und Anreiz für

---

<sup>302</sup> Vgl. Nuscheler, Franz: Multilateralismus versus Unilateralismus. In: Stiftung für Entwicklung und Frieden (Hrsg.), Policy Paper 16, Bonn 2001.

<sup>303</sup> Holloway, Steven: US Unilateralismus at the UN: Why Great Powers Do Not Make Great Multilateralists. In: Global Governance, Vol. 6/2000 S. 364, zitiert nach Hippler/ Schade: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, a.a. O., S. 10.

kooperatives Handeln, desto größer wurde auch die Abneigung, sich in multilaterale Regelwerke einbinden zu lassen, die der eigenen Machtentfaltung Grenzen setzen. Für Robert Kagan liegen darin die Logik von Macht und Ohnmacht und der Unterschied zwischen dem „Mars Amerika“ und der „Venus Europa“. Hegemonie führt zu imperialem Gehabe und zu einer Arroganz der Macht.<sup>304</sup>

Diese unilateralistische Strategie der USA wird aus verschiedenen Gründen scheitern. Von entscheidender Bedeutung ist hier der Irak- Konflikt zu erwähnen. Der neue Unilateralismus, der im Irak- Konflikt dazu führte, selbst engste Freunde und Verbündete (wie Deutschland, Chile und Mexiko) gegen sich aufzubringen, wird dazu beitragen, die *soft power* der USA, also die Fähigkeit, durch die Organisation von Kooperation und durch Überzeugung Eigeninteressen und Interesse anderer zu bündeln, zu unterhöhlen.

Joseph Nye, einflussreicher Berater diverser US- Regierungen, macht in einem *Foreign Affairs*- Aufsatz auf diesen Trend aufmerksam. Er beschreibt die Weltpolitik als einen dreidimensionalen Handlungsraum, in dem es erstens um klassisch militärische Herausforderungen und Machtpolitiken, zweitens um globale ökonomische Interdependenzen, drittens zunehmend um transnationale Herausforderungen und Weltprobleme (vom grenzüberschreitenden Terrorismus, über technologische Risiken, Kriminalität bis zum Klimawandel) geht, in deren Kontexten Macht breit und chaotisch zwischen staatlichen und privaten Akteuren gestreut ist.<sup>305</sup> Nur in der ersten Dimension verfügen die USA tatsächlich über so etwas wie Vorherrschaft.

„Es macht überhaupt keinen Sinn, diese Konstellationen eine unipolare Welt oder ein amerikanisches Empire zu nennen....Die Bush- Doktrin konzentriert sich fast ausschließlich auf die erste Dimension, in der es klassischerweise um militärische Lösungen geht....Die Unilateralisten sind eindimensionale Spieler in einem dreidimensionalen Spiel. In längerer Perspektive ist ihre Strategie zum Scheitern verurteilt.“<sup>306</sup> „Das Kernproblem für die Machtposition der USA im 21. Jahrhundert besteht darin, dass mehr und mehr Probleme selbst von dem mächtigsten Staat nicht mehr kontrolliert werden können. ... Die traditionellen *hard power*- Instrumente scheitern an

---

<sup>304</sup> Vgl. Hagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.

<sup>305</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar u. a. : Globale Trends 2004/ 2005, a. a. O., S. 21.

<sup>306</sup> Nye, Joseph: US Power and Strategy after Irak. In: Foreign Affairs, Juli/ August 2003, S. 66, zitiert nach Hauchler, Ingomar u. a. ebd.

den Transformationsprozessen in der Weltpolitik, die durch die Globalisierung und die Demokratisierung der Technologien angetrieben werden.<sup>307</sup>

Jochen Hippler zog aus der permanenten Instrumentalisierung des Multilateralismus für eigene Interessen durch die Bush-Regierung Konsequenzen für eine gelegentliche unkritische Romantisierung in Global Governance Konzepten: „Anstatt den Hegemon einzubinden und auf die Regeln des Völkerrechts und internationaler Organisationen zu verpflichten, werden beide nur zu einem weiteren Machtinstrument der Supermacht. Damit ist nicht nur nichts gewonnen, sondern die Substanz eines kooperativen Multilateralismus wird seinem Schein geopfert.“<sup>308</sup>

Die multilaterale Unterwerfung unter den Hegemon ergibt keine Form von Global Governance, für die einzutreten sich lohnen würde. Wenn Global Governance neben der Lösung konkreter Probleme nicht auch die großen Mächte in einen internationalen, kooperativen und verrechtlichten Rahmen einzuhegen vermag, wird es nicht nur entbehrlich, sondern ausgehöhlt. Aus seiner leeren Hülle institutioneller Mechanismen könnte dann sogar eine zusätzliche Gefahr der Vermachung der internationalen Beziehungen werden. Nun ist die Entwicklung einer neuen Multipolarität in den nächsten Jahrzehnten sehr wahrscheinlich, auch wenn deren genauer Charakter nicht leicht zu prognostizieren ist. Imperien und unipolare Machtstrukturen mögen Jahrzehnte, manchmal Jahrhunderte aufrecht erhalten werden können, aber wie alle gesellschaftlichen und politischen Formationen können sie nie dauerhaft sein. In einer Zeit des allgemein beschleunigten ökonomischen, sozialen und politischen Wandels dürfte die Dauerhaftigkeit unipolarer Dominanz heute deutlich unter den früheren historischen Epochen liegen. Die zukünftige Weltgeschichte wird nicht allein von den USA bestimmt werden. Zunehmend werden auch China und Indien in die Weltpolitik eingreifen.

Der amerikanische Unilateralismus ist ein Weltordnungsproblem und eine Blockade für den Aufbau von Global Governance. Er ist aber auch im Eigeninteresse kontraproduktiv, weil er die Kooperationsverweigerungen anderer Staaten bei der

---

<sup>307</sup> Nye, Joseph: Ebd., S. 72, zitiert nach ebd., Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater Präsident Carters und immer noch einflussreicher konservativer Vordenker der us-amerikanischen Außenpolitik, sieht die amerikanische Vormacht auf vier Pfeiler gestützt: Dazu siehe Brzezinski, Zbigniew: die einzige Weltmacht, Frankfurt a. Main 1999, S. 44f.

<sup>308</sup> Hippler, Jochen/ Schade, Jeanette: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, a. a. O., S. 23f.

Bearbeitung von grenzüberschreitenden Problemen provoziert, die auch die Hegemonialmacht betreffen.

In den nächsten Jahrzehnten wird es nicht um mehr gehen können, als um eine defensive Politik zur Sicherung des erreichten Niveaus an Verrechtlichung und Multilateralisierung, darum, die Transformation der bestehenden Elemente von kooperativem Multilateralismus in eine imperiale Spielart zu hintertreiben, und das Völkerrecht vor seiner Aushöhlung so gut es geht zu schützen. Schlechte Zeiten für eine aktive Politik des Global Governance.

### **4.3 Kritik am Konzept Global Governance**

Die Überlegung, dass Global Governance aufgrund des voranschreitenden Globalisierungsprozesses eines Tages nötig sein wird, ist unumstritten. Alle anderen Fragen sind jedoch stark diskussionsbedürftig. Kritisiert werden hauptsächlich die Veröffentlichungen des INEF/ SEF, der CGG oder der Gruppe von Lissabon. Zunächst bemängeln die Kritiker, dass die Protagonisten die derzeit bestehenden Institutionen der Weltwirtschaft und- politik zu positiv einschätzen. Es wird vermieden, sich kritisch mit den Herrschaftsstrukturen dieser Institutionen auseinander zu setzen. Der Grund dafür scheint die Absicht zu sein, alle möglichen Akteure der Weltpolitik am geplanten Prozess zu beteiligen. Daher hofft man auf Zustimmung, wenn Kritik an den Akteuren bzw. an deren Politik unterbleibt. Konsequenz dieser Strategie ist die Ausblendung einer kritischen Auseinandersetzung mit den Begleiterscheinungen der Globalisierung. Es fehlt den Vertretern des Global Governance Konzeptes das Bemühen, zu klären in welcher Art und Weise und unter welchen Voraussetzungen und Beteiligungen ein Regieren der Welt funktionieren könnte. Außerdem wird weitgehend auf wissenschaftliche Prämissen verzichtet. Auch Gegenvorschläge, wie zum Beispiel regulationstheoretische Ansätze werden kaum diskutiert.<sup>309</sup>

Des weiteren werden Problemfragen zwar genannt, die Ursachen jedoch nicht geklärt. Vor allem aber fehlt die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Kräften, die diese Probleme zu verantworten haben. Da, wie schon angesprochen, die wissenschaftliche Bearbeitung empirischer Befunde

---

<sup>309</sup> Vgl. Brand, Ulrich u. a. : Global Governance, a. a. O., S. 129.

unterbleibt, ist die Problembeschreibung dementsprechend deskriptiv. Probleme werden mit wenig aussagekräftigen Phrasen wie Bedrohung der Biodiversität, Klimaveränderung, Migration oder Wirtschaftskrisen umschrieben, die Erforschung der Ursachen unterbleibt. Vor allem gesellschaftliche Besonderheiten und historische Hintergründe werden nicht ausreichend beachtet. So verwundert es kaum, dass die „Typologie globaler Probleme“ und die gemeinsamen „Menschheitsinteressen“ nicht näher betrachtet werden.<sup>310</sup>

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Forderung nach institutionellen Ordnungsstrukturen für die Weltwirtschaft. Der Vorwurf lautet, dass die Vorkämpfer von Global Governance nicht beachten, dass solche Strukturen bereits seit Jahrzehnten bestehen, mit zum Teil verheerenden Auswirkungen: arme Länder geraten in die Verschuldungskrise, die Kluft zwischen Arm und Reich bzw. Süd und Nord wird größer, Umweltzerstörung wird für höhere Profite in Kauf genommen. Des Weiteren werden historische Zusammenhänge aus der Global Governance Diskussion einfach ausgeblendet. Dazu zählt zum Beispiel das koloniale Erbe Europas mit der daraus resultierenden Trennung der Welt in Nord und Süd oder die Ausbeutung von Ressourcen durch die Industrie. Die Vertreter des Global Governance Konzeptes übersehen, dass diese Entwicklungen nicht die Folgen des Verzichtes auf politische Steuerung, sondern die „sozio- ökonomische Logik seit der Entstehung des Kapitalismus“<sup>311</sup> ist.

#### **4.3.1 Kritik an der Struktur**

In allen Global Governance Konzepten finden sich Lösungsvorschläge, welche die Reform oder die Gründung neuer internationaler Institutionen zum Inhalt haben. Dabei wird aber zu schon bestehenden Steuerungsmaßnahmen und Elementen internationaler Politik nichts Neues hinzugefügt. Vorschläge wie die Einführung von zusätzlichen Steuern, Stärkung internationaler Regelsysteme oder die Reform des UN- Systems sind weder neu noch revolutionär. Zu den schon bestehenden Einrichtungen sollen lediglich weitere Handlungsebenen und Akteure hinzukommen. Die Hoffnungen, dass durch derartige transnationale Strukturen Problemlösungen zustande kommen, in denen alle Interessen befriedigt werden können, ist allerdings trügerisch.<sup>312</sup>

---

<sup>310</sup> Ebd. S. 130.

<sup>311</sup> Ebd.

<sup>312</sup> Vgl. Ebd., S. 132.

Des Weiteren sind internationale geschlossene Systeme aufgrund von Lobby- und Interessenpolitik noch weniger kontrollierbar als die nationalen. Als Beleg für diese These sollen hier zwei (negativ-) Beispiele angeführt werden. Zum einen sei kurz die Rolle des „European Roundtable of Industrialists“ (ERT) erläutert. Diese Organisation ist der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Sie setzt sich aus den 45 Vorstandsvorsitzenden fast aller größeren europäischen Konzerne zusammen und gehört damit zur wohl einflussreichsten Lobbyorganisation in Europa. Der ERT setzt sich u.a. die maximale Flexibilisierung von Arbeits-, Sozial- und Umweltgesetzgebung oder die vollständige Privatisierung der Bereiche Energie, Telekommunikation und Transport zum Ziel. Der ERT arbeitet eng mit Organisationen wie Arbeitgeberverbänden zusammen. Die Organisation ist nicht nur an Veranstaltungen und Treffen zugegen, sondern kann durch die hohe Finanzkraft detaillierte Gesetzesvorschläge vorlegen, die aufgrund massiver Lobbyarbeit zum Teil wörtlich in EU- Programme übernommen werden. Ein noch drastischeres Beispiel ist der zwischen privatem Verband und offizieller EU- Organisation angesiedelte „Transatlantic Business Dialogue“ (TABD). Dieser wurde 1995 von der EU- Kommission und dem amerikanischen Handelsministerium in enger Kooperation mit dem ERT gegründet. In diesem Verband sind über 100 amerikanische und europäische Konzerne organisiert. Der TABD ist offizielles beratendes Organ der EU- Kommission und strebt u.a. die Verhinderung restriktiver Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen an. Des weiteren sind noch die „International Chamber of Commerce“ (ICC), bestehend aus den Vertretern von ca. 7.000 Konzernen oder der „United States Council for International Business“ (USCIB) zu nennen. Diese professionell geführten Organisationen werden kaum demokratisch kontrolliert, üben aber seit Jahren ungehindert Lobbyeinfluss auf Politiker, aber auch Weltbank, IWF und WTO aus. Andere Organisationen wie zum Beispiel Sozial- und Umweltverbände haben oftmals aufgrund ihrer Struktur keinen Einfluss auf die internationale Politik. Es fehlt ihnen im Gegensatz zu den Industrieverbänden an finanziellen Mitteln. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass transnationale korporative Strukturen längst bestehen, jedoch nicht die erhofften positiven Auswirkungen zeigen.<sup>313</sup>

---

<sup>313</sup> Vgl. Ebd., S. 132ff.

### 4.3.2 Kritik an der „NGOisierung“

NGO's kommen in den Global Governance Konzepten große Bedeutung zu. Leider beschränken sich die Ausführungen dazu wieder auf wenig hilfreiche Phasen.

NGO's zeichnen sich durch „Problemlösungsfähigkeit und (...) demokratisches Potential“<sup>314</sup> aus und können einen „produktiven Beitrag zur politischen Steuerung“<sup>315</sup> leisten. Sie stellen außerdem einen „Impulsgeber für alternative Lösungsvorschläge“ dar und werden als „kostengünstiges Durchführungsorgan auf Projektebene“ betrachtet.<sup>316</sup>

Von den NGO's selbst liegen allerdings kaum Stellungnahmen zu den Konzepten von Global Governance vor. Des weiteren kommt der „Zivilgesellschaft“ eine besondere Bedeutung zu. Allerdings ist nicht geklärt, was genau unter dem Begriff verstanden werden soll. Zum einen ist die Zivilgesellschaft einfach die Summe aller NGO's, zum anderen aber auch Parteien, Gewerkschaften und sogar Unternehmensverbände. Die Zivilgesellschaft setzt sich nach der Gruppe von Lissabon aus den aufgeklärten Eliten aus Wissenschaft, Politik, Medien und Städten zusammen. Die Hauptfunktion der Zivilgesellschaft ist die Entlastung staatlicher Politik. Die verschiedenen NGO's werden jedoch in den Global Governance Konzepten als einheitlich nebeneinander betrachtet, was der Realität nicht entspricht. Sanktionsmacht und Einflussmöglichkeiten der einzelnen NGO's sind äußerst heterogen, und nicht selten hängt davon der Kooperationswille staatlicher Politik ab. Außerdem neigen NGO's dazu, Dominanzzentren auszubauen und untereinander um Einfluss und Ressourcen zu konkurrieren. Des weiteren existiert bei diesen Organisationen ebenfalls die Nord-Süd Grenze. Während die NGO's der westlichen Welt über ausreichende finanzielle Mittel und damit Einflussmöglichkeiten auf die Politik verfügen, kann man das von den Organisationen in Entwicklungsländern nicht behaupten, sofern es sie überhaupt gibt. Bei den Klimakonferenzen war stets die geringe Beteiligung von Süd-NGOs auffällig. Sie waren aber nicht nur zahlenmäßig in der Minderheit, auch ihre Positionen wurden gegenüber den wirkungsmächtigen

---

<sup>314</sup> Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik. In: dies. (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte, a. a. O., S. 24, zitiert nach Brand, Ulrich u. a.: Global Governance, a. . O., S. 134.

<sup>315</sup> Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt am Main, S. 249, zitiert nach Brand, Ulrich u. a.: Ebd.

<sup>316</sup> Biermann, Frank/ Simons, Udo Ernst: Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Funktionen, Chancen, Probleme. In: Policy Paper der Stiftung Entwicklung und Frieden , Bonn 1998, S. 9, Zitiert nach Brand, Ulrich u. a. : Ebd., S. 135

westeuropäischen und in noch stärkerem Maße gegenüber den US-amerikanischen Positionen marginalisiert.<sup>317</sup>

Viele NGOs tragen selbst zur Fragmentierung der Weltgesellschaft und zur Herausbildung von Dominanzverhältnissen bei, weil sie nur für eine spezifische Klientel und deren Partikularinteressen die aktive Teilnahme am Prozess der Globalisierung organisieren. Verstärkt wird dies noch dadurch, dass sich Bündnisse und Verhandlungsstrukturen bilden, an denen neben den NGOs auch Regierungsvertreter und Industrielobbyisten beteiligt sind. Dabei fehlen aber nachvollziehbare und öffentliche Entscheidungsprozesse.

Soziale Bewegungen und Individuen, marginalisierte Bevölkerungsgruppen oder ausgegrenzte Minderheiten spielen in den Global Governance- Konzepten keine nennenswerte Rolle. Ansätze, die nicht von den einzelnen Menschen und ihren Bedürfnissen, sondern nur von repräsentativen Organisationen und Institutionen ausgehen, folgen der üblichen top down- Vorstellung von Politik. Ihnen ist ein funktionalistisch verkürzter Demokratiebegriff eigen, der Teilnahme auf die Gestaltung bzw. Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der vorgefundenen Strukturen von Staat, repräsentativer (Parteien-)Demokratie und Markt begrenzt.<sup>318</sup>

### **4.3.3 Kritik an Demokratie und Weltethik**

Ein weiteres Problem des Global Governance Konzeptes ist die mangelnde demokratische Legitimität. Der Mehrheit der Menschen fehlen die Voraussetzungen, um an diesem Prozess teilzuhaben, wie zum Beispiel Bildung, Kommunikationseinrichtungen, usw. Hinzu kommt, dass Telekommunikationseinrichtungen (z. B. Internetanschlüsse) als Voraussetzung von globalem Informationsfluss höchst ungleich zu Gunsten der Industrieländer verteilt sind. Solange demokratische Beteiligung nicht über eine ausreichende materielle Basis und Verhandlungsmacht verfügt, wird sie sich kaum über oligarchische Formen hinaus entwickeln können.

Außerdem ist zu bezweifeln, ob gerade in von Krisen und Kriegen geplagten Entwicklungsländern der Bedarf an einer Diskussion um Global Governance besteht. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Idee einer universellen Weltethik. Diese beruht im

---

<sup>317</sup> Mehr dazu siehe Brand, Ulrich u. a.: Ebd., S. 135ff.

<sup>318</sup> Vgl. Ebd.

wesentlichen auf westlichen Wertevorstellungen, wie zum Beispiel den Menschenrechten. In diesen werden jedoch gruppenorientierte Ansätze wie der Islam oder die Stammesgesellschaften Afrikas abgelehnt.<sup>319</sup>

Die globale Normierung von Werten hat zwar durchaus Vorteile, wie zum Beispiel die Schaffung von verbindlichen Standards, birgt jedoch die Gefahr in Totalitarismus umzuschlagen. Des weiteren soll zwar keine einheitliche Weltreligion oder eine Mischung aus allen Regionen geschaffen werden, sich jedoch das „Minimum dessen heraus(stellen), was den großen religiösen und philosophischen Traditionen schon jetzt im Ethos gemein ist.“<sup>320</sup> In diesem Denken bedarf die Menschheit nicht nur politischer, sozialer und ökologischer Reformen, sondern auch der Entwicklung fördernden Erneuerung.

---

<sup>319</sup> Vgl. Ebd., S. 147.

<sup>320</sup> Ebd. S. 148.

#### 4.4 Fazit

Wie es an verschiedenen Stellen zu sehen ist, sind die Vorstellungen der einzelnen Institutionen und Organisationen vom Prozess Global Governance sehr verschieden. Die Ausgangssituation ist jedoch bei allen gleich: die Verhinderung der negativen Auswirkungen der Globalisierung. Der Weg zu diesem Ziel ist natürlich umstritten. Bei aller Kritik muss den Organisationen wie dem INEF/ SEF oder der CGG jedoch zu Gute gehalten werden, dass sie sich ernsthafte Gedanken um die Zukunft der Menschheit machen. Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt einige Ideen und Vorschläge illusionär erscheinen mögen, langfristig führt kein Weg daran vorbei. Vorerst sollten jedoch die Ursachen der Probleme bekämpft werden. Dazu ist weder eine Weltethik, noch eine „NGOisierung“ des internationalen Systems nötig. Vielmehr kommt es darauf an, die Probleme in einem gemeinsamen, neutralen, von allen Staaten anerkannten Gremium zu besprechen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Ein solches Gremium kann meiner Meinung nach nur die UNO sein.

Eine der zentralen Fragen, denen sich die Politik stellen muss lautet: Wie können globale Probleme politisch beherrscht und gelöst werden? Denn handlungsrelevante Räume sind zunehmend funktional und nicht mehr territorial bestimmbar, wie Sicherheits-, Umwelt- oder Finanzpolitik zeigen. Wenn sich die Probleme globalisieren, muss sich auch die Politik globalisieren, da sich nationalstaatliche Instrumente und Verfahren nicht eins zu eins auf Weltprobleme übertragen lassen und Alleingänge der Nationalstaaten zum Scheitern verurteilt sind. Die Global Governance- Ansätze nutzen diese Erkenntnisse und zeichnen einen Weg vor, wie zukünftige Weltpolitik aussehen kann. Aber der Entwurf zeigt wie auch andere theoretische Ansätze Schwächen.

Die Globalisten betonen zu recht, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur durch mehr „Global Governance“ zu bewältigen seien. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Instabilitäten des Weltwirtschaftssystems, Armut in weiten Teilen der Weltgesellschaft, ansteckende Krankheiten, Umweltprobleme, der Schutz von Demokratie und Menschenrechten verlangen offensichtlich nach mehr Kooperation in der Weltpolitik. Wenn dies nicht gelingt, dann wird die Welt des neuen Jahrhunderts instabil und unfriedlich sein, was bis jetzt der Fall ist. Beispiele dafür liefert die Terroranschläge vom 11. September 2001, der Krieg in Afghanistan, und im Irak. Die Globalisten müssen Lehren aus der Krise der transatlantischen

Beziehungen und den neuen internationalen Sicherheitsrisiken im Gefolge des transnationalen Terrorismus und grenzüberschreitender privatisierter Gewalt ziehen. Die Geschichte der demokratischen Nationalstaaten hat zu dem gezeigt, dass politische Macht durch Gewaltenteilung sowie „checks and balances“ begrenzt werden muss. Es ist nur vernünftig, diese Lehre auf internationaler Ebene zu berücksichtigen. In einer zunehmend global vernetzten Welt, in der die Grenzen zwischen Innen und Außen immer poröser werden, dürfte die Trennung zwischen den Grundlagen der demokratischen Nationalstaaten, in denen Pluralismus, Recht und die Einhegung von Macht als allgemeingültige Errungenschaften der westlichen Welt gelten, und einer unilateralistisch beherrschten Weltpolitik, in der die Prinzipien wie, Völkerrecht, Multilateralismus und internationale Gewaltenteilung keine Bedeutung haben sollen, nicht von Dauer sein. Solche Prinzipien stellen in der jetzigen Welt keine Prinzipien und Werte an sich, sondern „Instrumente der Schwachen“.

Auf dem „Guantanamo-Muster“, nach dem die demokratischen Rechtsstaaten sich selbst gegen Bedrohung von anderen verteidigen, indem sie deren grundlegende Menschenrechte in Frage stellen und Rechtsstaatsprinzipien außer Kraft setzen, lässt sich keine legitime Weltinnenpolitik aufbauen. Die Aussetzung des Rechtes in Guantanamo wird vielmehr die normative Autorität der westlichen Welt untergraben. Es gibt menschenrechtliche Rechtfertigungen für humanitäre Interventionen, aber es gibt schwere Legitimationsdefizite und Glaubwürdigkeiten bei ihrer Anwendung. Die USA praktizieren in ihrer Menschenrechtspolitik immer einen von strategischen und wirtschaftlichen Interessen geleiteten „doppelten Standard“. Sie verbündeten sich – im Krieg gegen den Terror beispielsweise- mit den feudalistischen Regimes am Golf, deckten die Besatzungspolitik Israels in den palästinensischen Wohngebieten( auch im Südlibanon) und schauten weg, wenn in Afrika Anarchie und Barbarei um sich griffen.

Die Realisierungschancen einer unbedenklichen Global Governance- Architektur scheinen vor allem aus demokratiethoretischer Sicht zumindest kurzfristig gering zu sein. An erste Stelle ist hier das Problem der Identifizierung der Betroffenen und der Entscheidungen zu nennen. Im allgemeinen geht die Demokratiethorie davon aus, dass alle von einer Entscheidung potentiell Betroffenen ein Mitspracherecht bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung haben sollte. Wie dieses ausgeübt wird, ob in Form der direkten Demokratie oder eher abstrakt vermittelt über periodisch

stattfindende repräsentative Wahlen, würde im Rahmen der Global Governance-Architektur eine interessante Streitfrage abgeben. Wichtiger ist allerdings folgendes Problem: Wer bestimmt eigentlich, wer von welchen Problemen betroffen ist und (wie) wird sich der permanent wechselnde Kreis der Betroffenen auf globaler Ebene organisieren können?<sup>321</sup>

Die bereits angeführte „Neue Weltordnung“ liefert keineswegs Anzeichen dafür, dass sich ein demokratiefähiges Weltsystem ausgeprägt hat, in dem Elemente einer „globalen Bürgergesellschaft“ umstandslos zur Entfaltung gebracht werden können.<sup>322</sup>

Die sozialwissenschaftlichen Umgangsweisen müssten präziser untersucht werden. Weil die Prominenz des Begriffs Global Governance – wie auch des Begriffs der Globalisierung- nicht unbedingt mit seiner analytischen Schärfung einhergeht und in vielen Fragen erhebliche Differenzen zwischen unterschiedlichen theoretischen Ansätzen bestehen, die nicht mit definitorischen Ungenauigkeiten zusammenhängen, müssen die verschiedenen gesellschaftstheoretischen und- politischen Annahmen explizit gemacht werden. Denn die Frage der gegenwärtigen Transformationsprozesse und der Rolle politischer Regulierung ist nicht nur eine empirische, sondern immer auch eine theoretische. Genauer erforscht werden müsste zudem der Zusammenhang zwischen der „Doppelfunktion“ des global Governance- Konzeptes, nämlich einerseits wissenschaftliche Orientierung zu stiften und andererseits politisches Handeln zu legitimieren.<sup>323</sup>

Schließlich möchte ich hier in Bezug auf die Spielräume und Grenzen der einzigen Supermacht in der Weltpolitik einige Schlussfolgerungen ziehen:

- Wirklich autonom können die USA aufgrund ihrer technologischen, monetären und personellen Überlegenheit als Militärmacht agieren. Doch dauerhafte Alleingänge werden die Legitimation der USA beschädigen, die Bildung von Gegenmächten herausfordern und damit ihren mittelfristigen Eigeninteressen schaden.

---

<sup>321</sup> Vgl. Brozus, Lars/ Zürn, Michael: Globalisierung- Herausforderung des Regierens, a. a. O., S. 65.

<sup>322</sup> Richter, Emanuel: Demokratie und Globalisierung. Das Modell einer Bürgergesellschaft im Weltsystem. In: Klein, Ansgar/ Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 179, mehr dazu siehe hier 5.3.

<sup>323</sup> Dazu siehe Brand, Ulrich: Nach der Krise des Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Heft 1, Juni 2003.

- Die Eindämmung neuer globaler Sicherheitsrisiken, zum Beispiel der Bedrohungen, die sich im Spannungsfeld „Schurkenstaaten“ – zerfallende Gesellschaften- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen- transnationaler Terrorismus ergeben können, überfordern die Supermacht und weisen auf die Bedeutung internationaler Kooperation für die globale Sicherheit hin. Die USA können im Alleingang Regierungen stürzen, aber sie sind nicht dazu in der Lage, Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in fragilen Gesellschaften herzustellen (Aktuelles Beispiel liefert der Irak).
- Die großen Weltprobleme wie Klimawandel, instabile Weltwirtschaftsordnung, Armut und Migration sind nur durch internationale Kooperation zu lösen. Der Rückzug der USA aus multilateralen Verhandlungen zur Lösung globaler Herausforderungen kann die Herausbildung tragfähiger Global Governance-Strukturen verlangsamen, aber auch neue Allianzen zur Gestaltung der Globalisierung stärken und zur Isolierung der Supermacht beitragen. Dass sich die USA auf Dauer aus wichtigen globalen Verhandlungen zurückziehen können, ist daher kaum vorstellbar.
- Die ökonomischen und technologischen Eigendynamiken der Globalisierung und globale Interdependenzen lassen sich auch von der Supermacht nicht zähmen und im Alleingang beherrschen, denn Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in den OECD-Ländern sind auf die Herausbildung kooperativer Global Governance- Strukturen angewiesen.

Die Zukunft der Weltpolitik wird durch Interdependenzen zwischen der Supermacht, den Auswirkungen der Globalisierung, die die Ordnungsprinzipien der Staatenwelt irreversibel unterminieren, und dem Trend zu globaler Regelbildung geprägt sein. Ob die Lern- und Anpassungsfähigkeit der Staaten sowie mächtiger privater Akteure ausreichen, um die neuen Realitäten zu bewältigen, bleibt abzuwarten.

## 5 Demokratie und Globalisierung

### 5.1 Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung

Die Weltpolitik der Ära nach dem Kalten Krieg steht vor einem Paradox. Das Ende des Kommunismus und der Zerfall des letzten Kolonialreichs haben die Zahl demokratischer Regime kräftig steigen lassen. Der Trend verstärkt sich durch die Konsolidierung der Demokratie in den lateinamerikanischen Ländern, die Überwindung der Apartheid in Südafrika und Demokratisierungstendenzen in einigen asiatischen Staaten. Gleichzeitig wachsen die transnationalen Beziehungen durch wirtschaftliche Interdependenz, weltweite Kommunikation und multinationale Verschränkung von Entscheidungsstrukturen schier unaufhaltsam. Dieses Wachstum gefährdet die Demokratie, deren Kontrollverfahren im abgeschlossenen Territorialstaat entwickelt wurden.

Nicht die Feinde der Demokratie stehen hinter dieser Entwicklung, sondern die Antriebskräfte der Modernisierung einer sich global vernetzenden Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Akteure sind vornehmlich Demokraten, deren Vorstellung von Freiheit nicht an den staatlichen Grenzen stehen bleibt und die in regionalen und globalen Zusammenhängen handeln.

Die wirtschaftlichen und politischen Verlaufsformen der Globalisierung prägen Interdependenzen aus, die sich über kontinuierliche Abläufe in einem immer dichter werdenden inter-, Trans- und supranationalen Netzwerk vollziehen. Dieser Prozess wird keineswegs mehr ausschließlich von der Akteursebene der Nationalstaaten getragen. Auf substaatlicher und transnationaler Ebene haben sich zahlreiche Akteure formiert, die weltweite Regulierungskapazität erworben haben und massiv auf die Weltwirtschaft und die Weltpolitik einwirken. Den größten Einfluss haben- wie gesagt- die privatwirtschaftliche Akteure (transnationale Unternehmen) erlangt, während sich Nichtregierungsorganisationen erst mühsame Wege der Einflussnahme erschließen müssen.<sup>324</sup> Private Akteure ziehen mehr und mehr klassische Regierungsfunktionen der Nationalstaaten an sich.

Die über das Handeln und die Wahrnehmung von Akteuren vermittelte Globalisierung lässt sich als Entstehung einer Weltgesellschaft beschreiben, in der sich individuelle Verhaltensmuster immer leichter an kollektive Verhaltensmuster angleichen oder

---

<sup>324</sup> Mehr dazu siehe Kapitel 2, besonders das Unterkapitel 2.3.1.4.

untereinander vermitteln lassen und sich teilweise sogar im weltweiten Zusammenhang zu einem identischen Verhaltenstypus homogenisieren. Diese Vereinheitlichung äußert sich mal als Erweiterung von Interaktionsmöglichkeiten und führt zu den weltweiten kommunikativen Netzwerken einer Weltgesellschaft, mal als wertbesetztes Bewusstsein von Einheit, das sich über kollektive Solidarität zu weltweiten gemeinschaftlichen Orientierungsmustern verbindet.<sup>325</sup>

Die Konzepte und Verfahren der Demokratie als Herrschaft des Volkes nahmen ihren Ausgangspunkt im griechischen Stadtstaat und entwickelten sich zu ihren heutigen Ausprägungen im neuzeitlichen Territorialstaat. Aber ist Volksherrschaft gewährleistet, wenn globale Finanzmärkte über Konjunktur und Arbeitsplätze im Lande entscheiden, wenn über ökonomische Fragen in undurchsichtigen internationalen Gremien beschlossen wird, wenn weltweit arbeitende Medien Krisen, Prioritäten und Erfolgskriterien staatlichen Handelns definieren?<sup>326</sup> Inwieweit kann es der Demokratie gelingen, die Voraussetzungen, auf denen sie selbst aufruht, herzustellen und zu garantieren. Wenn das Volk herrschen soll, wer bildet dann das Volk? Aufgrund welcher Eigenschaften und Merkmale soll wer über was wie entscheiden? Ist es möglich, dass eine demokratische Regierungsform selbst auf demokratische Weise ins Leben tritt?<sup>327</sup>

Die Demokratie bezeichnet eine Form der öffentlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung, bei der alle betroffenen Personen gleiche und wirksame Einflussmöglichkeiten haben und die normativ begründungsfähige Problemlösung hervorbringt. Die Menschen sollten frei und gleich in der Bestimmung der Bedingungen ihres eigenen Lebens sein, solange sie in diesem Rahmen nicht den Rechten anderer Schaden. Das Volk muss potentiell in der Lage sein, gewünschte Zustände mittels politischer Maßnahmen tatsächlich herbeizuführen. Der demokratische Prozess setzt also voraus, dass die am Entscheidungsprozess beteiligten Personen insofern eine kollektive Identität aufweisen, als sie neben der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen auch an der Förderung des Gemeinwohls interessiert sind und sich gegenseitig als autonome Akteure anerkennen.<sup>328</sup>

---

<sup>325</sup> Vgl. hier 5.3; Vgl. Richter, Emanuel: Demokratie und Globalisierung. Das Modell einer Bürgergesellschaft im Weltsystem, a. a. O., S. 177ff.

<sup>326</sup> Vgl. Kaiser, Karl: Zwischen neuer Interdependenz und altem Nationalstaat. Vorschläge zur Re-Demokratisierung. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt, a. a. O., S. 311ff.

<sup>327</sup> Vgl. Offe, Klaus: Bewährungsproben- Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Ebd. S. 153f.

<sup>328</sup> Vgl. Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates, a. a. O., S. 233ff.

Zwar bleibt der Nationalstaat die dominierende Einheit der Weltpolitik, aber er ist in Vernetzungen eingebunden und von nichtstaatlichen Akteuren- in Form von internationalen Organisationen- in einem solchen Ausmaß abhängig, dass sich Demokratiedefizite bilden.

Kritiker der Globalisierung befürchten eine strukturelle Erosion von Demokratie auch in demokratisch verfassten Gemeinschaften, weil sich Globalisierungsprozesse zunehmend nationalstaatlicher Kontrolle entziehen. Wenn die Staaten zur multilateralen Gestaltung der Globalisierung internationaler Institutionen einrichten oder Regelwerke aushandeln, die mit Souveränitäts- und Autonomieverlusten verbunden sind, kann bei dem „Regieren jenseits des Nationalstaates“ ein mehrfaches Demokratieproblem auftauchen: Erstens durch das Handeln von internationalen Bürokratien, die über keine demokratische Legitimation verfügen, und zweitens durch das Machtgefälle innerhalb von internationalen Organisationen.<sup>329</sup>

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches 1989 erschien der Sieg der Demokratie weltweit. Aber nach diesem Übergang haben viele Menschen Schwierigkeiten, den politischen und sozialen Wandel zu bewältigen und die neue Form der Demokratie als Regierungsform zu akzeptieren. Daraus erwachsen neue Gefahren, die wahrzunehmen sind. Die Demokratie ist immer gefährdet, weil es keine politische Ordnung gibt, die stärker auf einem Konsens der Bürger beruht, um bestehen zu können.

Weltpolitische Ordnung symbolisiert freilich zunächst nicht mehr als die Abschätzbarkeit der globalisierten Abhängigkeitsverhältnisse von Nationalstaaten. Diese Ordnung befördert die Aussichten auf friedfertige Handlungskoordination. Das kann noch nicht mit Demokratisierung gleichgesetzt werden. Auch die verbreitete Beschwörung einer „Neuen Weltordnung“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bleibt demokratiethoretisch äußerst skeptisch einzuschätzen. Denn diese „Neue Ordnung“ proklamiert nur einen neuen amerikanischen Führungsanspruch, um die Werte und Prinzipien der amerikanischen Variante des liberalkapitalistischen Modells zum weltweit alleingültigen Ordnungsrahmen zu erheben. Mit der „Neuen Ordnung“ geht offenkundig die weltpolitische Dominanz einiger westlicher Großmächte einher, die sich gegenüber der Staaten der Dritten

---

<sup>329</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar, u. a.: Globale Trends 2004/2005, a. a. O., S. 31.

Welt, aber auch in der Instrumentalisierung internationaler Gremien- wie die Vereinten Nationen- manifestiert.<sup>330</sup>

Die Durchkapitalisierung der Welt trägt weder unumwunden zur Globalisierung demokratischer Werte bei, noch stellt sie von sich aus Mittel zur partizipativen Gestaltung der erhöhten Interdependenz bereit. Sie führt statt dessen sozial und politisch zu einer „dissoziativen Vergesellschaftung“.<sup>331</sup> Die Verschärfung von sozialen Konflikten und Rangunterschieden im hierarchischen Spannungsfeld von Zentrum und Peripherie lässt es angemessen erscheinen, von einer „dualen Weltgesellschaft“ und der Dominanz einer privilegierten „Weltoberklasse“ zureden, die weder ihrerseits dem Ideal einer globalen Bürgergesellschaft nahe kommt, noch zu seiner Beförderung in weltpolitischen Zusammenhängen beiträgt.<sup>332</sup>

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Entwicklung auf wissenschaftlichem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet schnell vorangegangen. Dadurch ist die Durchsichtigkeit verloren gegangen, und die Tragweite der einzelnen Entscheidungen ist mit zunehmender Differenziertheit immer schwerer fassbar geworden. Das Individuum in der Gesellschaft vermag bei der Fülle der Informationen schwer zu rationalen Einsichten und klaren Urteilen zugelingen.

Es gibt in der Tat sehr verschiedene Formen der Demokratie. Durchgesetzt und als praktikabel erwiesen hat sich in modernen Gesellschaften nur die repräsentative Demokratie. Sie beruht darauf, dass einige Personen per Wahl damit beauftragt werden, stellvertretend für die Wählerschaft zu handeln. Hier besteht die Gefahr, dass die Beauftragten der Wähler, also die Abgeordneten und Parteien, die Verbindung zu ihren Wählern verlieren, was in der Gegenwart der Fall ist.

„Die Gefahren für die Demokratie im 21. Jahrhundert kommen auf leisen Sohlen. Die Krise hat einen geräuschlosen Charakter. Sie besteht in der schleichenden Auszehrung von innen: wachsende Distanz des Bürgers zum Staat, schwindende Bindung, Entsolidarisierung, Reduzierung des Sorgehorizontes auf die persönliche Betroffenheit. Die Erosion von Gemeinschaftsbindungen und der Vertrauensverfall gegenüber Institutionen, Verluste an Orientierungsbedingungen sind übersehbar. Die Demokratie sieht sich mit der Auflösung ihrer politisch-kulturellen Grundlagen konfrontiert. Das gute Gefühl, in einer besseren Gesellschaft zu leben, ist

---

<sup>330</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Demokratie und Globalisierung, a. a. O., S. 179f.

<sup>331</sup> Vgl. Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander: Weltökonomie. Die Misere der Politik, a. a. O., S. 162, Vgl. auch Richter, Emanuel: Ebd.

<sup>332</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Ebd., mehr dazu siehe hier 5.3.

mangels schlechten Gegenentwurfs erschüttert. Die Privatsphäre wird zum Koken.<sup>333</sup>

Seit dem Siegeszug der Demokratie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 sind die Probleme komplexer, die Handlungsspielräume enger und die Abhängigkeiten größer geworden. Die Politik gerät damit in die Defensive. Sie weiß nicht, wie sie den Umgang mit der Knappheit rational steuern soll. Die gegenwärtige Politik im Zeitalter der Globalisierung wird der ökonomischen Situation in der ehemaligen Sowjetunion vergleichbar: „*wir tun so, als ob wir arbeiten würden, und die tun so, als ob sie uns bezahlen würden.*“<sup>334</sup> Die Politiker tun so, als könnten sie für uns eine entscheidende Wende zum Besseren herbeiführen, und wir tun so, als glaubten wir ihnen dies- obwohl ein immer größerer Teil der Wähler es ablehnt, in diesem „Maskenaufzug“ mitzuspielen. Manche Theoretiker der Globalisierung erkennen in ihr nicht nur einen welthistorisch beschleunigten Transformationsprozess, der alle Lebensbereiche umfasst, sondern auch ein universelles Zivilisationsprojekt, das zur Zivilisierung und Demokratisierung der Welt beitragen könne: Erstens habe die Globalisierung nicht nur die Marktwirtschaft, sondern auch ihre „*Zwillingschwester*“ Demokratie zu einem universellen Leitbild gemacht, das auch Diktaturen unter internen und internationalen Legitimationsdruck setze.<sup>335</sup>

Zweitens Sorge der offene Himmel der globalen Telekommunikation mehr als alle Menschenrechtspakte dafür, dass diese auch die Botschaft der Freiheitsrechte nicht von ihren Territorien fernhalten könnten. Drittens würden Nationalstaaten ebenso wie global operierende Unternehmen international rechenschaftspflichtig, weil ihr Handeln zunehmend an internationale vereinbarten Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards gemessen werden, über deren Einhaltung eine aus aller Welt berichtende Weltöffentlichkeit als eine Art von transnationaler „vierter Gewalt“ mit erheblicher „*soft power*“ wache. Aus dieser Perspektive befördert die Globalisierung die kantsche Vision einer globalen Rechtsstaatlichkeit als Fundament von Demokratisierungsprozessen. Diese Vision wurde nach dem 11. September 2001 und dem nicht von UN-Sicherheitsrat legitimierten Krieg gegen den Irak 2003 durch

---

<sup>333</sup> Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt, a. a. O., S. 10.

<sup>334</sup> Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt a. M. 1997, S. 15.

<sup>335</sup> Vgl. dazu Hauchler, Ingomar u. a.: Global Trends 2004/2005, a. a. O., S. 34ff.

Rückfälle überschattet, aber selbst in dieser Welt profitierte sich die Weltöffentlichkeit als neue Weltmacht, um deretwillen Kriege als Medienkriege inszeniert wurden.<sup>336</sup>

Die Globalisierung, die seit 1989 die Epoche einen neuen Namen gibt, hat eine wesentliche Existenzbedingung der Demokratie verändert. Die demokratische Ordnung hat sich bisher im staatlichen Rahmen realisiert. Die Aufgabe und Herausforderungen wuchern aber zu einem großen Teil über die Grenzen des Nationalstaates aus. Sie entziehen sich damit dem Zugriff gerade jene Instanz, auf die nun Demokratie entworfen und praktiziert wurde. Mit der Auszehrung staatlicher Zuständigkeit geht logischerweise die Entleerung demokratischer Substanz einher. Solange es nicht gelingt, das internationale Leben zu gestalten, ist der Ort demokratischer Verantwortung immer weniger identifizierbar.

Die Politik hat bei der Realisierung der globalen Transformationen eine herausragende Rolle gespielt. Denn die Beseitigung der Grenzen für Kapitaltransfer, für den Handel von Gütern und Dienstleistungen und auch für die transnationalen Bewegungen der Arbeitskräfte wird politisch moderiert. Mit der Entgrenzung politischer Räume erwachsen in dies nicht allein Probleme für die praktische Gestaltung von Politik, auch normative Vorgaben der Demokratiemodelle, die auf eine Welt von Territorialstaaten bezogen sind, bedürfen einer Rekonstruktion. In einer multizentrischen Welt können Vergesellschaftungsprozesse nicht mehr wie in einer territorial gegrenzten Gesellschaft als Folge der internen Bindungskraft sozialer Einheiten. Funktionelle und emotionale Gemeinschaften sind nicht mehr deckungsgleich. Für die Zukunft der Demokratie ist die Frage nach dem Integrationsmodus von Gesellschaften in entgrenzten Räumen von entscheidender Bedeutung. Denn die politische Gesellschaft wird selbst zum Gegenstand der demokratischen Auseinandersetzungen. Das Fehlen einer politischen Gemeinschaft kann das Funktionieren der Demokratie lähmen und zu inneren Instabilitäten führen (wie zum Beispiel Kriege, Terror, Kriminalitäten).

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat zwar die Blockkonfrontation ein Ende gefunden, nicht jedoch die Konkurrenz der Staaten untereinander. Dies findet heute freilich unter den Bedingungen einer neuen strategischen Situation statt: An die Stelle des Gleichgewichts zwischen zwei Supermächten ist nun die einzig verbliebene Supermacht der USA getreten, die mittlerweile wieder eher abnehmend unilateral agiert.

---

<sup>336</sup> Vgl. Ebd., dazu siehe auch hier das Unterkapitel 4.2.2.

## 5.2 Wie wird die Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?

„Systemveränderung hat einen Namen: Globalisierung.“<sup>337</sup>

Auch die Gruppen, die Systemveränderung propagieren, sind andere. Nicht das Proletariat oder die Kommunisten oder die kritischen Intellektuellen, sondern eine unfreiwillige, verdeckte, weltweite Koalition der Gegensätze: transnationale Konzerne, transnationale soziale Bewegungen sowie transnationale Experten in internationalen Organisationen.<sup>338</sup>

Die Systemveränderung bzw. Systemtransformation der 1990er Jahre bringt selbst die Augen der neoliberalen Weltmarktverbesserer zum Glänzen. Niederlage und Sieg der Marxschen Analyse sind – hundertfünfzig Jahre nach dem Erscheinen des kommunistischen Manifests- ununterscheidbar geworden. Der Drang des Kapitals, jeden Winkel dieser Welt zu beherrschen und die von Karl Marx betonte „Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen unmittelbar im Inbegriff des Kapitals selbst gegeben ist,“<sup>339</sup> ist auch heute nicht gebrochen. Man kann sogar sagen, dass die Niederlage als Sieg exekutiert wird: Marx ist überflüssig geworden, weil er marxlos in aller Munde ist. Globalisierung ist auch „*ein anderes Wort für Kapitalmarxismus ohne Marx.*“<sup>340</sup>

Weil mit dem Begriff der Globalisierung auch das Pro und Kontra einer Systemveränderung im politischen Sinne verhandelt wird, tobt um die Globalisierungsfrage versetzte Debatte, die verspätete Debatte ist. Wer den guten alten Sozialstaat und / oder Nationalstaat verteidigt, stellt in Frage, was diesen in Frage stellt: Globalisierung.

Umgekehrt steht derjenige, der die Herausforderung der Globalisierungsfrage (an)erkennt, vor der Alternative: Entweder er gibt die heilige Allianz von Nation, Nationalwirtschaft, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit preis und macht sich so der Kumpanei mit dem neoliberalen Verrat an der politischen Idee Europas schuldig. Oder er stellt die Frage: wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Deutet dies darauf hin, dass die Theorien der Postmoderne und die Systemtheorie mit der Geste des großen Gedankens das Ende der Politik verkündet haben? Ulrich Beck spricht vom Beginn einer „Zweiten Moderne“, die einen Abschied von der

---

<sup>337</sup> Beck, Ulrich(Hrsg.): Politik der Globalisierung ,a. a. O., S. 9.

<sup>338</sup> Vgl. Ebd., S. 9ff.

<sup>339</sup> Zit. nach Bischof, Joachim: Herrschaft der Finanzmärkte, a. a. O., S. 25.

<sup>340</sup> Beck, Ulrich( Hrsg.): Ebd., S. 9.

Postmoderne der 1980er Jahre und den Beginn einer neuen Epoche: Globalisierung, bedeutet.<sup>341</sup>

Martin Albrow deutet darauf hin, dass die Moderne mit ihren Idealen von territorial staatlich geprägtem Politikmonopol, Gemeinschafts- und Gesellschaftsverständnis, mit ihren Idealen von technischem Fortschritt und nationaler Einheit zu Ende geht und die Nach-Postmoderne des „Globalen Zeitalters“ beginnt.<sup>342</sup>

Albrows Hauptfigur ist die Globalisierung. Albrow ist überzeugt, dass die Moderne als Epoche abgeschlossen ist und das „Globale Zeitalter“ bereits angebrochen ist. Dieser Übergang von einer Epoche zu einer anderen bedeutet, wie Albrow und auch Beck meinen, einen radikalen Umbruch im Denken aller Lebensbereiche.

In seinem Buch „Abschied vom Nationalstaat“ versucht Albrow zu zeigen, wie tatsächlich ein ganz anderes Denken bereits Einzug gehalten hat in eine Vielzahl von Lebensbereichen. Einer der Schwerpunkte Albrows ist dabei der Staat. Und weil es bei ihm hauptsächlich um die Staaten der westlichen Welt geht, meint er damit wohl vor allem Demokratie, Rechtsstaat und Liberalismus. Das Buch Albrows „Abschied vom Nationalstaat“ ist eine Analyse jetziger Umstände und Geschehnisse aus dem Blickwinkel der Globalisierung bzw. Globalität und des epochalen Wandels. Die Moderne beginnt bei Albrow mit der Entdeckung Amerikas durch Columbus 1492 und endet mit dem Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima 1945.

„Nach der Moderne steht den Bereichen der Kunst, der Moral, des Staates und sogar der Wirtschaft eine zeitlich und räumlich unbeschränkte Neuorganisation bevor. Für keinen dieser Bereiche gibt es eine Bestandsgarantie. Die Wissenschaft stellt fest, dass die Religion in ihre Reviere vordringt. Der Staat wird zu einem Medium individuellen Ausdrucks, die Kunst zu einem kollektiven Unternehmen. Sämtliche vergangenen und gegenwärtigen praktischen Erfahrungen von Menschen existieren nun nebeneinander als Elemente der Gesamtsituation der Menschheit, ohne irgendeine fixe Lösung für deren Probleme anzubieten. Das Individuum muss mit der Ungewissheit der globalen Welten Leben und sucht das Universelle in der vorübergehenden Begegnung mit anderen.“<sup>343</sup>

Die Zerstörung Hiroshimas deutete das Vernichtungspotential an, das bereits wenige Jahre später soweit angestiegen war, dass jede Supermacht mit ihren Waffen alles

---

<sup>341</sup> Vgl. Ebd., S. 7.

<sup>342</sup> Vgl. Ebd., S. 11.

<sup>343</sup> Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 183.

Leben auf der Erde hätte auslöschen können. Diese nie zuvor in der Geschichte der Menschheit vorhandene Verantwortung ist vielleicht der deutlichste Hinweis für die globale Ausrichtung des Staates und das Ende seiner Expansion.

Die Verbilligung des Telefonierens und der Verbreitung elektronischer Post bildet die Voraussetzung für weltweite soziale Beziehungen, Netze und Systeme, innerhalb derer die effektive Distanz wesentlich geringer ist als die geographische. Der Raum der Gesellschaft wird nicht mehr durch Anwesenheiten an einem Ort definiert und begrenzt, was sich von vormodernen Epochen unterscheidet. Das heißt, geographische und soziale Nähe fallen auseinander bzw. bedeutet dies die Entterritorialisierung des Sozialen.

Für Albrow stellt die Entwicklung in der Transport-, und Kommunikationstechnologien der letzten Jahrzehnte eine stete Bedrohung für andere Formen des menschlichen Zusammenlebens und Handelns neben dem Nationalstaat dar.

„Der zweite Faktor ist die Ausbreitung der Kommunikationsmittel, vor allem in Form von Computern und neuer Informationstechnologie. Sie war die Hauptsache der Auflösung traditioneller sozialer Bindungen in der Moderne und ist auch im globalen Zeitalter der Triebfeder der Entterritorialisierung. Obwohl sie die Form sozialer Beziehungen nur in geringem Umfang determiniert, ist die Informationstechnologie das Medium der neuen Globalität.“<sup>344</sup>

Zürn bedenkt, dass es sich bei dem Prozess der grenzüberschreitenden Interaktionen um Entterritorialisierung handelt. Viel mehr handelt es sich nach Zürn um eine „*gesellschaftliche Denationalisierung*“, die er an den kausalen Auswirkungen auf andere soziale und politische Ereignisse misst. Eine Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft soll zeigen, dass „*in modifizierter Form als Gegenüberstellung von gesellschaftlichen und politischen Räumen auch für denationalisierte Kontexte fruchtbar gemacht werden*“ können.<sup>345</sup> Unter gesellschaftlichen Räumen sind alle Handlungszusammenhänge zu verstehen, die Regelungen erfordern und gleichzeitig Regelungsinstanzen darstellen, also gesellschaftliche Akteure, die staatliches Handeln kontrollieren und der Staat umgekehrt die sozialen Handlungszusammenhänge reglementiert.

---

<sup>344</sup> Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 182.

<sup>345</sup> Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates, a. a. O., S. 69.

Der Blick auf die historischen Triebkräfte der Globalisierung und die dadurch geprägten weltweiten Handlungszusammenhänge zeigt, dass sich kein demokratisch legitimierte staatlicher Zusammenhang abzeichnete, sondern „segmentierte Einflusszonen mit unterschiedlichen Graden der demokratischen Fundierung.“<sup>346</sup>

Martin Albrow zeigt, dass die Funktionen, die Staat in der Moderne übernommen hat, nicht notwendig von ihm erfüllt werden müssen und dass die Globalisierung beginnt, diese Funktionen auf andere Institutionen zu verteilen.

„Der Nationalstaat ist wie keine andere Staatsform vor ihm im Volke verwurzelt. Aber seine Wurzeln sind nicht immun gegen Angriffe. Er musste sich ebenso gegen andere Nationalstaaten wie gegen mit ihm konkurrierende Vereinigungen wie die Familie, die lokale Gemeinschaft, die Kirche oder das Wirtschaftsunternehmen behaupten. Er war immer in Machkämpfe verstrickt und musste sein Territorium verteidigen.“<sup>347</sup>

„Für den Nationalstaat ist die nahe liegende Form der Expansion, der Zugewinn von ..., schlicht und einfach unmöglich geworden. Doch auch sein Eindringen in Kopf und Herz der Menschen ist inzwischen auf immanente Grenzen gestoßen“<sup>348</sup>

Albrow glaubt nicht, dass die großen nicht- (bzw. wenig-) demokratischen Staaten China und Indien den Hoffnungen der westlichen Welt noch wesentlich entgegenkommen und ihren Staat zu einem liberalen, demokratischen Rechtsstaat umgestalten.

Er lehnt also eine „Weltformel: „Demokratie und Liberalismus“ ab. Doch sein Weltstaat trägt deutlich demokratische Züge:

„Vom Niedergang des Nationalstaates bleibt allerdings dessen größte Errungenschaft unberührt, die als Staatsbürger geschulte Bevölkerung nämlich, die nicht nur die menschliche Ressource des Konsumkapitalismus, sondern auch die Bürger des Weltstaates bilden. Das nachlassende Interesse an nationalstaatlicher Politik wird vom zunehmenden Engagement in Bewegungen ausgeglichen, die die Menschen auf weltweiter Basis mobilisieren und Probleme thematisieren wollen, die in der Tagesordnung des Nationalstaates nur eine marginale

---

<sup>346</sup> Richter, Emanuel: Prozesse internationaler Politik: Globalisierung. In: Franz, Christiane/ Schubert, Klaus (Hrsg.): Einführung in die Politische Wissenschaft, Münster 2004, S. 194.

<sup>347</sup> Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 101.

<sup>348</sup> Ebd., S. 87.

Rolle spielen. Diese Bewegungen orientieren sich hauptsächlich an der Globalität und beziehen ihre Werte aus dem Globalismus. Auf dieser Grundlage setzen sie sich mit der globalen Managerklasse auseinander und sind oft deren Gegenspieler. Sie versuchen, Einfluss auf jeden zu nehmen, der mit globalen Veränderungen zu tun hat oder in dessen Verantwortungsbereiche in möglicher Aspekt des globalen Schicksals der Menschheit liegt. Paul Ekins (1992) setzt seine Hoffnungen auf eine wehrhaft demokratische neue Weltordnung auf die Basisbewegungen, die Falk (1992) eine Globalisierung von unten genannt hat.<sup>349</sup>

Albrow spricht von einer Demokratisierung, die sich eher auf lokaler dann auf globaler Ebene abspielt, aber trotzdem eine Folge der Globalisierung ist. Durch die Dekonstruktion des Nationalstaates wird es Bürgern möglich, sich an Entscheidungen in Bereichen zu beteiligen, die ihnen zuvor nicht offen standen, so zum Beispiel das öffentliche Gesundheitswesen o. ä. Albrow glaubt, dass der Staat den größten Teil von seinen Aufgaben abgibt, an Organisationen die ihrerseits demokratische und verbraucherorientiert organisiert sind.

Tatsächlich regiert in den Sozialwissenschaften nach wie vor ein heimlicher Hegelianismus, der die bürgerliche Gesellschaft aus dem Ordnungsanspruch des Staates hervorgehen sieht. Genau das meint die These vom Territorial-Bias der Sozialwissenschaften: Nur unter der Bedingung, dass die sozialräumliche Organisationen sozialer Beziehungen mit dem staatlich kontrollierten Territorium gleichgesetzt wird, lassen sich Gesellschaft, Kultur, Demokratie und Wirtschaft als zugleich zusammengehörige und funktional differenzierte Sektoren innerhalb einer Ganzen begreifen und organisieren.<sup>350</sup>

Das gegenwärtige Weltsystem ist ganz offenkundig von deutlichen Entwicklungsbrüchen zwischen globaler Verflechtung und Demokratisierung gekennzeichnet, die es erst einmal zu reflektieren gilt. Es zeichnet sich nach Zürn, eine „ungleichzeitige Denationalisierung“ ab, eine Diskrepanz zwischen der Ausprägung einer Weltgesellschaft und den demokratischen Kontrollmustern, die auf der Ebene der Nationalstaaten verharren: Der rasch voranschreitenden Transnationalisierung hinkt die politische Kontrolle entsprechender Handlungszusammenhänge hinterher, die politische Verreglung ist der

---

<sup>349</sup> Ebd., S. 270.

<sup>350</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 17.

Demokratisierung internationaler Politik weit voraus.<sup>351</sup> Es stellt sich also erst noch die Aufgabe, die politische Inter- und Transnationalisierung mit der gesellschaftlichen zur Deckung zu bringen, um ein „Minimum an demokratisch kontrollierter Steuerungsfähigkeit zurückzugewinnen.“<sup>352</sup> Weil die Globalisierung Herrschaft hervorbringt und in alle Lebenszusammenhänge hineinwirkt, ist unter demokratischen Gesichtspunkten eine kollektive Willenbildung und Entscheidungsfindung erforderlich, zu deren Organisation es Institutionen und sozialer Regeln bedarf. Die fehlende Übereinstimmung von verregelmtem Raum und politisch legitimierten Entscheidungen muss außerhalb von konventionellen Institutionen wie Regierungen wiederhergestellt werden. Flexible Verfahrensordnungen des Regierens nach demokratischen Mustern sind gefragt.

Die Diskussion kreist daher kaum noch um eine konventionelle Zentralisierung von Staatlichkeit unter dem Leitziel einer Weltregierung, sondern um eine „mehrstufige Koordination“ auf der Basis regional vernetzter, demokratisch legitimer Arrangements. Einen der Schlüsselbegriffe zur Erläuterung von entsprechenden Notwendigkeiten der Koordination und Kooperation stellt die „Weltinnenpolitik“ dar. Sie zielt auf die „Konzertierung von Politik“ in den internationalen Problemfeldern der Sicherheit, Wirtschaft, Entwicklung und Ökologie. Ihr Ansatzpunkt ist das Netz von Interdependenzen, das es mit bereichsspezifischen Instrumenten der Demokratisierung zu stabilisieren und zu erweitern gilt.<sup>353</sup>

Demokratie wird auf die verschiedenen Politikfelder in unterschiedlicher Gestalt projiziert, und aus dem Ensemble mal partizipativer, mal institutioneller Demokratieformen erwächst die demokratische Legitimation der Globalisierung insgesamt. Demokratie kann also nicht unumwunden an die Globalisierung angepasst werden, so dass der Expansionismus des einen die spiegelbildliche Anpassungsfähigkeit des anderen nach sich zieht. Es müssen nach Richter *„partielle Kontexte und Segmente der weltpolitischen Demokratisierung ausgezirkelt werden, die sukzessive einzelne Politikfelder, einzelne Räume, einzelne*

---

<sup>351</sup> Zürn, Michael: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung. In: Leviathan, 20/1992, S. 490ff., Vgl. Richter, Emanuel: Demokratie und Globalisierung, a. a. O., S. 185.

<sup>352</sup> Zürn, Michael: Ebd., S. 511, Zit. nach Richter, Emanuel: Ebd.

<sup>353</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Ebd., S. 186, mehr dazu vgl. Senghass, Dieter: Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz, Frankfurt a. Main 1994, S. 178ff.

*Akteurskonstellationen in kollektive Entscheidungsprozesse einbinden und daraus allmählich ein Patchwork an demokratischen Weltstrukturen schaffen.*<sup>354</sup>

Die Strategie der „segmentierten Demokratisierung“ scheint - nach Richter- die einzig plausible Verknüpfung von Globalisierung und Demokratie schaffen zu können.<sup>355</sup>

Man kann Globalisierung leugnen, bekämpfen oder bejubeln, jenseits aller Bewertungen geht es um diese starke Theorie:

„Ein territorial fixiertes Epochenbild des Sozialen, welches die politische, soziale und wissenschaftliche Imagination im Großen und Kleinen zwei Jahrhunderte lang in Bann geschlagen und beflügelt hat, löst sich auf. Dem globalen Kapitalismus entspricht ein Prozess kultureller und politischer Globalisierung, der das Ordnungsprinzip territorialer Vergesellschaftung und des kulturellen Wissens, auf denen die vertrauten Selbst- und Weltbilder beruhen, aus den Fugen geraten lässt.“<sup>356</sup>

---

<sup>354</sup> Richter, Emanuel: Prozesse internationaler Politik: Globalisierung, a. a. O., S. 195.

<sup>355</sup> Mehr dazu vgl. Richter, Emanuel: Demokratie und Globalisierung, a. a. O., S. 186ff.

<sup>356</sup> Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 17.

### 5.3 Das Demokratie-Dilemma: Formen nachpolitischer Demokratie

Während im Rahmen der demokratischen Legitimation nationalstaatliche Politik zunehmend Nicht-Entscheidungen politisch legitimiert werden, werden im transnationalen Rahmen der Nicht-Politik nicht demokratisch legitimierte Entscheidungen von transnationaler Reichweite und Durchschlagskraft getroffen.<sup>357</sup>

Aus dem Demokratie-Dilemma gibt es im Zeitalter der Globalisierung so leicht kein Entkommen. Einerseits kann es nicht ohne weiteres in Richtung auf eine „kosmopolitische Demokratie“ aufgelöst werden.

„Der Zentralbegriff der Demokratie ist Volk, nicht Menschheit“, polemisierte Carl Schmitt. *„Es gibt, wenn Demokratie überhaupt eine politische Form sein soll, nur eine Volks- und keine Menschheitsdemokratie.“*<sup>358</sup>

Das ist zwar in dieser Form problematisch, verweist aber auf das zentrale Problem. Ohne ein politisch starkes weltbürgerliches Selbstbewusstsein und entsprechende Institutionen einer globalen Zivilgesellschaft und Weltöffentlichkeit bleibt –bei aller institutionellen Phantasie– die weltbürgerliche Demokratie eine notwendige Idee.<sup>359</sup>

Eine kosmopolitische Demokratie setzt die Gewährleistung eines Weltbürgerrechtes für alle (Staffelung von Grundrechten zwischen Staatsbürgern verschiedener Nationalitäten) voraus. Die Zivilisation ist geschützt, wenn das Grundrechtsverhältnis also global gilt. Dabei ergibt sich eine Paradoxie. Die Garantie von Grundrechten setzt den Nationalstaat voraus. Wie kann also ein weltbürgerliches Rechtsverhältnis zwischen Staaten und Staatsbürgern verschiedener Nationalitäten begründet und gesichert werden, das den Nationalstaat als einen Garanten relativiert, ohne sich zugleich in den falschen Alternativen zu verlieren, entweder einen Weltstaat einzustreben oder Grundrechte im rechtslosen und staatenlosen Raum anzusiedeln?

Jürgen Habermas schreibt:

---

<sup>357</sup> Vgl. Ebd., S. 32.

<sup>358</sup> Schmitt, Carl: *Verfassungslehre* (1928), Berlin 1983, S. 234, zit. nach Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*, a. a. O., S. 33., zu der schmittischen Tradition eines politischen Völkerrechtes siehe die Discussion Paper No. 17 von Ralph Rotte: *Die Diskussion um Legalität und Legitimität des „Demokratischen Interventionismus“ im Lichte des Kosovo- und Irakkrieges von 1999 und 2003*, Juni 2006, S. 17ff. In: [http://www.ipw.rwth-aachen.de/for\\_paper.html](http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_paper.html), Zugriff am 15 August 2006.

<sup>359</sup> Dazu siehe Shaw, Martin: *Die Repräsentation ferner Konflikte und die globale Zivilgesellschaft*. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*, a. a. O., S. 221ff, am Ende dieses Unterkapitels werde ich auf das von Richter, Emanuel skizzierte Model der globalen Bürgergesellschaft im Weltsystem ausführlicher eingehen.

„Die entscheidende Frage ist deshalb, ob in den Zivilgesellschaften den politischen Öffentlichkeiten großräumig zusammenwachsender Regime ein Bewusstsein kosmopolitischer Zwangssolidarisierung entstehen kann. Nur unter diesem Druck einer innenpolitisch wirksamen Veränderung der Bewusstseinslage der Bürger wird sich auch das Selbstverständnis global handlungsfähiger Akteure dahingehend ändern können, dass sie sich zunehmend als Mitglieder einer Gemeinschaft verstehen, die alternativenlos zur Kooperation und damit zur gegenseitigen Interessenberücksichtigung genötigt sind.“<sup>360</sup>

Auf der anderen Seite verkennen alle Versuche, deswegen die Arenen nationalstaatlicher Demokratie zum „Nonplusultra“ zu erklären, die Eigenrealität und Eigendynamik transnationaler Handlungs- und Machträume, Sachfragen, Konflikte etc. Sie verabsolutieren ferner das historische Institutionsbündnis von Nationalstaat, Nationalökonomie und parlamentarischer Demokratie zu einem notwendigen und daher nicht überwindbaren Zustand. Dies hat schließlich zur Folge, dass Positionen, die im ungebrochenen Selbstverständnis nationalstaatlicher Demokratie als „aufgeklärt links“ gelten konnten, sich im Horizont weltgesellschaftlicher Debatten und Herausforderungen leicht in einen „linken Protektionismus“ verwandeln können.<sup>361</sup>

Das ist etwa dann der Fall, wenn das Demokratie-monopol des Nationalstaates dazu verwendet wird, um die transnationale Nichtpolitik-Politik auf autonomieschonende Entscheidungen einzugrenzen und entsprechend festzuschreiben. Mit der Folge, dass der transnationale Entscheidungs- und Politikraum beispielsweise der Europäischen Union, aber auch internationale Organisationen ganz allgemein, dem Prinzip der „Nationalstaatsverträglichkeit“ unterworfen werden soll.<sup>362</sup>

Hier liegt die Frage nahe, ob hier nicht letztlich die gute Sache der Demokratie als Vorwand dient, um das Abwandern des Politischen aus dem Bezugsrahmen des Territorialstaates ins Transnationale mit seinen umstürzlerischen Folgen für die Politik und Gesellschaft zu ignorieren bzw. zu überspielen. Die Antwort auf das Demokratie-Dilemma, die sich abzeichnet, sind Perspektiven einer

---

<sup>360</sup> Habermas, Jürgen: Jenseits des Nationalstaates? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 77.

<sup>361</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 33f.

<sup>362</sup> Vgl. Ebd.

„postparlamentarischen Demokratie“, also eines Mega-Pluralismus der Demokratietheorie und demokratischer Institutionen.<sup>363</sup>

Es geht dabei darum, dass das Demokratiemonopol der parlamentarischen Demokratie gelockert wird und durch Bilder reflexiver Demokratie im Sinne pluraler demokratischer Akteure und Institutionen ersetzt wird. Dazu zählen zum Beispiel Modelle assoziativer Demokratie in dem Sinne, dass transnationale Organisationen durch unabhängige Ausschüsse ergänzt und kontrolliert werden, die pluralistisch besetzt sind, deren Entscheidungen dann für alle betroffenen Gruppen transparent zu machen wären. Andere fordern die Zulassung von Nichtregierungsorganisationen oder plädieren für das Instrument des transnationalen, im Grenzfall globalen Referendums, nicht nur um Schlüsselentscheidungen demokratisch zu öffnen, sondern auch um den Mangel an transnationaler Öffentlichkeit und Identität zu überwinden.<sup>364</sup>

Martin Albrow argumentiert sogar, dass so etwas wie ein Weltstaat- gerade nicht im Sinne eines globalen Territorialstaates, der kein Außen kennt- dann hervortritt, wenn das Individuum in seinem Handeln ein weltumspannendes Gemeingut- etwa die Erhaltung der Umwelt- berücksichtigt, es ist nichts anderes als das Struktur gewordene Selbstbewusstsein zahlloser Individuen.<sup>365</sup>

Das Handeln von Weltkonzernen und nationalen Regierungen gerät unter dem Druck einer Weltöffentlichkeit. Dabei ist die individuell- kollektive Partizipation an globalen Handlungszusammenhängen entscheidend und bemerkenswert. *„Der Bürger entdeckt den Kaufakt als direkten Stimmzettel, den er immer und überall politisch anwenden kann.“*<sup>366</sup>

Es wird so möglich, Entscheidungen zu beeinflussen, nicht nur über nationalstaatliche Grenzen hinweg, und zwar direkt, ohne den Filter von Parteien, Parlamenten, Regierungen, sondern zugleich sogar in Fragen, die bislang hinter den verschlossenen Türen des Managements als dessen ureigenste Sache entschieden werden. Dies setzt sich aus Produkten, Lebens- und Arbeitsverhältnissen derjenigen, die diese Produkte hergestellt haben, sowie aus Art und Ausmaß des demokratischen Engagements des jeweiligen transnationalen Konzerns, zusammen.

---

<sup>363</sup> Siehe dazu McGrew, Anthony: Demokratie ohne Grenzen? Globalisierung und die demokratische Theorie und Politik. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Ebd., S. 347ff.

<sup>364</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Ebd., S. 34f.

<sup>365</sup> Vgl. Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 286ff.

<sup>366</sup> Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 124.

Hier besteht die Gefahr darin, dass die Schleusen für demokratische Legitimation jenseits von bzw. ohne Parlamente geöffnet werden. Dies kann dazu führen, dass die Grenzen zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie verschwimmen. Modelle kosmopolitischer Demokratie ist insofern eine Tendenz eigen, die Fahnen zukünftiger Demokratie nach dem Wind des höchst kritikwürdigen Status quo zu richten. Aber wie starke demokratische Institutionen jenseits der nationalstaatlichen parlamentarischen Demokratie möglich werden, bleibt eine offene Frage, die dringend einer öffentlichfachlichen Diskussion bedarf.<sup>367</sup>

Die Lektüre neuerer Aussagen über politische Repräsentation bis hin zur kosmopolitischen Demokratie belehren darüber, dass dort Größenordnungen keine Rolle spielen. Immerhin wird ein Weltparlament für mehr als sechs Milliarden Weltbürger- und bürgerinnen von seriösen Leuten erwogen.

Das Modell der kosmopolitischen Demokratie hat viele Gemeinsamkeiten mit der „Nachbarschaftsdemokratie“.<sup>368</sup> Neben den (National-)staaten sind auch die internationalen und regionalen Organisationen die Träger der Regierungsgewalt, allerdings nicht nur demokratisch vom Volk legitimiert, sondern einem kosmopolitischen Recht unterworfen. Der demokratische Gedanke außerhalb der Staaten würde damit differenziert und verstärkt.<sup>369</sup> Die Staaten wären nicht mehr die alleinigen Zentren legitimer Macht, aber noch lange nicht überflüssig. Als Ziel wird ein System von durch demokratische Prozesse geformter und begrenzter Machtzentren angestrebt, das heißt eine internationale demokratische Gemeinschaft von Staaten und Gesellschaften. Der Gedanke des Modells der „Nachbarschaftsdemokratie“ der Gleichheit von Individuen, Staaten und Organisationen taucht im Modell auf. Der Unterschied zur „Nachbarschaftsdemokratie“ liegt in einem neu zu definierenden kosmopolitischen Recht, das alle gleichstellt und dem sich die *global player* unterordnen. Das Dilemma beginnt mit der Ausarbeitung eines Rechtes, das alle Global player akzeptieren, egal welcher Couleur und welcher Kultur sie angehören. Allein darauf basiert die kosmopolitische Demokratie, die eine Umgestaltung des globalen Regierens fordert.

Im Abschluss dieses Unterkapitels möchte ich das von Emanuel Richter skizzierte Modell der globalen Bürgergesellschaft im Weltsystem darlegen.

---

<sup>367</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 35ff.

<sup>368</sup> Dazu siehe hier das Unterkapitel 4.1.2.1.

<sup>369</sup> Vgl. Mc Grew, Anthony: Demokratie ohne Grenzen? a. a. O., S. 401.

Weil die Globalisierung- wie bereits hier auch klar wurde- in Gestalt wirtschaftlicher Verflechtung, politischer Interdependenz, transnationaler korporatistischer Interessenvermittlung, weltweiter Kommunikation und Interaktion sich als facettenreicher Prozess vollzieht, können Verstetigung und Strukturbildung dieses Prozesses als das erdumspannende Netzwerk eines Weltsystems begriffen werden.<sup>370</sup>

Die Globalisierung verläuft demokratiethoretisch ambivalent. Wo sie auf der einen Seite mittels ökonomischer Marktmechanismen politische Chancengleichheit befördert, den Geltungsraum von Freiheitsrechten erweitert oder das Modell demokratischen Regierens grenzüberschreitend ausbreitet, festigt sie auf der anderen Seite die zweckrationale Effizienz der Marktgesellschaft und entfremdet dadurch das Weltsystem von den Idealen demokratischer Partizipation.

Ein angemessenes Demokratie- Modell muss das Potential besitzen, die Komplexität des Weltsystems reflexiv zu durchdringen und ein kritisches Unterscheidungsvermögen zwischen der Rationalität der Marktexpansion und der Ausbreitung liberaler Werte zu entfalten, um auf dieser Grundlage die Modellvorstellungen der demokratischen Umgestaltung zu entwickeln. Die Komplexität der Demokratie-Forderung kann weder auf die Erwartung basisdemokratischer Nebenfolgen einer marktorientierten Globalisierung reduziert werden, noch das strukturbildende Potential der Expansion des liberalen Kapitalismus und seiner Modernisierungsdynamik schlicht verleugnen und umstandslos auf das autonome Entscheidungspotential demokratisch wachsender Weltbürger setzen.<sup>371</sup>

Die Verknüpfung zwischen Demokratie und Globalisierung kann von einem statischen Demokratie- Modell nicht erbracht werden, sondern erfordert ein prozedurales Demokratie- Modell, das beständig zwischen den Stufen seiner Generierung und den Feldern seiner Anwendung vermittelt. In diesem Vermittlungsprozess findet eine Wechselbeziehung zwischen Bürgerrechten, Bürgerqualifikationen und institutionellen Arrangements für die Entfaltung der Demokratie im Weltsystem statt. Bürgerrechte, Bürgerqualifikationen und institutionelle Arrangements bilden die Realisierungsstufen bzw. die Elemente des demokratiethoretischen Modells einer globalen Bürgergesellschaft.<sup>372</sup>

---

<sup>370</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Demokratie und Globalisierung, a. a. O., S. 178.

<sup>371</sup> Vgl. Ebd., S. 189f.

<sup>372</sup> Vgl. Ebd., S. 189ff.

Die erste Realisierungsstufe dieses Modells stellen die Bürgerrechte dar. Die Wertorientierungen im Weltsystem gelten als ein Problem bzw. Herausforderung dieser Stufe. Deshalb müssen diese Orientierungen in den internationalen Beziehungen- über völkerrechtliche Kodifizierung hinaus- als proklamierte Normen von Akteuren im Namen der Demokratisierung gestärkt werden. Dabei spielen die politischen Eliten als unreflektierte Handlungsimperative eine entscheidende Rolle.<sup>373</sup>

Die zweite Komponente des Modells der globalen Bürgergesellschaft ist die Bürgerqualifikationen zur globalen Abschätzung von Handlungsfolgen, mittels derer die Bürger aus ihrem mikropolitischen Wahrnehmungshorizont heraus die Befähigung zur Generierung von universalistischen Handlungsorientierungen einüben. Dies wird von der Zivilgesellschaft abgeleitet. Sie basiert auf einer kommunikativ strukturierten und reflektierten Lebenswelt, dem Horizont, in dem sich die Handelnden immer schon bewegen, dem unbewussten Wissen, der Tradition, den diskursiv gewonnenen Überzeugungen. Diese Lebenswelt setzt die freie Interaktion von Individuen gegenüber der Dominanz marktkonformer Zweckrationalität voraus. Hierbei sind die Individuen bei Selbstentscheidung über den eigenen Körper, über soziale Mindeststandards, über wirtschaftliche Lebensformen, über das Ausmaß von öffentlicher Gewalt und politischem Zwang sowie über die Mindeststandards rechtlicher Regulierung autonom. Die Fähigkeit des Individuums erwächst, sich assoziativ am öffentlichen Diskurs zu beteiligen und kompetente politische Entscheidungen zu treffen. Je größer das Potential der politischen Einflussnahme der Bürger ist, je mehr beteiligen sich kompetente Individuen an der öffentlichen Debatte über politische Entscheidungen. Das politische Erscheinungsbild der Zivilgesellschaft hat viele Facetten, lässt sich aber nach Emanuel Richter generalisierend als Modell einer „freien Assoziation von Bürgern auf der Basis von konsensfähigen Grundnormen mit dem Ziel des öffentlichen Diskurses“ kennzeichnen.<sup>374</sup>

Zivilgesellschaft ist nicht identisch mit Demokratie, sondern steht in klärungsbedürftiger Spannung zu ihren Realisierungsstufen, sie enthält „die Spannung zwischen vernunftrechtlichen Universalismus und dem sittlichen

---

<sup>373</sup> Mehr dazu siehe ebd.

<sup>374</sup> Ebd., S. 192.

Partikularismus, aus dem sich auch die zwischenmenschliche, solidarischen Bande einer zivilen Gesellschaft weben.“<sup>375</sup>

Die lebensweltlichen Grundlagen von Zivilgesellschaft legen aber bestimmte Auffassungen von Demokratie nahe. Generell drängen sie zu einer partizipatorisch-deliberativen Auffassung von Demokratie, die von einem hohen politischen Reflexionsgrad und einer sensibilisierten politischen Wahrnehmung getragen wird und dazu führt, in öffentlicher Kommunikation über politische Fragen zu entscheiden. Inhaltliche Elemente einer solcherart „reflexiven Demokratie“ wären die genaue Identifizierung des jeweiligen Entscheidungsproblems und der (davon) betroffenen, die Anpassungsfähigkeit der assoziativen Politikgestaltung an die wechselnden Problemkonstellationen, die Ausdifferenzierung der hierarchischen und thematischen Stufen politischer Willensbildung und große Offenheit in der Zusammensetzung und dem Wirkungskreis politischer Akteure. Solche zivilgesellschaftlichen Elemente der Demokratie haben die Aufgabe, institutionalisierte Formen der demokratischen Willensbildung kritisch in Hinblick auf Bedürfnislagen und Legitimationsstrukturen zu reflektieren, die Verselbständigung repräsentativer Strukturen partizipatorisch einzuholen und institutionalisierte Herrschaftsformen ja nach Möglichkeit durch assoziative Formen politischer Verständigung zu ersetzen.

Die zivilgesellschaftliche Perspektive ist also durchaus nicht zwangsläufig mit öffentlicher Beratung oder dem Modell direkter Demokratie zu verknüpfen, sondern greift nur bedarfsweise darauf zurück, wenn die reflexive Durchdringung des politischen Entscheidungsbedarfs dies möglich bzw. erforderlich erscheinen lässt. Eine erfolgreiche deliberative Demokratie wird freilich ermutigend auf die Bürgerpartizipation wirken und die Ausdehnung öffentlicher Diskurse und direktdemokratischer Entscheidungsverfahren befördern.<sup>376</sup>

Dabei ist eine Art „kollektive politische Urteilskraft“, die in allen komplexen Handlungszusammenhängen auf die grundlegenden zivilen Bedürfnislagen verweist, von entscheidender Notwendigkeit. „Erst in der kollektiven Entfaltung und

---

<sup>375</sup> Schmalz-Bruns, Rainer: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik, Baden-Baden 1995, zit. nach Richter, Emanuel: Ebd., S.193.

<sup>376</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Ebd., S. 193f, die deliberative Demokratie ist ein Verfahren, durch das man in der politischen Arena in Bezug auf politische Maßnahmen Übereinstimmung erzielt oder zu erzielen versucht. In der deliberativen Demokratie könne Übereinstimmung mit Hilfe verschiedener Mittel erreicht werden. So könnte es sein, dass sich die Beteiligten auf eine Norm oder mehrere Normen einigen, die die Bewertung bestimmter politischer Entscheidungen regeln. Im Rahmen einer repräsentativen Demokratie könnte die Voraussetzungen der deliberativen Demokratie dadurch erfüllt werden, dass die Sichtbarkeit des Handelns der gewählten Vertreter gewährleistet ist. Mehr dazu vgl. Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts, a. a. O., S. 160ff.

makropolitischen Anwendung dieser Urteilskraft bildet sich jene Bürgergesellschaft aus, die für die Vorstellung von Demokratie und Globalisierung erforderlich ist.<sup>377</sup>

Die letzte Realisierungsstufe der globalen Bürgergesellschaft im Weltsystem bezeichnet die „institutionellen Arrangements“. Sie sind notwendig, um Individuen und kollektive von der beständigen Selbstgenierung der Entscheidungsautonomie und Urteilskräfte zu entlasten. Die global etablierten Ansätze demokratischer Herrschaftsgestaltung – völkerrechtliche Normen, internationale Organisationen oder politische Regime- sind weder überflüssig noch veraltet, sondern im allgemeinen die notwendige Ergänzung zur prozeduralen Bürgergesellschaft. Die zivilgesellschaftlichen Ressourcen einer Bürgergesellschaft können institutionalisierte Formen der Demokratie nicht vollständig ersetzen.<sup>378</sup>

Die Anwendung global institutionalisierter DemokratiefORMen müsste darüber aufklären, wieweit sich die partizipatorisch- deliberative Demokratie weltpolitisch anwenden lässt, wo und inwieweit weltpolitische Normierungsnotwendigkeit besteht, wo neuer Institutionalierungsbedarf aufkommt. Das Prozedurale fände in einem gegenseitigen Vermittlungsprozess der mikro- und makropolitischen Ebene von Demokratie seinen Ausdruck. Erforderlich ist ein flexibles Zusammenwirken normativer Prinzipien von Demokratie, partizipatorisch- deliberativer Gestaltung und institutionalisierter Verfahren von Demokratie.<sup>379</sup>

Die Bürgergesellschaft im Weltsystem bildet keinen Ersatz für die komplexen Entscheidungszusammenhänge der Weltpolitik schlechthin, sondern nur ein Korrektiv im Namen demokratischer Politikgestaltung. Sie stellt ein Element im unübersichtlichen Feld des „Regierens“ auf dem Niveau des Weltsystems. Systematisch bleibt sie dem Anspruch des „komplexen Regierens“ zuzuschlagen, das sich im Zusammenwirken von internationalen Organisationen, Rechtskodizes, Gremien nationalstaatlicher Eliten, transnationalen Interessengruppen und spontanen weltpolitischen Akteurskonstellationen äußert.<sup>380</sup>

Die Realisierungschancen dieser Bürgergesellschaft erscheinen in der Komplexität globaler Zusammenhänge schwer vorstellbar. Das Modell scheint aber vor dem Hintergrund unzureichender konventioneller DemokratiefORMen und Demokratieverständnisse im Bereich der globalen Politikgestaltung unerlässlich.

---

<sup>377</sup> Richter, Emanuel: Ebd., S. 194.

<sup>378</sup> Vgl. Ebd., S. 194f.

<sup>379</sup> Mehr dazu siehe ebd.

<sup>380</sup> Vgl. Zürn, Michal: Jenseits der Staatlichkeit, a. a. O., S. 511, auch Richter: Ebd., S. 196.

Die praktischen Herausforderungen bzw. Hindernisse des demokratiethoretischen Modells stellen die unklar bleibenden Akteure und Realisierungswege dar. Können engagierte Bürger, Interessengruppen, vor allem im Bereich der neuen sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, die Vereinten Nationen oder die Industrienationen als Akteure dieser Bürgergesellschaft gelten?<sup>381</sup>

Das Projekt der globalen Entfaltung von Demokratie ist idealistisch und komplex, die Vermittlung an die Realität schwierig, nur ansatzweise denkbar. Die Vielschichtigkeit der Problemlage fordert dazu heraus, sich nicht mit einfachen Konzepten zufriedenzugeben, sondern die Komplexität der Praxis theoretisch abzubilden. Die Globalisierung fordert dazu heraus, dem raschen Wandel einer zusammenwachsenden Welt mit immer neuer demokratischen Phantasie und damit anpassungsfähigen Prozeduren der demokratischen Politikgestaltung zu begegnen.

---

<sup>381</sup> Vgl. Richter: Ebd., S. 196ff.

## 5.4 Das Souveränitäts-Dilemma: Unfreiwillige Pazifizierung der Weltgesellschaft?

Dies ist eine der Merkwürdigkeiten der an Denkfallen reichen Globalisierungsdiskussionen: Obwohl alle und alles um die Fragen wirtschaftlicher Globalisierung kreist, ist im Zuge der Kontroversen zwischen Wirtschaftswissenschaften und- Historikern unklar geblieben oder geworden, ob und in welchem Sinne es überhaupt so etwas wie wirtschaftliche Globalisierung gibt.<sup>382</sup>

Vielleicht lässt sich ökonomische Globalisierung im Langzeitvergleich mit Hilfe makroökonomischer Daten immer noch leugnen, unbezweifelbar aber ist, dass wir in der Gegenwart mit der Wirklichkeit der Möglichkeit wirtschaftlicher Globalisierung in all ihren Dimensionen konfrontiert sind. Diese neue globale Unberechenbarkeit ist gemeint: Die „hergestellten Unsicherheiten“ der Weltrisikowirtschaft transformieren die Geschäftsgrundlage in allen sozialen Handlungsfeldern. Denn diese sozial wahrgenommene Möglichkeit regiert in den Köpfen und Managementetagen wie in der verschreckten Öffentlichkeit und entfaltet so ihre eigene Unkontrollierbarkeit, ihr eigenes Machtspiel.<sup>383</sup>

Die zivilen Gesellschaften insbesondere in den Dienstleistungsländern fühlen sich bedroht. Bedroht von Problemen und Ereignissen, die sich täglich in der „Heimwelt“ erleben und in der „Fremdwelt“ via Medien erfahren. Die Kriminalität, der Terrorismus und immer neue Drogenwellen breiten sich aus. Die Bevölkerungsexplosion in vielen Ländern erhöht die Zahl der Hungernden und um der Armut zu entgehen, bleibt in vielen Fällen nur die Auswanderung in die vermeintlich reicheren Staaten der Erde. Die Migration und immer neue Flüchtlingsströme fördern auch den Druck auf die wohlhabenden Staaten. Ein Feindbild „Dritte Welt“ etabliert sich neben dem Feindbild „islamischer Fundamentalismus“ in den Köpfen der Bevölkerung. Damit aber nicht genug. Tägliche Berichte über Naturkatastrophen implizieren die Defizite im Umgang mit der Umwelt.

Das Eindringen der „hergestellten Unsicherheit“ in unser Leben bedeutet- nach Giddens- nicht, dass unser Dasein auf individueller oder kollektiver Ebene gefährlicher geworden ist, als es bisher zu sein pflegte. Vielmehr sind es die

---

<sup>382</sup> Mehr dazu siehe die Debatte zwischen Hirst, Paul / Grahame, Thompson einerseits und Perraton, Jonathan / Goldblatt, David / Held, David und McGrew, Antony andererseits. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 85ff, S. 134ff.

<sup>383</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Ebd., S. 23.

Ursachen und der Umfang der Risiken, die sich geändert haben. Die „hergestellte Unsicherheit“ ist Ereignis menschlicher Eingriffe in die Bedingungen des sozialen Lebens und in die Natur. Für Giddens ist „hergestellte Unsicherheit das Ergebnis der langfristigen Entwicklung der Institutionen der Moderne“.<sup>384</sup>

Damit stellt sich die Frage, ob diese globalen Probleme noch beherrschbar sind? Die Regierungen unternehmen anscheinend zu wenig, um der Vielzahl der Probleme Herr zu werden. Politikverdrossenheit macht sich ebenso breit wie die Forderung nach politischer Neugestaltung und weniger Korruption. Nicht die Institutionen, sondern die gewählten Volksvertreter stehen damit in der Kritik. Haben sie aber überhaupt noch die Kompetenzen und die Mittel dazu, diese Probleme zu lösen? National auf keinen Fall. Ohne eine Kooperation mit anderen Staaten ist das nicht möglich.

Wer allerdings von den Gesetzen des Weltmarktes spricht, unterschlägt, dass grenzlose Märkte von Akteuren geschaffen und dominiert werden, für die nationalen Grenzen und Institutionen von vornherein Verhandlungssache sind. Wer den globalen Markt (verstehen) will, muss sich für die Fragen globaler Politik globaler Gesellschaft, globaler Kultur öffnen. Wie wird Gesellschaft als Weltgesellschaft möglich?<sup>385</sup>

„Denationalisierung“ ist für Ulrich Beck eine unweigerliche Begleiterscheinung der Globalisierung. „Globalisierung heißt: Denationalisierung. Nationalstaaten und ihre Regierungen verlieren an Handlungs- und Gestaltungsmacht“.<sup>386</sup> Das wird meistens als große Gefahr dargestellt, weil politische Ziele nicht mehr erreicht und durchgesetzt werden können. Doch das Gegenteil ist auch der Fall, wie Michael Zürn argumentiert: So werden manche Ziele des Regierens heute besser erfüllt. Die gesellschaftliche Denationalisierung kann als ein wesentlicher Grund dafür gelten, dass die beiden größten Plagen des langen 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der OECD-Welt heute unwahrscheinlicher geworden sind: zwischenstaatliche Kriege und unmenschliche Freiheitsbeschneidungen durch totalitäre Staaten.<sup>387</sup>

National ökonomische Strategien sind nicht mehr in der Lage, Volkswirtschaften in einem internationalisierten System zu steuern. Der Nationalstaat hat seine

---

<sup>384</sup> Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts, a. a. O., S. 22.

<sup>385</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 26.

<sup>386</sup> Ebd.

<sup>387</sup> Vgl. Zürn, Michael: regieren jenseits des Nationalstaates, a. a. O., S. 69ff.

Vorstellung angesichts von Globalisierung und supranationalen Wirtschaftsblöcken verloren.<sup>388</sup>

Die Aufhebung der Grenzen ist sicher nicht nur eine Ursache ökonomischer Dimension, sondern gleichzeitig auch von sozialer und kultureller Dimension. Die technischen Errungenschaften haben die Kommunikation zwischen verschiedenen Völkern der Erde wesentlich verbessern können. Eine Folge davon war, dass das Interesse an anderen Kulturen immer mehr anstieg. Unklar ist jedoch ob die Globalisierungsprozesse zu einer Vereinheitlichung oder einer gesellschaftlichen Vielfalt führen.<sup>389</sup>

Im Zuge der Globalisierung verschärft sich das Dilemma zwischen nationaler Souveränität und transnationaler Zusammenarbeit. In einer Welt, in der Nationalstaaten transnationaler (Militär- und Sicherheits-) Bündnisse schließen müssen, ist die Einlösung des Souveränitätsversprechens an die Aufgabe des Souveränitätsversprechens gebunden. Hier verliert die scheinbar ewige Anarchie der Staaten als Quelle von Weltkriegen und Weltkonflikten an Bedeutung. Nicht weil Staaten dem Krieg abschwören, sondern weil sie ihre politische Ziele der Wohlfahrtssteigerung nur in Kooperation und Konkurrenz in den Kampfarenen der Weltwirtschaft verwirklichen können.<sup>390</sup>

Es wurde bei der ökonomischen Dimension der Globalisierung erwähnt, dass Globalisierung und die weltweite Liberalisierung den international handelnden oder international produzierenden Konzernen eine erhebliche, ganz legale Steuervermeidung im eigenen Land ermöglichen. Dies führt dazu, dass die Globalisierung die nationale Regierung und die Parlamente, die befugt sind, allgemeinverbindliche Regelungen zu erlassen, in ihrer Souveränität beschneidet, insbesondere in ihrer Steuersouveränität.

„Souveränität ist keine intrinsische Eigenschaft von Staatlichkeit, sondern eine soziale Identität, die ein Staat haben kann. Indem sie sie auf ein Kollektiv übertragen, können Staaten ihre Problemlösungsfähigkeiten

---

<sup>388</sup> Vgl. Hirst, Paul /Tompson, Grahame: Globalisierung ? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken. In : Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung a. a. O., S. 102.

<sup>389</sup> Vgl. Ebd., S. 103ff.

<sup>390</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 26f.

stärken. Internationalisierung ist ein Weg der Reorganisation und Umverteilung staatlicher Macht, kein Absterben des Staates.<sup>391</sup>

Weil staatliche Akteure (wie Regierungen, regionale politische Gemeinschaften, internationale Organisation) ihre de facto Autorität an Institutionen im transnationalen Raum abgeben, entziehen sie direkter demokratischer Kontrolle. Die Wähler eines bestimmten Territoriums behalten zwar das formale Recht, ihre Regierung abzuwählen, aber die Möglichkeit, dieses Recht in einen greifbaren Politikwechsel umzusetzen, ist durch die Verpflichtungen eingeengt, die staatliche Eliten miteinander eingegangen sind. Neue Eliten könnten diese Verpflichtungen im Prinzip ignorieren, aber oft nur um den Preis von Sanktionen und einer Einschränkung ihres Handlungsspielraums.

Der Versuch, Probleme internationalen kollektiven Handelns durch das Schaffen kollektiver Identitäten zwischen Staaten zu lösen, erzeugt das gänzliche neue Problem, diese Identitäten demokratisch zu legitimieren, als letztlich das Problem, die Grenzen politischer Gemeinschaften umzugestalten.

Der Politologe Karl Kaiser wollte nicht ausschließen, dass dem Sieg der repräsentativen Demokratie am Ende des 20. Jahrhunderts ihre schleichende Erosion in Gefolge der massiv wachsenden Globalisierung im 21. Jahrhundert folgen könnte, weil die Verflechtung moderner Gesellschaften die demokratischen Kontrollmechanismen des überkommenen Territorialstaates mit seinen Souveränitätsansprüche untergrabe. Demokratische Verantwortung der innerhalb von Nationalstaaten gewählten Parlamente und Regierungen könnten nicht mehr greifen, wenn diese nicht mehr eindeutig für transnationale Entwicklungen verantwortlich gemacht werden könnten.<sup>392</sup>

In der „*postnationalen Konstellation*“ würden zur Beobachtung grenzüberschreitender Probleme immer mehr weitreichende Entscheidungskompetenzen an internationale Institutionen abgegeben und dadurch die autonomen Handlungskompetenzen der in den Nationalstaaten demokratisch legitimierten Institutionen unterhöhlt.<sup>393</sup>

Die Frage, die sich nun stellt, wie können internationale Organisationen die teilweise wie beispielsweise der Internationale Währungsfonds (IWF) die

---

<sup>391</sup> Wendt, Alexander: Der Internationalstaat: Identität und Strukturwandel in der internationalen Politik. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, a. a. O., S. 404.

<sup>392</sup> Vgl. Kaiser, Karl: Globalisierung als Problem der Demokratie. In: Internationale Politik, vol. 53(4), 1998, S. 11, Vgl. auch Hauchler, Ingomar u. a. : Globale Trends, 2004/2005, a. a. O., S. 34f.

<sup>393</sup> Vgl. Hauchler, Ingomar u. a. : Ebd.

Welthandlungsorganisation (WTO) – tief in das staatliche Innenleben eingreifen und die Souveränität zum Anachronismus des Westfälischen Staatensystems abwerten, demokratischer Kontrolle unterworfen werden? Selbst der EU werden erhebliche Demokratiedefizite angelastet.

Viele Globalisierungstheoretiker leiten aus der Analyse von Globalisierungsprozessen die Folgerung ab, dass sie das völkerrechtliche Prinzip der Souveränität von Territorialstaaten als zentrales Merkmal des internationalen Systems mit einer doppelten Wirkung durchbrechen: nicht nur die externe Souveränität und Handlungsfreiheit im Verhältnis zu anderen Staaten im Gefolge der wachsenden Interdependenzen zwischen den Staaten, sondern in einer zunehmenden Zahl von Politikfeldern (Umwelt, Wirtschaft, Politik etc. ) auch die interne Souveränität, also die Fähigkeit von Staaten, politische Entscheidungen nach innen autonom und unabhängig von den Handlungen anderer staatlicher, intergouvernementaler (wie die WTO) oder privater Akteure (wie multinationale Unternehmen) treffen zu können. Die Globalisierung schränkt zwar nicht die völkerrechtliche, aber die materielle Souveränität ein, d.h. die Handlungsautonomie nach innen und außen. Wenn aber Gemeinschaften zunehmend extern getroffenen Entscheidungen unterliegen schwächt diese Erosion der internen und externen Souveränität auch ihr Recht auf demokratische Selbstbestimmung.<sup>394</sup>

Das Konzept der externen Souveränität ist also verbunden mit der Beschreibung des Verhältnisses zwischen Staaten in einem internationalen System, das keine Zentralinstanz und kein Machtmonopol kennt und daher durch die Anarchie der Staatenwelt gekennzeichnet ist. Staaten sind in diesem Konzept darauf ausgerichtet, ihre Independenz, also ihre externe Souveränität, so weit wie möglich zu wahren und für ihre Sicherheit zu sorgen. Der Begriff der „komplexen Interdependenz“ weist- wie hier unter 4.1 erwähnt ist- auf einen qualitativen Wandel im internationalen System hin. Die formal independenten Nationalstaaten sind durch eine zunehmende Zahl von Kanälen miteinander verbunden und daher wechselseitig immer stärker voneinander abhängig (interdependent) und verwundbar, insbesondere in Bezug auf das Sicherheitsdilemma in einer anarchischen Welt ohne Gewaltmonopol.<sup>395</sup>

Die Zunahme „komplexer Interdependenz“ im internationalen System stellt aus dieser Perspektive eine Herausforderung für die externe Souveränität der Nationalstaaten

---

<sup>394</sup> Vgl. Ebd.

<sup>395</sup> Vgl. Messner, Dirk: Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten, a. a. O., S. 31ff. siehe auch das Unterkapitel 4.1.

und derer Außenpolitik dar. Die Nationalstaaten sind in der Epoche des Globalismus (die wirtschaftliche Globalisierung) darüber hinaus in einer zunehmenden Zahl von Politikfeldern (zum Beispiel der Steuer-, der Sozial-, der Umweltpolitik) nicht mehr dazu in der Lage, Probleme in ihren nationalstaatlichen Grenzen im Alleingang zu lösen und öffentliche Interessen durchzusetzen, da zentrale Steuerungsressourcen außerhalb der Grenzen verteilt sind und der Standortwettbewerb die Handlungsoptionen nationaler Regierungen begrenzt (innere Souveränität). Die Logik der Globalisierung stellt daher alle Politikfelder vor neue Herausforderungen.<sup>396</sup>

Aus dieser Perspektive lässt sich mit dem Verweis auf das zentrale Eigeninteresse der Staaten ein überzeugendes Plädoyer für Global Governance ableiten.

In der Weltgesellschaft, zu der die nicht mehr abschließbaren Nationalstaaten werden, mischen sich die kulturellen Identitäten, entstehen bedrohliche regionalistisch-nationalistisch Widerstands – und Abschottungsbewegungen, die Zahl und Protest-Stimmen der Globalisierungsverlierer gewinnen also an Gewicht. Dementsprechend öffnen sich neue Konfliktquellen, deren Brisanz niemand unterschätzen sollte, wie das Hochschnellen der Zahl der (meist jugendlichen) rechtsradikalen Protestwähler bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 1998 von 0 auf 13 Prozent anzeigt.<sup>397</sup>

Aber zugleich geraten die Machtbewegungen auch in einen eklatanten Widerspruch zu ihren ureigensten Interessen, weil sie Reichtum und Macht letztlich nur im Behaupten am Weltmarkt gewinnen können. Das bedeutet, dass um die Staatsziele Wohlfahrt und Demokratie zu erreichen, internationalen Konzernen, Kapital, Wissenseleiten, globalen Informations- und Kulturströmen Tür und Tor geöffnet werden müssen. Auf dieser Weise könnten Identitäts- und Lebensformen entstehen die einem „*Universalismus der Differenz*“ entsprechen sich also schwer für Kollektiv-nationalistische, militärische Ziele mobilisieren und ideologisieren lassen.<sup>398</sup>

„Im globalen Zeitalter ist der Staat dezentriert, überschreitet nationale Grenzen und durchdringt die Alltagsroutinen der Menschen, in denen er sie realisiert. Auf dieser Weise entwickelt sich parallel zum Wachstum der Weltgesellschaft die Gesamtsumme aller sozialen Beziehungen in der Welt zu verstehen, brauchen wir auch einen äquivalenten Begriff für die Aktivitäten des Staates. In seiner heutigen minimalen Form stellt der

---

<sup>396</sup> Mehr dazu Vgl. hier 5.7.

<sup>397</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 28f.

<sup>398</sup> Vgl. Ebd., S. 59ff.

Weltstaat jedoch noch keine organisierte Form der Administration dar und wird auch mit Sicherheit nicht von den Vereinten Nationen oder einem anderen Akteur gelenkt.<sup>399</sup>

David Held argumentiert, dass der Theorie der hegemonialen Machtstruktur als Bedingung für Globalisierung entgegengehalten werden kann und muss, dass der Begriff politischer Souveränität, der sich ihr zugrunde liegt, durch internationale Abkommen, durch Internationalisierung politischer Entscheidungsprozesse, durch wachsende Abhängigkeiten in der Sicherheitspolitik ebenso wie durch internationalen Warenverkehr und Arbeitsteilung ihre Souveränität verliert.<sup>400</sup>

Souveränität selbst muss –so David Held – heute verstanden und untersucht werden als eine gespaltene, gefesselte Macht (Souveränität), die geteilt wahrgenommen wird von einer ganzen Reihe von Akteuren – nationalen, regionalen, internationalen.<sup>401</sup>

Die Prämissen der bisherigen national bestimmten Weltpolitik - nationale Souveränität, ideologische Konkurrenz der Gesellschaftsbilder, nationaler Kollektivobjekte und Identitäten verlieren im Zuge der verschiedenen Dimensionen der Globalisierung, insbesondere und vor allem der wirtschaftlichen Globalisierung, an Glaubwürdigkeit und Bedeutung, weil nationale Interessenverwirklichung Denationalisierung voraussetzt. Überall wächst in diesem nun wirklich globalen Transformationsprozess die Bedingung durch Gewaltphänomene, dass zentrale Kriegsursachen der nationalstaatlichen ersten Moderne in der konfliktvollen Vielfalt der transnationalen Weltgesellschaft der Zweiten moderne erodieren.<sup>402</sup>

---

<sup>399</sup> Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 268.

<sup>400</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 72f.

<sup>401</sup> Vgl. Ebd.

<sup>402</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 28.

## 5.5 Nachpolitische Weltgesellschaft

Ist es realistisch anzunehmen, dass eine „Weltgesellschaft“ entsteht, wenn die Globalisierung lokalen und nationalen Gesellschaften große Probleme bereitet?

Gesellschaft setzt ein minimales Maß von Konsens voraus, ist Resultat eines expliziten oder impliziten „Gesellschaftsvertrags“, durch den Zugehörigkeit verbindlich wird, und zwar in Bezug auf Verpflichtungen und Ansprüche zugleich.<sup>403</sup>

Die durch die Marktsphäre vorangetriebene Globalisierung bedeutet je keineswegs die Herstellung einer globalen Nachbarschaft, die von der Commission on Global Governance (CGG) vorgeschlagen wird. Wenn die Globalisierung durch den Markt nicht universalisierend wirkt, dann werden zwar alte Ordnungsstrukturen eingerissen und Bindungen gelöst. Orientierungen in unübersichtlicher Welt gehen verloren, denn für lebenspraktische Kommunikation sind die Marktsignale unzureichend.

„Von Weltgesellschaft ist dann zureden, wenn sich global players in der Differenz ihrer unterschiedlichen Bezogenheit auf ein und dieselbe Welt wahrnehmen und dies reflexiver wird. Weltgesellschaft wäre dann ein Welthorizont, der sich dann eröffnet, wenn er sich in der Kommunikation als real bewährt. Erst vor diesem Hintergrund wird sowohl die Ausbeutung von Arbeitskräften in einer anderen Weltregion als auch der sozialromantische Ethno-Eklektizismus westlicher Bildungsschichten mit ihren weltanschaulichen und touristischen Erholungsbedürfnissen als weltgesellschaftliches Phänomen decodiert.“<sup>404</sup>

Niklas Luhmann spricht seit Jahren von Weltgesellschaft. Entsprechend kritisiert er andere Autoren, weil sie immer noch an einem territorialen Begriff von Gesellschaft festhalten, der überdies das Homogenitätsideal ähnlicher Lebensverhältnisse unterstellt.<sup>405</sup>

Für Luhmann fallen die Grenzen des sozialen Systems Gesellschaft seit langem nicht mehr zusammen mit geographischen Grenzen. Dies folgt für ihn zwingend aus der Tatsache, dass die neuen Telekommunikationstechnologien die Grundeinheit sozialer Systeme bilden. In den meisten gesellschaftlichen Teilsystemen funktioniert Kommunikation über Ländergrenzen hinweg. Weltweite Interaktion ist für Luhmann

---

<sup>403</sup> Vgl. Altvater/ Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 72f.

<sup>404</sup> Nassehi, A.: Die Weltfremdheit der Globalisierungsdebatte, München 1997, zit. nach Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? a. a. O., S. 151.

<sup>405</sup> Vgl. Altvater/ Mahnkopf: Ebd., S. 29f.

prinzipiell dann möglich, wenn Menschen ihre Interaktionspartner unter allen Menschen wählen können, ohne dass Staatsgrenzen dies verhindern. Entsprechend konstatiert er das Entstehen einer weltweit öffentlichen Meinung, großräumiger, zum Teil weltweiter wirtschaftlicher Verflechtungen sowie einer auf Weltfrieden beruhenden durchgehenden Verkehrszivilisation.<sup>406</sup>

Luhmann betont den Widerspruch zwischen globaler Gesellschaft und global ausgreifender Interaktion:

„Die Gesellschaft ist, obwohl weitgehend aus Interaktionen bestehend, für Interaktion unzugänglich geworden. Keine Interaktion...kann in Anspruch nehmen, repräsentativ zu sein für Gesellschaft. Es gibt infolgedessen keine gute Gesellschaft mehr. Die in der Interaktion zugänglichen Erfahrungsräume vermitteln nicht mehr das gesellschaftlich notwendige Wissen, sie führen wohlmöglich systematisch in die Irre. Auch die Interaktionsfelder, die sich unter irgendwelchen Gesichtspunkten zusammenfügen und aggregieren lassen, lenken die Aufmerksamkeit äußerstenfalls auf Funktionssysteme, vielleicht auch auf regionale Abgrenzungen( Nationen), nicht aber auf das umfassende System gesellschaftlicher Kommunikation.“<sup>407</sup>

Die Abhängigkeit einzelner Staaten von bestimmten anderen Staaten nimmt ab, und ihre Abhängigkeit vom politischen System der Weltgesellschaft nimmt zu. Damit verliert der Begriff der Souveränität seine Funktion des Schutzes gegen Übermacht und direkt in Richtung auf Verantwortung für regionale Ordnung.<sup>408</sup> Nach Luhmann erzwingt nicht nur der Begriff der Kommunikation, sondern auch die Theorie der funktionalen Differenzierung den Bezugsrahmen der Weltgesellschaft. Die funktionale Differenzierung der Weltgesellschaft macht sich fest an Wirtschaft, Wissenschaft, Recht usw. nicht aber an Politik. Nach Luhmann bleibt das Politikmonopol beim Territorialstaat, der zugleich im Globalisierungsprozess an Einfluss verliert.

Weltgesellschaft meint- im Sinne Luhmanns- also unpolitische Weltgesellschaft ohne Weltpolitik, ohne Weltparlament, ohne Weltregierung. So entsteht mit der Ausdifferenzierung der Weltgesellschaft das Bild einer nachpolitischen Welt.

---

<sup>406</sup> Vgl. Ebd. Mehr dazu siehe Luhmann, Niklas: Der Staat des politischen Systems. Geschichte und Stellung in der Weltgesellschaft. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, a. a. O., S. 373ff.

<sup>407</sup> Zit. nach Altvater, Elmar und Mahkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 73f.

<sup>408</sup> Vgl. Luhmann, Niklas: Ebd.

Fluchtpunkt ist die vollständig dezentrierte Weltgesellschaft, die in eine ungeordnete Menge von sich selbst reproduzierenden, sich selber steuernden Teilsystemen zerfällt. Politische Steuerung und demokratische Legitimation sind aus diesem Bild der Weltgesellschaft herausoperiert. Dagegen lassen sich drei Einwände formulieren.<sup>409</sup>

- Erstens bedingt nicht die Theorie funktionaler Differenzierung den ordnenden Zugriff des Territorialstaates? Diese Vermutung gewinnt in dem Maße an Plausibilität, in dem deutlich wird, dass die Ausdifferenzierung der Wirtschaft historisch nicht nur binnenorientiert möglichst, sondern kulturelle Orientierungen ebenso voraussetzt wie ein bestimmtes Rechtssystem (zum Beispiel zivile Grundrechte), staatliches Gewaltmonopol usw. Insofern kann der moderne Staat historisch als Hintergrund-Garant funktionaler Differenzierung gelten, repräsentiert er doch eine sozialräumliche Organisation, in der alle Aspekte der Gesellschaftlichkeit auf dem Prinzip territorialer Souveränität beruhen.
- Zweitens ließe sich auf dieser Linie argumentieren, dass die funktional ausdifferenzierte Weltgesellschaft Luhmanns innerhalb einer Welt vernetzter Territorialstaaten entsteht- also der OECD-Welt hoch entwickelter Länder, die ihrerseits als Ausdruck der Territorialstaatsordnung gelten kann.
- Drittens verkennt die Rede von der nachpolitischen Weltgesellschaft, dass jenseits von Nationalstaaten eine Fülle von politischen Akteuren sich organisieren, quantitativ und qualitativ an Macht gewinnen. Auf dem neuen Kontinent des Transnationalen tummeln sich, wie erwähnt, nicht nur die Konzerne, sondern auch unterschiedliche Global Players wie supranationale Organisationen, die Kirchen, die EU, Nichtregierungsorganisationen sowie die Produzenten der globalen Kulturindustrie, welche die Phantasie der Menschen weltweit kolonialisieren. Sie alle gelten als unpolitisch, aber handeln in einem zentralen, neuen Sinne politisch, da sie die Machtverhältnisse, Lebensstile, Arbeitsweisen, imaginären Welten der globalen Gesellschaftslandschaft- und damit auch der nationalen Gesellschaft- wesentlich mitgestalten.

Schließlich lässt sich sagen, dass die Weltgesellschaft Gesellschaft ohne Weltstaat und ohne Weltregierung heißt. Wenn man den Sachverhalt beispielsweise auf die transnational agierenden Konzerne bezieht, dann heißt dies, dass es kein

---

<sup>409</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 30ff.

Ministerium für Weltwirtschaft geben kann. Die Weltwirtschaft ist Spieler ohne Gegenspieler im Raum weltstaatlicher Politik. Transnationale Unternehmen sind in der Lage, die politische Macht von Nationalstaaten zu schöpfen und zu entfalten, im nationalen wie im transnationalen Rahmen. Die Weltgesellschaft erscheint als nachpolitische, ist aber gerade deswegen eine hochpolitische Welt in einem entbundenen Sinne. In dieser Weltgesellschaft scheinen sich aus der asymmetrischen Interdependenz zwischen entwickelten, neu industrialisierten und unterentwickelten Ländern unversöhnliche Interessengegensätze zu geben.<sup>410</sup>

Die Gesellschaft heute ist also Weltgesellschaft, aber diese zeichnet sich durch einen Mangel an Gesellschaftlichkeit aus. Globalisierung bzw. Globalität kann als reales Phänomen konstatiert werden, aber nur in Maßen. Weltgesellschaft ist zugleich ökonomische Wirklichkeit und soziale Schimäre. Der Prozess der Globalisierung treibt also die Weltgesellschaft hervor, und ist zugleich die Garantie dafür, dass eine Weltgesellschaft, die den Namen „Gesellschaft“ verdient, nicht entsteht. Von Gesellschaft kann sicherlich nicht erst dann gesprochen werden, wenn Differenzen auf ein erträgliches Minimum reduziert sind. Kapitalistische Gesellschaften sind durch Gegensätze, Unterschiede, Widersprüche, Konflikte gekennzeichnet. Dies ist auf globaler Ebene nicht anders im Nationalstaat oder in lokalen Einheiten. Aber Gesellschaft setzt gemeinsame Bezugspunkte der Raum- und Zeitwahrnehmung, Standards, Normen, Gesetze voraus, ohne die sie anomisch auseinanderfallen würde.

Die Weltgesellschaft deutet nach Emanuel Richter eine besondere analytische Perspektive an, die über Grenzen partikularistischen Organisationsformen von Kollektiven hinausblickt und den Systemzusammenhang aller Interaktionsformen in den Mittelpunkt rückt. Im Grundbegriff der Weltgesellschaft ist die schrankenlose Interdependenz das Kriterium zur Beschreibung von Gesellschaft, und diejenigen partikularistischen Organisationsformen, die als separierte Gesellschaft betrachtet wird, sind in dieser Sichtweise lediglich konturierte Verkörperungen dieser Interdependenz: Nationalstaaten, Politikfelder, Schichten, soziale Milieus. Die Weltgesellschaft erscheint als ein abstrakter Funktionsablauf. Sie deutet keine reale Einheit der Welt an, sondern ein allgegenwärtiges Vorherrschen von Kommunikation.<sup>411</sup>

---

<sup>410</sup> Vgl. Ebd.

<sup>411</sup> Vgl. Richter, Emanuel: Prozesse internationaler Politik: Globalisierung, a. a. O., S. 185f., die Einheit der Welt ist nach Richter die Homogenität der partikularistischen Perspektivität- und diese kognitive

Das Modell der Weltgesellschaft als Systematisierungshilfe für die Globalisierung erscheint wenig hilfreich. Weltgesellschaft ist nämlich in dieser Betrachtungsweise tatsächlich keine auf neuartige Beobachtungen ausgerichtete Erkenntnis, die die wachsende Verflechtung über den gesamten Globus hinweg in Rechnung stellt. Die Weltgesellschaft ist vielmehr eine „willkürliche Umpolung“ der Beobachtungsperspektive, die jetzt nicht mehr Akteure und deren Handlungen, sondern nur noch Funktionszusammenhänge ins Auge fasst. Sie ist in diesem Fall identisch mit „sozialer Interdependenz“.<sup>412</sup>

Der Begriff von „Welt“, der auf die Eigentümlichkeiten der Globalisierung gerichtet ist, muss die konkreten Veränderungen hinsichtlich der Vernetzung und der Interdependenz ins Auge fassen und die damit verbundene Erfahrung von Partikularität, Kontingenz, Ausdifferenzierung, von subjektiven Horizonten und Perspektiven in Rechnung stellen. Es bleibt anzudeuten, dass „Welt“ unabkömmlich von Subjekten konstruiert und konstituiert wird, dass sie das Produkt eines „Sozialkonstruktivismus“ bleibt, einem Akt der Zuschreibung entspringt, und daher kontextabhängig ist. Es gibt nicht die „eine Welt“, es gibt stattdessen Weltverständnisse, die in jede Bestimmung der Globalisierung einfließen. Das Charakteristikum der Weltgesellschaft ist daher die erkennbare werdende, verwirrende Vielfalt und die Pluralität an möglichen Perspektiven auf dem Feld der möglichen Interaktion in der Welt. Die Einheit aus der räumlich beschränkten Wahrnehmungsperspektive weicht der Vielfalt aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Die Globalisierung führt als zur verstärkten Wahrnehmung von Differenzen.<sup>413</sup>

---

Struktur erweist sich als ein unabweisbarer, vielfach aber noch immer negierter methodischer Leitfaden, mit dem die Facetten der Globalisierung verstanden, beschrieben und bewertet werden können.

<sup>412</sup> Vgl. Ebd.

<sup>413</sup> Vgl. Ebd.

## 5.6 Regieren jenseits des Nationalstaates: Die transnationale Unschärferelation des Politischen

Die internationalen Organisationen stellen- wie an verschiedenen Stellen in dieser Arbeit erwähnt wurde- die unverzichtbaren Strukturen und Quellen dar, auf denen internationale Zusammenarbeit beruht. Sie sind die neuste anerkannte und unterstützte Ebene der Regierung, die überdies am weitesten von den Menschen entfernt ist, denen sie dienen soll. Sie repräsentieren nicht die Vorläufer einer Weltregierung, sondern sie bilden den Rahmen für ein Weltsystem des Regierens, welches so etwas wie globale Gesellschaft überhaupt möglich wird. So viel aber ist klar, dass wenn man Politik mit kollektiv bindenden Entscheidungen gleichsetzt, in internationalen Organisationen Politik von großer Reichweite stattfindet. Denn hier werden jenseits demokratischer Öffentlichkeit und Kontrollen transnational bindende Entscheidungen erarbeitet.<sup>414</sup>

Man konnte dies am globalen Management der Finanzkrise in den Ländern Südostasiens Ende der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts studieren. Dort haben nationale Regierungen in ihren Ministerien und Parlamenten Programme und Gesetze verabschiedet, die Gegenstand politischer Interessen waren. Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO), und viele andere mehr, flogen dort ein und gaben in wenigen Tagen einen völlig neuen Haushalt vor, in dem Subventionen gestrichen und Preise reguliert bzw. dereguliert wurden. Dies führte dazu, dass die politisch legitimierten nationalstaatlichen Akteure zu Ausführenden von Plänen und Vorgaben politisch nicht legitimer transnationaler Akteure geworden sind. Diese müssen ihre nationale Souveränität preisgeben, um diese vielleicht wiederzugewinnen.

Was dies also bedeutet, ist- nach Beck- durchaus einer Unschärferelation unterworfen, die den Rahmen und Raum für eine besondere Art des Politischen eröffnet.<sup>415</sup>

- Erstens entsteht diese Unschärfe daraus, dass hier ein weltpolitischer Ordnungsrahmen fehlt, der nationalstaatlich untauglich wird. Globale Politik- wie sie in Gestalt von Abrüstungsvereinbarungen, internationalen Umweltregimes, der Einrichtung eines Weltgerichts oder im Rahmen der Weltbank, des IWF, der WTO etc.- ist alltäglich geworden und zwar schon

---

<sup>414</sup> Vgl. Beck, U. (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 36ff.

<sup>415</sup> Vgl. Ebd.

längst, kann nicht einfach als Verlängerung nationalstaatlicher Politik begriffen werden. Denn inhaltlich muss sie nationale Egoismen und Partikularismen brechen und ihre eigenständigen transnationalen Gesichtspunkte, Werte und Entscheidungen gegen die verschiedenen nationalen Borniertheiten durchsetzen.

- Ein zweiter Grund der Unbestimmtheit ist damit verbunden, dass es sich um eine Politik genierender Politik handelt, d.h. um Gestaltungsaufgaben, die mit ihrer konkreten Verhandlungsform zugleich immer auch ihre organisatorisch-politische Möglichkeitsform mitgestalten müssen. Dabei gilt, dass entweder die Transnationalen verkappte Nationalakteure sind, oder dass es gelingt, die Ebene des Transnationalen gegenüber den Zugriffen nationalstaatlicher Akteure und ihren Machtgelüsten abzufedern und abzudichten, also Globalisierung bürokratisch und politisch als eigenständige Aufgabe und Handlungsebene zu organisieren.
- Drittens agiert man in einem Milieu der Umstrittenheit, in dem Normalität die Ausnahme und die Opposition aller gegen alle die Regel ist.
- Eine vierte Quelle der Unbestimmbarkeit des Transnationalen (bzw. der Globalisierung) liegt darin, dass transnationale Fragen immer auch kulturelle Fragen sind. Viele Bemühungen kreisen darum, wie ein Einverständnis darüber gefunden werden kann, was ein transkulturelles Einverständnis in dieser und jener Angelegenheit eigentlich ausmachen könnte.
- Fünftens verliert die Technokratie im Übergang zu transnationalen Fragen und Entscheidungsproblemen ihre Vorbildfunktion. Technokratische Routinen und Sicherheiten zerbrechen.

Internationale Institutionen sind einerseits auf transnationale Expertenrationalität, die sich durch die Auflösung der Grenzen zwischen Innen und Außen verstärken, angewiesen. Andererseits geht die Einrichtung derartiger Organisationen meistens mit der Ermächtigung transnationaler Wissengemeinschaften einher. Ein Beispiel dafür ist der Siegeszug des Neoliberalismus in den internationalen Gremien.

Starke transnationale oder internationale Organisationen sind vielleicht nötig und sogar möglich, um eine politische Gestaltungsmacht nationalstaatlicher Akteure zurückzugewinnen, zum Beispiel um Steuerlöcher zu stopfen. Nur auf diese Weise kann die legitimierte Politik den transnationalen Unternehmen Paroli bieten, nur so Rahmenbedingungen für weltwirtschaftliches Handeln setzen. Aber die Nichtpolitik-

Politik transnationalen Organisationen bleibt demokratisch hochproblematisch. Denn deren Machtzuwachs entsprechen bislang nur weiche Modelle, die alle mit dem Dilemma ringen, das sie aufwerfen: Die Entgrenzung der Demokratie erschwert die Prozesse der demokratischen Willensbildung und politischen Identifikationen. Sie erleichtert zugleich aber Prozesse bürokratischer Machtbildung und Entscheidungsfindung jenseits nationalstaatlicher Politik in den Arenen transnationaler Akteure, seien diese nun politisch oder wirtschaftlich orientiert und begründet.

Internationale Organisationen bedürfen neuer Quellen der Legitimation. Diese müssen sie in der Lage versetzen, im Zeitalter der Globalisierung Rechtfertigungen für Aktivitäten und Selbstdarstellungen von Erfolgen zu gestalten. Transnationale Organisationen regieren mit Hilfe der westlichen Länder, vor allem der USA, unter den Fahnen der Sicherung der Menschenrechte und des freien Welthandels in die ehemals innere Angelegenheiten anderer Staaten hinein. Das Eintreten des Westens für universelle Werte wie Menschenrechte und Demokratie ist unglaublich geworden. Im Zuge der neuen Sprache wirtschaftlicher und ethnischer Globalisierung werden die Souveränitätsrechte der nationalstaatlichen Moderne entkernt und dem Zugriff „globaler Verantwortung“ geöffnet.<sup>416</sup> Autorität und Verantwortung werden dann auf weiter entfernte und weniger demokratische supranationale Strukturen übertragen.

Gerade durch die Tatsache, dass sich transnationale Einheiten den Fragen der Globalisierung stellen müssen, wird eine Distanz zwischen den Bürgern und Politikern einer Nation einerseits und den politisch Verantwortlichen der neuen transnationalen Strukturen andererseits geschaffen. Aus dieser Distanz kann sich leicht ein Bruch entwickeln. Doch die Probleme, die aus der kognitiven und den globalen Erfordernissen resultieren, sind noch viel ernster. Ein Beispiel: In der Konvention von Rio und in anderen Abkommen ist der Grundsatz festgelegt, dass alle Länder für die Erhaltung ihrer biologischen Vielfalt und die Nutzung ihrer biologischen Ressourcen verantwortlich sind- auch jener Ressourcen, die von globaler Bedeutung sind. Wenn also der Schutz der Regenwälder in Malaysia und im brasilianischen Amazonas-Gebiet wichtig für das Überleben der Menschheit ist, dann sollten die Kosten für die Schutzmaßnahmen von den Staaten der Welt entsprechend ihrer ökonomischen

---

<sup>416</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.):Ebd., S. 40.

Leistungsfähigkeit gemeinsam getragen werden.<sup>417</sup> Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Effektivität: Bestimmte Länder müssen für den Schutz der weltweit bedeutsamen Ressourcen in ihren Grenzen Ausgleichszahlungen erhalten, die mindestens den bei einer Nichtnutzung dieser Ressourcen entstehenden Ausfallkosten entsprechen. Geschieht dies nicht, werden die Ressourcen lokal weiter ausgebeutet und nicht für die gesamte Menschheit bewahrt. Dieses nur kleine Beispiel beweist, dass es in der Gegenwart keine „globale Verantwortung“ gibt. Die Regenwälder werden ständig zerstört und weltweite Ressourcen ausgebeutet.<sup>418</sup>

Um wenigstens den minimalen Anschein von Glaubwürdigkeit zu wahren, wurde den Weltwirtschaftsmächten des Westens die neue Machtressource des „Weltguten“ zugespielt. Die Themen der globalen Zivilgesellschaft versorgen den global agierenden Westen mit dem ideologischen Rüstzeug für weltwirtschaftliche und militärische Interventionen.

Globalisierung impliziert die Schwächung staatlicher Souveränität und staatlicher Strukturen. Der Zusammenbruch nationalstaatlicher Institutionen hat in den 1990er Jahren und aber auch in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts (und wie in den nächsten Jahren) zu den menschlichen Tragödien und Kriegen geführt- im Irak, in Somalia, Westafrika, Jugoslawien, Albanien, so wie die anderen Teile der ehemaligen Sowjetunion. Aber auch die immer stark wachsende Finanzkrise (Verschuldung der Länder, besonders die armen davon steigt überproportional, die Währungen verlieren ständig an Außenwert usw.), Ungleichverteilung von Ressourcen und Kapital, Umweltzerstörung usw. drohen mit ähnlichen Folgen. Wenn auch die Schwächung staatlicher Zentralmacht nicht alleine oder primär auf die neuen Einflüsse globaler Märkte zurückgeführt werden kann, so zeichnet sich ab, dass auf diese Weise staatliches Macht- und Legitimationsvakuum verschafft werden kann. Dies schließt ein, dass Kompromisse zwischen ethnischen Gruppen ihre Bindekraft verlieren und die latent gehaltenen Konflikte sich am Ende in Bürgerkriegen entladen. Weil dies sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit globaler Verantwortung vollzieht, wächst mit dem sich abzeichnenden Ausbruch von Gewalt und Chaos die Möglichkeit militärischer Interventionen des Westens bzw. der USA.<sup>419</sup>

---

<sup>417</sup> Vgl. Dror, Yehezkel: Demokratie unter Globalisierungsdruck, a. a. O., S. 277f., mehr dazu siehe das hier das Unterkapitel 5.7.

<sup>418</sup> Vgl. Ebd.

<sup>419</sup> Vgl. Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 43ff., auch vgl. hier 5.7.

Je erfolgreicher die Propheten des freien Weltmarktes global handeln, desto größer wird die kosmopolitisch motivierte Bedrohung immer weiterer Teile der Weltbevölkerung durch humanitäre Interventionen des Westens. In einem Weltsystem schwacher Staaten steht einem imperialen Missbrauch der kosmopolitischen Mission dann nicht mehr im Wege.

Bevor ein Resümee gezogen wird, möchte ich hier abschließend kurz einen empirischen Bezug zur scheinbaren Entmachtung des (National)Staates präsentieren. Ist der Nationalstaat als wichtigster Akteur in der internationalen Politik zu Ende, wenn die Globalisierungsprozesse zunehmend die Grenzen des Nationalstaats überschreiten? Eine Frage, die sehr unterschiedlich beurteilt werden kann.

## 5.7 Das Ende des Nationalstaates durch die Globalisierung?

*„Eine Nation ist ein Volk im Besitz eines Staates. Ein Volk wiederum ist ein ausgedehntes Allzweck-Kommunikationsnetz von Menschen.“<sup>420</sup>*

Folgt man den bisherigen Abhandlungen, dann ist der Ausdruck „Zukunft“ für den Nationalstaat vielleicht schon zu optimistisch. Es wurde hier auch konstatiert, dass das Zeitalter der Moderne zu Ende ist und es wäre nur konsequent, wenn der Hauptakteur dieser Ära, der Nationalstaat, ebenfalls der Vergangenheit angehören würde. Im globalen Zeitalter, in dem der Globus im Zentrum des Interesses steht und die Weltgemeinschaft über territoriale Grenzen hinweg kommuniziert, kann der Nationalstaat nur wie ein altmodisches und überholtes Anhängsel wirken. Das Phänomen Nationalstaat ist noch nicht aus der Politik wegzudenken, egal wie veraltet seine Ansichten und Ziele im Globalen Zeitalter auch sein mögen. Woran liegt das? Man kann sich die Beantwortung dieser Frage sehr einfach machen und nach dem gravierenden Unterschied zwischen den verschiedenen „global players“ suchen. Man kommt damit zu einer eindeutigen Lösung: Der Nationalstaat ist im weiten Feld der „global player“ der einzige Mitspieler, der auch von den verschiedenen Völkern durch Wahlen legitimiert ist. Es besteht damit zumindest die geringe Möglichkeit, direkten Einfluss auf seine Handlungen auszuüben. Nehmen wir im Gegensatz dazu einen beliebigen Konzern oder eine Nichtregierungsorganisation, so kann man beide Institutionen nur sehr indirekt durch Kaufzurückhaltung oder Spenden beeinflussen. Der Nationalstaat ist als einziger „global player“ direkt angreifbar und davon wird vielleicht aus Mangel an Alternativen reger Gebrauch gemacht.

Der Nationalstaat ist gerade in der Diskussion um die Globalisierung wieder sehr umstritten. Viele Kritiker begegnen ihm mit effektiver Ablehnung. Das liegt wohl zumeist in der Historie begründet. Die Überhöhung nationaler Interessen führte sowohl zu einem Sendungsbewusstsein gegenüber anderen Kulturen und damit zum Imperialismus als auch zu zwei Weltkriegen. Über diese Leistungen in den vergangenen zwei Jahrhunderten braucht man sicherlich nicht weiter zu diskutieren. Trotzdem konnte der Nationalstaat über mehr als drei Jahrhunderte die Einheit von Staat und Nation behaupten. Eine gewisse Faszination muss dieses Gebilde auf die

---

<sup>420</sup> Deutsch, Karl W.: Nationenbildung- Nationalstaat- Integration. In: Studienbücher zur auswärtigen und internationalen Politik 2 (Ashkenasi, A. und P. Schulze), Düsseldorf 1992, S. 204.

Menschen ausgeübt haben. „Im klassischen Zeitalter der Nationalstaaten zwischen 1648 und 1914 tendierten Volk, Nation, Staat idealtypisch gesehen zueinander.“<sup>421</sup>

Die Macht der Dynastien und auch die der unzähligen kleinen Fürstentümer schwand zusehends. Der nationalstaatliche Gedanke wurde in der niederländischen als auch in der englischen Revolution gefördert und erreichte seinen Höhepunkt in der französischen Revolution von 1789.<sup>422</sup> Der Begriff der Nation wurde mit den Schlagworten der Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, eng verknüpft. Die mittelalterliche Hierarchie des Standestum verschwand und damit auch die Macht der Monarchen. Das alte Staatsverständnis, das sich aus dem Verhältnis der Krone und den Untertanen legitimierte und für ein Abhängigkeitsverhältnis wie auch einen Zusammenhalt sorgte, musste einem neuen Verständnis weichen. Der Staat war nicht mehr das „Eigentum“ des Monarchen, sondern des ganzen Volkes. Der Schritt von der Adelsnation zur Volksnation war vollzogen. Die Nation oder der Volksgeist vermittelten erstmalig ein Gefühl der kollektiven Identität.

Jeder Nationalstaat brauchte seine eigenen Symbole, auch wenn sie in gewisser Weise eine Anlehnung an die Fürstenhäuser darstellten. Das Familienbanner eines Adelsgeschlechtes wich der Nationalflagge. Hinzu kamen eine Hymne, nationale Feiertage und nationale historische Gestalten und Ereignisse, die von nun an gefeiert wurden und eine Nation von den anderen unterscheiden sollte.<sup>423</sup> Gerade in diesen Mythen von vergangenen Gründungsvätern und anderen historischen Heroen legitimierte sich die Nation.

Mit der neuen Form der kollektiven Identität verband sich ein neuer Freiheitsbegriff. Bisher verschmolz für den Bürger eines Staates die private Freiheit des Gesellschaftsbürgers mit der politischen Autonomie des Staatsbürgers zum individualistischen Begriff der Freiheit. Die neue, kollektive nationale Freiheit begründete die nationale Souveränität.<sup>424</sup> Trotzdem ist der Begriff der Gesellschaft noch vom Staatsbegriff in der Tradition Hegels getrennt. Der Staat ist die alles übergreifende Einheit, in der die Gesellschaft als Vielfalt existiert.<sup>425</sup> Dieser Ansatz wird von dem mitteleuropäischen Modell unterstützt, in dem der Staat der Nation

---

<sup>421</sup> Korte, Karl-Rudolf: Das Dilemma der Nationalstaaten in Westeuropa: Zur Identitätsproblematik der europäischen Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B14/93, 2. April 1993, S. 23.

<sup>422</sup> Vgl. dazu Deutsch, Karl W.: Nationenbildung- Nationalstaat- Integration, a. a. O., S. 204.

<sup>423</sup> Vgl. Kennedy, Paul: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a. Main 1996, S. 163f.

<sup>424</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. Main 1997, S. 137.

<sup>425</sup> Vgl. Kaufmann, Franz- Xaver: Globalisierung und Gesellschaft, a. a. O., S. 3f.

folgte. In anderen Nationen verändert sich das Verständnis von Staat und Gesellschaft. In Frankreich wird auch die Gesellschaft als Einheit betrachtet, der individualistische Freiheitsbegriff ist hier eingeschränkt zugunsten der Nation. Das hängt mit der Geschichte zusammen. Im französischen Modell folgte die Nation dem Staat. Die Adelshäuser hatten ein ersteres kollektives Bewusstsein auch bei ihren Untertanen gefördert, und die französische Revolution hat diesen Ansatz weitergeführt. Großbritannien betont in der Tradition Aristoteles eher die Einheit des politischen und sozialen Raums. *„Charakteristischerweise verbinden sich diese drei Vorstellungen im Programm des Nationalstaates: Er wird verstanden als die politische Einheit eines durch kulturelle und moralische Bande verbundenen Volkes, das seine Unabhängigkeit in der Form des souveränen Staates behauptet. Der Nationalstaat und die Nationalgesellschaft weisen demnach dieselben Grenzen auf.“*<sup>426</sup>

Kaufmann weist danach auf zwei konvergierende Teilprozesse in der Entwicklung zum Nationalstaat hin. Die Gesellschaft entwickelt ein Nationalbewusstsein, das sich in einer gemeinsamen Sprache, der publizistischen Öffentlichkeit und auch im Schulwesen ventiliert. Der Staat wird im Gegenzug moderner, ganz im Sinne des Projektes der Moderne. Die Stände werden entmachtet, die militärischen Mittel werden konzentriert, die Rechtsordnung, das Finanzwesen und der Wirtschaftsraum werden vereinheitlicht.<sup>427</sup>

Die Nationalstaaten waren auf ihrem Machthöhepunkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Tat souveräne Staaten. Keine übernationalen Organisationen hatten im politischen Spiel der Kräfte des 19. Jahrhunderts eine größere Bedeutung. Gefahr für den Nationalstaat bestand nur in der Konkurrenz zu anderen Nationalstaaten. Das militärische Potential und der nationale eingeschränkte Wirtschaftsraum waren die klassischen Instrumente jedes Nationalstaates, um sich gegen Andere zu behaupten. Zweckbündnisse mit anderen Nationalstaaten dienten eigentlich nur egoistischen Interessen und waren meistens politisch- militärischer Natur. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hat sich das Bild grundlegend gewandelt. Eigentlich alle Nationalstaaten sind Mitglieder in den verschiedenartigsten regionalen Zusammenschlüssen als auch in den Vereinten Nationen. Es gibt in der Regel kaum noch Zweckbündnisse von begrenzter Dauer. Der Schwerpunkt liegt inzwischen eindeutig auf langfristigen Beziehungen zu anderen Staaten. Interessanterweise

---

<sup>426</sup> Ebd. S. 4.

<sup>427</sup> Vgl. Ebd., S. 5.

begannen viele dieser Bündnisse im Gegensatz zum 19. Jahrhundert auf wirtschaftlicher Basis. Das ist auch ein Indiz für die Stellung der Wirtschaft im ausgehenden 20. Jahrhundert.

Wie bereits am Prozess der Globalisierung gezeigt wurde, hatten die Nationalstaaten auch gar keine andere Wahl. Nicht nur die Fortschritte in der Kommunikation und im Verkehr rückten die Kontinente näher zusammen. Auch die Zunahme der Weltbevölkerung und die daraus resultierende immer dichtere Besiedlung hatten daran großen Anteil. Die Globalisierung ist daher ein exogener Prozess mit eigenständiger Logik. Niemand kann die Folgen des technologischen Fortschritts mehr voraussagen oder einschätzen. Es hat sich eine Eigendynamik entwickelt, in der die Nationalstaaten nur noch im eingeschränkten Maße Rahmenbedingungen schaffen. Diese Rahmenbedingungen werden in internationalen Organisationsformen ausgehandelt, denn das Leben in geschlossenen Räumen gehört der Vergangenheit an. Begriffe wie Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsmacht, Territorialität und Souveränität gehören vielleicht einem vergangenen Zeitalter an. Die Zeit der Großmächte und des nationalen Sendungsbewusstseins sind vorbei. Die internationale Politik ist deswegen nicht mehr von nationalstaatlichen Rivalitäten, sondern von der Konkurrenz der Gesellschafts- und Herrschaftssysteme bestimmt. Das Ereignisfeld, auf dem sich unser politisches Schicksal entscheidet, ist global geworden. Das neue Schlagwort zum Versuch der Steuerungsfähigkeit lautet Global Governance.<sup>428</sup>

Innerhalb eines begrenzten Territoriums konnte Ordnung, und damit Sicherheit und Geborgenheit geschaffen werden. Regeln sind notwendig für das Zusammenleben der Menschen, aber es ist ein großer Unterschied, ob diese aufgestellten Regeln auf dem Willen des Volkes beruhen oder nur von einem Herrscher diktiert werden. Regeln, die auf populärer Einwilligung der Mehrheit basieren, können gegenüber diktierten weniger Durchsetzungskraft haben und dafür werden sie aber von einer Mehrheit getragen, damit steigt die allgemeine Verantwortung der Bevölkerung.

Der Nationalstaat konserviert Gruppeninteressen und schützt sein Volk vor äußeren Störeinflüssen insbesondere ökonomischer und politischer Natur.<sup>429</sup> Die Schutzmöglichkeiten des Staates stoßen allerdings irgendwann auf Grenzen, und

---

<sup>428</sup> Vgl. dazu das 4. Kapitel dieser Arbeit.

<sup>429</sup> Der Begriff „Volk“ wird hier im Sinne von Karl W. Deutsch verwendet: „Ein Volk wiederum ist ein ausgedehntes Allzweck- Kommunikationsnetz von Menschen.“ Deutsch, Karl W.: Nationenbildung-nationalstaat- Integration, a. a. O., S. 204

internationale Krisen, egal welcher Art, wirken auf ein abgeschlossenes Territorium ein. Kein Nationalstaat kann alle äußeren Probleme abwenden. Eine so abgeschirmte Gemeinschaft entwickelt konsequenterweise ein Wir-Gefühl, oft auch mit Ausschließlichkeitsanspruch. Gerade dieser gesteigerte Nationalismus war die größte Bedrohung für den Nationalstaat.<sup>430</sup> Die einzige Gefahr für Nationalstaaten bestand in der Konkurrenz zu anderen Nationalstaaten.

Je mehr der Nationalstaat an politischer und wirtschaftlicher Macht verliert, desto weniger Ordnung bestimmt das Zusammenleben im globalen Zeitalter.

Der Nationalstaat kann ernsthaft in seiner Existenz Zweifeln unterworfen werden, wenn wir radikale Umbrüche und Wandlungen im sozialen Bereich, so auch in den fundamentalen organisatorischen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft beobachten können. Im Zusammenhang der Globalisierung begegnen wir einem Strukturwandel des Staates. Um sich den gesellschaftlichen Werten der Konsum- und Verwertungsgesellschaft anzupassen, scheint der Staat genötigt, sich den Spielregeln der neoliberalen Vorgaben anzupassen. Der Staat kann die Loyalität seiner Bürger nur noch in wenigen Fällen einlösen. Die Bereitschaft der Bürger sich für den Staat zu mobilisieren und aktiv an Staatsinteressen mitzuwirken, schrumpft allmählich. Die jüngsten Statistiken der politischen Partizipation liefern ein Zeugnis vom politischen Desinteresse bei den Bürgern. Der Staat ist zwar als politische Instanz dazu berufen zu regieren und zu regulieren, aber die Konstellationen der Kräfte zwingen den Staat zu einer Wandlung vom Ordern zum Aushandeln. Die Regierungen der Staaten sitzen nicht mehr in der Kommandobrücke, um Befehle zu senden, sie verlieren zunehmend an Regulierungskraft. Der Staat mag zwar nicht mehr im klassischen Sinne regieren, aber er agiert als eine Kraft unter anderen.

In der Tat ist es auf den ersten Blick plausibel, dass die Globalisierung den Staat der Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Gestaltung seiner inneren und äußeren Beziehungen beraubt, die Instrumente einer eigenständigen Politik stumpf werden lässt, also seine Souveränität aushöhlt. Es gibt auch Anzeichen und Belege für eine aktive Anpassung des Territorialstaates und seiner Politik an die Globalisierung der Märkte und Netzwerke. Diese aktive Anpassung wird – wie könnte es anderes sein – von den großen Industriestaaten durch interne und externe Maßnahmen und in einer neuen Koalition mit den Trägern der Globalisierung, den Transnationalen

---

<sup>430</sup> Vgl. Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat, a. a. O., S. 255, auch dazu siehe die Dimension „Globalisierung der Politik“, Unterkapitel 2.3.4.

Unternehmen und ihren Spitzenmanagern, vorgenommen. Denn die Globalisierung kommt ja- wie gesagt- den reichen, technologisch führenden Industrieländern zugute. Alle großen Industriestaaten sind daher bestrebt, ihre Wettbewerbsposition durch gezielte milliardenschwere Förderungsmaßnahmen auf den erfolgversprechenden Technologiefeldern zu erhöhen und insbesondere die Informations-Infrastruktur und Anreize für entsprechende Investitionen zu schaffen- kurz: Standortvorteile zu sichern und auszubauen. Die Transnationalen Unternehmen nehmen ihrerseits gerne diese Förderungsmaßnahmen entgegen und sind darüber hinaus hinsichtlich der Sicherheit ihrer Aktivitäten und Investitionen, (allgemein gesprochen) hinsichtlich sicherer und günstiger Rahmenbedingungen (einschließlich der Deregulierung), von den Staaten und deren Politik abhängig. Nur sie können die Voraussetzungen für die transnationalen Aktivitäten schaffen, durch verbindliche interne Entscheidungen (Gesetze) und durch Vereinbarungen untereinander (internationale Verträge und Abkommen), deren Umsetzung dann wiederum intern durch die Staaten erfolgen muss.

*„Es ist inzwischen für jeden Nationalstaat unmöglich geworden, sich der weltumspannenden Administrationslogik zu entziehen, ohne selbst drastischen Schaden zu nehmen.“<sup>431</sup>*

Der Staat ist nicht mehr in der Nation verwurzelt, er dehnt sich weltweit aus. Er gehört nicht zu einer bestimmten Gruppe von Menschen in einer bestimmten Zeit, auch wenn er aus deren Bedürfnissen hervorgegangen sein mag. Der Staat des Globalen Zeitalters hat seine Wurzeln verloren. Die Regierungen stellen fest, dass der entwurzelte Staat, den sie verwalten, nicht ihnen und nicht einmal ihrem Volk gehört. Seine Regeln entstehen vielerorts und werden in vielen Zentren verwaltet.

Die internationale Verflechtung nimmt ständig zu. Das Ende des Ost- West-Konflikts hat den Prozess der Globalisierung zusätzlich dynamisiert und bezieht Staaten und Regionen ein. Indem Staaten den global handelenden Unternehmen und internationalen Finanzströmen den Weg ebnen, verringern sie ihre eigenen Einflussmöglichkeiten und schwächen ihre traditionellen wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente wie etwa Steuern und Zinsen. Außenwirtschaftliche Liberalisierung, innerstaatliche Deregulierung und die Mechanismen eines globalen Marktes berühren die staatliche Souveränität. Viele Aufgaben, die vormals jede

---

<sup>431</sup> Ebd., S. 104

Regierung für sich lösen musste, können nur noch in Verbund mit anderen wahrgenommen werden.

Der technische Fortschritt und seine fast unbegrenzten Möglichkeiten hinsichtlich Transport von Daten, Gütern und Menschen lässt alle Grenzen verschwimmen und macht natürlich vor den nationalen Grenzen keinen Halt. Die Nationalstaaten haben gewollt oder ungewollt die Grundlagen für einen internationalen Wirtschaftsmarkt geschaffen.

Die wirtschaftliche Produktion hat sich in der Tat globalisiert. Viele Konzerne verlagern ihre Produktion in Billiglohnländer und sparen damit Kosten, die sich trotz des zusätzlichen Transportes rechnen. Dadurch können viele wirtschaftliche schwache Staaten am globalen Markt teilhaben. Im Konsum sind sie als Bindeglied in der Produktionskette dann allerdings wieder ausgeschlossen. Die weltweiten Finanzströme konzentrieren sich auf die Triade USA, Europa und Südostasien.<sup>432</sup>

Von einer Globalisierung kann daher im engeren Sinne nicht gesprochen werden. Die afrikanischen Staaten haben hier ebenso wie Südamerika das Nachsehen.

Die Nationalstaaten haben sich die Konzerne als neue Bedrohung ihrer Souveränität selbst geschaffen. Nationale Regierungen begannen den internationalen Warenaustausch, die Konzerne haben ihn für ihre unternehmerischen Ziele perfektioniert. Zwar sind beide innerhalb nationaler Grenzen voneinander abhängig, aber es steht inzwischen außer Frage, wer am längeren Hebel sitzt. Ein multinationaler Konzern kann Nationalstaaten gegeneinander ausspielen und seinen Firmensitz fast überall in der Welt verlagern. Der Einfluss der nationalen Regierungen ist dabei sehr zurückgegangen. Fakt ist inzwischen, dass Konzerne relativ unabhängig von nationalen Grenzen irgendeiner Form sind. Einzige Ausnahme dieser Unabhängigkeit könnte das Prestige der transnationalen Konzerne sein.

Für die Phalanx der Nationalstaaten stellt sich damit die Frage, wie man den Weltmarkt regulieren kann, um damit Einfluss auf die Politik der großen Konzerne nehmen zu können. Ein Weltmarkt, der nur nach den Gesetzen des Marktes funktioniert und damit eine nicht-demokratische Wirtschaftswelt etabliert, kann nicht

---

<sup>432</sup> Zur Abgrenzung einiger Begriffe sei hier auf die Definitionen von Kaufmann hingewiesen: Internationalisierung bezeichnet Prozesse, die die trennende Bedeutung der Grenzen aushöhlen und die Bedeutung grenzüberschreitender Transaktionen für eine Nationalgesellschaft erhöhen. Die Globalisierung definiert er als die weltweite Kommunikation und die Intensivierung der weltweiten Austauschbeziehungen. Institutionen und kollektive Akteure, die die nationalstaatliche Rechtsordnung übergreifen, deuten auf eine Transnationalisierung hin. Vgl. dazu Kaufmann, Franz- Xaver: Globalisierung und Gesellschaften, a. a. O., S. 6, auch dazu siehe hier das Unterkapitel 2.1.

im Interesse des Staatensystems sein. Die Weltbank und der internationale Währungsfond scheinen ihre Aufgabe als Kontrollorgane noch nicht gewachsen zu sein. Die Möglichkeiten zur Kontrolle können wieder nur von den Nationalstaaten ausgehen, die zumindest in diesem Punkt effektiver zusammenarbeiten müssten. Jeder multinationaler Konzern ist bei den Produktionsstätten auf staatliche Hilfe und Zustimmung angewiesen. Wenn sich die Nationalstaaten aus Eigeninteressen nicht finanziell gegeneinander ausspielen lassen, ergibt sich gerade dort der Ansatzpunkt für ein gewisses Maß an Kontrolle. Nur die Förderung internationaler Institutionen kann zu den dringend notwendigen, handlungsfähigen Akteuren führen, beschneidet allerdings andererseits wieder die Souveränität des einzelnen Staates. Dem Staatensystem jedoch würde diese Entwicklung nutzen. Sie ist auch angesichts der immer fortschreitenden Kluft zwischen Arm und Reich erforderlich. Damit ist nicht nur die Nord-Süd-Disparität gemeint. Auch die reichen Dienstleistungsländer bekommen das zu spüren in Folge hoher Arbeitslosenzahlen, einer gescheiterten Sozialpolitik und dem auch nationalen Phänomen, dass immer mehr Geld in immer weniger Hände verteilt wird. Es ist eine große Herausforderung für den Nationalstaat, die Regulierung des Weltmarktes in die Wege zu leiten, unabhängig von seiner eigenen Zukunft.

In den verschiedenen Politikfeldern sind Nationalstaaten immer weniger in der Lage, die Regierungsziele im Alleingang zu erreichen. Der Grund für diese Entwicklung liegt – wie in der Arbeit erwähnt- in der Schwächung der Territorialität und Souveränität durch die Globalisierung. Bevor ich die Diskussion über den Nationalstaat abschließe, möchte ich hier an einigen empirischen Beispielen zeigen, wie die Globalisierung nationalstaatliches Regieren tendenziell weniger effektiv macht und damit dessen Legitimationsgrundlage bedroht.

- Politikfeld Umwelt: Die Industrialisierung der Triade basierte auf der Ausnutzung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen und auf der Verschmutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt- und basiert weitestgehend noch heute darauf. Dies ist kein unbedeutender Nebeneffekt, sondern ein zentrales Wesenmerkmal des Industrialisierungsprozesses. Deutlich wird dies besonders an dem beliebten Gedankenspiel was wäre, wenn die ganze Welt so leben würde wie der industrialisierte Westen. Die Antwort liegt auf der Hand: das ökologische System würde in kürzer Zeit zusammenbrechen. Das reichste Fünftel der Menschheit ist verantwortlich für

etwa 80 Prozent des Ressourcenverbrauches und des Schadstoffausstoßes. Heute häufen sich bereits die Anzeichen, dass die ökologische Tragfähigkeit des Planeten längst überschritten ist. Nur die dramatischen seien kurz angeführt:

1. Die Klimaerwärmung . Forscher haben in den neunziger Jahren einen Anstieg des Weltklimas um etwa 0,7 Grad Celsius festgestellt. Dieser Anstieg erscheint erst dann bedeutsam, wenn man berücksichtigt, dass in den letzten zehntausend Jahren die maximale Temperaturveränderung zwei Grad betrug, und ein minimaler Rückgang der Temperatur darüber hinaus bereits eine Eiszeit zur Folge haben kann. Während einige Wissenschaftler diese Klimaveränderung für eine ganz normale Temperaturschwankung halten, führen viele andere Forscher sie auf den sogenannten Treibhauseffekt zurück, das heißt auf eine Anhäufung von Kohlendioxyd (CO<sub>2</sub>) und anderen Gasen in der unteren Atmosphäre, die die Rückstrahlung des von der Erde reflektierten Sonnenlichtes verhindern und zur Aufheizung des Klimas führen. Hauptursache für den Kohlendioxyd- Ausstoß sind fossile Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Eine Folge der Klimaerwärmung ist der Anstieg des Meeresspiegels, der Inseln und Küstenregionen bedroht.<sup>433</sup>
2. Das Ozonloch. Die Ozonschicht der Erde, die uns vor der äußerst schädlichen Ultravioletten B-Strahlung schützt, ist durch den massiven Ausstoß von Fluorchlorkohlenwasserstoff so beschädigt worden, dass das Ozonloch über der Antarktis mittlerweile so groß ist wie Nordamerika, und es in bestimmten Teilen der Südhalbkugel bereits zu erhöhtem Auftreten von Hautkrebs gekommen ist.
3. Das Artensterben. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass durch Umweltzerstörung jährlich mindestens 5.000 Tier- und Pflanzenarten aussterben. Weniger vorsichtige Schätzungen beziffern die entsprechende Zahl auf mindestens 150.000.

Auf andere Aspekte wie die Abnutzung landwirtschaftlicher Böden oder die Vernichtung der tropischen Regenwälder kann hier leider nicht mehr eingegangen werden. Hierbei spielen jedoch in der Dritten Welt oft Zinsverpflichtungen, Exportproduktion oder einfach Armut eine entscheidende Rolle. Tatsächlich

---

<sup>433</sup> Vgl. dazu Goodland, Robert: Growth has reached its Limits. In : Mander/ Goldsmith: 1996, S. 207-217.

lassen sich die meisten Umweltzerstörungen letztlich auf das westliche Gesellschaftsmodell zurückführen.

Den meisten ökologischen Schäden ist gemein, dass sie Jahrzehnte oder Jahrhunderte zu ihrer natürlichen Regeneration benötigen. Selbst wenn der gesamte Schadstoffausstoß morgen auf null zurückginge (in Wirklichkeit steigt er jährlich), würde es schätzungsweise 100-150 Jahre dauern, bis die Ozonschicht vollständig wiederhergestellt wäre. Es existieren keine verlässlichen Schätzungen, wie viele Menschen aufgrund der UV-Strahlung bis dahin an Hautkrebs gestorben sein.<sup>434</sup>

Die Regierungen bemühen sich verstärkt darum, diese Gefahren für die körperliche Unversehrtheit ihrer Bevölkerung zu verringern. So wurden in den vergangenen Jahren verschiedene nationale Aufklärungs- und Warnkampagnen durchgeführt. Diese Kampagnen können jedoch allenfalls die Folgen der Umweltzerstörung begrenzen, nicht aber ihre Ursachen bekämpfen. Ein wichtiges Ziel nationalen Regierens, nämlich die körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung, kann nur durch multilaterale Maßnahmen erreicht werden, was heute zutage aufgrund der Globalisierung kaum vorstellbar ist.

- Politikfeld Wirtschaft: Seit den sechziger Jahre haben sich Volumen und Geschwindigkeit des grenzüberschreitenden Kapitaltransfers stark erhöht. Die Logik dieses Prozesses basiert auf einem zentralen Mechanismus: Kapital fließt bevorzugt dahin, wo die Renditechancen am höchsten und die Kapitalverkehrskontrollen am geringsten ausgeprägt sind.<sup>435</sup> Aus diesem Mechanismus lassen sich einige Erwartungen über die Entwicklung in diesem Politikfeld ableiten. Zum einen werden sich nationale Kapitalverkehrskontrollen einander angleichen, und zwar eher auf niedrigem Niveau. Das bedeutet, dass die Nationalstaaten weniger Möglichkeiten haben, auf Kapital zuzugreifen, das in oder über ihr Territorium transferiert wird. versuchen sie dies sinkt die Attraktivität des Kapitalstandortes, und das Kapital fließt zu anderen, weniger regulierten Standorten. Zum anderen führt die Konkurrenz der Volkswirtschaften um Kapital dazu, dass dessen Renditechancen überall möglichst hoch sein müssen. Um also etwa Direktinvestitionen anzulocken,

---

<sup>434</sup> Mehr zum Klimawandel siehe Welte, Dietrich: Klimawandel ist nichts Neues. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Freitag 13. Apr. 2007, Nr. 86, S. 8.

<sup>435</sup> Zu diesem Politikfeld siehe in dieser Arbeit die wirtschaftliche Globalisierung und ihre Unterdimensionen.

sind Staaten zunehmend gezwungen, Vorleistungen zu erbringen, die die Renditechancen erhöhen. Die hohe Mobilität des Kapitals beeinflusst damit auch die soziale Leistungsfähigkeit selbst der wirtschaftlich erfolgreichsten Nationalstaaten. Entscheidend ist nun, dass kein Staat im Alleingang aus diesen Zugzwängen ausschneiden kann, solange andere Staaten weniger strikte Kapitalverkehrskontrollen beibehalten. Damit ist die Regierungsfähigkeit der Nationalstaaten in diesem Politikfeld auch ernsthaft in Frage gestellt: Das Regierungsziel allgemeine Wohlfahrt wird durch die Zunahme und Beschleunigung wirtschaftlicher Transaktionen herausgefordert. Damit könnte das Regierungssystem jedoch insgesamt an Legitimität, denn die Sicherung der Existenzgrundlagen der gesamten Bevölkerung ist wohl das wichtigste allgemein anerkannte Ziel des Regierens.

- Politikfeld Sicherheit: sicherheitspolitische Bedrohungen lassen heute immer weniger territorial definieren bzw. eingrenzen. Auch dies hängt mit Globalisierungsprozessen zusammen. So ist beispielsweise die Kontrolle über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch die immense Zunahme des grenzüberschreitenden Güter- und Personenverkehrs sehr schwierig geworden. Die Terroranschläge in den USA im September 2001 haben die sicherheitspolitischen Konsequenzen von Globalisierungsprozessen verdeutlicht: Terroristische Attentäter, die an verschiedenen Orten der Welt ausgebildet worden waren, verübten Anschläge, deren Opfer aus aller Welt kamen. Sie sollten die Verwundbarkeit der Supermacht USA demonstrieren, aber auch durch globale Berichterstattung über diese Ereignisse terroristische Bewegungen in vielen Orten der Welt mobilisieren.

In vielen Politikfeldern besteht heute also eine Inkongruenz zwischen den Verursachern und den Geschädigten von Handlungszusammenhängen. Die Folgen sozialer Aktivitäten überschreiten die Grenzen des Nationalstaates und schädigen Menschen, die möglicherweise auf der anderen Seite des Globus leben. Das heißt, dass die Staaten, in denen die geschädigten Menschen wohnen, gar nicht mehr in der Lage sind, die Schädigung durch nationales Regieren allein zu verhindern. Sie sind vielmehr auf internationale Kooperation angewiesen, um den gewünschten Zustand (wieder) herstellen zu können.<sup>436</sup> Die Staaten passen sich teils durch informelle internationale Zusammenarbeit, teils durch institutionalisierte

---

<sup>436</sup> Vgl. Das Unterkapitel 5.6.

Zusammenarbeit (internationale Organisationen und Regime) an die Bedingungen der Globalisierung an. Sie kooperieren aber nicht, um sich aufzugeben, sondern um die staatliche Selbstbehauptung und Selbstentfaltung unter den neuen Bedingungen zu ermöglichen.

Die internationale Zusammenarbeit, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg, hat zwischenstaatliche Interdependenzen geschaffen, die in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium nicht mehr gelöst werden können. Internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen, der internationale Währungsfond, die Weltbank und die Welthandelsorganisation lenken die weltweite Verwaltungs- und Wirtschaftspolitik. Dieser Verwaltungslogik kann sich kein einzelner Staat mehr entziehen. Die Außenpolitik der Nationalstaaten ist damit auf eine höhere Ebene abgegeben worden. Eine wachsende gegenseitige Abhängigkeit ist entstanden und schränkt den Handlungsspielraum der Nationalstaaten ein. Schlechte Zeiten für einen erfolgreichen Global Governance- Konzept.

Ein ambivalenter Trend in Richtung Regionalisierung kann hier auch konstatiert werden. Wenn die nationalen Grenzen verschwimmen, bilden sich neue Einheiten, sei es aus wirtschaftlichen Aspekten oder aus dem historischen Kontext hinaus. Immer mehr Regionen wachsen länderübergreifend zusammen und betreiben ihre eigene Politik. Der Nationalstaat ist in Bezug auf diese Aufgabe als Institution zu groß, ebenso wie er für die Bewältigung globaler Probleme zu klein ist. Beiden Trends steht er bisher macht- und tatenlos gegenüber.

Bedeutet das Ende des Nationalstaates zugleich das Ende der Demokratie? Nationalstaat und Demokratie sind historisch miteinander verbunden. Das Ende des Nationalstaates könnte auch das Ende der Volkssouveränität sein. Die anderen global player sind alle nicht demokratisch legitimiert. Effizienz und Sachlogik, die bereits die Wirtschaftswelt prägen, hielten in allen anderen Bereichen des Zusammenlebens Einzug. Eine Welt ohne Nationalstaaten wäre dann auch eine Welt ohne demokratische Rechte und Pflichten, die nur vom Verantwortungsbewusstsein der anderen global player abhinge. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist der Nationalstaat trotz seiner vielen Schwächen bisher nicht zu ersetzen. Er ist der wichtigste Akteur in der internationalen Politik. Ohne leistungsfähige Nationalstaaten kann auch keine tragfähige Global Governance- Architektur entstehen.

## 5.8 Resümee

Die Globalisierung beraubt den modernen demokratischen Staat, darüber hinaus zu einem guten Teil seines sozialintegrativen Instrumentariums. Der demokratische Nationalstaat der Nachkriegsperiode, beginnend mit dem Währungsregime von Bretton Woods, hatte die Gleichzeitigkeit von Wohlstand, Wirtschaftswachstum und sozialer Sicherung ermöglicht. Er vermochte durch den erreichten sozialstaatlichen Kompromiss das Vertrauen in die demokratische Politik und damit auch in die Stabilität demokratischer Institutionen wesentlich zu befördern. Durch wachstumsstimulierende Maßnahmen auf der einen, Sozialpolitik auf der anderen Seite, war es möglich geworden, gleichzeitig die wirtschaftliche Dynamik zu fördern und die soziale Integration zu sichern. Im Zuge der Globalisierung scheint sich dieser Kompromiss aufzulösen. Die sozialen Folgeprobleme einer entgrenzten Ökonomie sind geeignet, das Vertrauen in die demokratische Politik zu untergraben.<sup>437</sup>

Die Globalisierung prämiert gleichzeitig das Regieren jenseits des demokratischen Nationalstaates. Die Regelungsbedürftigkeit global vernetzter Ökonomien eröffnet einen relativ eigenständigen transnationalen Raum politischer Organisation und intergouvernementaler Zusammenarbeit. Damit entstehen faktische Formen des Regierens ohne direkte demokratische Legitimation. Die territorial gebundene und begründete parlamentarische Demokratie verliert an Substanz, während die Gestaltungsmacht transnationaler Politik ohne demokratische Legitimation anwächst. Um dem Demokratiedefizit des transnationalen Regierens abzuhelpfen, gleichzeitig aber auch demokratisch begründete Gestaltungsmacht auf inter- und supranationalen Terrain wiederzugewinnen werden in der gegenwärtigen Diskussion um die politischen Herausforderungen der Globalisierung zwischen Modellen unterschieden, die schon vorher erwähnt worden.

Dazu gehört z.B. das erwähnte Modell „Global Governance“, das versucht, Formen globalen Regierens zu entwickeln, die ein repräsentatives und demokratisches System der vereinten Nationen etablieren und dieses an die Stelle der traditionellen geopolitischen Formen internationaler Herrschaft setzen sollen.

Dazu zählt auch das Modell der Kosmopolitischen Demokratie, das den offensichtlichen Vorteil hat, dass es weder den Weltstaat mit einer demokratisch verfassten Weltregierung noch die radikale, basisdemokratische Auflösung

---

<sup>437</sup> Vgl. Vorländer, Hans: Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien. München 2003, S. 120ff.

demokratischer Institutionen und Verfahren beabsichtigt. Viel mehr wird an einem transnationalen Ausbau der allgemeinen Struktur politisches Handelns gedacht, der alle Ebenen und alle Mitwirkende beim globalen Regieren umfasst, von Staaten, multinationalen Konzernen und internationalen Institutionen bis hin zu sozialen Bewegungen und einzelnen Individuen.

An die Stelle souveräner Nationalstaaten tritt ein System, das sich vor allem auf föderale Systeme bezieht, unterschiedlicher und sich überlappender, durch demokratisches Recht geformter und begrenzter Machtzentren. Insofern bedeutet kosmopolitische Demokratie die Globalisierung des Föderalismus, eines bundesstaatlichen oder Staatenbundprinzips auf einer globalen Ebene. „das, was sich kosmopolitisch gibt, entpuppt sich am Ende als westliche Kleinbürgermoral im „Größenwahn“.<sup>438</sup>

Hier soll darauf hingewiesen werden, dass solche Modelle globalen Regierens für sich keine zureichende Antwort auf die zentrale Frage vermögen zu geben, wie es möglich sein kann, große transnationale Räume demokratisch zu regieren. Beim Modell der „Global Governance“ fehlt es nicht nur an der internationalen Infrastruktur, sondern auch an sozialmoralischen Voraussetzungen. Unklar bleibt, wie die Institutionen einer Weltregierung beschaffen sein müssen, damit sie demokratisch legitimiert und bürgernah rückgebunden bleiben können. Eine effektive Weltregierung setzt einen Weltstaat voraus, der auch hinsichtlich seines Zustandkommens und seiner Freiheitlichkeit und Demokratiefähigkeitsanspruchs- und voraussetzungsvoll ist. Die Fundierung einer Weltregierung auf ein globales, weltbürgerliches Ethos vermag nicht zu überzeugen.<sup>439</sup>

Das Modell transnationaler oder kosmopolitischer Demokratie besitzt hingegen zweifellos den Vorteil, dass es auf die Herausbildung eines transnationalen politischen Raumes mit dem Entwurf eines komplexen politischen Mehrebenensystems antwortet. Das weist dann in die richtige Richtung, wenn darunter ein mehrstufiges Institutionssystem verstanden wird, das von der lokalen über die regionale, die nationalstaatliche bis zur supra- und transnationalen Ebene reicht.<sup>440</sup>

Die Aussicht auf solche Modelle bleibt ungewiss. Die Globalisierung an die Wende vom 20. ins 21. Jahrhundert vergrößert den Spagat zwischen territorial gebundener

---

<sup>438</sup> Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 44.

<sup>439</sup> Vgl. Vorländer, Hans: Demokratie- Geschichte, Formen, a. a. O., S. 122ff.

<sup>440</sup> Vgl. Ebd.

Politik und entgrenzter Ökonomie und Technologie. Wirtschafts- und Kommunikationsraum einerseits und der Raum demokratisch kontrollierter Deliberation und Dezision andererseits lassen sich nicht mehr zur Deckung bringen.

Im Zeitalter der Globalisierung haben politische Großorganisationen, vor allem politische Parteien, aber auch Gewerkschaften und andere Verbände gegenüber Mitgliedern und der Öffentlichkeit viel von ihrer umfassenden Orientierungsfunktion verloren. Der Zweifel der Bürger im Nationalstaat an der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Politik und an den Möglichkeiten politischer Steuerung stellt die wichtigsten gegenwärtigen innenstaatlichen Problem- und Konfliktfelder. Mit der Globalisierung der Kapitalmächte hat die nationale Politik kaum noch eine Chance, Massenarbeitslosigkeit durch Globalisierung zu verhindern, mit der Liberalisierung des Handels und der freien Staatswahl vermindert sich die Fähigkeit des Staates und der Gewerkschaften. Der Staat mag zwar noch über das territorial begrenzte Monopol legitimer Gewalt verfügen, aber er verfügt nicht mehr über das Regelungsmonopol.

Ob wir uns am Beginn eines Zeitalters der globalen Demokratie befinden, ist eine offene Frage wie die nach einer kosmopolitischen Demokratie, die an den Strukturen des Systems der Vereinten Nationen ansetzt oder die nach einem globalen Gesellschaftsvertrag. Vieles spricht gegenwärtig für den Niedergang der Demokratie, weil nicht oder allenfalls schwach legitimierte Organisationen wie transnationale Unternehmen, international operierende Banken oder die Bretton Wood- Institutionen im internationalen ökonomischen System immer mächtiger werden, weil demokratische Verfahren und Prozesse auf nationaler Ebene ihre Legitimation einbüßen, weil ökonomische und soziale Ungleichheiten sich in größere politische Ungleichheit übersetzen, weil die nachlassende Unterstützung von demokratischen Institutionen die wahrscheinlichen Kosten von autoritären Lösungen verringern und weil die Verteidigung von Menschenrechten zur rhetorischen Rechtfertigung einer illegitimen militärischen Aggression missbraucht worden ist- der Krieg der USA gegen den Irak und Afghanistan, aber auch die Bombardements der NATO in Jugoslawien.

Umstritten ist jedoch, ob der Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung die einzige Rechtsquelle von liberalen Freiheiten, sozialer Sicherheit und Menschenrechten bleiben kann. Mit dem teilweisen Verlust der Souveränität des territorial umgrenzten Nationalstaats, in dem das „Staatsvolk“ über die Verteilung der „Staatsmacht“

befindet, fehlt für den Ablauf des demokratischen Prozesses der Ort der relevanten politischen Willensbildung. Gesellschaft und Politik können ihre Funktionsräume nicht mehr kontrollieren. Der demokratische Prozess wird entterritorialisiert und dabei so inhaltsleer, dass es unter Umständen gar nicht auffällt, wenn er angehalten werden sollte. Demokratische Prozeduren erwiesen sich im Zeitalter globaler, sozialer, politischer, technischer und ökologischer Probleme schon allein deswegen als fragwürdig, weil die Zeitspanne und die Ausdehnung im Raum über den ganzen Planeten Erde die menschliche Dimension rationaler Entscheidungen übersteigen.<sup>441</sup> Länder und Gesellschaften, die im Zuge der Fragmentierung marginalisiert werden, sind Opfer der Globalisierung geworden,<sup>442</sup> dem Schicksal einer autoritären Chaotisierung überantwortet. Weder lässt die autoritäre Wirkungsweise des Weltmarkts freien Raum für politische Demokratie, da die Weltmarktakteure- die Banken, die transnationale Unternehmen, die Weltmarktinstitutionen, die Geberländer- wenig Interesse an einer Demokratisierung aufbringen, noch gibt es einen halbwegs funktionierenden souveränen Staat, dessen sich eine politische Klasse autoritär bemächtigen könnte. Der Autoritarismus ist daher mit einer sozialen und politischen Chaotisierung verbunden, in der weder die Restriktionen der Weltwirtschaft noch jene eines machtvollen Staats durchsetzbar sind.

„Demokratie bedeutet zunächst einmal Politik...Demokratie bedeutet weiterhin das Bemühen um kollektive Entscheidungen: Demokraten maßen sich an, sich über die freien Entscheidungen der Individuen und vor allem der Wirtschaftssubjekte gemeinsam hinwegzusetzen. Und schließlich bedeutet Demokratie eine Begünstigung der Mehrheit: Demokraten dulden oder begrüßen es gar, dass den Interessen der zahlenmäßigen Mehrheit mehr Rechnung getragen wird als der zahlungsfähigen Nachfrage. An die Stelle des Geldes als allgemeines Äquivalent- eine Mark ist eine Mark- soll plötzlich das Prinzip treten: ein Mensch, eine Stimme, egal über wieviel Mark dieser Mensch verfügt.“<sup>443</sup>

---

<sup>441</sup> Vgl. Altvater, Elmar und Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 491ff.

<sup>442</sup> Dies gilt vor allem für einige Nationen und Regionen Afrikas, von Somalia bis Liberia und Ruanda. Hier zeigt sich in aller Krassheit das Scheitern der Modernisierungsvorstellungen. Die Gesellschaften sind allenfalls Gegenstand der humanitären Hilfeleistung. Genauere Analysen vermögen aber zu zeigen, dass in der tiefen gesellschaftlichen Krise neue Ordnungsstrukturen entstehen, die freilich weitgehend losgelöst von den Weltmarktvorgaben- fragmentiert- umgesetzt werden.

<sup>443</sup> Müller-Plantenberg, Urs: Marktwirtschaft und Demokratie in Lateinamerika. In: PROKLA 82, Jg. 21, H.1 (1991), S. 74f, zit. nach Altvater, Elmar und Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, a. a. O., S. 494.

Die Demokratien müssen sich infolge der globalen Herausforderungen verändert. Empfehlungen für bessere demokratische Antworten auf die Globalisierung und solche, die auf einer Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Demokratie in ihrer Gesamtheit gerichtet sind, hängen häufig eng zusammen.

Wenn man von Demokratie spricht, spricht man vom Staat. Staat heißt Souveränität, legitime Stimme des Volkes. Hier in Europa fürchtet man – was man gut verstehen kann- vielleicht den Staat mehr als die Wirtschaft oder Privatorganisation. Aber ich fürchte heute zutage – wie an verschiedenen Stellen meiner Dissertation betont ist- Siemens, PB, Wal Markt, Microsoft u. v. m. mehr als Deutschland oder Frankreich, und hierin unterscheidet sich dieses Jahrhundert von dem letzten. Ich fürchte die illegitime Macht der transnationalen Konzerne mehr als die legitime Macht unabhängige Staaten.

Die WTO, Weltbank und IWF sind gefährlicher als eine absichtliche Diktatur, weil ihre Macht unsichtbar ist. Der Missbrauch staatlicher Macht kann nur durch die Demokratie überwunden werden. Den Missbrauch privater wirtschaftlicher Macht kann ohne demokratische Staaten nicht überwunden werden, und sei es auch ein Weltstaat oder irgendetwas in dieser Art.

## 6 Literaturverzeichnis

- **Afhüppe**, Sven/ **Reuter**, Wolfgang: Eine Welt voller Blasen. In: Der Spiegel, Nr. 13/26. 03. 2005, S. 81-85.
- **Albrow**, Martin: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter, Frankfurt a. Main 1998.
- **Albrow**. Martin: Auf dem zu einer globalen Gesellschaft? In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998b.
- **Altvater**, Elmar/ **Mahnkopf**, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 6. Auflage, Münster 2004.
- **Appadurai**, Arjun: Globale ethnische Räume- Bemerkungen und Fragen zur Entwicklung einer transnationalen Anthropologie. In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998b, S. 11-39.
- **Barber**, Benjamin: Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt, München 2003, C. H. Beck- Verlag.
- **Barnet**, Richard/ **Cavanagh**, John: Elektronisches Geld und die Kasinoökonomie. In: **Mander**, Jerry/ **Goldsmith**, Edward (Hrsg.): 2002, S. 92-108.
- **Beck**, Ulrich: Über den postnationalen Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik , Heft 8, August 1999, S. 984-990.
- **Beck**, Ulrich: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt a. Main 1988.
- **Beck**, Ulrich/ **Giddens**, Anthony/ **Lash**, Scott: "Reflexive Modernisierung", Frankfurt a. Main 1996, Suhrkamp-Verlag.
- **Beck**, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus- Antworten auf Globalisierung, 4. Auflage 1998, Frankfurt a. Main 1997.
- **Beck**, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, 1. Auflage, Frankfurt a. Main 1998a.
- **Beck**, Ulrich: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Eine Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): 1998a.
- **Beck**, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, 1. Auflage, Frankfurt a. Main 1998b.
- **Beck**, Ulrich: Das Zeitalter des eigenen Lebens. Die Globalisierung der Biographien, Frankfurt a. Main 1998.

- **Behrens, Maria** (Hrsg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität, Wiesbaden 2005.
- **Behrens, Maria**: Global Governance- eine Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): 2005, S. 11-23.
- **Beise, Marc**: Die Welthandelsorganisation (WTO)- Funktionen, Status, Organisation, Baden-Baden 2001.
- **Beisheim, Marianne**: Fit für Global Governance? Transnationale Interessengruppenaktivitäten als Demokratisierungspotential – am Beispiel Klimapolitik. Dissertation an der Universität Bremen 2002.
- **Bello, Walden**: Structural Adjustment Programs: „Success“ for Whom? In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.) : 1996.
- **Bello, Walden**: Die Strukturanpassungsprogramme der IWF und Weltbank. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 190-201.
- **Benhabib, Seyla**: Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a. M. 1999.
- **Benner, Thorsten/ Reinicke, Wolfgang/ Witte, Jan Martin**: Globalisierung: Weltwirtschaftliche Dynamik und politische Steuerung. In: **Dönhoff, Marion Gräfin von u.a.**( Hrsg.): Jahrbuch internationale Politik 1997/1998, München 2000.
- **Bernauer, Thomas**: Staaten im Weltmarkt. Zur Handlungsfähigkeit von Staaten trotz wirtschaftlicher Globalisierung, Opladen 2000.
- **Biermann, Frank,/Simons, Udo Ernst**: Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Funktionen, Chancen, Probleme. In: Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Policy Paper 9, Bonn 1998.
- **Bischof, Joachim**: Herrschaft der Finanzmärkte- Kern der Globalisierung. In: Widerstand Bd. 38, Globalisierung und Widerstand, Basel/ Zürich 1999/2000.
- **Böhret, Carl/ Wewer, Göttrik** (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert- zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Opladen 1993.
- **Bornschiefer, Volker**: Westliche Gesellschaften im Wandel, Frankfurt a. Main/ New York 1988.
- **Brand, Ulrich/ Brunnengräber, Achim/ Schrader, Lutz/ Stock, Christian/ Wahl, Peter**: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? 1. Auflage, Münster 2000.

- **Brand**, Ulrich: Nach der Krise des Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Heft 1, Juni 2003.
- **Brock**, Ditmar: Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. Von nationalen Volkswirtschaften zur globalisierten Weltwirtschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 33-34/1997, S. 12-19.
- **Brock**, Lothar/ **Albert**, Mathias (Hrsg.): Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 2 (1995), S. 259-285.
- **Brock**, Lothar: Verlassene Baustellen- Global Governance im Zeichen des Kriegs. In: **Fues**, Thomas/ **Hippler**, Jochen (Hrsg.): Globale Politik, Bonn 2003, S. 58-89.
- **Brock**, Lothar: Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie. In: **Messner**, Dirk (Hrsg.): 1998c, S. 44-73.
- **Brozus**, Lars/ **Zürn**, Michael: Regieren im Weltmaßstab. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 280/2003, S. 56-63.
- **Brozus**, Lars/ **Zürn**, Michael: Globalisierung- Herausforderungen des Regierens. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263/1999, S. 59-66.
- **Brzezinski**, Zbigniew: Macht und Moral. Neue Werte für die Weltpolitik, Hamburg 1994.
- **Brzezinski**, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Frankfurt a. Main 1999.
- **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**, BMZ( Hrsg.): Journalistenhandbuch. Entwicklungspolitik, Bonn 1998.
- **Busch**, Andreas/ **Plümper**, Thomas( Hrsg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft: Anmerkungen zum Thema Globalisierung, 1. Auflage Baden- Baden 1999.
- **Clarke**, Tony: Herrschaftsmechanismus von Unternehmen. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 109-124.
- **Coote**, Belinda: The Trade Trap. Poverty and the Global Commodity Markets, Oxford 1992.

- **Commission of Global Governance:** Our Global Neighbourhood, Oxford 1995.
- **Czempiel, Ernst-Otto:** Die stolpernde Weltmacht. Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2003, S. 7-15.
- **Czempiel, Ernst-Otto:** Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München 1991.
- **Czempiel, Ernst-Otto:** Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Missverständnisse, München 1994.
- **Deutsch, Karl W.:** Nationenbildung- Nationalstaat- Integration. In: Studienbücher zur auswärtigen und internationalen Politik 2 (Ashkenasi, A. und P. Schulze), Düsseldorf 1992.
- **Deutsch, Karl W.:** Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.
- **Dror, Yehezkel:** Demokratie unter Globalisierungsdruck- Antworten auf die Herausforderung der Zukunft. In: **Weidenfeld, Werner**( Hrsg.): 1996, S. 370-390.
- **Dror, Yehezkel:** Ist die Erde noch regierbar? München 1994.
- **Edquist, Charles** (Hrsg.): System of Innovation, Technologies, Institutions and Organisations, London und Washington 1997.
- **Eichengreen, Bary:** Globalizing Capital. Princeton 1996.
- **Engelhard, Johann/ Hein, Silvia:** Globale Unternehmungen, in: **Leggewie, Claus/ Münch, Richard**( Hrsg.): Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt 2001, S. 27-46.
- **Enquete-Kommission:** Globalisierung der Weltwirtschaft- Herausforderungen und Antworten. Zwischenbericht 2002. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9200, 2002.
- **Etzioni, Amitai:** Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Stuttgart 1994, Schäffer- Poeschel-Verlag.
- **Etzioni, Amitai:** Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse, Opladen 1975, Westdeutscher- Verlag.
- **Etzioni, Amitai:** Die Entdeckung des Gemeinwesens. Das Programm des kommunitarismus, Frankfurt a. Main 1998, Fischer- Verlag.
- **Etzioni, Amitai:** Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Gesellschaft, Frankfurt/ New York 1997, Campus- Verlag.

- **Falk**, Rainer: Die Asienkrise nach einem Jahr. Eine große Depression. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung 1998, Nr. 7-8/98, S. 1.
- **Galtung**, John: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: **Senghaas**, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt a. Main 1972, S. 29-104.
- **Georg**, Susan/ **Sabelli**, Fabrizio: Faith and Credit. The World Bank's Secular Empire. Harmondsworth: Penguin 1994 ( deutsch: Kredit und Dogma. Ideologie und Macht der Weltbank, Hamburg 1995).
- **Georg**, Susan: A Fate worse than Debt. Harmondsworth: Penguin 1988.
- **Germann**, H./ **Rürup**, B./ **Setzer**, M.: Globalisierung der Wirtschaft: Begriffe, Bereiche, Indikatoren, in: **Steger**, Ulrich (Hrsg.): Globalisierung der Wirtschaft. Konsequenzen für Arbeit, Technik und Umwelt, Berlin 1996, S. 18-55.
- **Giddens**, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt a. M. 1997.
- **Giddens**, Anthony: Die Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a. Main 1995.
- **Giddens**, Anthony: Entfesselte Welt, Frankfurt a. Main 2001.
- **Goldsmith**, Alexander: Seeds of Exploitation: Free Trade Zones in the Global Economy. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 267ff.
- **Goldsmith**, Alexander: Brutstätten der Ausbeutung: Freihandelszonen in der globalisierten Wirtschaft. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 209-217.
- **Goodland**, Robert: Growth has reached its Limits. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 207-217.
- **Gore**, Charles: Jenseits der Debatte. Märkte gegen Staaten- Eine Neu- Interpretation des ostasiatischen Modells. In: E+Z, Entwicklung und Zusammenarbeit, 39. Jg., 1998, Nr. 4, S. 105ff.
- **Gosepath**, S./ **Merle**, J.-C.( Hrsg.): Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie, München 2002.
- **Grande**, E.: Demokratische Legitimation und europäische Integration. In: Leviathan, vol. 24(3) 1996, S. 339-360.
- **Gruppe von Lissabon**: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1997.
- **Guéhenno**, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie, München 1994.

- **Habermas**, Jürgen: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: **Beck**, U.( Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 67-84.
- **Habermas**, Jürgen: Wege aus der Weltordnung. Ein Interview mit Jürgen Habermas. Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2004, S. 27-45.
- **Habermas**, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. Main 1997.
- **Habermas**, Jürgen: Die postnationale Konstellation, Frankfurt a. Main 1998.
- **Hagen**, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.
- **Hall**, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg 1994.
- **Halstead**, Ted/ **Cobb**, Clifford: The Need for New Measurements of Progress. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 197-206.
- **Hartmann**, Christof: Demokratisierung und das internationale System. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 4( 1997), S. 1-14.
- **Hauser**, Heinz/ **Schanz**, Kai-Uwe: Das neue GATT. Die Welthandelsorganisation nach Abschluss der Uruguay- Runde, München/ Wien 1995.
- **Held**, David: Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge 1995.
- **Held**, David: Models of Democracy, Cambridge 1996.
- **Held**, David/ **McGrew**, Anthony/ **Goldblatt**, David/ **Perraton**, Jonathan: Die Globalisierung der Wirtschaft. In: **Beck**, U.( Hrsg.): 1998a, S. 134-168.
- **Held**, David/ **McGrew**, Anthony/ **Goldblatt**, David/ **Perraton**, Jonathan: Global Transformations. Politics, Economics und Culture, Cambridge (Polity Press) 1999.
- **Herlinger**, Steve: Keine Spur der Besserung. Mit dem IWF kommt der Niedergang. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Nr. 7/8 1998, S. 4f.
- **Herman**, Edward/ **McChesney**, Robert: The Global Media. The New Missionaries of Corporate Capitalism, London/ Washington 1997.

- **Heßler**, Manfred( Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft-Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993.
- **Hippler**, Jochen( Hrsg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt, Hamburg 1994.
- **Hippler**, Jochen: Die Neue Weltordnung, Hamburg 1991.
- **Hippler**, Jochen/ **Schade**, Jeanette: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance. In: Institut für Entwicklung und Frieden INEF- Report, Heft 70/2003.
- **Hirsch**, Joachim: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin 1998.
- **Hirst**, Paul/ **Tompson**, Grahame: Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken. In: **Beck**, U.( Hrsg.): Politik der Globalisierung, a. a. O., S. 85-133.
- **Hoffmann**, Jürgen: Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses- Chancen und Risiken der Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 23/1999, S. 3-10.
- **Höffe**, Otfried: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München 1999.
- **Hoogvelt**, Ankie: Globalization and the Postcolonial World. The New Political Economy of Development, Baltimore: Johns Hopkins 1997.
- **Hummel**, Hartwig/ **Menzel**, Ulrich: Regionalisierung/ Regionalismus. In: **Woyke**, Wichard( Hrsg.): Handwörterbuch internationaler Politik, 8. Auflage, Bonn 2000, S. 383-391.
- **Huntington**, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/ Wien 1996.
- **Huntington**, Samuel P.: The Lonely Superpower. In: Aus Foreign Affairs, 78/1999, S. 35-149.
- **Kaiser**, Karl: Globalisierung als Problem der Demokratie. In: Internationale Politik, vol. 53( 4), S. 3-11.
- **Kaiser**, Karl: Zwischen neuer Interdependenz und altem Nationalstaat. Vorschläge zur Re-Demokratisierung. In: **Weidenfeld**, Werner (Hrsg.): 1996, S. 311-328.

- **Kaiser**, Karl: Die neue Weltpolitik. Folgerungen für Deutschlands Rolle. In: **Kaiser**, Karl/ **Schwarz**, Hans-Peter (Hrsg.): Die neue Weltpolitik, Baden-Baden 1995, S. 497-511.
- **Kaufmann**, Franz-Xaver: Globalisierung und Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 18/1998, S. 3-10.
- **Kennedy**, Paul: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a. Main. 1996.
- **Keohane**, Robert O./ **Nye**, Joseph S.: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston 1977.
- **Kessler**, Wolfgang: Wirtschaften im dritten Jahrtausend, Oberursel: Publik-Forum-Verlagsgesellschaft 1996.
- **Kimbrell**, Andrew: Biocolonization. The Patenting of Live and the Global Market in Body Parts. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 131-145.
- **Knieper**, Rolf: Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung, Frankfurt a. Main 1991.
- **Knütter**, Hans-Helmuth: Was ist Demokratie? In: Informationen zur politischen Bildung, Demokratie, Nr. 165/1992, S. 1-14.
- **Kofler**, Leo: Beherrscht uns die Technik? Hamburg 1983.
- **Kohn**, Hans: Die Idee der Nation. Ursprung und Geschichte bis zur französischen Revolution, Frankfurt a. Main 1962.
- **Kohr**, Martin: Global Economy and the Third World. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 47-59.
- **Kohr**, Martin: Die globale Wirtschaft und die Entwicklungsländer. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 218-233.
- **König**, Helmut: Orientierung Politikwissenschaft- Was sie kann, Was sie will, Hanburg 1999.
- **Korten**, David: When Corporations Rule the World. Connecticut: Kumarian Press 1995.
- **Korte**, Karl-Rudolf: Das Dilemma der Nationalstaaten in Westeuropa: Zur Identitätsproblematik der europäischen Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/93, 2. April 1993, S. 21-28.

- **Krätke**, Michael: Globalisierung und die Ohnmacht der Nationen. Eine Herausforderung für die Linke. In: Widerspruch, Bd. 38 Globalisierung und Widerstand, Basel/Zürich 1999/2000.
- **Kreissl- Dörfler** (Hrsg.): Die WTO- Gefahr für Umwelt, Entwicklung und Demokratie? Brüssel 1997.
- **Krugman**, Paul R.: Rethinking International Trade. Cambridge/ London: MIT Press 1999, Kap. 5 und 6.
- **Lafontaine**, Oskar/ **Müller**, G.: Keine Angst vor der Globalisierung. Dietz 1998.
- **Lash**, Scott/ **Urry**, John: Globale Kulturindustrien, Frankfurt a. Main 1998.
- **Leggewie**, Claus: Sielregeln für die Multi Kulti Vielvölkerrepublik, Nördlingen 1990.
- **Leggewie**, Claus: Wozu Politikwissenschaft? Über das neue in der Politik, Darmstadt 1994.
- **Luhmann**, Niklas: Der Staat des politischen Systems. Geschichte und Stellung in der Weltgesellschaft. In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998b, S. 345-380.
- **Luhmann**, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. Main 1997.
- **Lutz**, Dieter: Heute die NATO im Kosovo, morgen Russland in Baltikum, übermorgen die ganze Welt? In: SPW Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 102, 1998.
- **Mankiw**, N. Gregory: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 1999.
- **Martin**, Hans-Peter/ **Schumann**, Harald: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Hamburg 1996.
- **Mathews**, Jessica: The Power Shift. In: Foreign Affairs, Nr. 1, 1997.
- **McGrew**, Anthony: Demokratie ohne Grenzen?. In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998a, S. 374-420.
- **Mander**, Jerry/ **Goldsmith**, Edward (Hrsg.): The Case against the Global Economy and for a Turn toward the Lokal. San Francisco 1996: Sierra Club Books.
- **Mander**, Jerry/ **Goldsmith**, Edward (Hrsg.): Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München 2002.
- **Mander**, Jerry: Technologie der Globalisierung. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 73-91.

- **Mander**, Jerry: Gegen die steigende Flut. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 9-32.
- **Mander**, Jerry: Facing the Rising Tide. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 3-19.
- **Massarat**, Mohssen u. a. (Hrsg.): Die Dritte Welt und wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, Freiburg 1993.
- **Matthes**, Joachim (Hrsg.): Zwischen der Kulturen? Baden-Baden 1996.
- **Menzel**, Ulrich: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt a. M. 1992.
- **Menzel**, Ulrich: Globalisierung versus Fragmentierung, Frankfurt a. Main 1998.
- **Menzel**, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den internationalen Beziehungen, Frankfurt a. Main 2001.
- **Messner**, Dirk: Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Problem gesellschaftlicher Steuerung, Köln 1995.
- **Messner**, Dirk: Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Behrens, Maria: 2005, S. 27-54.
- **Messner**, Dirk: Ein „Neues Bretton Woods“. Ein Regelsystem für den Weltmarkt gehört auf die internationale Tagesordnung. In: E+Z, Entwicklung und Zusammenarbeit, 39. Jg., 12/1998, S. 328-331.
- **Messner**, Dirk: Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozess, Bonn 1998a.
- **Messner**, Dirk (Hrsg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn 1998b.
- **Messner**, Dirk: Globalisierung, Global Governance und Entwicklungspolitik. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 1, 1999, S. 5-18.
- **Messner**, Dirk: Ist Außenpolitik noch Außenpolitik... und was ist eigentlich Innenpolitik. Einige Beobachtungen zur Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“. In: PROKLA 118, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 30. Jg., Nr. 1, 2000.
- **Messner**, Dirk: Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: **Senghaas**, Dieter (Hrsg.): Frieden Machen, Frankfurt a. Main 1997, S. 337-361, Suhrkamp- Verlag.

- **Messner**, Dirk: Von den asiatischen Schwellenländern lernen- aber was? Die Entwicklung strategischer Kontroverse zwischen Weltbank und CEPAL. In: **Messner**, Dirk/ **Nuscheler**, Franz (Hrsg.): 1996, S. 61-81.
- **Messner**, Dirk/ **Nuscheler**, Franz (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Institut für Entwicklung und Frieden, Bonn/ Dietz 1996.
- **Messner**, Dirk/ **Nuscheler**, Franz: Das Konzept Global Governance- Stand und Perspektive. INEF- Report, Heft 67/2003.
- **Messner**, Dirk/ **Nuscheler**, Franz: Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: SEF (Hrsg.), Bonn 1996, Policy Paper 2.
- **Meyers**, Reinhard: Internationale Organisationen und Global Governance- eine Antwort auf die internationalen Herausforderungen am Ausgang des Jahrhunderts? In: 1999, S. 8-28.
- **Mieth**, Corinna: Was bedeutet Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung? In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 26. Jahrgang- Heft4- 2003, S. 2-8.
- **Morris**, David: Freihandel: Der große Zerstörer. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 163-180.
- **Müller**, Klaus: Globalisierung. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Band 390, Bonn 2002.
- **Münkler**, Herfried/ **Lianpue**, Marcus/ **Stepina**, Clemens K. (Hrsg.): Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert, Berlin 2002.
- **Münzing**, Ekkehard: Die UNO- Instrument amerikanischer Außenpolitik? Die UNO- Politik der Bush- Administration 1988-1992, Hamburg/ Münster 1995.
- **Narr**, Wolf-Dieter/ **Schubert**, Alexander: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt a. Main 1994.
- **Nohlen**, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Hamburg 1998.
- **Nohlen**, Dieter/ **Nuscheler**, Franz (Hrsg.): Handwörterbuch der Dritten Welt, 3. Auflage, Stuttgart 1993.
- **Nölke**, Andreas: Regieren in transnationalen Politiknetzwerken? In: Zeitschrift für internationale Beziehungen( 2) 2000, S. 331-358.

- **Norberg- Hodge**, Helena: Modernisierungs- und Globalisierungsdruck. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 2002, S. 234-252.
- **Norberg- Hodge**, Helena: The Pressure to Modernize and Globalize. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 33-46.
- **Nuscheler**, Franz: Globalisierung und Global Governance. In: **Lutz**, Dieter S.( Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität, Baden-Baden 2000, S. 301-317.
- **Nuscheler**, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Bonn 1995.
- **Nuscheler**, Franz: „Kritik der Kritik am Global Governance- Konzept“. In: PROKLA 118, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 30. Jg., Nr. 1, März 2000.
- **Nuscheler**, Franz: Global Governance. In: Lutz, Dieter (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität, Baden Baden 2000, S. 301-317.
- **Nuscheler**, Franz/ **Messner**, Dirk: Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik. In: dies. (Hrsg.): 1996, S. 12-36.
- **Nuscheler**, Franz: Multilateralismus versus Unilateralismus. In Stiftung für Entwicklung und Frieden (Hrsg.), Policy Paper 16, Bonn 2001.
- **Offe**, Klaus: bewährungsproben- Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: **Weidenfeld**, Werner (Hrsg.): 1996, S. 141-157.
- **Ohmae**, Kenichi: Die neue Logik der Weltwirtschaft: Zukunftsstrategien der internationalen Konzerne, Hamburg 1992.
- **Osterhammel**, Jürgen/ **Petersson**, Niels P.: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003.
- **Petrella**, Riccardo: „Wieder eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist“. In: Frankfurter Rundschau vom 26. November 1998.
- **Pogge**, Th.: Globale Verteilungsgerechtigkeit. In: **Gosepath**, S./ **Merle**, J.-C.( Hrsg.): Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie, München 2002, S. 220-233.
- **Radermacher**, F.-J.: Globalisierung, Informationsgesellschaft und nachhaltige Entwicklung, Ulm 1999.

- **Reich**, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Berlin 1993.
- **Ricardo**, David (1817): Grundzüge der politischen Ökonomie und der Besteuerung. In: **Neumark**, Fritz (Hrsg.), Frankfurt a. Main 1972.
- **Richter**, Emanuel: Der Zerfall der Welteinheit. Vernunft und Globalisierung in der Moderne, Frankfurt a. M. 1992.
- **Richter**, Emanuel: Die Expansion der Herrschaft. Eine demokratietheoretische Studie, Opladen 1994.
- **Richter**, Emanuel: Prozesse internationaler Politik: Globalisierung. In: **Franz**, Christiane/ **Schuber**, Klaus (Hrsg.): Einführung in die Politische Wissenschaft, Münster 2004, S. 182-200.
- **Richter**, Emanuel: Demokratie und Globalisierung. Das Modell einer globalen Bürgergesellschaft im Weltsystem. In: **Klein**, Ansgar/ **Schmalz-Bruns**, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 173-202.
- **Richter**, Emanuel: Kosmopolitischer Patriotismus? Die deutsche Nation im Prozess der Globalisierung. In: **Voigt**, Rüdiger (Hrsg.): Der neue Nationalstaat, Baden-Baden 1998, S. 301-332.
- **Robertson**, Ronald: Glokalisierung- Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998b, S. 192-220.
- **Robertson**, Ronald: Globalization- social Theory and Global Culture, London 1992.
- **Rode**, Reinhard: Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen, Halle 2001.
- **Rosenau**, James: Turbulence in World Politics, Brighton 1990.
- **Rosenau**, James/ **Czembiel**, Ernst Otto (Hrsg.): „Governance without Government“. Order and Change in World Politics, Cambridge 1992 (Reprinted 1993, 1995).
- **Rotte**, Ralph: Die Diskussion um Legalität und Legitimität des „Demokratischen Interventionismus“ im Lichte des Kosovo- und des Irakkrieges von 1999 und 2003. Discussion Paper No. 17, Juni 2006. In: [http://www.ipw.rwth-aachen.de/for\\_paper.html](http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_paper.html), Zugriff am 15. August 2006.
- **Rotte**, Ralph: G7/G8 und Global Governance in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Perspektiven aus Sicht der Internationalen Politischen

Ökonomie. In: Reinhard C. **Meier-Walser**/ Peter **Stein** (Hrsg.): Globalisierung und Perspektiven internationaler Verantwortung. Problemstellungen, Analysen, Lösungsstrategien: Eine systematische Bestandsaufnahme, München 2004, S. 499-533.

- **Ruloff**, Dieter: Weltstaat oder Staatenwelt. Über die Chancen globaler Zusammenarbeit, München 1988.
- **Sangmeister**, Hartmut: Das Verschuldungsproblem. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): 1993, S. 328-358.
- **Scharpf**, Fritz W.: Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen. In: **Böhert**, Carl/ **Wewer**, Göttrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert, Opladen 1993, S. 165-185.
- **Scherrer**, Christoph: Freihandel als hegemoniales Projekt. Zur Geschichte der Außenwirtschaftspolitik in den USA. In: Widerspruch Bd. 38, Globalisierung und Widerstand, Basel/ Zürich 1999/2000.
- **Schmalz-Bruns**, Rainer: Demokratie im Prozess der Globalisierung: Zur Demokratieverträglichkeit von Global Governance. In: Behrens, Maria (Hrsg.): 2005, S. 79-98.
- **Schmalz-Bruns**, Rainer: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik, Baden-Baden 1995.
- **Schmidt**, Helmut: Globalisierung: Politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen, Stuttgart 1998.
- **Schweigler**, Gebhard: Informationsrevolution und ihre Folgen. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 280/2003, S. 7-12.
- **Seidl**, Claudius: Auf dem Weg in die Kultur der Zukunft. In: Informationen zur Politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263/1999, S. 47-51.
- **Senghaas**, Dieter: Kulturelle Globalisierung- ihre Kontexte, ihre Varianten. In: „Das Parlament“ Zeitschrift mit der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, 01.08.2003, [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de), Zugriff am 11.06.04.
- **Shaw**, Martin: Die Repräsentation ferner Konflikte und die globale Zivilgesellschaft. In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998b, S. 221-255.
- **Shiva**, Vandana/ **Holla-Bahr**, Radha: Piracy by Patent: The Case of the Neem Tree. In: **Mander/ Goldsmith** (Hrsg.): 1996, S. 146-159.
- **Steinkamm**, Armin A.: Der "Irakkrieg": Eine Herausforderung an das Völkerrecht. In: **Oberreuter**, Heinrich/ **Steinkamm**, Armin A./ **Seller**, Hans-

Frank (Hrsg.): Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung, Wiesbaden 2004, S. 260-278, VS- Verlag.

- **Smith**, Adam (1776): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung über seine Natur und seine Ursachen, München 1978.
- **Stiftung Entwicklung und Frieden**: Globale Trends 1998. Fakten, Analysen, Prognosen, hrsg. von **Hauchler**, Ingomar, **Messner**, Dirk und **Nuscheler**, Franz, Frankfurt a. M. 1997.
- **Stiftung Entwicklung und Frieden**: Globale Trends 2000. Fakten, Analysen, Prognosen, hrsg. von **Hauchler**, Ingomar, **Messner**, Dirk und **Nuscheler**, Franz, Frankfurt a. M. 1999.
- **Stiftung Entwicklung und Frieden**: Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen, hrsg. von **Hauchler**, Ingomar, **Messner**, Dirk und **Nuscheler**, Franz, Frankfurt a. M. 2003.
- **Stiftung Entwicklung und Frieden**: Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik (Commission on Global Governance, CGG), Bonn 1995.
- **Sturm**, Roland/ **Hillebrands**, Bernd: Jamaika. In: **Nohlen**, Dieter/ **Nuscheler**, Franz (Hrsg.): 1993, S. 449-470.
- **Thacker**, Strom C.: The High Politics of IMF Lending. In: World Politics, Bd. 51, S. 39-75.
- **Tetzlaff**, Rainer: Strukturanpassung- das kontroverse entwicklungspolitische Paradigma in den Nord- Süd- Beziehungen. In: **Nohlen**, Dieter/ **Nuscheler**, Franz (Hrsg.): 1993, S. 420-445.
- **UNCTAD** (United Nations Conference on Trade and Development): Trade and Development Report 1997. Globalization, Distribution and Growth. Genf/ New York 1997.
- **UNCTAD**: World Investment Report 1997. Transnational Corporations, Market Structure and Competition Policy. Genf/ New York 1997.
- **Varwick**, Johannes: Globalisierung. In: **Woyke**, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 8. aktualisierte Auflage, Bonn 2000, S. 136-147.
- **Von Plate**, Bernard: Grundelemente der Globalisierung. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263/1999, S. 3-7.

- **Von Plate**, Bernard: Grundzüge der Globalisierung. In: Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 280/2003, S. 3-6.
- **Vorländer**, Hans: Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München 2003.
- **Wagner**, Bernd: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: „Das Parlament“ Zeitschrift mit der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, 01.08.2003, [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de), Zugriff am 10.06.2004.
- **Wahl**, Peter: NGOs- der am meisten überschätzten Akteure der 90er Jahre. In: Friedrich- Ebert- Stiftung (Hrsg.): Globale Trends und internationale Zivilgesellschaft oder: Die NGOisierung der (Welt-) Politik? Bonn 1996.
- **Wallerstein**, Immanuel: One World, Many Worlds. New York 1988.
- **Wardenbach**, Klaus: Ökologie, Sozialstandards, Entwicklung- Die EU als Akteur in der WTO. In: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 1/1998, S.13f.
- **Wardenbach**, Klaus: Das Streitschlichtungsverfahren der WTO. In: **Kreissl-Dörfler** (Hrsg.): 1997, S. 111ff.
- **Weidenfeld**, Werner (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin 1996.
- **Welte**, Dietrich: Klimawandel ist nicht Neues. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Freitag 13. April 2007. S. 8.
- **Wendt**, Alexander: Der Internationalstaat: Identität und Strukturwandel in der internationalen Politik. In: **Beck**, Ulrich (Hrsg.): 1998b, S. 381-405.
- **Woyke**, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 8. aktualisierte Auflage, Bonn 2000.
- **Woyke**, Wichard (Hrsg.): Internationale Organisationen in der Reform, Schwalbach 1999.
- **WTO** (World Trade Organisation): Trading into the Future. Introduction to the WTO, 2. Auflage, Genf: WTO Publications 1998.
- **Zimmer**, A.: NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: **Frantz**, Ch./ **Zimmer**, A. (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen 2002.
- **Zinn**, Karl Georg: Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System. Hamburg 1980.

- **Zinn**, Karl Georg: Arbeitslosigkeit und Nachfrage. Verschiedene Ursachen in der armen und reichen Welt. In: E+Z, Entwicklung und Zusammenarbeit, 11/1997, S. 293ff.
- **Zürn**, Michael: Global Governance in der Legitimationskrise? In: **Offe**, Claus( Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie, Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt/ New York 2003, S. 232-256.
- **Zürn**, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a. M. 1998.
- **Zürn**, Michael: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 3, Jg. 1992, S. 490-513.

## **Bildungsgang des Verfassers**

Muwafaq Abu-Hammoud ist mein Name und komme aus Jordanien. Ich bin am 18. Januar 1977 in Al-Turrah/ Jordanien geboren und dort habe ich die Schule von 1983-1995 besucht. Ich bin Jordanier. 1994/1995 Abiturabschluss: The General Secondary Education Certificate Examination for 1995/ Literary Stream.

Nach dreimonatiger Teilnahme an einem Deutschkurs des Goethe-Institutes in Amman bin ich im März 1996 nach Deutschland zum Studieren eingereist. Im Wintersemester 1996/1997 besuchte ich den Vorkurs DaF des Studienkollegs für ausländische Studierende an der RWTH- Aachen zur Vorbereitung für die sprachliche Aufnahmeprüfung. Nach erfolgreicher Teilnahme an der sprachlichen Aufnahmeprüfung für das Studienkolleg Aachen am 11. Januar 1997 fing ich mit dem Studienkolleg an der RWTH- Aachen mit dem Schwerpunktkurs „W“ an. Am 19. Januar 1998 habe ich das Studienkolleg abgeschlossen und im Sommersemester 1998 mit dem Studium an der RWTH- Aachen, mit den Fächern Soziologie, Volkswirtschaftslehre und internationale technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (ITWZ), angefangen. Im Sommersemester 1999 die Umänderung von Soziologie auf Politische Wissenschaft.

Am 15. September 2004 habe ich mein Studium beendet und den akademischen Grad: Magister Artium, M.A. erhalten.

Seit dem 26. Januar 2005 bin ich Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH- Aachen. Das Thema meiner Dissertation lautet: „Globalisierung, Global Governance und Demokratie“ (Arbeitstitel).